

GROSSE KREISSTADT LÖBAU

Beteiligungsbericht 2019

	Seite
Inhaltsverzeichnis	1
<i>Quellenverzeichnis</i>	3
1 Beteiligungsbericht	5
1.1 Allgemeines	5
1.2 Beteiligungen der Großen Kreisstadt Löbau	5
1.3 Stadtwerke Löbau GmbH	9
1.3.1 Allgemeine Angaben	9
1.3.2 Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Löbau und dem Unternehmen	10
1.3.3 Lagebericht	11
1.4 Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau	14
1.4.1 Allgemeine Angaben	14
1.4.2 Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Löbau und dem Unternehmen	15
1.4.3 Lagebericht	16
1.5 Landesgartenschau Löbau g GmbH	18
1.5.1 Allgemeine Angaben	18
1.5.2 Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Löbau und dem Unternehmen	19
1.5.3 Verträge	20
1.5.4 Lagebericht	20
1.6 ENSO Energie Sachsen Ost AG	22
1.6.1 Allgemeine Angaben	22
1.6.2 Finanzbeziehungen	23
1.6.3 Lagebericht	23
2 Mitgliedschaften	27
2.1 Mitgliedschaft in der Forstbetriebsgemeinschaft „Oberlausitz“ w. V.	27
2.2 Mitgliedschaften in Zweckverbänden	29
Anlage 1 Wirtschaftsplan 2019 der Stadtwerke Löbau GmbH	
Anlage 2 Jahresabschluss 2019 der Stadtwerke Löbau GmbH	
Anlage 3 Wirtschaftsplan 2019 der Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau	
Anlage 4 Jahresabschluss 2019 der Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau	
Anlage 5 Jahresabschluss 2019 der Landesgartenschau Löbau gGmbH	
Anlage 6 Lagebericht für 2019 der ENSO Energie Sachsen Ost AG	
Anlage 7 Wirtschaftsplan 2019 der Forstbetriebsgemeinschaft „Oberlausitz“ w. V.	
Anlage 8 Jahresabschluss 2019 der Forstbetriebsgemeinschaft „Oberlausitz“ w. V.	
Anlage 9 Haushaltssatzung des AZV Löbau-Nord für das Geschäftsjahr 2019	
Anlage 10 Jahresabschluss 2019 des AZV Löbau-Nord	
Anlage 11 Haushaltssatzung 2019 AZV Löbau-Süd	
Anlage 12 Zuarbeit zu Beteiligungsbericht und Beteiligungsbericht 2019 des AZV Löbau-Süd	

- Anlage 13 Haushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2019
ZV Fernwasserversorgung Sdier
- Anlage 14 Jahresabschluss 2019 des ZV Fernwasserversorgung Sdier
- Anlage 15 Haushaltssatzung des ZV SKSD für das Wirtschaftsjahr 2019
- Anlage 16 Beteiligungsbericht 2019 des ZV SKSD

Quellenverzeichnis:

*Stadtwerke Löbau GmbH
Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 und des Lageberichtes
für das Geschäftsjahr 2019*

*Bericht über die Prüfung des Lageberichts und des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 der Wohnungsverwaltung und Bau GmbH
Löbau*

*Jahresabschluss zum 31.05.2019 und Lagebericht
Landesgartenschau Löbau gemeinnützige GmbH*

Beteiligungsbericht der KBO für das Geschäftsjahr vom 01.09.2019 – 31.08.2020

Geschäftsbericht 2019 ENSO Energie Sachsen Ost AG

*Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 und des
Lageberichts für das Wirtschaftsjahr 2019 der Forstbetriebsgemeinschaft Oberlausitz w. V.*

Verbandssatzung des AZV Löbau-Nord

*Bericht über die Prüfung des Lageberichts und des Jahresabschlusses für das
Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 des AZV Löbau-Nord*

Zweckverbandssatzung des AZV Löbau-Süd

Beteiligungsbericht 2019 und Zuarbeit zum Beteiligungsbericht 2019 des AZV Löbau-Süd

*Haushaltssatzung des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“ für das
Wirtschaftsjahr 2019*

*Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 und des Lageberichtes für
das Wirtschaftsjahr 2019 des ZV Fernwasserversorgung Sdier*

*Haushaltssatzung des Zweckverbandes Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden –
SKSD für das Wirtschaftsjahr 2019*

*Zuarbeit zum Beteiligungsbericht 2019
Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden*

VSV Vorschriftensammlung für die Verwaltung in Sachsen

1 Beteiligungsbericht

1.1 Allgemeines

Nach § 99 SächsGemO sind die Kommunen verpflichtet, einen Beteiligungsbericht zu erarbeiten und dem Gemeinderat jährlich vorzulegen.

Der Bericht soll über die Entwicklung von privatrechtlichen Unternehmen informieren, an denen die Kommune unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Gemeinderat, Aufsichtsbehörde und die interessierte Öffentlichkeit erhalten anhand des Beteiligungsberichtes einen Überblick über die wirtschaftliche Betätigung der Kommune.

Der Beteiligungsbericht ist Informations- und Dokumentationsinstrument

- ⇒ für den Gemeinderat
- ⇒ für die breite Öffentlichkeit und Abgabepflichtige.

Zeitpunkt der Vorlage des Beteiligungsberichtes ist das Jahresende; Berichtsgegenstand ist das Vorjahr.

Der vorliegende Beteiligungsbericht gibt Auskunft über die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Großen Kreisstadt Löbau sowie über die Mitgliedschaften in Zweckverbänden und einem wirtschaftlichen Verein und basiert auf den Daten der geprüften Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 2019.

1.2 Beteiligungen der Großen Kreisstadt Löbau

Die Große Kreisstadt Löbau ist

unmittelbar
beteiligt an:

Stadtwerke Löbau GmbH

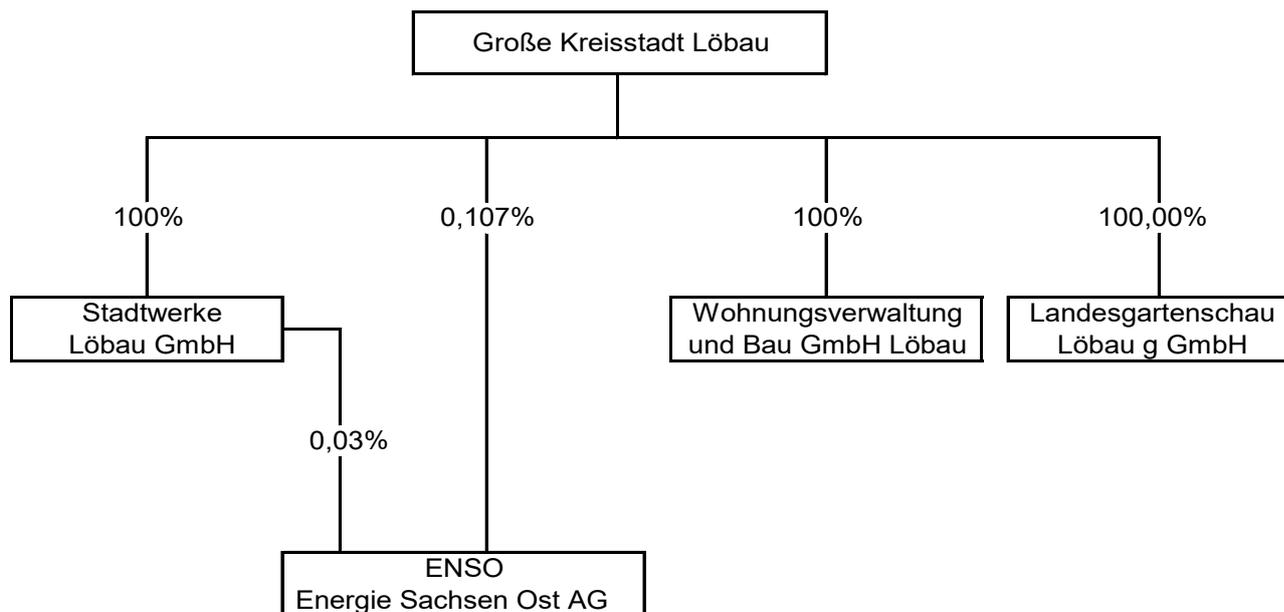
Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau

Landesgartenschau Löbau g GmbH

ENSO Energie Sachsen Ost AG

mittelbar
beteiligt an:

ENSO Energie Sachsen Ost AG über Stadtwerke Löbau GmbH



Die **Stadtwerke Löbau GmbH**, die **Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau** und die **Landesgartenschau Löbau g GmbH** sind 100 % Töchter der Stadt Löbau.

Die Unternehmen sind als Dienstleister im Bereich der Daseinsvorsorge tätig; die Stadtwerke sind für die Versorgung mit elektrischer Energie, Gas, Wasser, Dampf und Wärme zuständig und die WoBau hat vorrangig eine sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung sicherzustellen.

Die Landesgartenschau Löbau g GmbH ist entsprechend ihres laut Satzung gemeinnützigen Zweckes tätig. Neben der Bewirtschaftung und Pflege des LGS-Geländes trägt die Gesellschaft unentwegt zur Gewährleistung vielfältiger Angebote von Bildungs-, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten bei.

Entwicklung der Unternehmen im Überblick:

Stadtwerke Löbau GmbH

Geschäftsjahr	2016	2017	2018	2019
Bilanzsumme	31.641 T€	32.255 T€	33.016 T€	31.822 T€
Jahresergebnis	1.265 T€	754 T€	2.458 T€	923 T€
Umsatzerlöse	27.567 T€	29.141 T€	26.644 T€	26.267 T€
Beschäftigte	Ø 65	Ø 61	Ø 63	Ø 63

Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau

Geschäftsjahr	2016	2017	2018	2019
Bilanzsumme	33.585 T€	33.509 T€	32.411 T€	35.858 T€
Jahresergebnis	1.975 T€	- 53 T€	264 T€	67 T€
Umsatzerlöse	7.031 T€	6.484 T€	5.929 T€	6.040 T€
Beschäftigte	12	15	14	27

Landesgartenschau Löbau gGmbH

Geschäftsjahr	2016	2017	2018	bis 31.05.2019
Bilanzsumme	809.268 €	705.168 €	1.195.269 €	1.223.248 €
Jahresergebnis	- 247.176 €	- 316.917 €	- 317.514 €	104.449 €
Umsatzerlöse	528.879 €	673.282 €	391.014 €	245.332 €
Beschäftigte	Ø 5	Ø 14	Ø 11	Ø 11

Einfluss-, Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten der Gemeinde werden im Gesellschaftsvertrag der jeweiligen GmbH geregelt.

Entsprechend der Forderungen des § 96a SächsGemO erstellen die Beteiligungsunternehmen jährlich einen Wirtschaftsplan und legen ihrer Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde.

Der Gesellschaftsvertrag und der von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung jährlich zu bestätigende Wirtschaftsplan bildet die Grundlage für alle wesentlichen Entscheidungsprozesse im jeweiligen Unternehmen.

In der Haushaltssatzung der Großen Kreisstadt Löbau werden die Wirtschafts- und Finanzpläne der Unternehmen mit kommunaler Beteiligung als Anlage geführt.

Die **ENSO Energie Sachsen Ost AG** ist auf dem Gebiet der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme und Wasserver- sowie Abwasserentsorgung einschließlich der Errichtung der hierzu erforderlichen Anlagen und Gewerke tätig.

Das Grundkapital der ENSO Energie Sachsen Ost AG beträgt 105.221.170 Euro; dem stehen 2.053.096 Aktien gegenüber.

Der Aktienanspruch der Kommunen am jeweiligen regionalen Energieversorgungsunternehmen basiert auf § 4 (2) Kommunalvermögensgesetz vom 06.07.1990.

Zur Sicherung der Anteile der Städte und Gemeinden und der Einflussnahme auf das RVU wurde die KBO *Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost* gegründet. Die Mehrheit der Städte und Gemeinden brachte ihre Aktien an der ehemaligen ESAG (jetzt ENSO) in die KBO ein.

Seither hat die KBO die Aufgabe, die Interessen ihrer kommunalen Gesellschafter in der ENSO möglichst wirksam zu vertreten.

Für 5 Städte und Gemeinden hält die KBO treuhänderisch Aktien an der ENSO AG.

Die der Stadt Löbau (in Folge Eingemeindung von Ebersdorf und Kittlitz) zustehenden Aktien an der ENSO AG werden von der KBO treuhänderisch verwaltet.

	KVG-Aktien	Stadtwerksaktien	gesamt
Ebersdorf	180	60	240
Kittlitz	1470	493	1963
gesamt	1650	553	2203

Begriffserklärung „Stadtwerksaktien“:

Kommunen, die eigene Stadtwerke errichtet haben, wollten keine Anteile, sondern Anlagevermögen.

Die dadurch frei gewordenen Aktien sind den übrigen Kommunen entsprechend ihres gesetzlichen Beteiligungsanspruchs (vor Stadtwerksausgliederung) zum Kauf angeboten worden.

Der Aktienanteil der Großen Kreisstadt Löbau an der ENSO AG beträgt 0,107 %.

1.3 Stadtwerke Löbau GmbH (Stand: 2019)

1.3.1 Allgemeine Angaben

Anschrift: Georgewitzer Straße 54
02708 Löbau

Tel.: (03585) 86 67 700
Fax: (03585) 86 67 50

E-Mail: info@sw-l.de
Internet: www.sw-l.de

Entstehung der Gesellschaft:

mit Gesellschaftsvertrag vom 28.03.1991 unter dem Namen Stadtversorgung Löbau GmbH

Handelsregister:

Amtsgericht Dresden, HRB 4066, Eintragung vom 28.08.1992

Umbenennung der Firma in:

Stadtwerke Löbau GmbH (lt. Beschluss 63/6/93 der Stadtverordnetenversammlung vom 02.06.1993)

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens sind Aufgaben der Daseinsvorsorge, insbesondere die Versorgung mit elektrischer Energie, Gas, Wasser, Dampf, Wärme und die Abwasserentsorgung sowie die Wahrnehmung aller mit dem jeweiligen Geschäftszweig zusammenhängenden Geschäfte und das Erbringen von Leistungen für die Einwohner der Stadt Löbau oder sonstiger Kommunen in Sachsen. Daneben übernimmt die Gesellschaft ihr vom Stadtrat der Stadt Löbau zugewiesene Aufgaben.

Beteiligungen:

Die Stadtwerke Löbau GmbH hält eine Beteiligung an der *ENSO Energie Sachsen Ost AG* (600 Aktien = 30.677,51 €).

Gesellschafter: 100 % Stadt Löbau **Stammkapital:** 300.000,00 €

Organe der Gesellschaft: Geschäftsführung
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführer: Dipl.-Kffr. Jana Otto
Dipl.-Ing. Joachim Neumann (bis 31. Dezember 2019)
Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) Ingo Jürs (ab 01.01.2020)

Aufsichtsrat:

Dipl.-Ing. (FH) Guido Storch Amtsleiter Haupt- und Ordnungsamt der Großen Kreisstadt Löbau (Aufsichtsratsvorsitzender)

Hans Golombek Ruhestand, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau (stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates)
bis 04.07.2019

Robèrt Haupt Bäckermeister, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau (stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates)
ab 05.07.2019

Dr. Gerold Polentz	Ruhestand, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau, Kreisrat Landkreis Görlitz bis 04.07.2019
Ingo Seiler	Selbständiger Kaufmann, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau bis 04.07.2019
Andreas Förster	Angestellter, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau
Frank Richter	Ruhestand, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau
Prof. Dr. Klaus Werner	Ruhestand, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau ab 05.07.2020
Werner Engemann	Ruhestand, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau 05.07.2020 bis 12.12.2020

Aufsichtsratssitzungen:

Der Aufsichtsrat ist 2019 zu fünf Sitzungen zusammengetreten: 29.03.2019
28.06.2019
27.09.2019
08.11.2019
13.12.2019

Gesellschafterversammlungen:

Im Jahr 2019 fanden 4 Gesellschafterversammlungen statt: 01.07.2019
09.09.2019
12.11.2019
17.12.2019

Anzahl der Beschäftigten: 63 Arbeitnehmer
2 Geschäftsführer
3 Azubi

Bestellter Abschlussprüfer des Jahresabschlusses 2019:

BBH AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, Zweigniederlassung Berlin

1.3.2 Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Löbau und dem Unternehmen

Leistungen der Stadtwerke Löbau GmbH:

- Gewinnausschüttung (Jahresergebnis 2019) per 31.10.2020: 252.525,00 € (netto)
- Konzessionsabgabe Strom für 2019 per 31.03.2020: 369.066,55 €
- Konzessionsabgabe Gas für 2019 per 31.03.2020: 24.922,03 €
- 10% Preisnachlass für den Eigenverbrauch der Stadt Löbau an Gas, Strom, Wärme, Wasser

Leistungen der Stadt Löbau:

- Bürgschaft für Kredite Darlehensnummer 8118060 per 31.12.2019: 79.147,81 €

- Pachtvertrag zwischen Stadtwerke Löbau GmbH und Großer Kreisstadt Löbau vom 15./16.09.2010 für die Nutzung betrieblicher Flächen einschließlich des darauf befindlichen Gebäudes und der Zufahrtsstraße als Lager- und Abstellfläche
jährlich zu zahlender Pachtzins an SWL: 600,00 € zzgl. gesetzl. MwSt.
- Vereinbarung zur Straßenbeleuchtung zwischen Stadt Löbau und SWL vom 27./30.08.2013 und geänderten Anlagen 1 und 2 vom 06.03./05.04.2018

1.3.3 Lagebericht

Am 14.12.2018 hat der Aufsichtsrat der Stadtwerke Löbau GmbH in seiner Sitzung den Wirtschaftsplan 2019 und den Mittelfristplan 2019 – 2023 beschlossen; die Bestätigung durch die Gesellschafterversammlung erfolgte am 18.12.2018.

Nach Einschätzung der Geschäftsführung sind der dokumentierte Klimawandel und die Digitalisierung die größten Treiber der evolutionären Weiterentwicklung der Energie- und Wasserwirtschaft. Die Rahmenbedingungen in der Branche sind nach wie vor stark durch die politische Einflussnahme von nationaler und EU-Ebene auf die Marktbedingungen in der Energie- und Versorgungswirtschaft geprägt und haben erhebliche Auswirkungen auf die unternehmerischen Gestaltungsspielräume der Versorger. Wie auch in den vergangenen Geschäftsjahren stellen die sich weiterhin verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen eine besondere Herausforderung an die operative Tätigkeit der Gesellschaft dar.

Die regulierten Netzsparten sind weiterhin geprägt von Regulierungsdruck. Neben erheblichen Kostenkürzungen im Rahmen der Erlösobergrenzenfestlegungen sinkt der zugestandene EK-Zins stetig ab. Gleichzeitig werden der Branche weiterhin vorhandene Ineffizienzen unterstellt, was sich in zusätzlich sinkenden Erlösobergrenzen auswirkt. Die Branche führt mehrere Beschwerdeverfahren gegen diesbezügliche Festlegungen der Bundesnetzagentur bzw. der Landesregulierungsbehörden. Dies erfolgt in der Regel im Rahmen von Prozesskostengemeinschaften, wie z. B. gegen die Festlegung der EK-Zinssätze für die dritte Regulierungsperiode, die generellen sektoralen Produktivitätsfaktoren für Betreiber von Gas- als auch Stromverteilernetzen für die dritte Regulierungsperiode und die Genehmigungen von Kapitalkostenaufschlägen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Energiewirtschaft noch immer verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen fehlen. Der Grundsatz des Investitionsschutzes wurde bereits mehrfach verletzt.

Im wettbewerblichen Umfeld prägen weiterhin wachsender Margendruck und wettbewerbsverzerrende Subventionen die operative Tätigkeit.

Im Stromhandel sanken die Umsatzerlöse und die abgesetzte Menge gegenüber Letztverbrauchern. Der Absatzrückgang ist begründet durch die zunehmende Eigenenergieerzeugung der Letztverbraucher, insbesondere im Großkundenbereich.

Die Trinkwassererlöse sowie der Absatz liegen leicht unter dem Vorjahresniveau. Die Netzverluste sind gegenüber 2018 nochmals deutlich gesunken und liegen weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau.

Der Bereich Wärmeversorgung musste aufgrund des anhaltenden Rückbaus von Wohnungen im Versorgungsgebiet Erlöseinbußen verzeichnen – die Umsatzerlöse sowie die abgesetzte Wärmemenge sind gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Im Geschäftsjahr 2019 erfolgten turnusmäßig zwei Preisanpassungen.

Im Bereich Gashandel stiegen die Umsatzerlöse sowie die Absatzmenge im Geschäftsjahr signifikant durch hinzugewonnene Kunden sowie der Ausdehnung der Eigenversorgung mit Erdgas.

Das Unternehmen tätigte im Geschäftsjahr 2019 Investitionen in Höhe von T€ 2.566;
davon T€ 600 für Sanierung und Ausbau des Stromnetzes,
T€ 720 im Trinkwasserbereich,
T€ 669 in der Wärmeversorgung,
T€ 309 im Bereich Gasverteilung,
T€ 5 im Bereich Stromhandel,
T€ 221 für überbetrieblich genutzte Anlagen,
T€ 42 für sonstige Dienstleistungen

Das geplante Investitionsvolumen wurde zu 67% in Anspruch genommen. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte aus Eigenmitteln.

Die SWL GmbH setzt auf gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter; im Geschäftsjahr 2019 wurden daher mehrere Weiterbildungsmaßnahmen umgesetzt. Die Personalaufwendungen stiegen im Geschäftsjahr 2019 um 2,7 % und betragen bei durchschnittlich 65 Beschäftigten (incl. Geschäftsführung) 3.172 T€.

Von der Geschäftsleitung der Stadtwerke Löbau GmbH erhalten Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung regelmäßig Informationen zur Lage und Entwicklung der Firma.

Monatlich findet im Unternehmen ein Plan-Ist-Vergleich statt; Abweichungen werden untersucht und bewertet.

Eine zeitnahe Rechnungslegung ist gewährleistet.

Die Geschäftsführung überwacht die Kredite und veranlasst regelmäßige Liquiditätskontrollen. Die langfristigen Darlehen wurden planmäßig getilgt; die Liquidität der GmbH war ganzjährig gesichert.

Die Eigenkapitalquote liegt bei 58,2 %.

Seit einigen Jahren arbeitet die GmbH mit einem Risikomanagementsystem. Es ist darauf ausgerichtet, Entwicklungen, die das Fortbestehen des Unternehmens gefährden, frühzeitig zu erkennen. Das zugehörige Handbuch unterliegt einer jährlichen Aktualisierung.

Am 03.07.2018 fasste der Aufsichtsrat den Beschluss zum Jahresabschluss 2019. Die Gesellschafterversammlung schloss sich am 07.07.2020 dieser Beschlussfassung an, stellte den Jahresabschluss 2019 fest und erteilte dem Aufsichtsrat und den Geschäftsführern Frau Jana Otto und Herrn Joachim Neumann für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung.

Anfang November 2020 sind aus dem 2019 erzielten Jahresüberschuss 300 T€ (brutto) als Gewinnausschüttung an den Gesellschafter gezahlt worden.

Die Bilanz weist zum 31.12.2019 einen Betrag von T€ 31.822 aus. Das Ergebnis in den einzelnen Sparten fällt unterschiedlich aus; im Bereich Stromverteilung sind Absatzmenge und Umsatzerlöse leicht rückläufig, im Bereich Gasverteilung sind die Umsatzerlöse aufgrund einer Absenkung der Netzentgelte leicht zurückgegangen, im Stromhandel sind Absatzmenge und Umsatzerlöse gesunken, im Bereich Trinkwasser sind Absatz und Erlöse gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen, im Bereich Wärmeversorgung sind Absatz und Umsatzerlöse rückläufig, im Gashandel ist die Absatzmenge gestiegen, die Umsatzerlöse sind gestiegen.

Der Jahresumsatz der Firma lag insgesamt bei T€ 26.267.

Das Geschäftsjahr 2019 konnte mit einem Jahresüberschuss von T€ 923 abgeschlossen werden.

Die *A.V.A.T.I.S. Revisionsgesellschaft mbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Chemnitz* hat den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2019 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Lagebericht der Stadtwerke Löbau GmbH geprüft. Die Prüfung führte zu keinen Einwendungen; der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt.

1.4 Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau (Stand: 2019)

1.4.1 Allgemeine Angaben

Anschrift: Sporgasse 1
02708 Löbau

Tel.: (03585) 4785-0
Fax: (03585) 4785-29

E-Mail: info@wobauloebau.de
Internet: www.wobauloebau.de

Entstehung der Gesellschaft:

durch Umwandlung gem. § 58 UmwG

Handelsregister:

Amtsgericht Dresden, HRB 6896, Eintragung vom 23.11.1992 als GmbH

Unternehmensgegenstand:

Zweck und Gegenstand der Gesellschaft ist es, im Rahmen ihrer kommunalen Aufgabenstellung:

- vorrangig eine sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung sicherzustellen,
- die kommunale Siedlungspolitik und Maßnahmen der Infrastruktur zu unterstützen,
- städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Daneben übernimmt die Gesellschaft ihr von dem Stadtrat der Stadt Löbau zugewiesene Aufgaben.

Soweit es zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Zwecke erforderlich ist, kann die Gesellschaft:

- Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, Eigenheime und Eigentumswohnungen errichten, betreuen, bewirtschaften und verwalten,
- Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen,
- sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck dienen.

Gesellschafter:	100 % Stadt Löbau	Stammkapital:	2.000.000,00 DM
		umgerechnet:	1.022.583,76 €

Organe der Gesellschaft: Geschäftsführung
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Ullrich Wustmann

Aufsichtsrat:

Dietmar Buchholz Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Löbau
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Heinz Pingel Rentner, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau
stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates
(bis 3. Juli 2019)

Andreas Röntsch	Ingenieur, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates (ab 24. September 2019)
Reinhart Keßner	Unternehmer, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau (bis 3. Juli 2019)
Dr. Gottfried Sterzel	Rentner, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau (bis 3. Juli 2019)
Tilo Mengel	Angestellter, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau
Heiner Putzmann	Rentner, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau (ab 4. Juli 2019)
David Schneider	Angestellter, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau (ab 4. Juli 2019)
Heiko Neumann	Unternehmer, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau (ab 4. Juli 2019)

Im Berichtsjahr fanden vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt (09.04.2019, 24.09.2019, 21.10.2019 und am 13.12.2019).

Gesellschafterversammlungen:

2019 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt (14.10.2019, 19.12.2019).

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer der Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau:

27 Mitarbeiter, davon 3 technische Mitarbeiter sowie 9 geringfügig Beschäftigte. Der Anstieg um 13 Mitarbeiter ist auf die Übernahme der Verwaltung des Messe- und Veranstaltungspark Löbau zurückzuführen.

Bestellter Abschlussprüfer des Jahresabschlusses 2019:

Donat WP GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dresden

1.4.2 Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Löbau und dem Unternehmen

Gemäß Pachtvertrag zum Parkplatz Hartmannstraße sind 40 % des jährlichen Reingewinns aus der Vermietung der Stellplätze als Grundstückspacht an die Stadt Löbau abzuführen. In 2019 konnte kein Gewinn erwirtschaftet werden.

Mietvertrag zum „Ratskeller“ zwecks Betrieb einer Gaststätte.

Für die Sanierung des Ratskellers hatte die WoBau investive Mittel in Höhe von TEUR 557,8 eingesetzt. Die Refinanzierung hierzu ist über vertragliche Regelungen sichergestellt. Der vereinbarte monatlich von der WoBau zu zahlende Mietzins beträgt 30 Euro.

Für die Finanzierung des Ankaufs sowie die Erschließung der Grundstücke wurde ein Darlehen in Höhe von TEUR 5.652 aufgenommen, wovon bis zum Bilanzstichtag TEUR

3.793 an die Gesellschaft ausbezahlt wurden. Hinsichtlich des Darlehens besteht eine Ausfallbürgschaft der Stadt Löbau.

Mit Datum vom 21. Juni und Wirkung ab 1. Juni 2019 hat die Stadt Löbau mit der Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau einen Dienstleistungsvertrag bezüglich der Untervermietung an Dritte zur Durchführung von Veranstaltungen (Messen, Musikshows, Gastronomie, etc.) des Messegeländes geschlossen. Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann mit einer Frist von 2 Jahren zum Jahresende gekündigt werden. Für die Verwaltungstätigkeit sowie zur Kostendeckung erhält die Wobau eine Vergütung in Höhe von TEUR 210 brutto p.a..

Mit Datum vom 21. Juni und Wirkung ab 1. Juni 2019 hat die Stadt Löbau mit der Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau einen Betreibervertrag betreffend dem Objekt „Kulturzentrum Johanniskirche“ geschlossen. Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann mit einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden. Für die Betreuung erhält die Wobau eine jährliche Vergütung in Höhe von TEUR 26 brutto.

1.4.3 Lagebericht

Zum Aufgabengebiet der Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau gehören:

- Verwaltung von 1699 Wohnungen und 50 Gewerbeeinheiten aus eigenem Bestand
- Verwaltung von Objekten für Dritte (132 Wohnungen, 24 Gewerbeeinheiten, 204 Garagen)
- Bewirtschaftung von Parkplätzen

Trotz der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bestehen in Deutschland weiterhin erhebliche regionale Unterschiede. Besonders die neuen Länder sind vom demographischen Wandel und der Alterung der Erwerbsbevölkerung betroffen. Dies spiegelt sich auch in der Arbeitslosenquote wider, welche mit 7,8 % zwar unter dem Vorjahreswert, jedoch noch immer deutlich über dem Bundesdurchschnitt und der angrenzenden Gebiete liegt.

Die Entwicklung der Leerstände gestaltet sich trotz begonnener Maßnahmen zum Rückbau weiterhin bedenklich und ist eines der größten Risiken des Unternehmens. Um auch künftig eigene Handlungsspielräume bewahren zu können, ist in 2015 ein Konzept zur Portfolioentwicklung erarbeitet worden, welches mittelfristig u. a. einen geordneten und strukturierten Abriss von Wohnungen in den Wohngebieten vorsieht. Die letzten derzeit geplanten Rückbaumaßnahmen werden im Jahr 2020 abgeschlossen. Aufgrund der ganzheitlichen Marktentwicklung ist eine Entspannung allein durch die angegangene Portfoliopolitik nicht zu erwarten. Weitere Maßnahmen im Bereich des Marketings und auch der Bestandsentwicklung müssen folgen.

Als Chance sieht die Gesellschaft den geplanten Bau des Gewerbegebietes sowie die Verwaltung des Messeparks ab 2019 an. Die neuen Aufgaben wurden gut strukturiert in das Unternehmen integriert und lassen auf einen Anstieg der Attraktivität der Stadt Löbau in den kommenden Jahren hoffen. Sowohl die Erschließung des Gewerbegebietes, mit der neue Arbeitsplätze einhergehen, als auch die Belebung der Kultur dank des Messeparks sollen sich künftig positiv auf die Bevölkerungsentwicklung auswirken.

Aufgrund des bestehenden IT-Systems ist eine Entscheidung bezüglich des Ausbaus der Mietfremdverwaltung getroffen worden, um somit ein weiteres betriebsnahes Geschäftsfeld auszubauen und zu generieren.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden planmäßige Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von TEUR 928 durchgeführt. Wohnungseinzelmodernisierungen fielen bei Neuvermietung an.

Rückbaumaßnahmen erfolgten im Geschäftsjahr 2019 in der Lortzingstraße 1 – 7, 9 – 13 sowie 15 -19 in Löbau mit Hilfe von Fördermitteln in Höhe von TEUR 408 aus dem Bund-Länder-Programm Stadtumbau Ost – Rückbau Wohngebäude Gebiet „Löbau Ost“.

2019 wurde die komplexe Modernisierung der Gebäude Äußere Bautzener Str. 25 und 27, Lessingstraße 2 und 4, sowie Pestalozzistraße 9 durchgeführt bzw. fortgesetzt. Finanziert werden die Vorhaben u.a. mit Hilfe von Fördermitteln aus dem Bund-Länder-Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“

Die Leerstandsquote beträgt zum 31. Dezember 2019 32,6 % (VJ.: 32,4 %). Vom Leerstand zum 31. Dezember 2019 betreffen 13 WE Leerstände wegen baulicher Mängel sowie 146 WE Leerstände wegen Rückbau, die der Neuvermietung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Zur Verbesserung der Ertragslage wurden in 2019 weitere Anstrengungen unternommen, um die Vermietung insgesamt zu verbessern. Insbesondere wurden zu Beginn des Jahres 2019 Mieterhöhungen vorgenommen.

Ein formal implementiertes Risikofrüherkennungssystem existiert nicht. Durch die Geschäftsführung wurde insbesondere die Leerstandsentwicklung als Risikofeld definiert. Daneben werden weitere betriebswirtschaftliche und technische Parameter betrachtet. Die Entwicklung wird monatlich ausgewertet.

Kreditüberwachung und Liquiditätskontrollen liegen in der Verantwortung der Geschäftsleitung. Darlehen wurden planmäßig getilgt und Liquidität war im gesamten Berichtsjahr gegeben.

Die Bilanz weist eine Summe von 35.858.312,00 EUR aus.

Das Anlagevermögen beträgt zum Stichtag 31.12.2019: 25.419.543,06 EUR.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 52,4 %.

Rückstellungen wurden entsprechend ihrer Notwendigkeit gebildet (Rückstellungen für Pensionen: 321.535,56 € und sonstige Rückstellungen: 182.617,60 €). An Verbindlichkeiten sind insgesamt 16.449.373,74 EUR ausgewiesen.

Das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung ist ein Jahresüberschuss (67.454,95 EUR).

Die Donat WP GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dresden hat den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2019 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Lagebericht der Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau geprüft. Die Prüfung führte zu einem Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers.

1.5 Landesgartenschau Löbau gemeinnützige GmbH (Stand: 2019)

1.5.1 Allgemeine Angaben

Anschrift: Görlitzer Straße 2
02708 Löbau

Tel.: (03585) 44625-15
Fax: (03585) 44625-20
E-Mail: birnbaum@landesgartenschau-loebau.de
Internet: www.messepark-loebau.de

Entstehung der Gesellschaft: mit Gesellschaftsvertrag vom 23.02.2009

Handelsregister: Amtsgericht Dresden, HRB 27906, Eintragung vom 15.07.2009

Gesellschaftsvertrag: vom 16.12.2016 (mit Genehmigungserklärung vom 10.01.2017)

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Naturschutzes, der Landschaftspflege, der Kunst und Volksbildung.

Gegenstand der Gesellschaft ist

- der Erhalt des Landesgartenschau-Areals als Stätte der Erbauung und Erholung durch entsprechende Bewirtschaftung und Pflege
- die Gewährleistung eines vielfältigen Angebots von Bildungs-, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten für Bürger und Gäste
- in der Bevölkerung Verständnis für Erfordernisse der Natur und des Umweltschutzes wecken zu helfen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, diesen fördern oder wirtschaftlich und rechtlich berühren.

Auflösung der Gesellschaft:

Mit Gesellschafterbeschluss vom 15. Mai 2019 befindet sich die Gesellschaft mit Ablauf des 31. Mai 2019 in Liquidation.

Gesellschafter: 100 % Stadt Löbau **Stammkapital:** 25.000,00 €

Organe der Gesellschaft: Gesellschafterversammlung
Aufsichtsrat
Geschäftsführer

Geschäftsführer/-in: Herr Joachim Birnbaum (bis 31.03.2019)
Frau Sarah Weiß (vom 01.04.2019 bis 31.05.2019)

Liquidator: Herr Holm Belger (ab 01.06.2019)

Arbeitnehmer: 3 vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter
(bis 31.05.2019) 2 teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter und
6 Aushilfen

Aufsichtsrat:
(bis 31.05.2019)

Mitglieder des Aufsichtsrates:

Dietmar Buchholz	Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Löbau Vorsitzender des Aufsichtsrates
Heinz Pingel	Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates
Heiko Neumann	Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau
Conny Müller-Schmitz	Stadträtin der Großen Kreisstadt Löbau
Mercedes Krumpolt	Stadträtin der Großen Kreisstadt Löbau
Jan Hübner	Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau

Aufsichtsratssitzungen:

Im Geschäftsjahr 2019 fand eine Aufsichtsratssitzungen statt (13.03.2019).

Gesellschafterversammlungen:

Im Geschäftsjahr 2019 fanden vier Gesellschafterversammlung statt (31.01.2019, 13.03.2019, 15.05.2019, 10.07.2019).

kaufmännischer Bereich:

Annett Fendler, Steuerberaterin, Dresden
(Vertrag vom 03.07.2018)

Die Lohnbuchhaltung wurde von der *Bavaria Treu AG München* ausgeführt.
(Vereinbarung vom 23.06./30.06.2014)

Bestellter Abschlussprüfer für das Rumpfgeschäftsjahr 01.01.2019 bis 31.05.2019:

Herr Christoph Daut, WP/StB, ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH Dresden

1.5.2 Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Löbau und dem Unternehmen

Gemäß § 4 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages der Landesgartenschau Löbau gGmbH hat die Große Kreisstadt Löbau im Rahmen ihres Haushaltsplanes 2019 einen finanziellen Zuschuss in Höhe von TEUR 150 berücksichtigt und in 2 Raten an die Gesellschaft ausgezahlt.

Für das Veranstaltungsmanagement im „Kulturzentrum Johanniskirche“ Löbau erhielt die Landesgartenschau Löbau gGmbH 2019 von der Stadt Löbau einen Zuschuss von TEUR 26.

1.5.3 Verträge

Zwecks Nutzung der im Eigentum der Stadt Löbau befindlichen Grundstücke des LGS-Areals (einschließlich vorhandener Nutzungsrechte und Aufbauten) hat die Große Kreisstadt Löbau am 15.01.2013 mit der Gesellschaft einen unbefristeten Nutzungsvertrag abgeschlossen. Es wird kein Nutzungsentgelt durch die Stadt Löbau erhoben. Als Ausgleich übernimmt die Landesgartenschau Löbau gGmbH die Unterhaltung des Geländes.

Der Nutzungsvertrag wurde von der Gesellschaft mit Datum vom 27.05.2019 zum nächst möglichen Zeitpunkt gekündigt.

Für die gastronomische Betreuung von Veranstaltungen im Gartenschaugelände ist die *Bäckerei und Konditorei Schwerdtner GmbH* zuständig. Grundlage ist ein entsprechender Geschäftsbesorgungsvertrag vom 12.03./15.03.2014.

Der Geschäftsbesorgungsvertrag wurde von der Gesellschaft im Rahmen der Liquidation mit Datum vom 04.06.2019 zum 30.06.2019 gekündigt.

Seit 01.01.2015 trägt die Landesgartenschau Löbau gGmbH die Verantwortung für die Vermarktung des „Kulturzentrums Johanniskirche“ in Löbau. 2014 hatten sich Stadt und Unternehmen dazu verständigt und einen unbefristeten Veranstaltungsbetreibervertrag vom 17.12.2014 unterzeichnet.

Der Betreibervertrag wurde von der Gesellschaft mit Datum vom 27.05.2019 zum nächst möglichen Zeitpunkt gekündigt.

Zur Vorbereitung und Durchführung der Gewerbe- und Leistungsschau KONVENT'A durch die Landesgartenschau Löbau gGmbH ab 2014, wurde mit dem Förderverein Oberlausitzer Gewerbe- und Leistungsschau e.V. Löbau ein Vertrag (12.06.2013) abgeschlossen. Für die zu leistende Arbeit der konzeptionellen Gestaltung, inhaltlichen Ausrichtung und Weiterentwicklung der KONVENT'A erhält der Förderverein eine jährliche Leistungspauschale in Höhe von 7.500,00 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer.

Der Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der Konvent'a wurde von der Gesellschaft im Rahmen der Liquidation mit Datum vom 04.06.2019 zum 30.06.2019 gekündigt.

1.5.4 Lagebericht

Analog des vergangenen Zeitraums war die Gesellschaft auch im Rumpfgeschäftsjahr bis 31. Mai 2019 für die Bewirtschaftung des ehemaligen Landesgartenschaugeländes, einschließlich Blumen-, Messe- und Veranstaltungshalle sowie für das Kulturzentrum Johanniskirche zuständig.

Das hieß im Einzelnen:

- Vermietung der Mehrzweckhalle, der Blumenhalle, des Gartenschaugeländes und der Johanniskirche für kulturelle Events,
- Organisation und Durchführung von Ausstellungen, Messen, Veranstaltungen in eigener Regie
- Organisation der Pflege- und Wartungsarbeiten, Reparatur- und Erneuerungsarbeiten.

- Aufbau und Fortführung von Tätigkeiten entsprechend des gemeinnützigen Zweckes, wie z. Bsp.:
 - Führungen auf dem ehemaligen Gartenschaugelände
 - Zusammenarbeit mit der Schreberjugend (Angebote im „Grünen Klassenzimmer“)

- Unterstützung bei der Berufsförderung im „Grünen Bereich“
- Angebote für Menschen mit Behinderung
- Pflege der Anlagen mit den *Naturfreunden* (Vereinssitz im Gartenschaugelände)
- Betreiben von Kleintieranlagen und 2 Fischzuchtbecken

Bis zum 31.05.2019 fanden insgesamt ca. 47 Veranstaltungen verschiedenster Art mit insgesamt ca. 59.000 Besuchern statt.

Durch die Vielzahl der Events wurden die unterschiedlichsten Zielgruppen erreicht.

Qualität und Vielfalt der Angebote wirken sich entscheidend auf die Besucherresonanz aus.

Seit dem Herbst 2015 läuft eine Betriebsprüfung für den Zeitraum 2011 – 2013. Für den geprüften Veranlagungszeitraum 2013 wird davon ausgegangen, dass die Gemeinnützigkeit nicht gegeben war.

Die Versagung des Vorsteuerabzuges war ab Beendigung der Landesgartenschau zum 31. März 2013 rechtlich unvermeidlich. Es gibt praktisch keine Gestaltungsmöglichkeit, dies zu vermeiden, solange die Investitionen nicht weiterhin für umsatzsteuerpflichtige Geschäfte genutzt werden.

Schlussendlich konnte das Finanzamt noch ausstehende Bescheide über die Umsatzsteuer und Zinsen für die Jahre 2014, 2015 und 2016 zum 26.10.2020 erstellen.

Für die endgültige Anmeldung des Erlöschens der Firma verlangt das Gesetz die Einhaltung eines Sperrjahres. Dieses Sperrjahr beginnt mit dem Tag, an dem der sogenannte Gläubigeraufruf in den Gesellschaftsblättern veröffentlicht worden ist, dies erfolgte mit Veröffentlichung im Bundesanzeiger zum 21. Juni 2019.

Die Liquidation ist beendet, wenn keine Abwicklungsmaßnahmen mehr erforderlich sind. Die Beendigung des Abwicklungsverfahrens ist Voraussetzung für die Anmeldung des Erlöschens der GmbH im Handelsregister und damit grundsätzlich auch der Vollbeendigung der GmbH als Rechtsträgerin.

Die Bilanz schließt zum 31.05.2019 mit einer Summe von 1.223.248,04 EUR.

Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung: -104.449,39 EUR.

Den Umsatzerlösen (überwiegend aus der Vermietung der Mehrzweckhalle, Blumenhalle, Johanniskirche und aus der Durchführung und Organisation von Messen, Ausstellungen und Veranstaltungen erzielt) stehen div. Aufwendungen (Kosten für die Bewirtschaftung des Areals, Personalkosten, Abschreibungen, Materialaufwendungen, sonstige betriebliche Aufwendungen) gegenüber.

Die Aufwendungen konnten durch die Erlöse nicht gedeckt werden; somit endet das Rumpfgeschäftsjahr 2019 mit einem Fehlbetrag.

Zu dem Rumpfjahresabschluss 2019 hat der Wirtschaftsprüfer Herr Christoph Daut, WP/StB, ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH Dresden den Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers erteilt.

1.6 ENSO Energie Sachsen Ost AG (Stand: 2019)

1.6.1 Allgemeine Angaben

Anschrift: Friedrich-List-Platz 2
01069 Dresden

Tel.: (0351) 468-0
Fax: (0351) 468-5900

E-Mail: service@enso.de
Internet: <http://www.enso.de>

Handelsregister: Amtsgericht Dresden, HRB 965

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Betätigung auf dem Gebiet der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserver- sowie Abwasserentsorgung einschließlich Errichtung der hierzu erforderlichen Anlagen und Gewerke

Grundkapital: 105.221.170 €

Aktien: 2.053.096 Stückaktien

Organe der AG: Vorstand
Aufsichtsrat
Hauptversammlung

Vorstand: Dr. Frank Brinkmann
Dipl.-Kauffrau Ursula Gefrerer
Lars Seiffert

Aufsichtsrat: Dirk Hilbert
(Vorsitzender)

Torsten Berndt
(1. Stellvertreter)

Mike Ruckh
(2. Stellvertreter)

17 weitere Mitglieder

Aktionäre: EnergieVerbund Dresden GmbH

KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH
an der Energie Sachsen Ost

Sonstige kommunale Anteilseigner

Anteilsbesitz: An nachstehenden Unternehmen besitzt die ENSO unmittelbar Anteile.

<u>beteiligt an:</u>	<u>mit</u>
ENSO NETZ GmbH, Dresden	100,00 %
desaNet Telekommunikation Sachsen Ost GmbH, Dresden	100,00 %
GEWA Gesellschaft für Wasser und Abwasser mbH, Dresden	100,00 %

systematics NETWORK SERVICES GmbH, Dresden	100,00 %
DRECOUNT GmbH, Dresden	50,00 %
Biomethan Zittau GmbH, Zittau	50,00 %
Windpark Streumen GmbH, Dresden	50,00 %
Projektgesellschaft Anbau CITY CENTER Dresden GmbH & Co. KG, Dresden	50,00 %
Projektgesellschaft Anbau CITY CENTER Dresden Verwaltungs GmbH, Dresden	50,00 %
Technische Dienste Altenberg GmbH, Altenberg	49,00 %
Wärmeversorgung Weigsdorf-Köblitz GmbH, Cunewalde	40,00 %
Info-Kabel GmbH Betreiber von Rundfunk-Kabelanlagen, Bischofswerda	25,00 %

Beschäftigte: 443 Mitarbeiter und 96 Auszubildende (per 31.12.19)

Abschlussprüfer: KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

1.6.2 Finanzbeziehungen zwischen dem Unternehmen und der Stadt Löbau

- Konzessionsabgabe Strom für 2019 per 05.05.2020: 14.150,75 €
- Dividende für das Wirtschaftsjahr 2019 der ENSO per 09.07.2020: 37.304,75 € (brutto)

1.6.3 Lagebericht

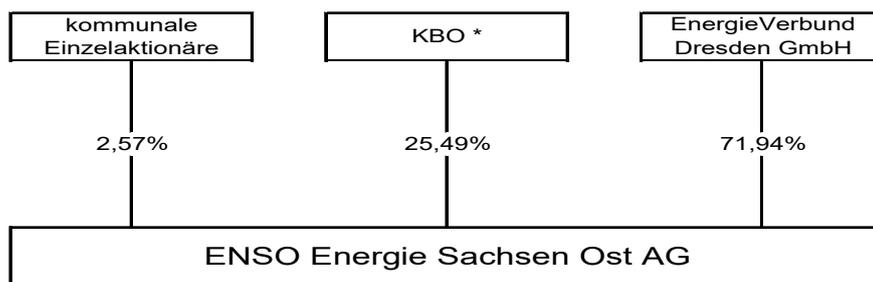
Die ENSO ist der kommunale Energiedienstleister in Ostsachsen.

Anteilseigner sind: EnergieVerbund Dresden GmbH, KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost und div. kommunale Einzelaktionäre.

Die Geschäftstätigkeit der ENSO wird maßgeblich durch die politischen Rahmenbedingungen bestimmt. Vorrangig konzentriert sich ENSO auf die Lieferung von Strom, Gas und Fernwärme.

Die kommunalen Anteilseigner haben die Möglichkeit im Aufsichtsrat und in den Ausschüssen der ENSO gezielt auf die Sicherung und Fortführung einer stabilen Geschäftsentwicklung der ENSO und die Gewährleistung der Dividendenkontinuität hinzuwirken.

Aktionärsstruktur der ENSO



KBO* (einschließlich Treugeber)

Als regionales Energieversorgungsunternehmen ist ENSO hinsichtlich energiewirtschaftlicher Lösungen, der Zuverlässigkeit des Betriebes der Strom- und Gasnetze sowie der Belieferung mit Strom und Erdgas ein bewährter Partner der Städte und Gemeinden Ostsachsens.

Zusätzlich zum Kerngeschäft -*Versorgung mit Strom, Gas, Wärme*- bietet ENSO Internet und Telefonie an sowie technische und kaufmännische Dienstleistungen für Ver- und Entsorgungsbetriebe.

Entsprechend der Entflechtungsvorschriften des EnWG ist die ENSO Netz GmbH als 100 % Tochtergesellschaft für die Aufgaben beim Betrieb der ENSO-Energieverteilungsnetze zuständig.

Für die Entwicklung des Unternehmens von Vorteil ist ein konstruktives Miteinander von Aufsichtsrat und Vorstand.

Der Aufsichtsrat der ENSO hat entsprechend der ihm obliegenden Aufgaben den Vorstand im Geschäftsjahr 2019 beratend begleitet und überwacht.

Der Vorstand der ENSO informierte den Aufsichtsrat regelmäßig über die Geschäftspolitik und Unternehmensstrategie, über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft und über bedeutsame Geschäftsvorfälle.

Im Geschäftsjahr 2019 fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt. Schwerpunkte der Beratungen und Beschlussfassungen waren u. a. die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die wirtschaftliche Entwicklung der ENSO, der Jahresabschluss 2018, die Weiterentwicklung des Geschäftsfeldes Telekommunikation und der Erwerb eines Grundstücks in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hauptsitz der Gesellschaft.

Infolge eines durch den Vorstand eingeleiteten Statusverfahrens und einer entsprechenden Satzungsänderung ist der Aufsichtsrat seit Januar 2020 nach den Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes zu besetzen. Er besteht seither satzungsgemäß aus 20 Mitgliedern.

Basierend auf der vorhandenen technisch-wirtschaftlichen Grundlage sowie mit ausgebildetem Fachpersonal nutzt ENSO die Entwicklungschancen in der Region. ENSO bekennt sich zur Energiewende und investiert kontinuierlich in das Geschäftsfeld der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen

Darüber hinaus baut ENSO NETZ die Breitbandinfrastruktur für ENSO im Netzgebiet stufenweise aus. Für die kommenden Jahre ist unter der Prämisse der Wirtschaftlichkeit die Erschließung weiterer Gebiete vorgesehen. Dafür beteiligt sich ENSO unter dem Vorbehalt einer Förderung durch Bund und Land an Ausschreibungsverfahren und bietet als zielgerichtete Fortführung der Infrastrukturmaßnahmen ein Produktportfolio von Telekommunikationsdienstleistungen für Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden an.

ENSO hat das Ziel, als kommunal geführtes Unternehmen der führende Energiedienstleister in Ostsachsen zu bleiben. Mit der EnergieVerbund Dresden GmbH (kurz: EVD), Dresden (71,9 % des Aktienkapitals), und der KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost (kurz: KBO), Neustadt / Sachsen (25,5 % des Aktienkapitals), sind zwei starke regionale Partner an der ENSO beteiligt. Die traditionell partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Stadtwerken und Kommunen wird von der ENSO als Grundpfeiler des Engagements betrachtet und innerhalb der EVD weiter ausgebaut.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden die Organisationsstrukturen von ENSO, DREWAG und den Netzgesellschaften weiter harmonisiert sowie im Hinblick auf die zukünftigen Herausforderungen in der Energieversorgung optimiert. Schwerpunkte bildeten hierbei insbesondere die Vereinheitlichung und zukünftige Weiterentwicklung des IT-Bereiches sowie die Neuaufstellung eines Strategie Bereiches.

ENSO engagiert sich innerhalb der EVD-Unternehmensgruppe beim EU-Projekt „MAtchUP 1“, welches dort durch DREWAG koordiniert wird. In dem europäischen Verbundprojekt entstehen exemplarische Geschäftsmodelle rund um die Schaffung von intelligenteren Städten sowie die Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz, die auch für ENSO in Ostsachsen replizierbar sind. Schwerpunkte bilden der Aufbau von Photovoltaikanlagen und Speichern sowie die Nutzung des erzeugten Stroms vor Ort durch Mieterstrommodelle. Durch den Einsatz intelligenter Messtechnik in konkreten Testfällen für unser Smart Meter Gateway werden neue Geschäftsmodelle entwickelt. Im Bereich der Elektromobilität werden modellhaft neue Ladepunkte einschließlich eines intelligenten Zugangs- und Abrechnungssystems errichtet. Netzzrückwirkungen von Schnellladern am Mobilitätspunkt werden untersucht und durch Speicher reduziert. Neue Mobilitätslösungen entstehen für das gewerbliche Personal sowie Mieter der Wohnungswirtschaft. Innerhalb MAtchUP werden Grundlagen zur künftig verstärkten Integration fluktuierender erneuerbarer Energien in die Fernwärmeversorgung über Messungen am Wärmespeicher Reick sowie bei der Reduzierung der Vorlauftemperaturen untersucht.

Gemeinsam mit der Deutschen Telekom AG wurde ein Pilotprojekt „5G – basierte Datenerfassung und dezentrale KI-Vorverarbeitung als Basis einer intelligenten Verteilnetzzelle“ (KidZ) initiiert.

Mit dem Projekt SERVING werden in Kooperation mit der TU Dresden und der Hochschule Zittau / Görlitz Flexibilisierungsoptionen für Wärmespeicheranlagen und steuerbare Lasten in der Wasserversorgung untersucht. Die Ausstattung mit moderner Mess- und Steuertechnik erlaubt einen am aktuellen Marktpreis und an der momentanen Netzauslastung orientierten Anlagenbetrieb. Damit werden diese Anlagen für die Kunden attraktiver und gleichzeitig netzdienlicher einsetzbar.

Als begleitende Betrachtung zur Energiewende beteiligte sich ENSO NETZ unter Mitwirkung von ENSO, DREWAG und DREWAG NETZ an der in den Jahren 2018 und 2019 erstellten Studie „Commit to Connect 2050“. Gemeinsam mit ONTRAS und 12 weiteren ostdeutschen Energieversorgern wird das Zielbild eines regenerativen, CO²-freien, volkswirtschaftlich kostenoptimalen und versorgungssicheren Energieversorgungskonzepts erstellt.

Für die gemeinsame Hauptverwaltung von ENSO und DREWAG ist an das bestehende Gebäude CITY CENTER ein Anbau geplant. Mit den Baugrunderarbeiten konnte begonnen werden. Der erweiterte Komplex wird den Mitarbeiter*innen von ENSO und DREWAG sowie ihren wichtigsten Tochtergesellschaften moderne Arbeitsplätze bieten.

ENSO betreibt seit dem Jahr 2008 ein Umweltmanagementsystem. Ende des Jahres 2018 wurde es mit dem neuesten internationalen Standard ISO 14001:2015 zertifiziert. Zusätzlich erfolgte im selben Jahr die Erweiterung und Erst-Zertifizierung im Bereich Energiemanagement

nach ISO 50001:2011. Damit werden die Aktivitäten zur ressourcenschonenden Bereitstellung und Nutzung von Energie als bedeutender Umweltaspekt verstärkt in den Fokus gerückt. Als integriertes Umwelt- und Energiemanagement sind die Systeme Bestandteil einer Verbundzertifizierung mit ENSO NETZ, DREWAG und DREWAG NETZ. Mit der Energiemanagement-Zertifizierung wird darüber hinaus die Anforderung des Energiedienstleistungsgesetzes EDL-G zur Durchführung von Energieaudits erfüllt.

Die ENSO wurde in den Sparten Strom und Gas als „TOP-Lokalversorger 2019“ vom Energieverbraucherportal 5 ausgezeichnet.

Die ENSO wurde im Jahr 2019 wiederholt von der IHK Industrie- und Handelskammer Dresden als „Ausgezeichneter Ausbildungsbetrieb“ geehrt. Anhaltend hohe Bewerberzahlen für kaufmännische und technisch gewerbliche Ausbildungsplätze sowie für duale Studiengänge spiegeln dies wider.

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr war die ENSO erneut ein wichtiger Auftraggeber für die sächsische Wirtschaft.

Die Hauptschwerpunkte der Investitionstätigkeit lagen in der Erweiterung und Erneuerung von 110-kV-Leitungen, Umspannwerken, Mittel- und Niederspannungsleitungen und Umspannstationen sowie in der Errichtung von Kundenanschlüssen.

Weitere Schwerpunkte waren hierbei die kontinuierliche Erneuerung der Hoch-, Mittel und Niederdruckgasleitungen sowie die Realisierung von Erweiterungsvorhaben und Kundenanschlüssen, sowie der weitere Ausbau der Informationsnetze.

Weiterhin wurde in den Neubau des BHKW am Standort Bautzen sowie in die Informationsverarbeitung und die IT-Infrastruktur investiert.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2019 weist eine Bilanzsumme von EUR 1.068 Mio (Vj. EUR 981 Mio) aus.

Beim Stromabsatz (9.132 GWh) ist gegenüber dem Vorjahr (6.819 GWh) ein hoher Anstieg zu verzeichnen.

Der Absatz von Gas hat sich von 9.970 GWh (i. Vj.) auf 11.430 GWh (im Berichtsjahr) erhöht.

Die Umsatzerlöse sind angestiegen und liegen bei EUR 1.248 Mio.

Der Materialaufwand beträgt EUR 1.086 Mio, für den Personalaufwand sind EUR 32 Mio verbucht.

Die Abschreibungen betragen EUR 48 Mio.

Ergebnis des Geschäftsjahres 2019 ist ein Bilanzgewinn von 96.714.078,05 Euro.

Die Liquidität der ENSO war 2019 jederzeit gesichert.

Gemäß § 6 b Abs. 3 EnWG führt ENSO getrennte Konten für jede ihrer Tätigkeiten und stellt jeweils einen gesonderten Tätigkeitsabschluss auf, so u. a. für die Elektrizitäts- und Gasverteilung.

Jahresabschlussprüfung:

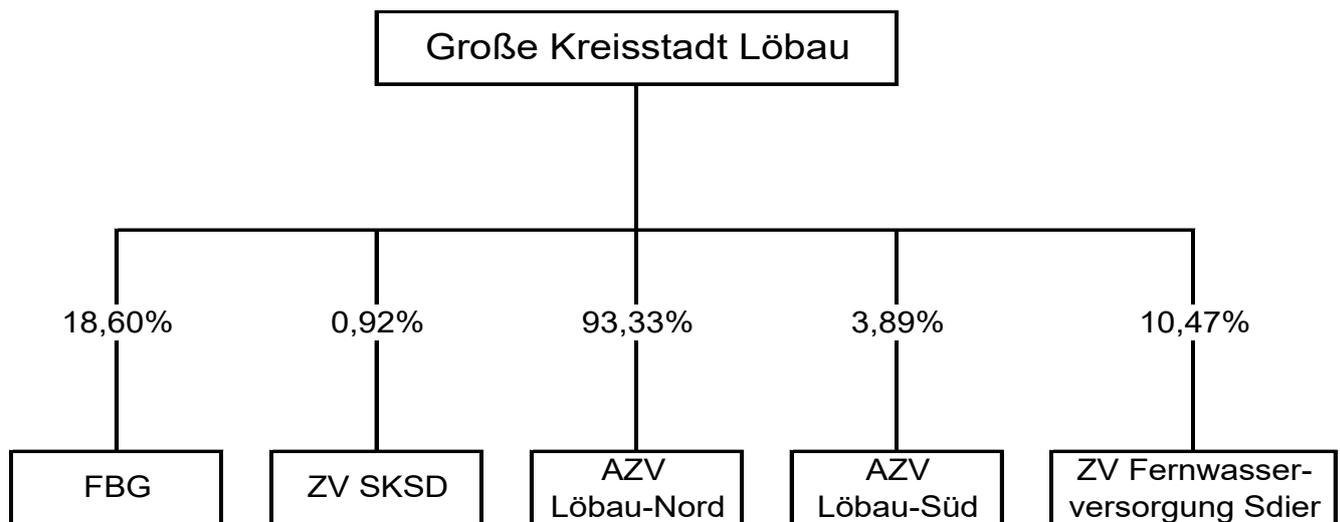
Die *KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Berlin* war mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts beauftragt. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

2 Mitgliedschaften

Die Große Kreisstadt Löbau ist Mitglied

in der **Forstbetriebsgemeinschaft „Oberlausitz“ w. V.**

und im **Abwasserzweckverband Löbau-Nord**
Abwasserzweckverband Löbau-Süd
Zweckverband Fernwasserversorgung Sdier
Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden



2.1 Mitgliedschaft in der Forstbetriebsgemeinschaft „Oberlausitz“ w. V.

Die Forstbetriebsgemeinschaft „Oberlausitz“ ist ein Zusammenschluss von kommunalen und privaten Waldbesitzern in Ostsachsen mit dem Ziel einer optimalen Holzvermarktung.

Im Oktober 2007 wurde die Forstbetriebsgemeinschaft ins Leben gerufen; 2008 startete das erste Geschäftsjahr.

Seit März 2017 führt Herr Dipl.-Forstingenieur (FH) Tommy Arnold die Geschäfte der FBG.

Als Sachbearbeiterin für den innerbetrieblichen Ablauf in der FBG ist Frau Wolf zuständig.

Die Buchführung der FBG erfolgt durch die Bautzener Steuerberatungsgesellschaft mbH Gerke-Stienkemeier-Köpp.

Organe der Forstbetriebsgemeinschaft sind Mitgliederversammlung und Vorstand.

Mit dem Beitritt zur Forstbetriebsgemeinschaft gelten alle in der Satzung festgelegten Bestimmungen. Gemäß § 10 der Satzung der Forstbetriebsgemeinschaft wird ein Mitglieder- und Flächenverzeichnis geführt.

Ende 2019 sind 129 Waldbesitzer (kommunale und private) mit einer Fläche von rd. 8710 ha Wald in der Forstbetriebsgemeinschaft integriert.

Die Große Kreisstadt Löbau gehört zu den Gründern der FBG und ist mit ihrem Waldbesitz von knapp 1800 Hektar zweitgrößtes Mitglied.

Die Forstbetriebsgemeinschaft Oberlausitz

- berät ihre Mitglieder in allen Belangen der Waldpflege und Waldbewirtschaftung,
- kümmert sich um Vorbereitung, Organisation, Durchführung und Abrechnung von Waldpflege- und Walderneuerungsmaßnahmen
- vermittelt Dienstleistungen
- übernimmt die Beantragung und Durchführung von Fördermaßnahmen.

Hauptgeschäftsfeld der FBG ist die Holzvermarktung.

Art und Umfang der gemeinsamen Holzvermarktung werden jährlich von der Mitgliederversammlung beschlossen.

Am 14.11.2018 verabschiedete die Mitgliederversammlung mit Beschluss 17/2018 die Planung für das Geschäftsjahr 2019 (Wirtschafts-, Haushalts-, Stellen-, Erfolgs- und Vermögensplan).

Der Vorstand tagte am 06.02.2019
08.05.2019
16.10.2019

und setzte sich mit den unterschiedlichsten Themen auseinander:

Stand der Holzvermarktung, Diskrepanzen mit dem Geschäftsführer, Abschluss einer Zielvereinbarung zwischen FBG und Geschäftsführer, Verhandlungen mit den Holzabnehmern und Abschluss der Lieferverträge, Nachverhandlungen zu Lieferverträgen auf Grund des hohen Aufkommens an Sturm- und Schadholz, erhebliche Preisminderungen beim Holzverkauf, Aufnahme weiterer Waldbesitzer, Jahresabschluss 2018, Planung 2019, Vorbereitung der Mitgliederversammlungen.

Geschäftsführer und Vorstand tragen mit ihrer kontinuierlichen Arbeit und Berichterstattung maßgeblich zum Gelingen der Geschäftstätigkeit der FBG bei.

Neben laufenden Liquiditätskontrollen überwacht der Geschäftsführer mit Hilfe einer monatlichen Plan-Ist-Analyse die Einhaltung des beschlossenen Haushaltsplanes. Da der Holzmarkt weltmarktabhängig ist und somit gewissen Schwankungen unterliegt, ist die Holzvermarktung mit Risiken behaftet. Es gilt daher, der Holzvermarktung besondere Aufmerksamkeit zu widmen, Mitgliederwerbung größerer Waldbesitzer zu betreiben, entsprechende Holzabnehmer zu finden und holzmarktunabhängige Geschäftsfelder zu erschließen.

Die FBG hat im Geschäftsjahr 96.000 fm Holz für ihre Mitglieder vermarktet; zusätzlich konnten 3.000 fm Holz von Nichtmitgliedern verkauft werden.

Im Sägeholzbereich ist ein Durchschnittserlös von 41,00 EUR/fm (VJ.: 68,00 EUR/fm) erzielt worden; beim Industrieholz lag der Erlös bei 22,00 EUR/fm (VJ.: 32,50 EUR/fm).

Der Umsatz betrug 3,45 Mio EUR.

Die Mitgliederversammlungen im lfd. Jahr fanden am 19.06.2019 und am 13.11.2019 statt.

Der Geschäftsführer informierte u. a. zum Jahresabschluss 2018. Es folgte der Bericht der Revisionskommission und die Entlastung von Vorstand/Geschäftsführer. Der Geschäftsführer informierte über die Holzvermarktung/Sturmholzaufarbeitung.

Mit den Beschlüssen 16/2019 und 17/2019 stellte die Mitgliederversammlung den Jahresabschluss 2018 fest und erteilte dem Vorstand und dem Geschäftsführer für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung.

In der Novembersitzung der FBG standen folgende Themen zur Debatte:
Aufnahme neuer Mitglieder, Bericht zur aktuellen Situation auf dem Holzmarkt, Beschluss zum Entgeltverzeichnis Nichtmitgliedergeschäfte, und die Planung für 2020 einschließlich Beschluss (32/2019), Wahl des neuen Vorstandes und der Revisionskommission.

Die Buchhaltung und der Jahresabschluss 2019 wurde von der *Gehrke-Stienkemeier-Köpp Steuerberatungs-gesellschaft mbH Bautzen* erstellt.

Die Bilanz schließt per 31.12.2019 mit einer Summe von 912.870,65 Euro; die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Jahresüberschuss von 138.005,92 € aus.

Die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2019 erfolgte durch die *BHB Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dresden*.

2.2 Mitgliedschaften in Zweckverbänden

„Zur gemeinsamen Erfüllung ihrer Aufgaben können Gemeinden und Landkreise zusammenarbeiten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.“ (§ 1 SächsKomZG)

Nach § 2 Abs. 1 SächsKomZG ist es u. a. möglich, Zweckverbände zu bilden. Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes werden durch die Verbandssatzung geregelt.

Der **Abwasserzweckverband Löbau-Nord** hat die Aufgabe, im Verbandsgebiet die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen zu planen, zu errichten, zu erneuern, zu betreiben, zu unterhalten und zu verwalten. Er hat die ordnungsgemäße Einsammlung, Ableitung und Beseitigung des eingeleiteten Abwassers, der Schlämme aus Kleinkläranlagen, des Inhalts aus abflusslosen Gruben und des von Straßen, Wegen und Plätzen abfließenden Niederschlagwassers zu gewährleisten.

Verbandsmitglieder sind die Gemeinde Rosenbach und die Große Kreisstadt Löbau (außer OT Großdehsa).

Der AZV Löbau-Nord beschäftigt kein eigenes Personal; die technische und kaufmännische Betriebsführung des AZV wurde der Stadtwerke Löbau GmbH übertragen.

Nach § 4 Abs. 1 der Verbandssatzung ist der **Abwasserzweckverband Löbau-Süd** für das Sammeln, Behandeln, Ableiten, Verregnen, Verrieseln und Versickern von Schmutzwasser sowie für das Stabilisieren und Entwässern von Klärschlamm aus der Abwasserbehandlung, u. a. auch das Entnehmen und Transportieren des anfallenden Schlammes aus Anlagen zur Behandlung häuslichen Abwassers sowie das Entleeren und Transportieren des Grubeninhalts aus abflusslosen Gruben zuständig.

Der ZV plant, errichtet oder übernimmt und betreibt abwassertechnische Reinigungs- und Entsorgungsanlagen, Sammel- und Ableitungskanäle und sonstige zur gemeinsamen Ableitung und Behandlung des Abwassers und zu dessen Beseitigung notwendige betriebstechnische Einrichtungen.

Verbandsmitglieder sind die Gemeinden Dürrhennersdorf, Großschweidnitz, Kottmar, Lawalde, Schönbach und Löbau OT Großdehsa.

Der AZV beschäftigt kein eigenes Personal. Für die technische und kaufmännische Betriebsführung ist die SOWAG Süd-Oberlausitzer Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgesellschaft mbH Zittau zuständig.

Der **Zweckverband Fernwasserversorgung Sdier** unterstützt seine Verbandsmitglieder bei der Wasserversorgung durch überregionale Wasserbeschaffung, Aufbereitung und Lieferung von Fernwasser in ausreichender Qualität und Menge. Der ZV betreibt eigene Wasserfassungs- und Aufbereitungsanlagen sowie ein überregionales Verteilungsnetz. Verbandsmitglieder sind die Zweckverbände „ZV Wasserversorgung Landkreis Bautzen“, „ZV Oberlausitz Wasserversorgung“ sowie die Städte Bautzen und Löbau.

Organe des ZV sind Verbandsversammlung und Verbandsvorsitzender.

Für die laufende Geschäftstätigkeit ist ein Geschäftsführer bestellt; durchschnittlich beschäftigt waren im Berichtsjahr 12 Mitarbeiter.

Kaufmännische Verwaltungsarbeiten werden von der Beteiligungs- und Betriebsgesellschaft Bautzen mbH wahrgenommen.

Dem **Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden** obliegt:

- die Aus- und Fortbildung vor allem der Beschäftigten der Verbandsmitglieder einschließlich der Abnahme der Prüfungen sowie die Vertretung der Kommunen in Fachgremien der Aus- und Weiterbildung,
- die Unterstützung in Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung
- die Konzipierung von Personalentwicklungs- und Schulungsangeboten.

Anlage 1

Wirtschaftsplan 2019 der Stadtwerke Löbau GmbH

Quelle: Planung der Stadtwerke Löbau GmbH für das Jahr 2019
sowie Mittelfristplanung 2019 - 2023

Stadtwerke Löbau GmbH, Georgewitzer Straße 54, 02708 Löbau

**Planung der
Stadtwerke Löbau
GmbH für das
Jahr 2019 sowie
Mittelfristplanung
2019 - 2023**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Erfolgsplan 2019	2
3. Liquiditätsplan 2019	5
4. Stellenplan 2019	6
5. Investitionsplan 2019	6
6. Mittelfristige Planung	8
6.1 Mittelfristiger Erfolgsplan der Jahre 2019 bis 2023	8
6.2 Mittelfristiger Liquiditätsplan der Jahre 2019 bis 2023	10
6.3 Mittelfristiger Investitionsplan 2019 bis 2023	11
Anlagenverzeichnis	12

1. Einleitung

Grundsätzlich liegen der Wirtschaftsplanung neben Erkenntnissen der abgeschlossenen Wirtschaftsjahre, Prognosen und Hochrechnungen die gültigen Preiskalkulationen und - in den regulierten Bereichen - die genehmigten Erlösobergrenzen (EOG) zugrunde.

Die EOG für die Netzentgelte in der Sparte Gas Verteilung wird auf Basis des Geschäftsjahres 2015 neu ermittelt und durch die Landesregulierungsbehörde beschieden. Dazu erfolgte die fristgerechte Einreichung des Berichtes zur Kostenprüfung sowie des Erhebungsbogens per 30.09.2016. Im Oktober 2017 wurden Unterlagen zum Antrag nach Aufforderung der Regulierungsbehörde nachgereicht. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplanes 2019 lag noch kein Bescheid seitens der Landesregulierungsbehörde Sachsen für die EOG 2019 vor. In der Regel wird in dieser Situation für die Ermittlung der Netzentgelte die zuletzt genehmigte EOG unter Berücksichtigung von Kostensteigerungen der vorgelagerten Netze zugrunde gelegt. Bei SW-L ergibt sich durch den Netzübergang in 2015 jedoch eine besondere Sachlage.

Die Übernahme des Gasnetzes in 2015 erfolgte u.a. ohne Personalübergang, so dass der von ENSO Netz GmbH übergegangene EOG-Anteil keine Personalkosten enthielt. Der Landesregulierungsbehörde wurde dieser Sachverhalt dargelegt und vereinbart, für das vorläufige Preisblatt 2019 die in 2016 beantragte EOG unter Berücksichtigung der vorläufigen vorgelagerten Netzentgelte und des Kapitalkostenab- bzw. -zuschlages heranzuziehen.

2. Erfolgsplan 2019

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse i.H.v. insgesamt T€ 31.882 wurden auf der Grundlage prognostizierter Absatzmengen und realisierbarer Preise für das Jahr 2019 ermittelt.

Gesamtbetrieblich werden in dieser Darstellung die einzelnen Unternehmenssparten zusammengefasst, die Umsatzerlöse enthalten die innerbetrieblichen Verrechnungen für Strom-, Erdgas-, Wärme- und Trinkwasserlieferungen zwischen den einzelnen Betriebszweigen, Erlöse für die Netznutzung sowie Erlöse aus Einspeisevergütungen und Direktvermarktung. Die Umsatzerlöse aus innerbetrieblichen Verrechnungen betragen insgesamt T€ 5.511.

Aktiviertete Eigenleistungen

Die innerbetrieblichen Leistungen, welche im Jahr 2019 dem Anlagevermögen zugerechnet werden, betragen in Summe T€ 97 und werden als Eigenleistungen aktiviert.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge i.H.v. T€ 149 setzen sich insbesondere aus Sonstigen Erträgen (T€ 71), Mahngebühren (T€ 24), Nutzungsentgelten (T€ 15), der Auflösung von Investitionszuschüssen (T€ 15) sowie aus Skontoerträgen (T€ 15) zusammen.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Diese Planposition umfasst reine Bezugskosten i.H.v. T€ 11.729 (insbesondere Bezug Strom Verteilung T€ 2.420, Bezug Strom Handel T€ 7.344, Trinkwasserbezug T€ 264, Brennstoffbezug T€ 341 sowie Bezug Gas Handel T€ 1.299), innerbetriebliche Verrechnungen für Energielieferungen und Einspeisevergütungen zwischen den einzelnen Unternehmenssparten (T€ 2.342) sowie Aufwendungen für Sonstige Hilfs- und Betriebsstoffe (T€ 216).

Die geplanten Kosten für den Bezug von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen betragen insgesamt T€ 14.287 und sind gegenüber dem Vorjahr insgesamt um T€ 962 gestiegen.

Fremdleistungen

Die geplanten Fremdleistungen betragen im Jahr 2019 insgesamt T€ 9.886, davon entfallen auf innerbetriebliche Leistungen T€ 3.170. Die Fremdleistungen sind gegenüber dem Vorjahr insgesamt um T€ 241 rückläufig. Dieser Rückgang resultiert aus gesunkenen vorgelagerten Netzentgelten.

Personalkosten

Der Personalaufwand wurde auf der Grundlage des Stellenplanes 2019 ermittelt und beträgt insgesamt T€ 3.054. Der Personalaufwand steigt gegenüber dem Vorjahr im T€ 7. Verursacht wird dieser Anstieg hauptsächlich durch zwei zusätzliche Stellen (eine davon in Teilzeit) sowie die notwendige Lohn- und Gehaltsanpassung zum 01. Januar 2019 um 3,0%. Dem gegenüber stehen zwei nicht besetzte Stellen. Die Stelleninhaber befinden sich in Elternzeit, die Arbeitsaufgaben werden für diesen Zeitraum ausgelagert.

Abschreibungen

Die Höhe der Abschreibungen basiert auf dem Anlagevermögen der SW-L und beträgt T€ 1.854. Die Abschreibungen sinken gegenüber dem Vorjahr um T€ 29. Die Fortschreibung des Anlagevermögens, planmäßige Zugänge entsprechend dem Investitionsplan 2019 sowie Abgänge wurden berücksichtigt.

Konzessionsabgabe

Die Konzessionsabgabe für Strom und Erdgas an die Stadt Löbau wurde auf der Grundlage der prognostizierten Absatzmenge i.H.v. T€ 409 ermittelt.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i.H.v. T€ 1.489 setzen sich im Wesentlichen aus folgenden Einzelpositionen zusammen:

- Versicherungen (T€ 201)
- Mieten und Gebühren (T€ 63)
- Kosten für Werbung, Sponsoring und Veröffentlichungen (T€ 94)
- Büromaterial, Porto und Fernsprechgebühren (T€ 93)
- Rechts-, Gerichts- und Notarkosten (T€ 32)
- Wirtschaftsprüfungs- und Beratungskosten (T€ 27),
- Beratungskosten, u.a. Studien und Gutachten (T€ 57)
- Wartung für Software (T€ 150)
- sonstige nichtproduktive Fremdleistungen (T€ 93)
- EDV-Dienstleistungen (T€ 18)
- Handelsvertreterprovisionen (T€ 73)
- Kosten für Aus- und Weiterbildung (T€ 64)

Erträge aus Wertpapieren / Zinsen und ähnliche Erträge

Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens wurden i.H.v. T€ 15 geplant, Verzugszinsen betragen planmäßig T€ 5.

Zinsen und sonstige Aufwendungen

Die Zinsaufwendungen i.H.v. T€ 211 ergeben sich aus bestehenden Darlehensverbindlichkeiten. Die geplante zusätzliche Fremdfinanzierung von Investitionen im Jahr 2019 wurde berücksichtigt.

Steueraufwand

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (T€ 415) basieren auf dem ermittelten Ergebnis.

Die sonstigen Steuern (T€ 125) setzen sich zusammen aus Grund- und Kfz-Steuer sowie Strom- und Erdgassteuer auf den Eigenverbrauch.

Jahresergebnis

Im vorliegenden Erfolgsplan 2019 wird voraussichtlich ein Jahresgewinn von T€ 827 nach Steuern erwirtschaftet.

3. Liquiditätsplan 2019

Operativer Bereich

Im ersten Teil des Liquiditätsplanes werden Einnahmen und Ausgaben aus der laufenden Geschäftstätigkeit dargestellt. Das Jahresergebnis (T€ 827) wird um nicht zahlungswirksame Aufwendungen (Abschreibungen T€ 1.854, Abschreibungen auf Forderungen T€ 22, Zinsaufwendungen T€ 211) und Erträge (Auflösung von Ertrags- und Investitionszuschüssen T€ 127, Erträge aus Wertpapieren T€ 15) bereinigt. Veränderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten bleiben für die Planung unberücksichtigt.

Investiver Bereich

Die geplanten Investitionen betragen im Jahr 2019 T€ 3.829 und führen abzüglich der erhaltenen Erträge aus Wertpapieren i.H.v. T€ 15 zu Mittelabflüssen in gleicher Höhe.

Finanzierungsbereich

Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit betreffen mit T€ 817 die planmäßige Tilgung bestehender Bankverbindlichkeiten, mit T€ 211 Zinsaufwendungen sowie die Gewinnausschüttung mit T€ 265. Der Mittelzufluss ergibt sich aus der geplanten Darlehensaufnahme zur Fremdfinanzierung von Investitionen i.H.v. T€ 1.350.

Die Saldierung aller Mittelzu- und -abflüsse ergibt für den Plan 2019 somit einen Liquiditätsfehlbetrag von T€ 731. Dieser führt zu einem planmäßigen Abbau bestehender liquider Mittel.

4. Stellenplan 2019

Der Stellenplan für das Jahr 2019 enthält insgesamt 68 Stellen, davon sechs Teilzeitstellen. Die Anzahl der Stellen steigt gegenüber dem Plan 2018 um drei, gegenüber dem Stellenplan mit besetzten Stellen zum 30.06.2018 ebenfalls um drei. Die Erweiterung im Bereich Energie betrifft zum einen eine weitere Stelle im Fachbereich Energieerzeugung/Wärmeversorgung/Gasnetze und eine Teilzeitstelle im Fachbereich Stromnetze. Im Bereich Trinkwasser/Abwasser wurde ein zusätzlicher Ausbildungsplatz berücksichtigt. Die Struktur der Betriebsorganisation bleibt zum 01.01.2019 unverändert.

Die Übersicht des Stellenplanes mit besetzten Stellen weist den Stand per 30. Juni 2018 aus (65 Stellen).

5. Investitionsplan 2019

Investitionen Strom Verteilung

Im Bereich Strom Verteilung werden im Jahr 2019 insgesamt T€ 675 investiert. Die Investitionen betreffen insbesondere den Kauf von Mittelspannungskabeln von ENSO bzw. die Neuverlegung von Mittelspannungskabeln im Zuge der Umsetzung des Netzkonzeptes im Mittelspannungsbereich mit T€ 437. Weiterhin die Auswechslung von Niederspannungskabeln und –freileitungen, den Ersatz von Gittermasten und die Neuerstellung bzw. Auswechslung von Hausanschlüssen im Niederspannungsbereich mit T€ 103. Im Bereich Messstellenbetrieb werden T€ 18 investiert. Sonstige Investitionen im Bereich Strom Verteilung betragen T€ 117 (Ersatzinvestitionen Betriebs- und Geschäftsausstattung).

Investitionen Strom Handel

Im Bereich Strom Handel werden Investitionen von insgesamt T€ 30 geplant, davon für eine weitere Ladesäule für Elektromobilität mit T€ 25.

Investitionen Trinkwasser

Im Bereich Trinkwasserversorgung belaufen sich die Investitionen auf insgesamt T€ 805. Hiervon entfallen insbesondere T€ 285 auf Investitionen für die Fertigstellung der Optimierung des Wasserwerkes Heiterer Blick, T€ 282 auf die Auswechslung von Versorgungsleitungen, T€ 30 auf die Auswechslung bzw. Neuerstellung von Hausanschlüssen sowie T€ 88 auf sonstige Ersatzinvestition (Betriebs- und Geschäftsausstattung, Messstellenbetrieb).

Investitionen Wärmeversorgung

Bei den Investitionen im Bereich Wärmeversorgung i.H.v. T€ 1.133 handelt es sich um Ersatz- und Reinvestitionen in den Erzeugungs- und Verteilungsanlagen sowie die Neuausrichtung des Heizhauses Nord-Ost (Fertigstellung der Maßnahme Anschluss ans Erdgasnetz, Errichtung Gaskessel und BHKW) mit T€ 530. Weiterhin umfasst der Investitionsplan diverse Ersatzinvestitionen im Heizhaus Ost mit T€ 70, dem Ersatz des BHKW HH Ost mit T€ 300 sowie dem Austausch der Kesselanlagen in verschiedenen Heizzentralen mit T€ 100. Darüber hinaus wurden im Bereich Wärmeversorgung die Sanierung bzw. die Erweiterung des Verteilnetzes mit T€ 66 sowie sonstige Investitionen mit T€ 32 (Betriebs- und Geschäftsausstattung, Messstellenbetrieb sowie geringwertige Wirtschaftsgüter) geplant.

Investitionen Bereich Gas Verteilung

Im Bereich Gas Verteilung werden Investitionen von insgesamt T€ 480 geplant. Davon entfallen insbesondere T€ 60 auf die Investition einer Gasdruckregelanlage am Heizhaus Nord-Ost (Übertrag aus 2018), T€ 200 auf die Auswechslung von Ortsverteilungen und Netzverdichtungsmaßnahmen sowie T€ 60 auf die Neuerstellung bzw. Umverlegung von Hausanschlüssen. Die Investitionen im Messstellenbetrieb betragen T€ 20. Sonstige Investitionen für Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden mit T€ 45 berücksichtigt.

Sonstige Dienstleistungen

Die Investitionen im Bereich Sonstige Dienstleistungen betreffen ausschließlich den Teilbereich Intelligenter Messstellenbetrieb (IMSB, SW-L als grundzuständiger Messstellenbetreiber). Für den Einsatz moderner Messeinrichtungen werden T€ 40 geplant, die Investitionen in Software betragen hier T€ 30.

Investitionen Gemeinsamer Bereich

Die gemeinsamen Investitionen werden im Jahr 2019 planmäßig T€ 636 betragen. Insbesondere sind hier zu nennen:

- Sanierung von Außenflächen, Errichtung eines separaten Mitarbeiterparkplatzes incl. Zufahrt sowie Planung einer Kaltlagerhalle auf dem Gelände HH Nord-Ost i.H.v. T€ 224
- Planungskosten zur weiteren Gestaltung des Verwaltungsgebäudes einschließlich notwendiger Sanierungsarbeiten mit T€ 196
- Investitionen in Hardware von T€ 52
- Investitionen in Software von T€ 151

6. Mittelfristige Planung

6.1 Mittelfristiger Erfolgsplan der Jahre 2019 bis 2023

Erlöse und aktivierte Eigenleistungen

Den Umsatzerlösen liegen die Absatzprognosen der einzelnen Sparten zugrunde. Die demografische Entwicklung sowie der geplante Stadtumbau in Löbau wurden insbesondere in den Bereichen Trinkwasser- und Wärmeversorgung berücksichtigt.

Die innerbetrieblichen Verrechnungen innerhalb der Umsatzerlöse zeigen die Verrechnungen unter den einzelnen Unternehmenssparten für Energielieferungen, Netzentgelte sowie Einspeisevergütungen.

Ausgehend vom Jahr 2019 wird mit aktivierten Eigenleistungen auf gleichbleibendem Niveau geplant.

Materialaufwand

Der Bezug von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen basiert auf der Absatz- und Bezugsprognose für die Jahre 2019 bis 2023.

Die Preissteigerungen für sonstige Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Fremdleistungen wurden mit 1,5% angenommen.

Die innerbetrieblichen Verrechnungen innerhalb der Positionen Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Fremdleistungen zeigen die Verrechnungen unter den einzelnen Unternehmenssparten für Energielieferungen sowie Einspeisevergütungen bzw. für Netzentgelte.

Personalkosten

Die Personalkosten werden auf der Grundlage des Stellenplanes 2019 ermittelt. Es wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen von jährlich 1,5% berücksichtigt.

Abschreibungen

Die Höhe der Abschreibungen basiert auf dem Anlagevermögen der SW-L. Planmäßige Zu- und Abgänge der Planungsperioden wurden berücksichtigt.

Konzessionsabgabe

Die Konzessionsabgabe an die Stadt Löbau wurde aufgrund der prognostizierten Absatzmengen Strom und Erdgas ermittelt.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Für den Planansatz der sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden jährlich Preissteigerungen i.H.v. 1,5% unterstellt.

Erträge aus Wertpapieren / Zinsen und ähnliche Erträge

Erträge aus Wertpapieren wurden in den Jahren 2019 bis 2023 mit jährlich T€ 15 geplant. Zinserträge auf Bankguthaben sind aufgrund des derzeit sehr niedrigen Zinsniveaus nicht berücksichtigt worden. Einnahmen aus Verzugszinsen wurden mit jährlich T€ 5 geplant.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Ermittlung der Zinsaufwendungen basiert auf dem Zins- und Tilgungsplan der SW-L, notwendige Fremdfinanzierungen in den Folgejahren wurden berücksichtigt.

Steuern

Die Ertragsteuern basieren auf dem ermittelten Ergebnis vor Steuern auf Grundlage der derzeit gültigen Steuer- und Hebesätze.

6.2 Mittelfristiger Liquiditätsplan der Jahre 2019 bis 2023

Operativer Bereich

Im operativen Bereich wird der Zahlungsmittelüberschuss aus der wirtschaftlichen Tätigkeit dargestellt. Hierfür wird das bilanzielle Jahresergebnis um nicht zahlungswirksame Aufwendungen (Abschreibungen, Abschreibungen auf Forderungen, Zinsaufwendungen) und Erträge (Erträge aus der Auflösung von Ertrags- und Investitionszuschüssen sowie Beteiligungserträge) bereinigt. Veränderungen der Aktiva und Passiva bleiben in der Planung unberücksichtigt.

Investiver Bereich

Die Mittelabflüsse für die geplanten Investitionen der Jahre 2019 bis 2023 ergeben sich aus dem Investitionsplan, abzüglich erhaltener Dividenden.

Finanzierungsbereich

Als Mittelabflüsse im Finanzierungsbereich werden die planmäßige Tilgung bestehender Bankverbindlichkeiten, gezahlte Zinsaufwendungen sowie die Gewinnausschüttung dargestellt. Investitionen müssen auch in den Folgejahren teilweise fremdfinanziert werden, um die Liquidität der SW-L zu stabilisieren.

6.3 Mittelfristiger Investitionsplan 2019 bis 2023

Die durchschnittlichen Investitionen im Bereich Strom Verteilung im Planungszeitraum betragen jährlich ca. T€ 590. Es handelt sich dabei vorrangig um Ersatzinvestitionen in das Mittel- und Niederspannungsnetz.

Im Bereich Strom Handel werden in den Folgejahren Investitionen in Software geplant.

Im Bereich Trinkwasser wird mit jährlichen Ersatzinvestitionen i.H.v. ca. T€ 510 in der Planungsperiode gerechnet.

Im Bereich Wärmeversorgung wird neben planmäßigen Ersatzinvestitionen die streckenweise Erneuerung des Verteilnetzes geplant, für den Planungszeitraum 2020 bis 2023 betragen die jährlichen Investitionen durchschnittlich ca. T€ 240.

Im Bereich Gas Verteilung erstrecken sich die Investitionen im Mittelfristbereich schwerpunktmäßig auf den Ausbau des Niederdrucknetzes. Die Investitionen ab dem Jahr 2020 betragen durchschnittlich ca. T€ 220 pro Jahr.

Innerhalb der Sonstigen Dienstleistungen, wurden für die Teilsparte iMSB die schrittweise Umstellung von konventioneller Zählertechnik auf moderne Messeinrichtungen mit jährlich durchschnittlich T€ 50 geplant.

Die Investitionen im gemeinsamen Bereich werden mittelfristig durch die Sanierung von betriebsübergreifend genutzten Flächen und Gebäuden geprägt. Darüber hinaus wurden planmäßige Ersatzinvestitionen berücksichtigt.

Anlagenverzeichnis

Anlage I:		Erfolgsplan 2019 (Gewinn- und Verlustrechnung) nach Unternehmenssparten
Anlage II:		Liquiditätsplan 2019
Anlage III:	Blatt 1 Blatt 2	Stellenplan (Organigramm) mit Planstellen 2019 Stellenplan mit besetzten Stellen per 30.06.2018
Anlage IV:		Investitionsplan 2019
Anlage V:	Blatt 1 Blatt 2 Blatt 3	Mittelfristiger Erfolgsplan 2019 bis 2023 Mittelfristiger Finanzplan 2019 bis 2023 Mittelfristiger Investitionsplan 2019 bis 2023

Erfolgsplan 2019 (Gewinn- und Verlustrechnung) nach Unternehmenssparten

Anlage I

Alle Angaben in T€	Gesamt IST 2017	Gesamt Plan 2018	Gesamt Plan 2019	Gemeinsam	Strom Verteilung	Strom Handel	Strom Erzeugung	Trink- wasser	Wärme- versorgung	Gas Handel	Gas Verteilung	Sonstige DL
Umsatzerlöse	29.141	31.426	31.882	14	7.000	14.543	7	1.947	3.271	2.440	1.494	1.166
davon Innerbetriebl. Verrechnungen	4.710	4.880	5.511	0	2.629	413	6	16	793	930	724	0
Aktivierete Eigenleistungen	84	80	97	0	30	0	0	40	22	0	5	0
Sonstige betriebliche Erträge	308	117	149	27	2	20	0	18	81	0	1	0
Summe der Einnahmen	29.533	31.623	32.128	41	7.032	14.563	7	2.005	3.374	2.440	1.500	1.166
Aufwendungen für RHB und bez. Waren	14.301	13.325	14.287	46	2.903	7.580	0	358	1.811	1.299	22	268
davon Innerbetriebl. Verrechnungen	1.520	1.564	2.341	34	460	235	0	34	1.383	0	2	193
Aufwand für bez. Fremdleistungen	7.436	10.127	9.886	5	1.874	6.037	0	188	213	864	491	214
davon Innerbetriebl. Verrechnungen	3.188	3.315	3.170	0	0	2.446	0	0	0	724	0	0
Rohertrag	7.776	8.171	7.955	-10	2.255	946	7	1.459	1.350	277	987	684
Personalaufwand	2.788	3.047	3.054	764	526	228	2	321	321	42	292	558
Abschreibungen	1.898	1.883	1.854	231	560	2	4	398	430	2	226	1
Sonstige betr. Aufwendungen	1.497	1.566	1.489	559	480	153	0	63	27	25	81	101
davon Konzessionsabgabe	410	410	409	0	379	0	0	0	0	0	30	0
Betriebsergebnis	1.593	1.675	1.558	-1.564	689	563	1	677	572	208	388	24
Erträge aus Wertpapieren	16	15	15	0	0	0	0	0	0	0	0	15
Zinsen und ähnliche Erträge	30	7	5	0	0	5	0	0	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	341	252	211	1	82	0	0	35	66	0	27	0
Finanzergebnis	-295	-230	-191	-1	-82	5	0	-35	-66	0	-27	15
Steuern vom Einkommen und Ertrag	424	438	415	415	0	0	0	0	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuer	874	1.007	952	-1.980	607	568	1	642	506	208	361	39
sonstige Steuern	120	123	125	7	2	0	0	5	93	0	1	17
Jahresergebnis VOR Umlage	754	884	827	-1.987	605	568	1	637	413	208	360	22
Umlage der Gemeinkosten	0	0	0	1.987	-496	-359	0	-450	-296	-95	-275	-16
Jahresergebnis NACH Umlage	754	884	827	0	109	209	1	187	117	113	85	6

Liquiditätsplan 2019

<i>Alle Angaben in T€</i>	Plan 2019
1. Mittelzufluss aus der lfd. Geschäftstätigkeit (operativer Bereich)	
Jahresüberschuss	827
Abschreibungen	1.854
Auflösung Ertragszuschüsse/Investitionszuschüsse	127
Abschreibungen auf Forderungen	22
Zinsaufwendungen	211
Erträge aus Wertpapieren	-15
Cashflow	3.026
Liquiditätsüberschuss	3.026
2. Mittelabfluss aus der Investitionsstätigkeit (investiver Bereich)	
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-3.829
Erhaltene Dividenden	15
Liquiditätsfehlbetrag	-3.814
3. Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit (Finanzierungsbereich)	
Tilgung von Bankdarlehen	-817
Gezahlte Zinsen	-211
Gewinnausschüttung	-265
Aufnahme von Bankdarlehen	1.350
Erhaltene Ertragszuschüsse	0
Liquiditätsfehlbetrag/ -überschuss	57
Gesamter Liquiditätsfehlbetrag/-überschuss	-731

Stellenplan mit Planstellen 2019

Geschäftsführung

Verantwortet direkt die Bereiche Technische Dienste, Bereich Trinkwasser/Abwasser und Bereich Energie
 Verantwortet direkt den Bereich Einkauf/Handel/Vertrieb, Bereich Finanz- und Rechnungswesen, Sachgebiet Verbrauchsabrechnung
 Gemeinsame Verantwortung für Bereich Assistenz der Geschäftsführung

Technische Geschäftsführung: Dipl.-Ing.-Joachim Neumann
 Kaufmännische Geschäftsführung: Dipl.-Kffr. Jana Otto

Bereich Technische Dienste/Verbandsarbeit
 Besetzte Stellen: 1
 Personalunion mit Stelle Sachgebiet Verbandsarbeit

Bereich Trinkwasser/Abwasser
 Besetzte Stellen: 2

Sachgebiet IT
 Besetzte Stellen: 2

Fachgebiet Trinkwasser
 Besetzte Stellen: 7

Sachgebiet Dokumentation
 Besetzte Stellen: 2

Fachbereich Abwasser
 Besetzte Stellen: 6

Sachgebiet Verbandsarbeit
 Besetzte Stellen: 1
 Personalunion mit Stelle BLTD/Verbandsarbeit

Bereich Energie
 Besetzte Stellen: 1

Assistenz Bereich Energie
 Besetzte Stellen: 3

Fachbereich Stromnetze
 Besetzte Stellen: 8
 BAS/EF/LR/LI/SF

Fachbereich Energieerzeugung/Wärmeversorgung/Gasnetze
 Besetzte Stellen: 8
 HU/HÜWA Gas/N neu/SV/WI/KR/

Bereich Assistenz der Geschäftsführung
 Besetzte Stellen: 3

Sachgebiet Unternehmenssekretariat
 Besetzte Stellen: 2

Sachgebiet Allgemeine Dienste
 Besetzte Stellen: 2

Bereich Einkauf/Handel/Vertrieb
 Besetzte Stellen: 4

Sachgebiet Einkauf/Handel/Vertrieb
 Besetzte Stellen: 1

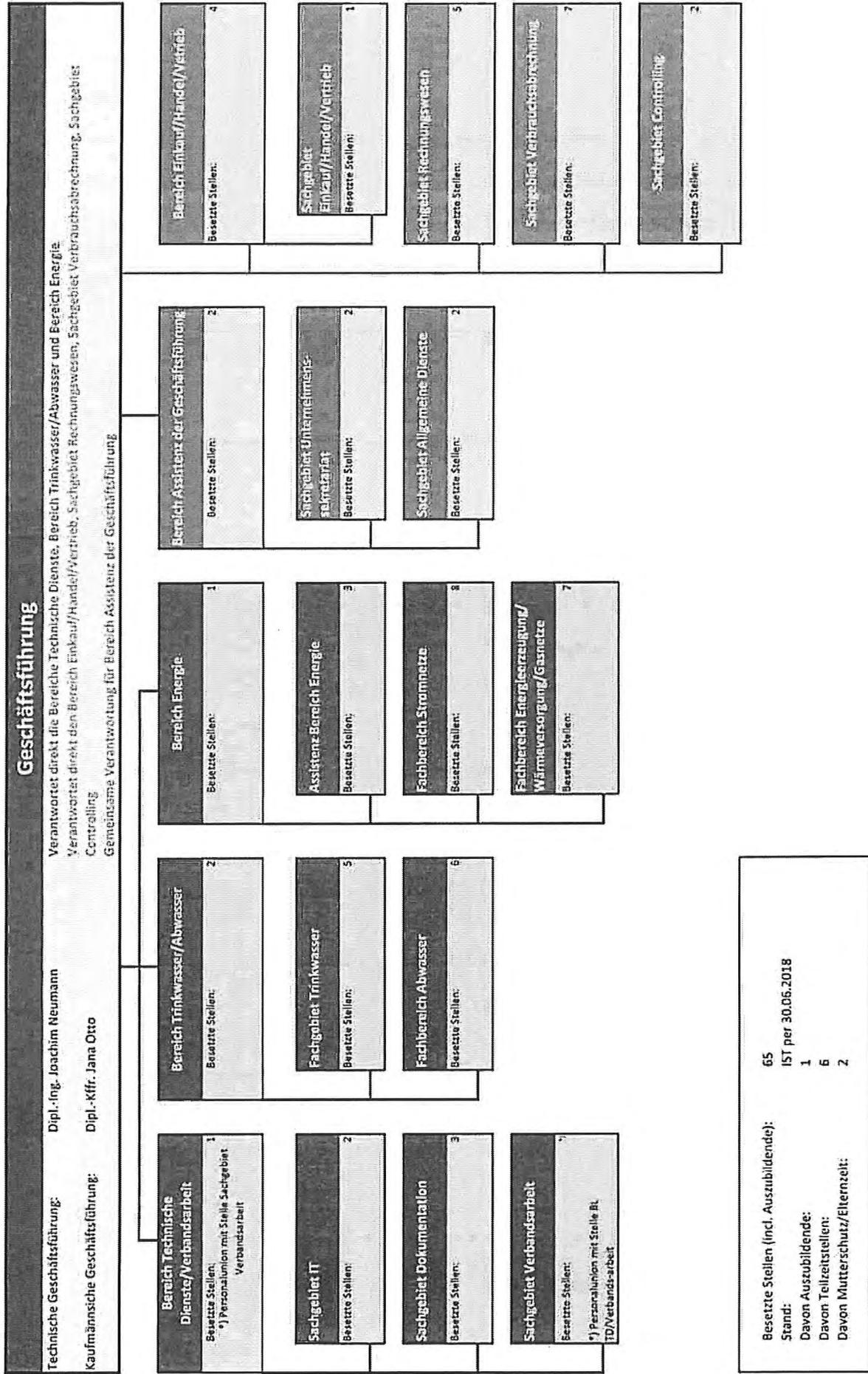
Bereich Finanz- und Rechnungswesen
 Besetzte Stellen: 6

Sachgebiet Steuern
 Besetzte Stellen: 1

Sachgebiet Verbrauchsabrechnung
 Besetzte Stellen: 7

Besetzte Stellen (incl. Auszubildende):	68
Stand:	PLAN 2019
Davon Auszubildende:	3
Davon Teilzeitstellen:	6
Davon Mutterschutz/Elternzeit:	3

Stellenplan mit besetzten Stellen per 30.06.2018



Besetzte Stellen (incl. Auszubildende):	65
Stand:	IST per 30.06.2018
Davon Auszubildende:	1
Davon Teilzeitstellen:	6
Davon Mutterschutz/Elternzeit:	2

Investitionsplan 2019

Investitionen gesamt	3.829.000
Investitionen Strom Verteilung	675.000
Mittelspannungsnetz bzw. -anlagen	437.000
Niederspannungsnetz bzw. -anlagen	103.000
Messstellenbetrieb	18.000
Sonstiges	117.000
Investitionen Strom Handel	30.000
Software/Sonstiges	30.000
Investitionen Trinkwasser	805.000
Gewinnung	405.000
Rohrnetz	312.000
Sonstiges	88.000
Investitionen Wärmeversorgung	1.133.000
Erzeugung	1.035.000
Verteilung	66.000
Sonstiges	32.000
Investitionen Gas Verteilung	480.000
Mitteldrucknetz bzw. -anlagen	95.000
Niederdrucknetz bzw. -anlagen	260.000
Messstellenbetrieb	20.000
Sonstiges	45.000
Investitionen Sonstige Dienstleistungen	70.000
iMSB	70.000
Investitionen Gemeinsam	636.000
Allgemein	433.000
Hardware	52.000
Software	151.000

Mittelfristiger Erfolgsplan 2019 bis 2023

Alle Angaben in T€	2019	2020	2021	2022	2023
Umsatzerlöse	31.882	31.878	31.884	31.902	31.922
davon Innerbetriebliche Verrechnungen	5.511	5.507	5.507	5.507	5.507
Aktivierete Eigenleistungen	97	97	97	97	97
Sonstige betriebliche Erträge	149	148	148	148	144
Summe der Einnahmen	32.128	32.123	32.129	32.147	32.163
Aufwendungen für RHB und bez. Waren	14.287	14.290	14.298	14.305	14.312
davon Innerbetriebliche Verrechnungen	2.341	2.338	2.338	2.338	2.338
Aufwand für bez. Fremdleistungen	9.886	9.900	9.915	9.929	9.944
davon Innerbetriebliche Verrechnungen	3.170	3.170	3.170	3.170	3.170
Rohertrag	7.955	7.933	7.916	7.913	7.907
Personalkosten	3.054	3.099	3.146	3.193	3.241
Abschreibungen	1.854	1.906	1.935	1.940	1.898
Sonst. betriebliche Aufwendungen	1.489	1.502	1.518	1.532	1.548
davon Konzessionsabgaben	409	409	409	409	409
Betriebsergebnis	1.558	1.426	1.317	1.248	1.220
Erträge aus Wertpapieren	15	15	15	15	15
Zinsen und ähnliche Erträge	5	5	5	5	5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	211	206	177	150	128
Finanzergebnis	-191	-186	-157	-130	-108
Steuern vom Einkommen und Ertrag	415	377	353	339	336
Ergebnis nach Steuer	952	863	807	779	776
Sonstige Steuern	125	125	125	125	125
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	827	738	682	654	651

Mittelfristiger Finanzplan 2019 bis 2023

Alle Angaben in T€	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023
1. Mittelzufluss aus der lfd. Geschäftstätigkeit (operativer Bereich)							
Jahresüberschuss	1.265	716	827	738	682	654	651
Abschreibungen	1.897	1.907	1.854	1.906	1.935	1.940	1.898
Anlagenabgänge	44						
Auflösung Ertragszuschüsse/Investitionszuschüsse	-179	160	127	107	88	81	72
Abschreibungen auf Forderungen	31	28	22	22	22	22	22
Zinsaufwendungen	305	292	211	206	177	150	128
Erträge aus Wertpapieren	-16	-15	-15	-15	-15	-15	-15
Veränderung der langfristigen Rückstellungen	261	0	0	0	0	0	0
Cashflow	3.608	3.088	3.026	2.964	2.889	2.832	2.756
Veränderung der Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	13	0	0	0	0	0	0
Veränderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-539	0	0	0	0	0	0
Veränderung der übrigen Aktiva	52	0	0	0	0	0	0
Veränderung der kurzfristigen Rückstellungen	-107	0	0	0	0	0	0
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	123	0	0	0	0	0	0
Veränderung der übrigen Passiva	-74	0	0	0	0	0	0
Liquiditätsüberschuss	3.076	3.088	3.026	2.964	2.889	2.832	2.756
2. Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit (investiver Bereich)							
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-1.446	-2.877	-3.829	-2.515	-1.754	-1.710	-1.605
Erhaltene Dividenden	16	15	15	15	15	15	15
Liquiditätsfehlbetrag	-1.430	-2.862	-3.814	-2.500	-1.739	-1.695	-1.590
3. Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit							
Tilgung von Bankdarlehen	-898	-938	-817	-882	-890	-890	-872
Gezahlte Zinsen	-305	-292	-211	-206	-177	-150	-128
Gewinnausschüttung	-400	-215	-265	-248	-221	-205	-196
Aufnahme von Bankdarlehen	0		1.350	0	0	0	0
Erhaltene Ertragszuschüsse	193	0	0	0	0	0	0
Liquiditätsfehlbetrag/ -überschuss	-1.410	-1.445	57	-1.336	-1.288	-1.245	-1.196
Gesamter Liquiditätsfehlbetrag/-überschuss	236	-1.219	-731	-872	-138	-108	-30

Mittelfristiger Investitionsplan 2019 bis 2023

Alle Angaben in T€	2019	2020	2021	2022	2023
Investitionen gesamt	3.829	2.515	1.754	1.710	1.605
Investitionen Strom Verteilung	675	753	534	534	534
Mittelspannungsnetz bzw. -anlagen	437	507	335	335	335
Niederspannungsnetz bzw. -anlagen	103	98	98	98	98
Messstellenbetrieb	18	18	18	18	18
Sonstiges	117	130	83	83	83
Investitionen Strom Handel	30	5	3	5	5
Sonstiges	30	5	3	5	5
Investitionen Trinkwasser	805	505	530	505	505
Gewinnung	405	140	120	50	50
Rohrnetz	312	260	310	390	390
Sonstiges	88	105	100	65	65
Investitionen Wärmeversorgung	1.133	442	217	152	152
Erzeugung	1.035	210	100	100	100
Verteilung	66	205	95	25	25
Sonstiges	32	27	22	27	27
Investitionen Gas Handel	0	0	3	0	0
Software/Sonstiges	0	0	3	0	0
Investitionen Gas Verteilung	480	290	170	265	160
Mitteldrucknetz bzw. -anlagen	95	10	10	10	10
Niederdrucknetz bzw. -anlagen	260	260	120	215	110
Messstellenbetrieb	20	20	20	20	20
Sonstiges	45	0	20	20	20
Investitionen Sonstige Dienstleistungen	70	53	50	50	50
iMSB	70	53	50	50	50
Investitionen Gemeinsam	636	467	247	199	199
Allgemein	433	323	103	54	54
Hardware	52	50	50	50	50
Software	151	94	94	95	95

Anlage 2

Jahresabschluss 2019 der Stadtwerke Löbau GmbH (Auszüge)

Quelle: Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 der Stadtwerke Löbau GmbH

Bilanz zum 31. Dezember 2019
Gesamt

Aktiva

	€	31.12.2019 €	31.12.2018 €
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene ähnliche Rechte und Werte		565.385,35	580.922,35
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.677.456,22		2.385.826,22
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	3.081.354,31		1.716.646,00
3. Verteilungsanlagen	16.992.324,32		17.107.493,20
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	637.419,00		728.063,00
5. Anlagen im Bau	560.423,66		1.356.946,98
		23.948.977,51	23.294.975,40
III. Finanzanlagen			
Wertpapiere des Anlagevermögens		30.677,51	30.677,51
		24.545.040,37	23.906.575,26
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		375.118,79	357.883,75
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.955.919,15		2.434.759,93
- davon Forderungen gegen Gesellschafter € 65.513,99			
2. Forderungen gegen Gesellschafter	11.339,68		364.066,02
3. Sonstige Vermögensgegenstände	965.894,07		521.778,62
		3.933.152,90	3.320.604,57
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		2.775.531,71	5.366.537,40
C. Rechnungsabgrenzungsposten		56.347,95	64.640,23
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		137.045,33	0,00
Summe der Aktiva		31.822.237,05	33.016.241,21

Bilanz zum 31. Dezember 2019
Gesamt

	Passiva	
€	31.12.2019 €	31.12.2018 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	300.000,00	300.000,00
II. Kapitalrücklage	11.050.315,70	11.050.315,70
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	6.261.624,27	4.603.297,27
IV. Jahresüberschuss	923.034,65	2.458.327,00
	18.534.974,62	18.411.939,97
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		
Fördermittel	201.142,00	212.585,00
C. Empfangene Ertragszuschüsse	1.410.543,96	1.458.926,00
D. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	16.513,00	150.320,29
2. Steuerrückstellungen	9.648,00	103.017,00
3. Sonstige Rückstellungen	811.968,16	556.674,32
	838.129,16	810.011,61
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.067.722,05	8.210.026,04
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.601.910,91	2.089.225,80
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	11.724,00	28.614,93
4. Sonstige Verbindlichkeiten	2.156.090,35	1.794.911,86
- davon Verbindlichkeiten ggü. Gesellschafter € 28.525,13		
- davon aus Steuern: € 551.757,58 (Vorjahr: € 218.112,52)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 3.262,84 (Vorjahr: € 2.102,99)		
	10.837.447,31	12.122.778,63
Summe der Passiva	31.822.237,05	33.016.241,21

Gewinn- und Verlustrechnung
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2019
Gesamt

	€	2019 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	26.266.793,24		26.643.544,04
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	138.177,49		147.291,18
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>275.081,53</u>	26.680.052,26	<u>192.400,88</u> 26.983.236,10
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	12.380.742,67		12.605.137,91
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>6.598.934,89</u>	18.979.677,56	<u>6.546.137,76</u> 19.151.275,67
5. Rohergebnis		7.700.374,70	7.831.960,43
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.561.465,62		2.527.342,55
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung: € 110.834,98 (Vorjahr: € 87.569,78)	<u>610.085,76</u>	3.171.551,38	<u>561.852,31</u> 3.089.194,86
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.885.011,28	1.905.335,00
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		970.465,09	923.860,01
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		15.600,00	14.760,00
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		12.778,57	649.518,67
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon Zinsaufwand aus Auf-/Abzinsung von RST		219.349,36 8.241,00	310.705,54 25.087,00
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>1.482.376,16</u>	<u>2.267.143,69</u>
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		429.584,92	-303.502,99
14. Ergebnis nach Steuern		1.052.791,24	2.570.646,68
15. Sonstige Steuern		<u>129.756,59</u>	<u>112.319,68</u>
16. Jahresüberschuss		<u><u>923.034,65</u></u>	<u><u>2.458.327,00</u></u>

Stadtwerke Löbau GmbH, Löbau

Anhang für das Geschäftsjahr 2019

A. Allgemeine Angaben

I. Angaben zum Unternehmen gemäß § 264 Abs. 1a HGB

Die Stadtwerke Löbau GmbH hat ihren Sitz in Löbau. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Dresden unter HR B 4066 eingetragen.

II. Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes sowie den Vorschriften des § 6b EnWG aufgestellt. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung kam das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB zur Anwendung. Die Besonderheiten eines Versorgungsunternehmens sind in der Bilanz durch entsprechende Postenbezeichnungen berücksichtigt.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter der Prämisse der Unternehmensfortführung.

Der Jahresabschluss wurde unter Beibehaltung der für den Jahresabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

III. Ausweisänderungen gegenüber dem Vorjahr

Der Ausweis der Konzessionsabgabe erfolgte im Vorjahr unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Im Berichtsjahr erfolgt der Ausweis unter den Aufwendungen für bezogene Leistungen. Das Vorjahr wurde entsprechend angepasst.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten – vermindert um zeitanteilige lineare Abschreibungen – bilanziert. Unter Grunddienstbarkeiten werden Mitbenutzungsrechte an Grundstücken ausgewiesen; sie werden nicht abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten – vermindert um die planmäßigen Abschreibungen – bewertet. Die Herstellungskosten umfassen neben den Einzelkosten auch angemessene Material- und Fertigungsgemeinkosten und Kosten des Werteverzehrs des Anlagevermögens.

Für planmäßige Abschreibungen wird ausschließlich die lineare Methode angewandt. Geringwertige Anlagegüter bis € 250,00 werden im Geschäftsjahr sofort aufwandswirksam erfasst und bis € 800,00 sofort abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bilanziert.

Die Vorräte sind zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungswerten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bewertet. Für den Bestand an Brennstoffen wird die Fifo-Methode angewandt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet. Erkennbare Ausfallrisiken sind durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Ausfallrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen.

Die flüssigen Mittel werden zum Nominalwert angesetzt.

Die Rechnungsabgrenzungsposten werden zum Nennwert angesetzt.

Das Eigenkapital ist zum Nennwert bilanziert.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse ist zum Nennwert abzüglich der jährlichen Auflösung entsprechend der Nutzungsdauer der geförderten Anlagen passiviert.

Als empfangene Ertragszuschüsse sind die den Kunden bis zum Jahr 2002 berechneten Hausanschlusskosten und die Baukostenzuschüsse passiviert. Diese werden zum Nennwert ausgewiesen und innerhalb von 20 Jahren ertragswirksam linear aufgelöst. In 2003 wurden die Zuschüsse sofort ertragswirksam vereinnahmt (T€ 77). Seit dem Jahr 2004 werden die Hausanschlusskostenerstattungen und Baukostenzuschüsse passiviert und analog den Abschreibungen der entsprechenden Anlagen aufgelöst.

Für die Bewertung der Pensionsrückstellungen wird das Anwartschaftsbarwertverfahren (projected unit credit method) unter Berücksichtigung der Richttafeln 2018G von Dr. Klaus Heubeck und einem Indextrend von 0,00% bzw. 2,00% zugrunde gelegt. Es kommen Rechnungszinssätze von 2,75% bzw. 2,71% zur Anwendung.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden entsprechend abgezinst.

Für die abgeschlossenen bzw. erwarteten Absatz- und Beschaffungsgeschäfte für Strom und Gas wird in Übereinstimmung mit IDW RS ÖFA 3 eine Gesamtbetrachtung vorgenommen. Demzufolge wird für die schwebenden Energiebeschaffungs- und Energieabsatzverträge unterstellt, dass ein begründeter Ausnahmefall i. S. d. § 252 Abs. 2 HGB vorliegt, wodurch der Einzelbewertungsgrundsatz des § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB keine Anwendung findet. Aus dieser Gesamtbetrachtung ergeben sich keine drohenden Verluste.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

C. Angaben zur Bilanz

I. Aktiva

1. Entwicklung des Anlagevermögens

Wir verweisen hierzu auf Anlage 3 / 9 f.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen gegen Gesellschafter stellen inhaltlich Lieferungs- und Leistungsforderungen und sonstige Vermögensgegenstände dar.

II. Passiva

1. Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden mit dem Planvermögen aus der Versorgungsverpflichtung saldiert. Das Planvermögen hat einen Aktivwert in Höhe von T€ 737. Der abgezinste Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtung wird mit T€ 617 ermittelt. Daraus folgt ein aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellung nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Zinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Jahren beträgt T€ 100, insoweit besteht eine Ausschüttungssperre.

Die sonstigen Rückstellungen werden im Wesentlichen für die Kostenüberdeckung der Trinkwasserentgelte, Steuern, Tantiemen, Regulierungskonto, Jahresabschlusskosten, Rechts-Gerichts- und Notarkosten, Personalkosten, Berufsgenossenschaftsbeiträge sowie für Rückbauverpflichtungen gebildet.

2. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

	Insgesamt		davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr		davon mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre		davon mit einer Restlaufzeit über 5 Jahre	
	T€	(T€VJ.)	T€	(T€VJ.)	T€	(T€VJ.)	T€	(T€VJ.)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.068	(8.210)	747	(1.142)	3.032	(3.165)	3.289	(3.903)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.602	(2.089)	1.601	(2.087)	1	(2)	0	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	12	(29)	12	(29)	0	(0)	0	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	2.156	(1.795)	2.156	(1.795)	0	(0)	0	(0)
- davon Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	29	(0)	29	(0)	0	(0)	0	(0)
	10.838	(12.123)	4.516	(5.053)	3.033	(3.167)	3.289	(3.903)

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern resultieren aus dem Liefer- und Leistungsverkehr sowie aus Gewerbesteuer.

III. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt. Sie entfallen auf die Geschäftsbereiche wie folgt:

	2019
	T€
Stromvertrieb und -verteilung	15.565
Gasvertrieb und -verteilung	2.450
Wärmeverkauf	2.380
Trinkwasserverkauf	1.568
Geschäftsbesorgung Abwasser	1.080
Sonstige Erlöse	3.224
	26.267

2. Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Pensionsverpflichtungen

Die gebuchten Aufwendungen bzw. Erträge aus der Bewertung der Verpflichtung und des Planvermögens werden unter den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen saldiert ausgewiesen und stellen sich unsaldiert wie folgt dar:

	2019
	T€
Erträge aus der Erhöhung des Planvermögens	346
abz. Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen	17
abz. Aufwendungen aus der Zuführung der Pensionsrückstellungen	59
	270

D. Sonstige Angaben

I. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen im branchenüblichen Umfang. Wesentliche Beträge zum 31. Dezember 2019 ergeben sich aus Stromlieferverträgen für die Jahre 2019 bis 2021 in Höhe von T€ 5.412 sowie aus Gaslieferverträgen für die Jahre 2019 bis 2021 in Höhe von T€ 3.136.

II. Latente Steuern

Latente Steuern ergeben sich aus Ansatz- und Bewertungsunterschieden bei den einzelnen Bilanzpositionen. Die abzugsfähigen temporären Differenzen betreffen im Wesentlichen handels- und steuerrechtlich abweichende Wertansätze bei den Sachanlagen, Finanzanlagen, den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, den passivierten Sonderposten, den Pensionsrückstellungen und den sonstigen Rückstellungen sowie den Verbindlichkeiten. Bei der Ermittlung wird ein Steuersatz von 29,825% zugrunde gelegt. In Anwendung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird auf den Ansatz des sich ergebenden Aktivüberhangs von latenten Steuern verzichtet.

III. Mitarbeiter

Im Berichtszeitraum waren durchschnittlich 63 Arbeitnehmer (Vorjahr: 63 Arbeitnehmer) im Sinne von § 267 Abs. 5 HGB beschäftigt, davon 26 gewerbliche Arbeitnehmer und 37 Angestellte. Hinzu kommen zwei Geschäftsführer und drei Auszubildende.

IV. IV. Organe

1. Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr 2019 folgende Personen an:

Dipl.-Ing. (FH) Guido Storch	Amtsleiter Haupt- und Ordnungsamt der Großen Kreisstadt Löbau (Aufsichtsratsvorsitzender)
Hans Golombek	Ruhestand, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau (stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates) bis 04.07.2019
Robert Haupt	Bäckermeister, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau (stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates) ab 05.07.2019
Dr. Gerold Polentz	Ruhestand, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau, Kreisrat Landkreis Görlitz bis 04.07.2019
Ingo Seiler	Selbständiger Kaufmann, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau bis 04.07.2019
Andreas Förster	Angestellter, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau

Frank Richter	Ruhestand, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau
Prof. Dr. Klaus Werner	Ruhestand, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau ab 05.07.2020
Werner Engemann	Ruhestand, Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau 05.07.2020 bis 12.12.2020.

An die Aufsichtsratsmitglieder wurden in Summe Sitzungsgelder in Höhe von T€ 3 gezahlt.

2. Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 waren Frau Dipl.-Kffr. Jana Otto und Herr Dipl.-Ing. Joachim Neumann (bis 31. Dezember 2019). Zum 01. Januar 2020 wurde Herr Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) Ingo Jürs zum Geschäftsführer bestellt.

Auf die Angabe der Geschäftsführungsbezüge (auch im Hinblick auf ehemalige Geschäftsführer) wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

V. Abschlussprüferhonorar

Für das Geschäftsjahr 2019 entstehen T€ 35 an Honorarkosten für die Abschlussprüfer. Davon entfallen auf Abschlussprüferleistungen T€ 22, auf Steuerberatungsleistungen T€ 7 und auf sonstige Leistungen T€ 6.

VI. Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, aus dem Jahresüberschuss von € 923.034,65 eine Dividende in Höhe von € 300.000,00 auszuschütten. Der Restbetrag in Höhe von € 623.034,65 soll in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt werden.

Löbau, März 2020

gez. Jana Otto
(Geschäftsführerin)

gez. Ingo Jürs
(Geschäftsführer)

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				
	Stand 01.01.2019	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31.12.2019
	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene ähnliche Rechte und Werte					
1. EDV-Programme	1.311.623,52	103.239,10	16.925,00	-6.533,53	1.425.254,09
2. Grunddienstbarkeiten	61.611,35	0,00	0,00	0,00	61.611,35
3. Digitale Vermessung	505.097,92	0,00	0,00	0,00	505.097,92
	1.878.332,79	103.239,10	16.925,00	-6.533,53	1.991.963,36
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.646.534,26	128.818,48	263.341,89	-8.309,01	6.030.385,62
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	9.253.523,51	789.620,46	891.103,46	0,00	10.934.247,43
3. Verteilungsanlagen	37.664.630,99	995.987,41	28.820,61	-725.375,34	37.964.063,67
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.397.973,01	126.962,22	2.387,88	-133.653,65	2.393.669,46
5. Anlagen im Bau	1.356.946,98	420.961,30	-1.202.578,84	-14.905,78	560.423,66
	56.319.608,75	2.462.349,87	-16.925,00	-882.243,78	57.882.789,84
III. Finanzanlagen					
Wertpapiere	30.677,51	0,00	0,00	0,00	30.677,51
Anlagevermögen	58.228.619,05	2.565.588,97	0,00	-888.777,31	59.905.430,71

	Abschreibungen/Zuschreibungen				Buchwert	Buchwert
	Stand	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2019	31.12.2018
	01.01.2019					
	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene ähnliche Rechte und Werte						
1. EDV-Programme	972.544,52	103.381,10	-5.848,53	0,00	1.070.077,09	355.177,00
2. Grunddienstbarkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	61.611,35
3. Digitale Vermessung	324.865,92	31.635,00	0,00	0,00	356.500,92	148.597,00
	1.297.410,44	135.016,10	-5.848,53	0,00	1.426.578,01	565.385,35
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.260.708,04	100.530,37	-8.309,01	0,00	3.352.929,40	2.677.456,22
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	7.536.877,51	316.015,61	0,00	0,00	7.852.893,12	3.081.354,31
3. Verteilungsanlagen	20.557.137,79	1.113.676,10	-699.074,54	0,00	20.971.739,35	16.992.324,32
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.669.910,01	219.773,10	-133.432,65	0,00	1.756.250,46	637.419,00
5. Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	560.423,66
	33.024.633,35	1.749.995,18	-840.816,20	0,00	33.933.812,33	23.948.977,51
III. Finanzanlagen						
Wertpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	30.677,51
Anlagevermögen	34.322.043,79	1.885.011,28	-846.664,73	0,00	35.360.390,34	24.545.040,37
						23.906.575,26

Stadtwerke Löbau GmbH, Löbau

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

I. Grundlagen des Unternehmens - Geschäftsmodell

Die Stadtwerke Löbau GmbH ist ein kommunales Unternehmen mit 100%iger Beteiligung der Großen Kreisstadt Löbau. Die Aufgabe des Unternehmens besteht in der Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme sowie in der Errichtung und Betreuung aller zur Aufgabenerfüllung notwendigen Anlagen. Die Gesellschaft betreibt neben dem Trinkwassernetz und diversen Wärmenetzen im Gemeindegebiet das Strom- und Gas-Verteilernetz im Konzessionsgebiet der Großen Kreisstadt Löbau. Darüber hinaus erfolgt die Versorgung von Kunden innerhalb und außerhalb des Netzgebietes mit Strom und Gas. Weiterhin ist die Stadtwerke Löbau GmbH als Geschäfts- und Betriebsführer für den Abwasserzweckverband Löbau-Nord tätig.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2019 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,6 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit im zehnten Jahr in Folge gewachsen. Dies ist die längste Wachstumsphase im vereinten Deutschland. Das Wachstum hat 2019 aber an Schwung verloren. In den beiden vorangegangenen Jahren war das preisbereinigte BIP deutlich stärker gestiegen, 2017 um 2,5 % und 2018 um 1,5 %. Verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von +1,3 % ist die deutsche Wirtschaft 2019 schwächer gewachsen. (Quelle: www.destatis.de)

Der dokumentierte Klimawandel und die Digitalisierung sind die größten Treiber der evolutionären Weiterentwicklung der Energie- und Wasserwirtschaft. Die Rahmenbedingungen in der Branche sind nach wie vor stark durch die politische Einflussnahme von nationaler und EU-Ebene auf die Marktbedingungen in der Energie- und Versorgungswirtschaft geprägt und haben erhebliche Auswirkungen auf die unternehmerischen Gestaltungsspielräume der Versorger. Wie auch in den vergangenen Geschäftsjahren stellen die sich weiterhin verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen eine besondere Herausforderung an die operative Tätigkeit der Gesellschaft dar.

Hervorzuheben ist insbesondere das im Rahmen des beschlossenen Kohleausstiegs erarbeitete Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze („Kohleausstiegsgesetz“), welches am 12.11.2019 durch die Bundesregierung vorgelegt wurde. Mit dem vorliegenden Gesetzespaket soll die Kohleverstromung in Deutschland rechtssicher, wirtschaftlich vernünftig und sozial ausgewogen bis 2038 beendet werden. Gleichzeitig sollen Perspektiven für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung auf der Basis von hocheffizienten Gaskraftwerken geschaffen werden, die den Übergang in eine treibhausgasneutrale Energieversorgung ermöglichen. Der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens ist für das erste Halbjahr 2020 geplant. Es sind weitreichende Auswirkungen auf die Energiepreise und die weitere Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung kurz-, mittel- und langfristig zu erwarten.

Dem Entwurf des Kohleausstiegsgesetzes auf der Erzeugerseite steht der Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes auf der Verbraucherseite gegenüber. Das Gebäudeenergiegesetz soll ein neues, einheitliches, aufeinander abgestimmtes Regelwerk für die energetischen Anforderungen an

Neubauten, an Bestandsgebäude und an den Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteversorgung von Gebäuden schaffen. Ziel ist auch hier die Ablösung fossiler Energieträger durch regenerative Energien, was durch Energieeffizienzmaßnahmen flankiert wird. Es wurde am 23.10.2019 durch das Bundeskabinett beschlossen. Die Entwicklung dieses Gesetzes beansprucht bereits mehrere Jahre. Auch bei diesem Gesetz soll das Gesetzgebungsverfahren im ersten Halbjahr 2020 abgeschlossen werden.

Darüber hinaus hat der Deutsche Bundestag am 15.11.2019 das Gesetz über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen (Brennstoffemissionshandelsgesetz – BEHG) angenommen. Am 29.11.2019 hat der Bundesrat das nicht zustimmungsbedürftige Gesetz gebilligt. Das Gesetz ist am 20.12.2019 in Kraft getreten. Mit dem BEHG wird eine Bepreisung von CO₂ für die Sektoren Wärme und Verkehr eingeführt. Das Gesetz gibt vor, dass die Inverkehrbringer von Brennstoffen ab 2021 an einem Emissionshandelssystem teilnehmen müssen. Die entsprechenden Verantwortlichen müssen für die Emissionen der in Verkehr gebrachten Brennstoffe Zertifikate erwerben und abgeben.

Im Geschäftsjahr 2019 konnte zudem ein weiterer Schritt bei der Umsetzung des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende gegangen werden. Gemäß § 30 Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) erhebt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) mit der Marktanalyse den Stand der Umsetzung der BSI-Standards sowie der eichrechtlichen Anforderungen über die Wertschöpfungskette Messeinrichtung, Smart-Meter-Gateway, Gateway-Administrator und Backendsysteme im Markt. Die Marktanalyse differenziert diese Wertschöpfungskette nach Anwendungsfällen sowie den jeweiligen Einbaugruppen und enthält Aussagen zur grundsätzlichen Marktverfügbarkeit von intelligenten Messsystemen, insbesondere von zertifizierten Smart-Meter-Gateways. Die Marktanalyse wurde am 31. Januar 2019 erstmalig durch das BSI veröffentlicht. Am 19.12.2019 wurde das dritte Smart-Meter-Gateway zertifiziert. In der Folge konnte das BSI am 31. Januar 2020 die Marktanalyse aktualisieren und den Verwaltungsakt zur Feststellung der technischen Möglichkeit zum Einbau intelligenter Messsysteme veröffentlichen. Die nächste Aktualisierung der Marktanalyse soll spätestens am 30. Oktober 2020 erfolgen. Alle bisher zertifizierten Smart-Meter-Gateways erfüllen nicht vollständig den Funktionsumfang, der bei der Erstellung des MsbG vorausgesetzt wurde.

Die regulierten Netzsparten sind weiterhin geprägt von Regulierungsdruck. Neben erheblichen Kostenkürzungen im Rahmen der Erlösobergrenzenfestlegungen sinkt der zugestandene EK-Zins stetig ab. Gleichzeitig werden der Branche weiterhin vorhandene Ineffizienzen unterstellt, was sich in zusätzlich sinkenden Erlösobergrenzen auswirkt. Die Branche führt mehrere Beschwerdeverfahren gegen diesbezügliche Festlegungen der Bundesnetzagentur bzw. der Landesregulierungsbehörden. Dies erfolgt in der Regel im Rahmen von Prozesskostengemeinschaften, wie z. B. gegen die Festlegung der EK-Zinssätze für die dritte Regulierungsperiode, die generellen sektoralen Produktivitätsfaktoren für Betreiber von Gas- als auch Stromverteilernetzen für die dritte Regulierungsperiode und die Genehmigungen von Kapitalkostenaufschlägen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Energiewirtschaft noch immer verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen fehlen. Der Grundsatz des Investitionsschutzes wurde bereits mehrfach verletzt.

Im wettbewerblichen Umfeld prägen weiterhin wachsender Margendruck und wettbewerbsverzerrende Subventionen die operative Tätigkeit.

2. Geschäftsverlauf

2.1 Netze und Regulierung

Im Bereich Elektrizitätsverteilung sind die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Ursächlich hierfür ist der Rückgang der Absatzmenge und die Absenkung der Netzentgelte. Durch den anhaltenden Wettbewerb um Kunden nimmt die Händlervielfalt im Netzgebiet der Stadtwerke weiter zu.

Die Umsatzerlöse im Bereich Gasverteilung sind gegenüber dem Vorjahresumsatz rückläufig, die Absatzmengen haben sich hingegen geringfügig erhöht. Ursächlich hierfür ist ebenfalls die Absenkung der Netzentgelte.

2.2 Vertrieb

Im Stromhandel sanken die Umsatzerlöse und die abgesetzte Menge gegenüber Letztverbrauchern. Der Absatzrückgang ist begründet durch die zunehmende Eigenerzeugung der Letztverbraucher, insbesondere im Großkundenbereich.

Die Trinkwassererlöse sowie der Absatz liegen leicht unter dem Vorjahresniveau. Die Netzverluste sind gegenüber 2018 nochmals deutlich gesunken und liegen weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau.

Der Bereich Wärmeversorgung musste aufgrund des anhaltenden Rückbaus von Wohnungen im Versorgungsgebiet Erlöseinbußen verzeichnen – die Umsatzerlöse sowie die abgesetzte Wärmemenge sind gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Im Geschäftsjahr 2019 erfolgten turnusmäßig zwei Preisanpassungen.

Im Bereich Gashandel stiegen die Umsatzerlöse sowie die Absatzmenge im Geschäftsjahr signifikant durch hinzugewonnene Kunden sowie der Ausdehnung der Eigenversorgung mit Erdgas.

2.3 Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betrugen im Jahr 2019 T€ 2.566. Die Schwerpunkte im Stromnetz lagen dabei in der Sanierung und im Ausbau mit T€ 600, z. B. für die äußere Erschließung Gewerbegebiet Löbau West 2 und Übernahme von Mittelspannungsleitungen vom vorgelagerten Netzbetreiber. Im Trinkwasserbereich wurden T€ 720 (Optimierung und technologische-kapazitive Erweiterung Wasserwerk Heiterer Blick) und in der Wärmeversorgung T€ 669 (Heizkraftwerk Löbau Nord-Ost) aufgewendet. In den Bereich Gasverteilung wurden T€ 309 (Netzausbau Ortslage Kittlitz, Skalablick) investiert, im Bereich Stromhandel T€ 5. In überbetrieblich genutzten Anlagen betrug das Investitionsvolumen T€ 221, im Bereich sonstige Dienstleistungen TEUR 42.

Das geplante Investitionsvolumen wurde zu 67% in Anspruch genommen. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte aus Eigenmitteln.

2.4 Geschäftsergebnis und finanzielle Leistungsindikatoren

Der Jahresumsatz des Unternehmens betrug T€ 26.267 und ist damit gegenüber dem Jahresumsatz des Vorjahres leicht gesunken. Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem im Vorjahresvergleich gesunkenen Jahresüberschuss von T€ 923 ab. Ursächlich hierfür ist das durch Einmaleffekte beeinflusste neutrale Ergebnis des Vorjahres. Die prognostizierten Jahresergebnisse für das Geschäftsjahr 2019 wurden jedoch überschritten.

Die nachstehende Übersicht stellt die Ergebniskomponenten (Erfolgsspalte) im Vorjahresvergleich dar:

	2019	2018	Veränderung
	T€	T€	T€
Betriebsergebnis	2.075	1.825	250
Finanzergebnis	-182	-212	30
Neutrales Ergebnis	-567	1.353	-1.920
abzüglich Steuern	-403	-508	105
Jahresergebnis	923	2.458	-1.535

Die nachfolgende Zusammenfassung enthält wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren im Vorjahresvergleich und vermittelt insoweit einen Überblick über die Entwicklung der Stadtwerke Löbau GmbH:

	2019	2018
	T€	T€
Ergebnis nach Steuern in T€	923	2.458
Umsatzerlöse in T€	26.267	26.644
Betriebsergebnis in T€	2.075	1.825
operativer Cashflow in T€	2.763	4.234
durchschnittliche Mitarbeiterzahl	63	63
Betriebsergebnis pro Mitarbeiter in T€	33	29
Cashflow pro Mitarbeiter in T€	44	67

Die Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr führte insgesamt zu einer weiteren Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadtwerke Löbau GmbH.

2.5 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Stadtwerke Löbau GmbH versteht sich als moderner und verantwortungsvoller Arbeitgeber, dem an gut ausgebildeten und motivierten Mitarbeitern gelegen ist. Vor diesem Hintergrund wurden im Geschäftsjahr 2019 u. a. diverse Weiterbildungsmaßnahmen umgesetzt. Die Personalaufwendungen stiegen im Geschäftsjahr 2019 um 2,7% und betragen bei durchschnittlich 65 Beschäftigten (incl. Geschäftsführung) 3.172 T€.

Darüber hinaus ist für die Stadtwerke Löbau GmbH gesellschaftliches Engagement in Löbau und im regionalen Umfeld – auch vor dem Hintergrund einer starken Kundenbindung – selbstverständlich.

3. Lage der Gesellschaft

3.1 Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Unternehmens sank im Geschäftsjahr 2019 um T€ 1.194 und beträgt T€ 31.822. Aufgrund von Investitionen stiegen die langfristigen Vermögenswerte um T€ 638. Das Eigenkapital erhöhte sich durch den erwirtschafteten Jahresüberschuss unter Berücksichtigung der im Geschäftsjahr 2019 abgeflossenen Gewinnausschüttungen.

Die Kennzahlen der Vermögensstruktur im Vorjahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

Kennzahl	2019	2018
Anlagenquote	77,1%	72,4%
Eigenkapitalquote	58,2%	55,8%
Fremdkapitalquote	36,7%	39,2%

3.2 Finanzlage

Die liquiden Mittel betragen zum Bilanzstichtag T€ 2.776. Der Abfluss liquider Mittel für Investitionen belief sich auf T€ 2.566. Die Investitionen in langfristige Vermögenswerte wurden aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt. Die planmäßige Tilgung der Bankdarlehen belief sich im Geschäftsjahr 2019 auf T€ 1.142. Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Jahres gewährleistet.

Die Kennzahlen der Finanzierungsstruktur im Vorjahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

Kennzahl	2019	2018
Anlagendeckung 1	75,5%	77,0%
Bardeckung	50,8%	98,1%
Cash Flow	T€ 2.763	T€ 4.234

3.3 Ertragslage

Die Ertragslage ist durch ein im Vorjahresvergleich geringfügig höheres Betriebsergebnis von T€ 2.075 (Vorjahr: T€ 1.825) gekennzeichnet. Im Geschäftsjahr 2019 sanken die Umsatzerlöse um 1,4% auf T€ 26.267. Größter Umsatzträger ist weiterhin das Segment Stromhandel. Das Rohergebnis des Unternehmens beträgt T€ 7.700 und sank gegenüber dem Vorjahr um 1,7%.

Die Kennzahlen der Ertragslage im Jahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

Kennzahl	2019	2018
Umsatzrentabilität	3,5%	9,2%
Eigenkapitalrentabilität	5,0%	13,4%
Gesamtkapitalrentabilität	3,6%	8,4%

III. Prognosebericht

Die einleitend im Wirtschaftsbericht beschriebenen (Gesetzes-)Entwicklungen werden neben der demographischen Entwicklung maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung der Stadtwerke Löbau GmbH haben und diese vor große Herausforderungen stellen. Die künftige Entwicklung der Gesellschaft wird weitestgehend durch die politisch vorgegebenen Rahmenbedingungen bestimmt.

Die Stadtwerke Löbau GmbH ist vor diesem Hintergrund gleichwohl bestrebt, auch zukünftig ein leistungsfähiger und verlässlicher Versorger zu sein und ihren Beitrag zur Entwicklung der Region zu leisten. Eine gesicherte Prognose der Preis- und Absatzentwicklung ist jedoch aufgrund der unklaren künftigen Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen, insbesondere im Hinblick auf die Energiewirtschaft, äußerst schwierig und nicht seriös möglich. Eine dringend notwendige langfristige Investitionssicherheit ist kaum mehr gegeben.

Die zukünftige Investitionstätigkeit konzentriert sich auf die Erneuerung und den Ausbau der Versorgungsanlagen. Im Zuge des Breitbandausbaus im Landkreis Görlitz können sich ggf. Mitverlegungsmöglichkeiten ergeben, welche einen temporären Anstieg der Investitionstätigkeit im Elektrizitätsverteilungsbereich bewirken. Im Bereich der Wärme- und Gasversorgung wird die zyklisch anstehende Heizungsmodernisierung insbesondere durch das Verbot zum Einbau neuer Ölheizungen Investitionsmöglichkeiten bieten. Im Geschäftsjahr 2020 sind Fremdfinanzierungen in Höhe von T€ 2.115 geplant.

Der Wettbewerbsdruck insbesondere um Strom- und Gaskunden wird weiter zunehmen. Es zeichnet sich ab, dass zukünftig vermehrt Bündelprodukte (Energie, Messung, Breitband, E-Mobilität) angeboten werden. Inwieweit ggf. zukünftig Preissteigerungen, welche insbesondere durch Umlagen- und Steuererhöhungen hervorgerufen werden, an die Kunden weitergegeben werden können, kann derzeit nicht abgeschätzt werden.

Es deutet sich ab, dass sich die Jahre mit erheblich weniger Niederschlägen seit 2018 fortsetzen werden. In den Jahren 2018 und 2019 traten keine Versorgungsengpässe beim Trinkwasser auf. Aufgrund durchgeführter Optimierungs- und Kapazitätserweiterungsmaßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass auch im Jahr 2020 keine Engpässe zu erwarten sind.

Für das Geschäftsjahr 2020 wird mit gegenüber 2019 leicht steigenden Umsatzerlösen sowie einem Jahresergebnis über dem Niveau des Geschäftsjahres 2019 gerechnet.

Die Prognosen des letztjährigen Lageberichts im Hinblick auf die Entwicklung im Geschäftsjahr 2019 sind im Wesentlichen eingetreten.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Stadtwerke Löbau GmbH ist in ihrer Geschäftstätigkeit verschiedenen branchenspezifischen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Im Unternehmen ist ein Risikomanagementsystem implementiert, welches der Identifikation und Begrenzung von Risiken und der Errichtung entsprechender Handlungsmaßnahmen dient.

Das eingerichtete Risikomanagementsystem ist darauf ausgerichtet, Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, frühzeitig zu erkennen und Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur werden Risiken bewertet, analysiert und dokumentiert, die Risikoüberwachung erfolgt in einem zyklischen Prozess.

Als wesentliche Risiken werden aktuell folgende Sachverhalte angesehen:

- Risiken, die sich aus einer außergewöhnlichen Krise – epidemie- oder pandemiebedingt – auf alle Risikobereiche auswirken,
- Bezugs- und Absatzrisiken, insbesondere im Hinblick auf Gewerbe- und Großkunden,
- zunehmend schwierigere Personalbeschaffung aufgrund demografischer Entwicklungen und regulatorische Unsicherheiten hinsichtlich des Strom- und Gasnetzes.

Insgesamt lässt die Einschätzung der Risikolage die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für den mittelfristigen Zeitraum nicht erkennbar sind.

Mit der weltweiten Ausbreitung des neuartigen Coronavirus wurden die dadurch in Verbindung stehenden Risiken - insbesondere Liquiditätsrisiken - durch die Gesellschaft als schwerwiegend eingeschätzt. Ursächlich für die Einschätzung sind unter anderem die Einräumung eines Zahlungsmoratoriums für Verbraucher und Kleinstunternehmen bis 30.06.2020 und die vorübergehende Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bis 30.09.2020 sowie die Ableitung möglicher Folgen. Es wurden unverzüglich Maßnahmen ergriffen, um das Risiko weitestgehend zu minimieren. Im Rahmen des Risikomonitorings erfolgt die regelmäßige Neubewertung und ggf. Anpassung des Risikos.

Die durch die Stadtwerke Löbau GmbH nicht beeinflussbare demografische Entwicklung der großen Kreisstadt Löbau und der umliegenden Region ebenso wie die wirtschaftliche Struktur haben unmittelbare Auswirkungen auf den deren Geschäftsverlauf.

2. Chancenbericht

Dem Wettbewerb am Markt wird die Stadtwerke Löbau GmbH weiterhin durch Kundenorientierung und das Angebot attraktiver Produkte begegnen.

Im Einzelnen werden insbesondere folgende Geschäftschancen gesehen:

- Möglichkeit eines integrierten Leistungsangebotes als regionaler „Komplettanbieter“
- Vertriebsauftritt und Produktgestaltung im erweiterten regionalen Umfeld, auch außerhalb des eigenen Netzgebietes
- Steigerung der Kundenbindung durch gesellschaftliches Engagement, insbesondere im regionalen Umfeld.

Zudem können der Breitbandausbau und die Einschränkungen (Kontaktbeschränkungen) und Veränderungen (hoher Anteil home office) in der Corona-Krise dazu führen, dass die Attraktivität der ländlichen Gebiete steigt und insbesondere junge Familien in das Versorgungsgebiet ziehen. Dies ist jedoch eher ein mittelfristiger Prozess, dessen Auswirkungen sich in 2020 nur gering darstellen werden.

Mit dem geplanten Kohleausstieg und den flankierenden Fördermöglichkeiten können sich insbesondere in der Wärme- und Gasversorgung Chancen zur Netzerweiterung und -verdichtung ergeben. Diesbezügliche Projekte werden bereits seit 2019 geplant und regelmäßig auf eine wirtschaftliche Realisierbarkeit geprüft.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die wesentlichen in der Stadtwerke Löbau GmbH bestehenden Finanzinstrumente stellen Wertpapiere sowie Guthaben bei und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dar. Darüber hinaus bestehen Forderungen und Verbindlichkeiten. Die Gesellschaft finanziert sich im Wesentlichen aus Eigenmitteln und Lieferantenkrediten. Darüber hinaus kommen Bankkredite zum Einsatz.

Das grundlegende Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Stadtwerke Löbau GmbH ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Hinsichtlich des Einsatzes von Finanzinstrumenten verfolgt die Gesellschaft daher eine konservative Risikopolitik.

In Abstimmung mit der Gesellschafterin wird sichergestellt, dass auf der Grundlage mehrjähriger Investitions- und Finanzplanungen ausreichend hohe Eigen- und Fremdmittel zur Verfügung stehen. Bestehende Zins- und Tilgungspläne werden vertragsgemäß eingehalten.

Grundlage für eine sachgerechte Liquiditätssteuerung ist das bestehende Liquiditäts- und Kreditmanagement. Insbesondere werden regelmäßig Liquiditätspläne erstellt, die einen Überblick über die Geldaus- und -einzüge vermitteln. Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen darüber hinaus über ein adäquates Debitorenmanagement.

Löbau, März 2020

gez. Jana Otto
(Geschäftsführerin)

gez. Ingo Jürs
(Geschäftsführer)

Anlage 3

Wirtschaftsplan 2019 der Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau

Quelle: Bericht über die Prüfung und Dokumentation von Planungsrechnungen
für einen Planungshorizont bis 2024 der Wohnungsverwaltung und Bau GmbH
Löbau
(BavariaTreu AG, NL Dresden, 15.07.2015)

Wirtschaftsplan für die Jahre 2015 bis 2024

	ist	vorl. Ist	Plan	Plan									
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	
	rd. €	rd. €											
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung													
- Solimieten Wohnungen	5.616.732	5.589.829	5.563.213	5.345.232	5.169.910	5.154.447	5.108.933	4.928.459	4.928.459	4.928.459	4.928.459	4.928.459	
- Solimieten gewerbliche Einheiten	234.998	222.673	222.673	203.808	210.048	210.048	210.048	210.048	210.048	210.048	210.048	210.048	
- Solimieten Garagen und Abstellplätze	56.011	54.508	55.000	55.000	55.000	55.000	55.000	55.000	55.000	55.000	55.000	55.000	
- Erlösmehralerungen auf Solimieten	-1.101.867	-1.207.213	-1.243.492	-1.107.010	-914.669	-758.587	-689.156	-529.639	-573.639	-617.639	-661.639	-705.639	
- Umlagen	2.820.867	2.821.361	2.614.911	2.572.300	2.504.100	2.426.700	2.342.000	2.299.600	2.220.300	2.220.300	2.220.300	2.220.300	
- Gebühren und Zuschläge	13.004	16.052	16.052	16.052	16.052	16.052	16.052	16.052	16.052	16.052	16.052	16.052	
- Pachterträge	9.277	11.310	11.310	11.310	11.310	11.310	11.310	11.310	11.310	11.310	11.310	11.310	
- sonstige Erlöse	17.077	29.827	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	
	7.666.160	7.538.347	7.259.667	7.116.692	7.071.751	7.134.970	7.074.187	7.010.830	6.887.530	6.843.530	6.799.530	6.755.530	
Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit													
- Verwaltung Multifunktionales Zentrum	18.195	18.195	18.195	18.195	18.195	18.195	18.195	18.195	18.195	18.195	18.195	18.195	
- Verwaltung nach WEG	4.480	4.480	4.480	4.480	4.480	4.480	4.480	4.480	4.480	4.480	4.480	4.480	
- Verwaltung für Dritte	5.000	3.666	3.666	3.666	3.666	3.666	3.666	3.666	3.666	3.666	3.666	3.666	
- sonstige Erlöse (Geschäftsbesorgung und andere)	23.977	1.325	1.325	1.325	1.325	1.325	1.325	1.325	1.325	1.325	1.325	1.325	
	51.652	27.666	27.666	27.666	27.666	27.666	27.666	27.666	27.666	27.666	27.666	27.666	
Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen													
- Bestandsvermehrung	2.873.310	2.614.911	2.572.300	2.504.100	2.426.700	2.342.000	2.299.600	2.220.300	2.220.300	2.220.300	2.220.300	2.220.300	
- Bestandsverminderung	-2.855.272	-2.873.310	-2.614.911	-2.572.300	-2.504.100	-2.426.700	-2.342.000	-2.299.600	-2.220.300	-2.220.300	-2.220.300	-2.220.300	
	18.038	-258.399	-42.611	-68.200	-77.400	-84.700	-42.400	-79.300	0	0	0	0	
sonstige betriebliche Erträge													
- Erträge aus Anlagenverkäufen (Buchgewinne)	0	5.290	53.169	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (Drohverlustrückstellung)	317.417	357.757	401.799	403.247	404.725	406.232	407.769	409.336	410.936	412.567	0	0	
- Zuschüsse für Rückbau	6.900	0	49.619	303.554	350.830	398.862	253.332	383.044	0	0	0	0	
- sonstige Zuschüsse	77.100	119.298	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
- Versicherungserstattungen	33.605	48.229	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	
- Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszulagen	299	299	299	299	299	299	299	299	299	299	299	299	
- Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	40.831	21.620	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
- sonstige	476.152	623.811	554.886	757.100	805.854	855.393	711.400	842.679	461.235	462.866	50.299	50.299	
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung													
- Betriebs- und Heizkosten	-2.792.193	-2.610.004	-2.546.500	-2.453.800	-2.346.200	-2.200.300	-2.140.700	-2.031.300	-2.039.200	-2.047.100	-2.055.000	-2.062.900	
- laufende Instandhaltungskosten	-724.671	-411.478	-600.000	-600.000	-600.000	-600.000	-600.000	-600.000	-600.000	-600.000	-600.000	-600.000	
- Instandhaltungskosten für größere Maßnahmen	-495.196	-169.962	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
- Instandhaltungskosten für die Neuerung	0	-410.695	-500.000	-500.000	-500.000	-500.000	-500.000	-500.000	-500.000	-500.000	-500.000	-500.000	
- Kosten für die Neuerung	-190.000	58.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
- Veränderung der Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	-47.482	0	-49.619	-301.561	-363.474	-412.375	-256.710	-393.350	0	0	0	0	
- Rückbau-/Abrisskosten	-419.500	-412.800	-415.000	-415.000	-415.000	-415.000	-415.000	-415.000	-415.000	-415.000	-415.000	-415.000	
- Hausgeldzahlungen für eigene Eigentumswohnungen (BK)	-105.900	-99.000	-108.000	-118.000	-118.000	-118.000	-118.000	-118.000	-118.000	-118.000	-118.000	-118.000	
- Hausgeldzahlungen für eigene Eigentumswohnungen (HK)	-644.300	-644.300	-644.300	-644.300	-644.300	-644.300	-644.300	-644.300	-644.300	-644.300	-644.300	-644.300	
- Mietaufwendungen Multifunktionales Zentrum	-31.844	-64.532	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	
- Pachteaufwendungen, Kosten für Miet- und Räumungsklagen usw.	-5.451.086	-4.764.771	-4.923.419	-5.092.661	-5.046.974	-4.949.975	-4.734.710	-4.761.950	-4.376.500	-4.384.400	-3.992.300	-4.000.200	
Personalaufwand													
- Löhne und Gehälter	-428.523	-408.260	-420.000	-430.000	-438.600	-447.372	-456.319	-465.446	-474.755	-484.250	-493.935	-503.814	
- Soziale Abgaben	-86.772	-82.898	-85.300	-87.300	-89.046	-90.827	-92.643	-94.496	-96.386	-98.314	-100.280	-102.286	
- Aufwendungen für Altersversorgung	-146.689	-30.504	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	
	-661.984	-521.662	-510.200	-522.200	-532.546	-543.099	-553.863	-564.842	-576.041	-587.464	-599.115	-610.999	

Wirtschaftsplan für die Jahre 2015 bis 2024

	Ist 2013 rd. €	vori. Ist 2014 rd. €	Plan		Plan		Plan		Plan		Plan		Plan 2024 rd. €
			2015 rd. €	2016 rd. €	2017 rd. €	2018 rd. €	2019 rd. €	2020 rd. €	2021 rd. €	2022 rd. €	2023 rd. €		
Abschreibungen													
- auf immaterielle Vermögensgegenstände	-4.418	-3.553	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600
- auf Wohnbauten	-777.438	-783.018	-628.622	-654.907	-737.802	-794.042	-834.042	-874.042	-874.042	-874.042	-874.042	-874.042	-874.042
- planmäßig	0	-2.507.315	-523.462	-471.352	-360.598	-208.678	-134.948	0	0	0	0	0	0
- außerplanmäßig	-113.363	-111.446	-111.446	-166.659	-181.688	-181.688	-181.688	-181.688	-181.688	-181.688	-181.688	-181.688	-181.688
- auf Geschäfts- und andere Bauten	-29.661	-16.735	-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	-16.700	-16.700
- auf Bauten auf fremden Grundstücken	-2.509	-2.769	-2.800	-2.800	-2.800	-2.800	-2.800	-2.800	-2.800	-2.800	-2.800	-2.800	-2.800
- auf Technische Anlagen und Maschinen	-5.633	-4.890	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900
- auf BGA	-933.022	-3.429.726	-1.291.530	-1.320.918	-1.308.088	-1.212.408	-1.178.678	-1.083.730	-1.083.730	-1.083.730	-1.083.730	-1.083.730	-1.083.730
sonstige betriebliche Aufwendungen													
- sächliche Verwaltungskosten	-189.279	-176.996	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000	-180.000
- Buchverluste aus Abgang Anlagevermögen	-89	-8.800	-43.017	-135.761	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Spenden	-3.199	-2.492	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen	-50.345	-58.754	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
- Projekt "Grenzüberschreitende Zusammenarbeit usw."	-80.650	-122.468	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- sonstige Aufwendungen	-72.721	-11.413	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
	-396.483	-380.923	-286.017	-378.761	-243.000	-243.000	-243.000	-243.000	-243.000	-243.000	-243.000	-243.000	-243.000
Erträge aus anderen Wertpapieren	3.425	3.725	2.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	76.766	31.817	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen													
- für bestehende Dauerfinanzierungsmittel	-769.232	-673.781	-600.600	-559.200	-526.200	-494.000	-459.800	-425.100	-388.700	-352.700	-323.500	-293.700	-263.700
- für neue Dauerfinanzierungsmittel	0	0	-8.800	-142.300	-204.100	-328.400	-401.400	-472.400	-461.400	-449.900	-438.000	-425.400	-413.900
- Aufzinsung von Rückstellungen (Drohverlustrückstellung)	-185.017	-228.645	-107.651	-93.359	-78.559	-63.892	-49.411	-35.644	-22.882	-11.237	0	0	0
- sonstige Zinsaufwendungen	-32	-7.692	0	-6.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	-954.281	-910.118	-717.051	-800.859	-808.859	-886.292	-910.611	-933.144	-872.982	-813.837	-761.500	-719.100	-673.600
sonstige Steuern													
- umlagefähige Grundsteuer	-172.031	-171.415	-170.000	-168.000	-166.000	-164.000	-162.000	-160.000	-160.000	-160.000	-160.000	-160.000	-160.000
- nicht umlagefähige Grundsteuer	-13.017	-14.980	-15.000	-16.000	-17.000	-18.000	-19.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
- Kfz-Steuer	-364	-366	-400	-400	-400	-400	-400	-400	-400	-400	-400	-400	-400
- sonstige Steuererstattungen	10.768	943	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	-174.644	-185.818	-185.400	-184.400	-183.400	-182.400	-181.400	-180.400	-180.400	-180.400	-180.400	-180.400	-180.400
Jahresergebnis	-279.307	-2.220.051	-112.009	-466.540	-294.997	-83.845	-31.409	34.809	43.777	41.231	17.450	-3.934	-3.934

Finanzplan für die Jahre 2015 bis 2024

	IST 2013 rd. €	vorl. IST 2014 rd. €	Plan 2015 rd. €	Plan 2016 rd. €	Plan 2017 rd. €	Plan 2018 rd. €	Plan 2019 rd. €	Plan 2020 rd. €	Plan 2021 rd. €	Plan 2022 rd. €	Plan 2023 rd. €	Plan 2024 rd. €
Jahresergebnis	-279.307	-2.220.051	-112.009	-466.540	-294.997	-83.845	-31.409	34.809	43.777	41.231	17.450	-3.934
Abschreibungen auf Gegenstände des AV	933.022	3.429.726	1.291.530	1.320.918	1.308.088	1.212.408	1.178.678	1.083.730	1.083.730	1.083.730	1.083.730	1.083.730
Veränderung langfristiger Rückstellungen (Pensionsrückstellung)	126.300	67.200	-16.310	-24.630	-24.880	-25.130	-12.650	0	0	0	0	0
Veränderung Drohverlustrückstellung	-147.000	-178.611	-294.148	-309.888	-326.165	-342.339	-358.357	-373.692	-388.053	-401.330	0	0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen (saldiert mit Auflösung von Wertberichtigungen)	50.545	37.134	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Veränderung sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	12.700	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Veränderung des Sonderpostens für Investitionszulagen	-299	-299	-299	-299	-299	-299	-299	-299	-299	-299	-299	-299
Cashflow nach DVFA/SG	683.261	1.147.799	868.764	519.560	661.747	760.794	775.962	744.548	739.155	723.332	1.100.881	1.079.497
Veränderung kurzfristiger Rückstellungen	-35.200	-40.100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Buchverluste aus Abgang Anlagevermögen	89	8.800	43.017	135.761	0	0	0	0	0	0	0	0
Buchgewinne aus Abgang Anlagevermögen	0	-5.290	-53.169	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Veränderung sonstiger Aktiva	-195.600	-18.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Veränderung sonstiger Passiva	165.082	-791.654	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
zahlungswirksame Zinsaufwendungen (bestehende Darlehen)	769.232	673.781	600.600	559.200	526.200	494.000	459.800	425.100	388.700	352.700	323.500	293.700
zahlungswirksame Zinsaufwendungen (neue Darlehen)	0	0	8.800	142.300	204.100	328.400	401.400	472.400	461.400	449.900	438.000	425.400
zahlungswirksame Zinserträge	-3.425	-3.725	-2.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.383.439	971.611	1.466.012	1.356.821	1.392.047	1.583.194	1.637.162	1.642.048	1.589.255	1.525.932	1.862.381	1.798.597
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenst. des AV	10.900	95.600	238.000	150.000	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen (Modernisierungskosten)	-564.700	-885.345	-1.774.920	-5.952.930	-4.144.750	-2.812.000	-2.000.000	-2.000.000	0	0	0	0
Kauf von BGA, Imm. Vermögensgegenständen	-24.000	-755	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenst. des FAV	0	0	121.800	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Rückdeckungsversicherung für Pensionszusagen	0	-42.100	-42.100	-42.100	-42.100	-42.100	-21.000	0	0	0	0	0
Erträge aus anderen Wertpapieren	3.425	3.725	2.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-574.375	-828.875	-1.445.220	-5.855.030	-4.196.850	-2.864.100	-2.031.000	-2.010.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
planmäßige Tilgungen (bestehende Darlehen)	-571.600	-595.700	-633.000	-662.300	-675.100	-707.400	-737.800	-745.100	-781.400	-659.700	-639.900	-669.800
planmäßige Tilgungen (neue Darlehen)	0	0	0	-54.000	-156.800	-167.200	-206.300	-247.300	-258.300	-269.700	-281.700	-294.200
gezahlte Zinsen (bestehende Darlehen)	-769.232	-673.781	-600.600	-559.200	-526.200	-494.000	-459.800	-425.100	-388.700	-352.700	-323.500	-293.700
gezahlte Zinsen (neue Darlehen)	0	0	-8.800	-142.300	-204.100	-328.400	-401.400	-472.400	-461.400	-449.900	-438.000	-425.400
außerplanmäßige Tilgungen	0	0	0	-107.000	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus der Valutierung von Darlehen	0	0	219.936	3.337.644	2.457.900	1.924.800	1.600.000	1.600.000	0	0	0	0
Einzahlungen aus Baukostenzuschüssen (Modernisierung)	64.500	671.855	1.270.100	1.468.900	857.900	324.800	0	0	0	0	0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.276.332	-597.626	247.636	3.281.744	1.753.600	552.600	-205.300	-289.900	-1.889.800	-1.732.000	-1.683.100	-1.683.100
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	-467.268	-454.890	268.428	-1.216.465	-1.051.203	-728.306	-599.138	-657.852	-310.545	-216.068	169.281	105.497
Flüssige Mittel - Stand 1.1.	6.301.600	5.834.332	5.379.442	5.647.870	4.431.404	3.380.201	2.651.896	2.052.758	1.394.906	1.084.361	868.294	1.037.575
Flüssige Mittel - Stand 31.12.	5.834.332	5.379.442	5.647.870	4.431.404	3.380.201	2.651.896	2.052.758	1.394.906	1.084.361	868.294	1.037.575	1.143.072

Anlage 4

Jahresabschluss 2019 der Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau (Auszüge)

Quelle: Bericht über die Prüfung des Lageberichts und des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 der Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau

WOHNUNGSVERWALTUNG UND BAU GMBH LÖBAU, LÖBAU
LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

I. ALLGEMEINES UND GESELLSCHAFTSRECHTLICHE STRUKTUR

Die Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau ist das kommunale Wohnungsunternehmen der Stadt Löbau, welche 100 % der Gesellschaftsanteile besitzt. In Löbau ist die Gesellschaft mit 1.699 eigenen Wohnungen neben den zwei Wohnungsgenossenschaften einer der drei Marktführer.

Entsprechend dem Gesellschaftsvertrag hat die Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau vorrangig eine sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung sicherzustellen, die kommunale Siedlungspolitik und Maßnahmen der Infrastruktur zu unterstützen sowie städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Das Kerngeschäftsfeld der Gesellschaft begründet sich demnach in der Bewirtschaftung des eigenen Bestands. Die WEG-Verwaltung sowie die Verwaltung für Dritte spielen bisher quantitativ nur eine untergeordnete Rolle, diese Geschäftsfelder sollen aber sukzessive stärker bewirtschaftet werden. Auch Bauträger- und Neubautätigkeiten sind zurzeit nur von marginalem Wert.

Im Juni 2019 wurde das Geschäftsfeld um die Bewirtschaftung des Messe- und Veranstaltungsparks erweitert. Neben der Unterhaltung und Instandsetzung des Parkgeländes und der dazugehörigen Hallen begründet sich die Kernaufgabe des Geschäftszweiges in der Vermietung der Hallen, welche eine wichtige Plattform für Messen, Konzerte, Shows, Firmenevents und Tagungen in der Region sind.

II. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE UND BRANCHENBEZOGENE ENTWICKLUNG

Die deutsche Wirtschaft konnte auch im zehnten Jahr in Folge ein Wirtschaftswachstum verzeichnen, welches sich positiv auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt und auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts auswirkte. Mit einem Anstieg von 0,6 % ist das Wachstum zwar deutlich schwächer als in den Vorjahren, jedoch wuchsen die privaten und staatlichen Konsumausgaben stärker als in den beiden Jahren zuvor.

Trotz der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bestehen in Deutschland weiterhin erhebliche regionale Unterschiede. Besonders die neuen Länder sind vom demografischen Wandel und der Alterung der Erwerbsbevölkerung betroffen. Dies spiegelt sich auch in der Arbeitslosenquote wider, welche mit 7,8 % zwar unter dem Vorjahreswert, jedoch noch immer deutlich über dem Bundesdurchschnitt und der angrenzenden Gebiete liegt.

Die Situation für den hiesigen Wohnungsmarkt ist demnach unverändert zu den Vorjahren schwierig. Niedriges Mietpreisniveau und ein hoher Anteil von Transferleistungsempfängern beeinflussten die Geschäfte der Gesellschaft somit auch in 2019.

III. DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND DER LAGE DER GESELLSCHAFT

1. Ertragslage

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 67 (Vj.: TEUR 264). Die Umsätze sind im Vergleich zum Vorjahr um 2 % auf TEUR 6.040 (Vj.: TEUR 5.929) gestiegen. Der Anstieg ist der Bewirtschaftung des Messe- und Veranstaltungspark zu Grunde zu legen.

Die Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung entsprachen dem Vorjahresniveau und betragen im Geschäftsjahr TEUR -3.249 (Vj.: TEUR -3.393). Noch immer entwickelt sich der Trend der Aufwendungen entgegen der Umsatzentwicklung für die Hausbewirtschaftung, was nach wie vor auf den Modernisierungstau zurückzuführen ist.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 13 % ist im Wesentlichen auf die Verluste aus dem Anlagenabgang i. H. v. TEUR 81 (Vj.: TEUR 22) sowie der hinzugekommenen Aufwendungen i. R. d. Bewirtschaftung des Messe- und Veranstaltungsparks i. H. v. TEUR 36 zurückzuführen.

Obwohl die Ertragslage im abgelaufenen Geschäftsjahr einen positiven Verlauf verzeichnen konnte, ist die Gesamtentwicklung aufgrund anhaltender Themen wie Leerstand und Modernisierungstau nur wenig zufriedenstellend.

2. Vermögens- und Finanzlage

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit belief sich im Geschäftsjahr auf TEUR 1.646 (Vj.: TEUR 605) was auf den Kauf der Grundstücke im Rahmen der Erschließung des Gewerbegebiets zurückzuführen ist. Der negative Kapitalfluss (TEUR -746) im abgelaufenen Geschäftsjahr ist zudem mit notwendigen Investitionen in Sanierung und Modernisierung sowie der planmäßigen Kredittilgung zu begründen.

Der zum 31. Dezember 2019 verbleibende Finanzmittelbestand von TEUR 4.508 (Vj.: 5.254) bildet eine solide Grundlage für den Abbau des Instandhaltungsstaus in den kommenden Jahren. Die Gesellschaft ist jederzeit in der Lage, den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Das Anlagevermögen ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen beträgt zum Jahresende TEUR 25.419 (Vj.: TEUR 24.774). Dieser Effekt resultiert aus der planmäßigen Abschreibung sowie dem Rückbau und der Investitionen in Sanierungen, u. a. für die Objekte in der Äußere Bautzner Straße.

Die Vorräte sind aufgrund der Grundstücksankäufe i. H. v. TEUR 3.875 im Rahmen der Gewerbegebietserschließung gestiegen. Die Vorräte im Bereich unfertige Leistungen aus der Betriebskostenabrechnung entwickelten sich leicht rückläufig und betragen zum Stichtag TEUR 1.838 (Vj.: TEUR 1.967).

Die Forderungen betreffen Forderungen aus Vermietung, aus Betreuungstätigkeit und anderen Lieferungen und Leistungen und verzeichneten mit TEUR 104 (Vj.: TEUR 68) einen starken Anstieg, was auf die Betreibung des Messe- und Veranstaltungsparks zurückzuführen ist.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestanden Forderungen gegenüber der Stadt Löbau i. H. v. TEUR 86 (Vj.: TEUR 278). Dabei handelt es sich um Fördermittel im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Städtebaulicher Denkmalschutz“, welche unter den sonstigen Vermögensgegenständen dargestellt wurden. Darüber hinaus beinhalten die sonstigen Vermögensgegenstände i. H. v. TEUR 99 (Vj.: TEUR 347) offene Versicherungsregulierungen i. H. v. TEUR 11 (Vj.: TEUR 69).

Die kurzfristigen sonstigen Rückstellungen i. H. v. TEUR 152 (Vj.: TEUR 125) stiegen gegenüber dem Vorjahr leicht an, was im Wesentlichen durch Veränderungen im Personalbereich zu begründen ist. Die Pensionsrückstellungen i. H. v. TEUR 321 (Vj.: TEUR 304) betreffen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen und sind gegenüber dem Vorjahr geringfügig gestiegen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten i. H. v. TEUR 13.759 (Vj.: TEUR 10.802) betreffen langfristige Finanzierungen sowie Altschulden für diverse Objekte und wurden im Geschäftsjahr planmäßig getilgt. Der Anstieg ist auf die Kreditaufnahme i. H. v. TEUR 3.793 im Rahmen der Finanzierung des geplanten Gewerbegebietes zurückzuführen.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

TEUR	2019	2018
Anlagevermögen	25.419	24.774
Umlaufvermögen	10.426	7.637
Rechnungsabgrenzungsposten	13	0
AKTIVA	35.858	32.411
Eigenkapital	18.802	18.735
Eigenkapitalquote	52,4 %	57,8 %
Sonderposten	9	9
Rückstellungen	504	460
Verbindlichkeiten	16.449	13.122
Rechnungsabgrenzungsposten	94	86
PASSIVA	35.858	32.411

Das Geschäftsjahr lag leicht unter den erwarteten Prognosen, was nicht zuletzt an den neu übernommenen Aufgaben im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung des Messe- und Veranstaltungsparks lag. Nichtsdestotrotz blickt die Gesellschaft positiv auf die kommenden Geschäftsjahre, vor allem für die Sparte Hausbewirtschaftung, welche dank der Fertigstellung weiterer Sanierungsmaßnahmen und der Abstoßung kostenintensiver Leerstände eine Steigerung der Jahresergebnisse erwarten lässt.

3. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Entwicklung der Leerstände gestaltet sich trotz begonnener Maßnahmen zum Rückbau weiterhin bedenklich und ist eines der größten Risiken des Unternehmens. Um auch künftig eigene Handlungsspielräume bewahren zu können, ist in 2015 ein Konzept zur Portfolioentwicklung erarbeitet worden, welches mittelfristig u. a. einen geordneten und strukturierten Abriss von Wohnungen in den Wohngebieten vorsieht. Die letzten derzeit geplanten Rückbaumaßnahmen werden im Jahr 2020 abgeschlossen. Aufgrund der ganzheitlichen Marktentwicklung ist eine Entspannung allein durch die angegangene Portfoliopolitik nicht zu erwarten. Weitere Maßnahmen im Bereich des Marketings und auch der Bestandsentwicklung müssen folgen.

Aufgrund des alternden und damit in den kostenintensiveren Lebenszyklus kommenden Portfolios wird allein eine Instandhaltung des Portfolios nicht genügen, um wettbewerbsfähig bleiben zu können. Nur durch die Bündelung der Instandhaltungsmaßnahmen und gezielten Modernisierungen kann auch langfristig eine Vermietung garantiert werden. Hier sind mittels einer Portfolioanalyse in 2015 Kernbestände ermittelt worden, in denen man nun nachhaltige Modernisierungsschritte definieren muss, da mit Einzelmaßnahmen eine Aufwertung des Bestandes nicht erreicht werden kann und Synergieeffekte verloren gehen.

Die Gesellschaft beschäftigte im abgeschlossenen Geschäftsjahr 27 Mitarbeiter, davon drei technische Mitarbeiter sowie neun geringfügig bezahlte Hilfskräfte. Der Anstieg von 13 Mitarbeiter ist auf die Übernahme der Verwaltung des Messe- und Veranstaltungspark Löbau zurückzuführen. Die qualitative Weiterbildung der Mitarbeiter erfolgt hauptsächlich über Seminareangebote des vdw Sachsen bzw. VSWG-Sachsen.

Der Aufsichtsrat konstituierte sich im Geschäftsjahr aufgrund der Stadtratswahlen neu. OB Dietmar Buchholz, Andreas Röntsch und Tilo Mengel behielten ihren Sitz im Aufsichtsrat. Neu hinzu kamen Heiko Neumann, Heiner Putzmann und David Schneider.

IV. BERICHT ÜBER DIE VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG UND DIE RISIKEN DES UNTERNEHMENS

1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Auf dem angespannten nachfrageorientierten lokalen Wohnungsmarkt sind auch mittelfristig keine wesentlichen Veränderungen zu erwarten, so dass das Problem des Leerstands sich nicht allein durch den Markt bereinigen lässt. Auch demografische Prognosen gehen von einer weiterhin sinkenden Einwohnerzahl in Stadt und Landkreis aus. Allein die Verschiebung der Haushaltszahlen kann diesem Trend bezüglich der Nachfrage nicht entgegenstehen. Deshalb sind die Anfänge, die die Gesellschaft nun mithilfe einer konkreten Planung zum strukturierten Rückbau begonnen hat, fortzuführen. Mit den Aussichten auf ein weiterhin niedriges Zinsniveau sollte es auch möglich sein, dafür Fremdmittel zu akquirieren, ohne ein weiteres Finanzierungsrisiko dem Unternehmen aufzubürden. Einhergehende Modernisierungen, Instandhaltungen und Reparaturen an den eigenen Beständen müssen zunehmend strukturiert und gebündelt werden, um unnötige Kosten zu vermeiden.

Das Geschäftsjahr 2020 wird vor allem durch die weltweite Corona-Pandemie geprägt sein. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sich die Mietausfälle im Zusammenhang mit der Krise in Grenzen halten und keine gewerblichen Mieter wegbrechen werden. Der Mietausfall der Gästewohnungen wird als kompensierbar angesehen, nachdem die meisten Anmietungen in das zweite Halbjahr verschoben wurden. Risikobehaftet wird allerdings das Baugeschehen angesehen. Nachdem es durch die Krise zu Verzögerungen in den langfristigen und kurzfristigen Maßnahmen kommen kann, gehen wir davon aus, dass einige Projekte nicht fristgerecht beendet werden können. Offen ist zudem wie sich die Krise auf die Fördermittelpolitik auswirken wird.

Problematisch gestaltet sich die Situation jedoch im Messe- und Veranstaltungspark, der aufgrund des Erlasses der Bundesregierung zum Verbot über Großveranstaltungen bis auf Weiteres keine wesentlichen Einnahmen verzeichnen wird. Die Geschäftsführung reagierte direkt im März auf dem drohenden Arbeitsausfall mit der Anmeldung von Kurzarbeit für die Mitarbeiter. Trotz dessen die Kosten auf einem geringen Level gehalten werden, fehlen in diesem Jahr wichtige Einnahmen aus der Vermietung der Halle und nicht zuletzt aus der abgesagten Eigenmesse „KONVETA“. Nachdem bisher mit keiner wesentlichen Verbesserung der Situation zu rechnen ist, erwartet die Gesellschaft auch über das Jahr 2020 hinaus gravierende Umsatzeinbußen, geprägt durch den Wegfall von Veranstaltern und den Sorgen der Bevölkerung beim Besuch von Großveranstaltungen. Ziel ist es hier, den Geschäftsbereich breiter aufzustellen und

die Hallen und Freiflächen für Märkte, Tagungen und Firmenevents zur Verfügung zu stellen. Dank des Zuschusses der Stadt Löbau und dem bereits bewilligtem Kurzarbeitsgeld rechnen wir mit einem ausgeglichenem Ergebnis zum Jahresende für diesen Geschäftsbereich.

Auf Basis der Unternehmensplanung und der zugrunde gelegten Voraussetzungen erwartet die Unternehmensleitung dennoch eine positive Entwicklung des Jahresergebnisses. Bei Umsatzerlösen von TEUR 6.461 und Instandhaltungs- sowie Modernisierungsaufwendungen von ca. TEUR 1.000 erwartet die Geschäftsführung für 2020 ein Jahresergebnis von TEUR 176.

2. Chancen und Risiken

Das Risikomanagementsystem ist bei der Geschäftsführung angesiedelt und wird im Wesentlichen von der Erfassung und Auswertung spezieller Unternehmenskenngrößen und Indikatoren geprägt. Dieses Kennzahlensystem enthält sowohl betriebs- und finanzwirtschaftliche sowie auch leistungsorientierte Werte. Die Daten werden monatlich aufgezeichnet und von der Geschäftsführung geprüft und kontrolliert. Mit Hilfe dieses Frühwarnsystems ist die Steuerung des Unternehmens jederzeit zeitnah beeinfluss- und lenkbar. Mögliche Risiken werden somit kurzfristig identifiziert und evaluiert. Das Steuerungsinstrument ermöglicht jederzeit aktuelle Reports für das Aufsichtsratsgremium. Eine jeweilige kurze Auswertung wird dem Aufsichtsrat zu jeder Sitzung vorgelegt.

Die Gesellschaft bewegt sich seit Jahren in einem angespannten Wohnungsmarkt und steht deshalb auch vermehrt Herausforderungen gegenüber. Die hohe Leerstandsquote von 21 % (aktiver Leerstand) ist eines der Hauptrisiken, welches es in den kommenden Jahren zu bewältigen gilt. Aufgrund der Überalterung des Portfolios, dessen baulicher Beschaffenheit und der Struktur, erschwert sich zusehends dessen Vermietbarkeit. Auch können sich aufgrund der sich abzeichnenden Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen negative Auswirkungen auf das Zahlungsverhalten der Mieter ergeben und es zu steigenden Mietausfällen kommen.

Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für den Landkreis und die Stadt Löbau lässt keine positive Entwicklung der Nachfragedichte erwarten. Das Unternehmen muss daher seinen Bestand analysieren und gegebenenfalls bereinigen. Nur durch eine Absenkung der Leerstandsquote kann die Gesellschaft auch künftig weiter am Markt agieren. Dazu bedarf es sowohl Investitionen in den zum Teil überalterten und instandhaltungsrückständigen eigenen Bestand wie auch in die Reduzierung bzw. den Rückbau nicht mehr nachfragegerechter Wohnungen.

Als Chance sieht die Gesellschaft den geplanten Bau des Gewerbegebietes sowie die Verwaltung des Messeparks ab 2019 an. Die neuen Aufgaben wurden gut strukturiert in das Unternehmen integriert und lassen auf einen Anstieg der Attraktivität der Stadt Löbau in den kommenden Jahren hoffen. Sowohl die Erschließung des Gewerbegebietes, mit der neue Arbeitsplätze einhergehen, als auch die Belebung der Kultur dank des Messeparks sollen sich künftig positiv auf die Bevölkerungsentwicklung auswirken. Eine Herausforderung in den kommenden Jahren wird die Zwischenfinanzierung des Gewerbegebietes, welche durch die Gesellschaft bestritten werden muss. Die Gesellschaft tritt hier in Vorleistung. Wesentliche Aspekte, wie die Gewährung und der Umfang der Fördermittel sowie die rechtlichen Parameter (Umsetzung Bebauungsplan), befinden sich derzeit in Klärung. Die Stadt Löbau sichert die Finanzierung zusätzlich mit einer Bürgschaft ab. Langfristig gesehen verspricht sich die Gesellschaft von den neuen Aufgaben eine positive Entwicklung für den Wohnungsmarkt als auch in der Ergebniserwirtschaftung insgesamt.

Die Neugewinnung von Kunden kann nicht allein durch das Dienstleistungsangebot des Unternehmens bewältigt werden. Vielmehr muss hier die Nachfrage explizit analysiert und gezielte Investitionen in das Portfolio erfolgen. Das Service-Angebot der Gesellschaft zudem ausgebaut werden, um bestehende Vertragsverhältnisse zu sichern und die Kundenbindung zu stärken.

Aufgrund des bestehenden IT-Systems ist eine Entscheidung bezüglich des Ausbaus der Mietfremdverwaltung getroffen worden, um somit ein weiteres betriebsnahes Geschäftsfeld auszubauen und zu generieren. Aktuell wird unternehmensintern über die Möglichkeiten der Vermarktung dieser Dienstleistung diskutiert.

Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder deren Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten, werden derzeit nicht gesehen.

V. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Die originären Finanzinstrumente auf der Aktivseite der Bilanz umfassen im Wesentlichen kurzfristige Forderungen und flüssige Mittel. Soweit bei den Vermögenswerten Ausfallrisiken erkennbar sind, werden diese durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Durch Streuung der angelegten Finanzmittel auf Geschäftsbanken und Sparkassen werden verschiedene Sicherungssysteme genutzt.

Auf der Passivseite der Bilanz bestehen originäre Finanzinstrumente insbesondere in Form von Bankverbindlichkeiten, die nahezu ausschließlich Objektfinanzierungen treffen. Wesentliche Risiken ergeben sich bezüglich der Bankverbindlichkeiten insbesondere aus Finanzierungsrisiken (Zinsanpassungsrisiken / Liquiditätsrisiken). Aufgrund festverzinslicher Darlehen ist die Gesellschaft jedoch keinem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt. Die Entwicklung der Zinsen wird stetig überwacht und bei anstehenden Zinsanpassungen rechtzeitig eine Verlängerung bzw. ein Neuausschluss angestrebt. Dadurch werden Zinsanpassungsrisiken so gering wie möglich gehalten.

Löbau, den 30. Oktober 2020

Ullrich Wustmann
Geschäftsführer

WOHNUNGSVERWALTUNG UND BAU GMBH LÖBAU, LÖBAU
BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2019

AKTIVA

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	11.373,52	3.313,23
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Wohnbauten	22.397.668,25	21.425.709,95
2. Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	1.999.660,79	2.099.399,91
3. Grundstücke ohne Bauten	480.587,77	330.492,91
4. Bauten auf fremden Grundstücken	406.737,23	419.844,09
5. Technische Anlagen und Maschinen	1,00	1,00
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	118.430,47	41.612,59
7. Anlagen im Bau	0,00	454.317,77
8. Geleistete Anzahlungen	5.084,03	0,00
	25.408.169,54	24.771.378,22
	25.419.543,06	24.774.691,45
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Andere Vorräte		
1. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	3.875.133,80	0,00
2. Unfertige Leistungen	1.838.188,87	1.965.921,82
3. Andere Vorräte	1.050,43	1.050,43
	5.714.373,10	1.966.972,25
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Vermietung	34.466,48	29.026,23
2. Forderungen aus Betreuungstätigkeit	4.509,52	9.745,83
3. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	65.011,76	29.207,59
4. Sonstige Vermögensgegenstände	99.205,70	347.490,66
	203.193,46	415.470,31
III. Flüssige Mittel		
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.507.872,75	5.254.074,15
	10.425.439,31	7.636.516,71
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	13.329,63	285,60
	35.858.312,00	32.411.493,76

PASSIVA

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	1.022.583,76	1.022.583,76
II. Kapitalrücklage	1.913.254,20	1.913.254,20
III. Gewinnrücklagen		
1. Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 Satz 3 DMBiG	15.782.053,58	15.782.053,58
2. Andere Gewinnrücklagen	645,03	645,03
	15.782.698,61	15.782.698,61
IV. Gewinnvortrag (Vj.: Verlustvortrag)	16.087,96	-247.472,67
V. Jahresüberschuss	67.454,95	263.560,63
	18.802.079,48	18.734.624,53
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZULAGEN ZUM ANLAGEVERMÖGEN	8.657,37	8.955,93
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen	321.535,56	304.320,56
2. Sonstige Rückstellungen	182.617,60	155.648,49
	504.153,16	459.969,05
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.759.430,13	10.802.193,14
2. Erhaltene Anzahlungen	1.926.037,94	1.924.604,83
3. Verbindlichkeiten aus Vermietung	0,00	23.718,57
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	725.258,37	346.726,30
5. Sonstige Verbindlichkeiten	38.647,30	24.354,02
- davon aus Steuern: EUR 35.005,14 (Vorjahr: EUR 23.533,99)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 243,81 (Vorjahr: EUR 235,09)		
	16.449.373,74	13.121.596,86
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	94.048,25	86.347,39
	35.858.312,00	32.411.493,76

WOHNUNGSVERWALTUNG UND BAU GMBH LÖBAU, LÖBAU
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

	2019 EUR	2018 EUR
1. Umsatzerlöse		
a) aus der Hausbewirtschaftung	5.690.493,62	5.791.828,88
b) aus Betreuungstätigkeit	65.937,91	67.038,40
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	283.696,87	70.523,15
	6.040.128,40	5.929.390,43
2. Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	3.747.400,85	-72.174,03
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	59.521,10	55.808,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	552.875,83	580.668,68
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	-3.248.507,81	-3.393.517,43
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	-3.831.159,75	0,00
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	-80.163,37	0,00
	-7.159.830,93	-3.393.517,43
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-712.630,30	-500.820,24
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-154.369,55	-117.743,30
- davon für Altersversorgung: EUR 2.526,73 (Vorjahr: EUR 21.819,16)		
	-866.999,85	-618.563,54
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-812.646,16	-808.354,64
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-827.262,62	-729.844,25
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	100,25	23,56
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-518.947,92	-516.644,28
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: EUR 29.831,00 (Vorjahr: EUR 28.278,00)		
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	18,94	0,00
12. Ergebnis nach Steuern	214.357,89	426.792,50
13. Sonstige Steuern	-146.902,94	-163.231,87
14. Jahresüberschuss	67.454,95	263.560,63

WOHNUNGSVERWALTUNG UND BAU GMBH LÖBAU, LÖBAU

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

I. GRUNDSÄTZLICHES ZUM JAHRESABSCHLUSS

Die Wohnungsverwaltung und Bau GmbH Löbau mit Sitz in Löbau ist im Handelsregister des Amtsgerichts Dresden unter der Nummer HRB 6896 eingetragen.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB. Die Jahresabschlusserstellung erfolgt jedoch aufgrund der Bestimmungen in § 16 des Gesellschaftsvertrages nach den Vorschriften einer großen Kapitalgesellschaft. Der Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie den relevanten Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird gem. § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Des Weiteren erfolgte die Gliederung des Jahresabschlusses nach dem Formblatt für Wohnungsunternehmen vom 22. September 1970, zuletzt geändert am 17. Juli 2015.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Allgemeine Angaben

Im Jahresabschluss wurden sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Aufwendungen und Erträge dargestellt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Bei der Bilanzierung und Bewertung wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen. Die Bewertung wurde unverändert nach den allgemeinen Bestimmungen (§§ 252 bis 256 HGB) vorgenommen. Dabei fanden die Grundsätze der Einzelbewertung und der Vorsicht Beachtung.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung des **Anlagevermögens** erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer nach der linearen Methode pro rata temporis abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden in 2019 nicht vorgenommen.

Ab dem Geschäftsjahr 2018 werden GWG's bis EUR 800,00 (bis 2017: EUR 410,00) im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens werden im Übrigen zeitanteilig vorgenommen.

Die **zum Verkauf bestimmten Grundstücke** beinhalten die Grundstücksankäufe für die geplante Erschließung des Gewerbegebietes. Die Bilanzierung erfolgte zu Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Bei der Ermittlung der **Unfertigen Leistungen** aus noch nicht abgerechneten Betriebskosten sind Abschläge, insbesondere aufgrund von Leerstand, berücksichtigt.

Die Bewertung der **Anderen Vorräten** erfolgt nach der FiFo-Methode (First in – First out).

Die Bewertung der **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** erfolgt zum Nennwert. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Das allgemeine Bonitätsrisiko ist durch pauschale Abschläge berücksichtigt. Die Pauschalwertberichtigung wurde in Höhe von 1,0 % vorgenommen.

Die **Flüssigen Mittel** sind zum Nominalwert angesetzt.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** wurde zu Anschaffungskosten bewertet.

Das **Eigenkapital** wurde zum Nennwert angesetzt.

Gemäß den Abschreibungen der geförderten Investitionsobjekte erfolgt eine ertragswirksame Auflösung des **Sonderpostens**.

Die **Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen** werden in handelsrechtlich zulässiger Höhe

ausgewiesen. Die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem modifizierten Teilwertverfahren ermittelten Rückstellungsbeträge wurden unter Verwendung der "Heubeck-Richttafeln 2018 G" ermittelt. Damit erfolgte ein Übergang der bis dahin verwendeten "Heubeck-Richttafeln 2005 G". Für die Abzinsung wurde pauschal der durchschnittliche Marktzinssatz aus den vergangenen 10 Geschäftsjahren bei einer restlichen Laufzeit von 15 Jahren von 2,71 % (Vj.: 3,21 %) verwendet. Analog dem Vorjahr wurden jährliche Gehaltssteigerungen mit 0 %, erwartete Rentensteigerungen mit 1 % sowie eine Fluktuation mit einer Rate von 0 % berücksichtigt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt EUR 5.802.

Die **Steuerrückstellungen** und die **Sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt.

Die **Verbindlichkeiten** und **Erhaltenen Anzahlungen** wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die als **Rechnungsabgrenzungsposten** passivierten Beträge für vorausgezahlte Belegungsrechte und Mieten wurden mit dem Nennwert bewertet. Die Belegungsrechte werden zu Gunsten der Umsatzerlöse, gemäß der Vertragslaufzeit, linear aufgelöst.

Für die Ermittlung **latenter Steuern** aufgrund von temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Die Aktivierung aktiver latenter Steuern unterbleibt in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

Von bestehenden Ansatzwahlrechten wird nur Gebrauch gemacht, soweit aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften eine Aktivierungs- bzw. Passivierungspflicht besteht.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt.

Unfertige Leistungen

Im Posten Unfertige Leistungen sind TEUR 1.838 (Vj. TEUR 1.966) noch nicht abgerechnete Betriebskosten enthalten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

In den Sonstigen Vermögensgegenständen sind auch die Forderungen gegen die Stadt Löbau in Bezug auf auszuzahlende Fördermittel in Höhe von TEUR 86 (Vj.: TEUR 278) enthalten.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Kosten für Betriebskostenabrechnungen (TEUR 41), Jahresabschlusserstellung (TEUR 37), für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (TEUR 31) sowie Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern (TEUR 35).

Verbindlichkeiten

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

	Gesamtbetrag 31.12.2019 EUR	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu einem Jahr EUR	über einem Jahr EUR	von mehr als fünf Jahren EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.759.430,13	1.045.387,79	12.714.042,34	9.473.294,69
<i>Vorjahreswerte</i>	<i>10.802.193,14</i>	<i>841.655,62</i>	<i>9.960.537,52</i>	<i>6.718.720,50</i>
Erhaltene Anzahlungen	1.926.037,94	1.926.037,94	0,00	0,00
<i>Vorjahreswerte</i>	<i>1.924.604,83</i>	<i>1.924.604,83</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
Verbindlichkeiten aus Vermietung	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Vorjahreswerte</i>	<i>23.718,57</i>	<i>23.718,57</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	725.258,37	725.258,37	0,00	0,00
<i>Vorjahreswerte</i>	<i>346.726,30</i>	<i>346.726,30</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
Sonstige Verbindlichkeiten	38.647,30	38.647,30	0,00	0,00
<i>Vorjahreswerte</i>	<i>24.354,02</i>	<i>24.354,02</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
	<u>16.449.373,74</u>	<u>3.735.331,40</u>	<u>12.714.042,34</u>	<u>9.473.294,69</u>
<i>Vorjahreswerte</i>	<u><i>13.121.596,86</i></u>	<u><i>3.161.059,34</i></u>	<u><i>9.960.537,52</i></u>	<u><i>6.718.720,50</i></u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in Höhe von TEUR 3.793 durch eine Ausfallbürgschaft der Stadt Löbau sowie in Höhe von TEUR 9.961 durch Grundschulden besichert.

Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge

Die Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt:

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR
Umsatzerlöse aus		
der Hausbewirtschaftung	5.690	5.792
Betreuungstätigkeit	66	67
anderen Lieferungen und Leistungen	284	70
	<u>6.040</u>	<u>5.929</u>

Bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Erlöse aus Fördermitteln für den Rückbau im Rahmen des Programmes „Stadtumbau Ost“ (TEUR 408), Erträge aus in Vorjahren abgeschriebenen Mietforderungen (TEUR 65), Erlöse aus Versicherungserstattungen (TEUR 34), Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen (TEUR 6) sowie Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen (TEUR 5).

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Im Geschäftsjahr wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die neutralen Aufwendungen im abgelaufenem Geschäftsjahr 2019 betreffen Buchverluste aus Anlagenabgängen (TEUR 81), Forderungsverluste (TEUR 5), periodenfremder Aufwand für eine Rechnung in Bezug auf die Steuererklärung aus dem Dezember 2018 (TEUR 5) und Spenden (TEUR 2).

Finanzergebnis

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind TEUR 30 (Vj.: TEUR 28) Zinsen aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen enthalten.

IV. SONSTIGE ANGABEN

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung obliegt Herrn Ullrich Wustmann, Diplom-Ingenieur (FH), Löbau/Deutschland.

Auf die Angabe der Geschäftsführergehälter wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrates:

Dietmar Buchholz	Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Löbau Vorsitzender des Aufsichtsrates
Heinz Pingel	Rentner stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates (bis 3. Juli 2019)
Andreas Röntsch	Ingenieur stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates (ab 24. September 2019)
Reinhart Keßner	Unternehmer (bis 3. Juli 2019)
Dr. Gottfried Sterzel	Rentner (bis 3. Juli 2019)
Tilo Mengel	Angestellter
Heiner Putzmann	Rentner (ab 4. Juli 2019)
David Schneider	Angestellter (ab 4. Juli 2019)
Heiko Neumann	Unternehmer (ab 4. Juli 2019)

An den Aufsichtsrat wurde im Geschäftsjahr 2018 eine Aufwandsentschädigung in Höhe von EUR 1.125,00 gezahlt.

Haftungsverhältnisse

Aus dem zum 31. Dezember 2016 abgewickelten Zwischenmietverhältnis des Multifunktionalen Zentrums besteht unverändert dem Vorjahr eine Bürgschaft in Höhe von TEUR 94, als Sicherheit gegenüber dem Eigentümer.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für das Jahr 2019 und Folgejahre bestehen finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen.

Die Leasingverpflichtungen resultieren im Wesentlichen aus der Bereitstellung von Computerhardware (TEUR 23) sowie Fahrzeugleasing (TEUR 9).

Aus teilweise realisierten Bauverträgen bestehen zum Bilanzstichtag finanzielle Verpflichtungen in Höhe von TEUR 410.

Treuhandvermögen

Das durch die Gesellschaft verwaltete Treuhandvermögen in Höhe von EUR 834.479,64 betrifft die Treuhandkonten für die Mietkautionen (EUR 646.753,64) sowie Konten im Rahmen der Hausverwaltungsverträge (EUR 187.726,00).

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Es wurden keine Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr beschäftigte die Gesellschaft analog dem Vorjahr durchschnittlich 14 Angestellte, 3 gewerbliche Arbeitnehmer, 9 geringfügig Beschäftigte und 1 Geschäftsführer. Die wesentliche Erhöhung zum Vorjahr resultiert aus der Übernahme der Verwaltung des Messe- und Veranstaltungspark Löbau.

Prüfungs- und Beratungsgebühren

Das für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt für Abschlussprüfungsleistungen TEUR 10 und für Steuerberatungsleistungen TEUR 4.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2019 in Höhe von EUR 67.454,95 auf neue Rechnung vorzutragen.

Ausschüttungssperre

In Höhe der folgenden Beträge ergibt sich gemäß § 268 Abs. 8 HGB eine Gewinnausschüttungssperre:

aus der Passivierung von

Pensionsrückstellungen § 253 Abs. 2 i. V. m. Abs. 6 HGB TEUR 34

V. NACHTRAGSBERICHT

Nach dem 31. Dezember 2019 hats sich folgende wesentliche Änderungen für die Gesellschaft ergeben.

Aufgrund der sich seit Februar 2020 in Deutschland ausbreitenden COVID-19-Pandemie kommt es zu deutlichen Einschnitten sowohl im sozialen als auch im Wirtschaftsleben. Von einer Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Lage ist auszugehen. Da unsere Mieter von Kurzarbeit und weiteren wirtschaftlichen Einschnitten betroffen sind, erwarten wir bei Fortdauer dieser Situation einen Anstieg der Mietausfälle mit einer entsprechenden Wirkung auf das Jahresergebnis.

Problematisch gestaltet sich die Situation zudem im Messe- und Veranstaltungspark, der aufgrund des Erlasses der Bundesregierung zum Verbot über Großveranstaltungen bis auf Weiteres keine Einnahmen verzeichnen wird. Die Geschäftsführung reagierte direkt im März auf dem drohenden Arbeitsausfall mit der Anmeldung von Kurzarbeit für die Mitarbeiter.

Auf die Ausführungen im Lagebericht wird verwiesen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, haben sich nicht ergeben.

Löbau, den 30. Oktober 2020

Ullrich Wustmann
Geschäftsführer

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS IM GESCHÄFTSJAHR 2019

	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN				KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN				NETTOBUCHWERTE		
	1. Jan. 2019 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	31. Dez. 2019 EUR	1. Jan. 2019 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31. Dez. 2019 EUR	31. Dez. 2019 EUR	31. Dez. 2018 EUR
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE											
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	33.105,17	10.235,40	0,00	0,00	43.340,57	29.791,94	2.175,11	0,00	31.967,05	11.373,52	3.313,23
SACHANLAGEN											
Grundstücke mit Wohnbauten	43.156.406,21	1.066.480,56	796.717,75	2.947.800,39	42.071.804,13	21.730.696,26	673.504,63	2.730.065,01	19.674.135,88	22.397.668,25	21.425.709,95
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	3.674.664,67	0,00	0,00	0,00	3.674.664,67	1.575.264,76	99.739,12	0,00	1.675.003,88	1.999.660,79	2.099.399,91
Grundstücke ohne Bauten	413.981,64	0,00	150.094,86	0,00	564.076,50	83.488,73	0,00	0,00	83.488,73	480.587,77	330.492,91
Bauten auf fremden Grundstücken	730.296,25	3.703,66	0,00	0,00	733.999,91	310.452,16	16.810,52	0,00	327.262,68	406.737,23	419.844,09
Technische Anlagen und Maschinen	14.961,87	0,00	0,00	0,00	14.961,87	14.960,87	0,00	0,00	14.960,87	1,00	1,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	160.625,46	97.234,66	0,00	0,00	257.860,12	119.012,87	20.416,78	0,00	139.429,65	118.430,47	41.612,59
Anlagen im Bau	454.317,77	1.615.903,66	-946.812,61	1.123.408,82	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	454.317,77
Geleistete Anzahlungen	0,00	5.084,03	0,00	0,00	5.084,03	0,00	0,00	0,00	0,00	5.084,03	0,00
	<u>48.605.253,87</u>	<u>2.788.406,57</u>	<u>0,00</u>	<u>4.071.209,21</u>	<u>47.322.451,23</u>	<u>23.833.875,65</u>	<u>810.471,05</u>	<u>2.730.065,01</u>	<u>21.914.281,69</u>	<u>25.408.169,54</u>	<u>24.771.378,22</u>
	<u>48.638.359,04</u>	<u>2.798.641,97</u>	<u>0,00</u>	<u>4.071.209,21</u>	<u>47.365.791,80</u>	<u>23.863.667,59</u>	<u>812.646,16</u>	<u>2.730.065,01</u>	<u>21.946.248,74</u>	<u>25.419.543,06</u>	<u>24.774.691,45</u>

Anlage 5

Jahresabschluss 2019 der Landesgartenschau Löbau gemeinnützige GmbH (Auszüge)

Quelle: Jahresabschluss zum 31.05.2019
und Lagebericht
Landesgartenschau Löbau gemeinnützige GmbH

Bilanz zum 31. Mai 2019
der Landesgartenschau Löbau gemeinnützige GmbH i. L., Löbau

AKTIVA					PASSIVA
	31.05.2019	31.12.2018			31.05.2019
	EUR	EUR			EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENKAPITAL		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche			II. Kapitalrücklage	890.250,00	815.250,00
Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			III. Verlustvortrag	-518.692,46	-201.178,04
sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<u>3.859,00</u>	<u>2,00</u>	IV. Jahresfehlbetrag	<u>-104.449,39</u>	<u>-317.514,42</u>
II. Sachanlagen				292.108,15	321.557,54
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten			B. RÜCKSTELLUNGEN		
einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.024.660,75	992.972,25	1. Steuerrückstellungen	589.148,26	570.936,70
2. Technische Anlagen und Maschinen	6.683,00	7.534,00	2. Sonstige Rückstellungen	<u>112.049,95</u>	<u>88.048,95</u>
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>34.846,00</u>	<u>44.208,00</u>		701.198,21	658.985,65
	<u>1.066.189,75</u>	<u>1.044.714,25</u>	C. VERBINDLICHKEITEN		
	1.070.048,75	1.044.716,25	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.343,31	14.715,53
B. UMLAUFVERMÖGEN			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			EUR 3.374,46 (Vorjahr: EUR 3.326,57)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15.668,51	39.321,79	- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:		
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>6.256,80</u>	<u>3.279,35</u>	EUR 9.968,85 (Vorjahr: EUR 11.388,96)		
	<u>21.925,31</u>	<u>42.601,14</u>	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	48.033,43
II. Kassenbestand und Guthaben bei und Schecks	<u>112.381,34</u>	<u>79.739,55</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
	134.306,65	122.340,69	EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 48.033,43)		
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	18.892,64	28.212,43	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	38.361,63	29.793,01
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
			EUR 38.361,63 (Vorjahr: EUR 29.793,01)		
			4. Sonstige Verbindlichkeiten	172.435,71	112.239,58
			- davon aus Steuern:		
			EUR 172.435,71 (Vorjahr: EUR 112.239,58)		
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
			EUR 172.435,71 (Vorjahr: EUR 112.239,58)		
				<u>224.140,65</u>	<u>204.781,55</u>
			D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	5.801,03	9.944,63
				<u>1.223.248,04</u>	<u>1.195.269,37</u>
	<u>1.223.248,04</u>	<u>1.195.269,37</u>			

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 2019
der Landesgartenschau Löbau gemeinnützige GmbH i. L., Löbau

	01.01.-31.05.2019	01.01.-31.12.2018
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	245.331,55	391.014,47
2. Sonstige betriebliche Erträge	4.076,20	16.086,19
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	126.341,04	283.851,53
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	75.966,48	192.240,67
b) Soziale Abgaben	18.438,68	43.751,32
	<u>94.405,16</u>	<u>235.991,99</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	27.716,90	119.746,97
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	66.206,23	122.697,74
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,92	2,50
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.953,78	65.558,59
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>0,00</u>	<u>0,65</u>
10. Ergebnis nach Steuern	-82.214,44	-420.744,31
11. Sonstige Steuern	<u>22.234,95</u>	<u>-103.229,89</u>
12. Jahresfehlbetrag	<u><u>-104.449,39</u></u>	<u><u>-317.514,42</u></u>

ANHANG

für das Rumpfgeschäftsjahr vom

1. Januar 2019 bis 31. Mai 2019

Landesgartenschau Löbau gGmbH i. L.
Bewirtschaftung ehem. Landesgartenschau Gelände
Görlitzer Straße 2

02708 Löbau

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem **Gesamtkostenverfahren** gegliedert.

Die Gesellschaft ist eine **kleine Kapitalgesellschaft** gemäß § 267 Abs. 1 HGB.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 15. Mai 2019 befindet sich die Gesellschaft mit Ablauf des 31. Mai 2019 in Liquidation. Zum Liquidator wurde Herr Holm Belger bestellt. Anpassungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgrund der Liquidation ergaben sich nicht.

Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht

Firmenname laut Registergericht:	Landesgartenschau Löbau gemeinnützige GmbH
Firmensitz laut Registergericht:	Löbau
Registereintrag:	Handelsregister
Registergericht:	Dresden
Register-Nr.:	27906

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis EUR 800,00 werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Der bis 2016 gebildete Sammelposten wurde im Geschäftsjahr planmäßig mit 20 % abgeschrieben.

Forderungen wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet.

Sonstige Vermögensgegenstände und Flüssige Mittel sind jeweils zum Nennwert angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Beim Jahresabschluss konnten die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Wesentlichen übernommen werden. Anpassungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgrund der Liquidation ergaben sich nicht.

Ein grundlegender Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

Angaben zur Bilanz

Anlagespiegel für die einzelnen Posten des Anlagevermögens

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens sind aus dem beigefügten Anlagespiegel zu entnehmen.

Angabe zu Forderungen mit einer Restlaufzeit größer einem Jahr

Sämtliche Forderungen sind innerhalb eines Jahres fällig.

Einstellung in die Kapitalrücklage

Im Geschäftsjahr erfolgte eine Einlage des Gesellschafters in Höhe von EUR 75.000,00.

Zusammensetzung sonstige Rückstellungen

Die Rückstellungen betreffen die Rückstellung für Abschluss- und Prüfungskosten in Höhe von EUR 28.000,00, eine Archivierungsrückstellung in Höhe von EUR 2.305,95 und eine Rückstellung für Zinsen zur Umsatzsteuer für die Jahre 2012 bis 2017 in Höhe von EUR 81.744,00.

Betrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit unter 5 Jahren und der Sicherungsrechte

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren bestehen nicht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in voller Höhe durch Sicherungsübereignung des finanzierten Wirtschaftsgutes besichert. Der Gesamtbetrag, der durch pfandrechtliche oder ähnliche Rechte gesichert ist, beträgt TEUR 13.

Angabe zu Restlaufzeitvermerken

Sofern nicht anders angegeben, haben sämtliche Verbindlichkeiten eine Laufzeit von bis zu einem Jahr.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind EUR 9.968,85 (Vorjahr: EUR 11.388,96) innerhalb von einem bis fünf Jahren fällig.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Aufgliederung der Umsatzerlöse

Sämtliche Umsatzerlöse wurden ausschließlich in Deutschland erzielt und resultieren aus der Bewirtschaftung des ehemaligen Geländes der Landesgartenschau 2012.

Die Zinsaufwendungen werden maßgeblich durch die Bildung einer Rückstellung für Zinsen zur Umsatzsteuer für die Jahre 2012 bis 2017 in Höhe von EUR 81.744,00 beeinflusst.

Die Sonstigen Steuern beinhalten Aufwendungen aus Vorsteuerkorrekturen in Höhe von EUR 22.062,05.

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Abschlussstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in geschäftsüblichem Umfang.

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

Die nachfolgenden Arbeitnehmergruppen waren während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigt:

<u>Arbeitnehmergruppen</u>	<u>Zahl</u>
Arbeiter	5,00
Angestellte	5,00
leitende Angestellte	<u>1,00</u>
Die Gesamtzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer beträgt damit	<u>11,00</u>
vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter	3,00
teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter	2,00
Aushilfen	6,00

Namen der Geschäftsführer

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden die Geschäfte des Unternehmens durch Herrn Joachim Birnbaum als Geschäftsführer geführt. Der Geschäftsführervertrag mit Herrn Birnbaum endete am 31. März 2019. Zwischen dem 1. April 2019 und dem 31. Mai 2019 wurde Frau Sarah Weiß zur Geschäftsführerin berufen. Zum Liquidator wurde Herr Holm Belger ab dem 1. Juni 2019 bestellt.

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Namen der Mitglieder der Unternehmensorgane

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurde der Aufsichtsrat von folgenden Personen besetzt:

Dietmar Buchholz, Oberbürgermeister von Löbau	Vorsitzender
Heinz Pingel, Stadtrat	Stellvertreter
Heiko Neumann, Stadtrat	
Conny Müller-Schmitz, Stadträtin	
Mercedes Krumpolt, Stadträtin	
Jan Hübner, Stadtrat	

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit in 2019 keine Vergütung.

Vorschlag bzw. Beschluss zur Ergebnisverwendung

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 104.449,39 ab. Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag in voller Höhe auf neue Rechnung vorzutragen.

Nachtragsbericht

Mit Beschluss vom 15. Mai 2019 befindet sich die Gesellschaft mit Ablauf des 31. Mai 2019 in Liquidation.

Zum Liquidator wurde Herr Holm Belger bestellt.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind und Auswirkungen auf den Jahresabschluss haben, haben sich nicht ereignet.

Unterschrift der Geschäftsführung

Löbau, 30. November 2020

Holm Belger
Liquidator

**Anlagenspiegel für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis 31. Mai 2019
der Landesgartenschau Löbau gemeinnützige GmbH i. L., Löbau**

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Abschreibungen			Buchwert 31.05.2019	Buchwert 31.12.2018
	Anfangsstand	Zugänge	Endstand	Anfangsstand	Abschreibungen im Geschäftsjahr	Endstand		
	01.01.2019		31.05.2019	01.01.2019		31.05.2019		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
A. Anlagevermögen								
I. Immaterielle Vermögensgegenstände								
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	892,23	4.340,00	5.232,23	890,23	483,00	1.373,23	3.859,00	2,00
	892,23	4.340,00	5.232,23	890,23	483,00	1.373,23	3.859,00	2,00
II. Sachanlagen								
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.171.851,28	48.009,40	1.219.860,68	178.879,03	16.320,90	195.199,93	1.024.660,75	992.972,25
2. Technische Anlagen und Maschinen	15.700,20	0,00	15.700,20	8.166,20	851,00	9.017,20	6.683,00	7.534,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	197.022,94	700,00	197.722,94	152.814,94	10.062,00	162.876,94	34.846,00	44.208,00
	1.384.574,42	48.709,40	1.433.283,82	339.860,17	27.233,90	367.094,07	1.066.189,75	1.044.714,25
	1.385.466,65	53.049,40	1.438.516,05	340.750,40	27.716,90	368.467,30	1.070.048,75	1.044.716,25

Anlage 6

Lagebericht für 2019 der ENSO Energie Sachsen Ost AG

Quelle: Geschäftsbericht 2019 ENSO Energie Sachsen Ost AG

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2019

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die ENSO Energie Sachsen Ost AG (kurz: ENSO) ist der kommunale Energiedienstleister in Ostsachsen. Vorrangig beliefert sie Endkunden und Weiterverteiler mit Strom, Gas und Fernwärme. Darüber hinaus bietet ENSO Internet und Telefonie an. Ergänzt wird das Kerngeschäft durch umfassende technische und kaufmännische Dienstleistungen für Ver- und Entsorgungsbetriebe.

Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität besitzen höchste Priorität. Dazu beschafft ENSO Strom und Gas langfristig am Großhandelsmarkt, um jederzeit die Versorgung sicherzustellen.

ENSO bedient sich ihrer Tochtergesellschaft ENSO NETZ GmbH (kurz: ENSO NETZ) als Netzbetreiber, die insbesondere für Betrieb, Instandhaltung, Planung und Optimierung der Netze zuständig ist.

Strategie und organisatorische Einbindung

Um ihre Ziele umzusetzen, konzentriert sich ENSO auf das Kerngeschäft „Versorgung mit Strom, Gas und Wärme“. Das Produktangebot in ihrem Kerngeschäft erweitert ENSO für ihre Kunden durch Serviceleistungen bei energienahen Dienstleistungen.

Basierend auf der vorhandenen technisch-wirtschaftlichen Grundlage sowie mit ausgebildetem Fachpersonal nutzt ENSO die Entwicklungschancen in der Region. ENSO bekennt sich zur Energiewende und investiert kontinuierlich in das Geschäftsfeld der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen.

Darüber hinaus baut ENSO NETZ die Breitbandinfrastruktur für ENSO im Netzgebiet stufenweise aus. Für die kommenden Jahre ist unter der Prämisse der Wirtschaftlichkeit die Erschließung weiterer Gebiete vorgesehen. Dafür beteiligt sich ENSO unter dem Vorbehalt einer Förderung durch Bund und Land an

Ausschreibungsverfahren und bietet als zielgerichtete Fortführung der Infrastrukturmaßnahmen ein Produktportfolio von Telekommunikationsdienstleistungen für Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden an.

ENSO hat das Ziel, als kommunal geführtes Unternehmen der führende Energiedienstleister in Ostsachsen zu bleiben. Mit der EnergieVerbund Dresden GmbH (kurz: EVD), Dresden (71,9% des Aktienkapitals), und der KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost (kurz: KBO), Neustadt/Sachsen (25,5% des Aktienkapitals), sind zwei starke regionale Partner an der ENSO beteiligt. Die traditionell partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Stadtwerken und Kommunen wird von der ENSO als Grundpfeiler des Engagements betrachtet und innerhalb der EVD weiter ausgebaut.

Die EVD basiert auf den drei Säulen ENSO, dem Schwesterunternehmen DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH (kurz: DREWAG) sowie den ostsächsischen Stadtwerkebeteiligungen. Strategie innerhalb der EVD-Unternehmensgruppe ist es, als Partnerschaftsmodell ein Netzwerk zu fördern, in dem die Beteiligten durch Kooperation, Informations- und Wissensaustausch Synergien, aber auch Mehrwerte generieren können. Neben der zunehmend personellen Verflechtung auf Managementebene wird ebenfalls die operative Zusammenarbeit innerhalb der EVD intensiviert.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden die Organisationsstrukturen von ENSO, DREWAG und den Netzgesellschaften weiter harmonisiert sowie im Hinblick auf die zukünftigen Herausforderungen in der Energieversorgung optimiert. Schwerpunkte bildeten hierbei insbesondere die Vereinheitlichung und zukünftige Weiterentwicklung des IT-Bereiches sowie die Neuaufstellung eines Strategiebereiches.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit im Energieverbund wurde zudem durch die Beschlüsse des Aufsichtsrates u. a. für die Bündelung des Telekommunikationsgeschäftes sowie die Einführung der paritätischen Mitbestimmung weiter gestärkt.

Die Entwicklungen der bisherigen Zusammenführung der Unternehmen ENSO und DREWAG bestätigen den eingeschlagenen Weg. Die gemeinsame strategische Ausrichtung mit den verbundenen Zielen, neue Geschäftsfelder zu etablieren sowie die Effizienz weiter zu steigern, steht im Fokus vor dem Hintergrund des sich intensivierenden Wettbewerbs.

Rahmenbedingungen

Energiepolitisches Umfeld

Das abgelaufene Jahr stand ganz im Zeichen von Maßnahmen, die Energie- und Klimapolitik miteinander verbinden. Dabei richtet sich der Blick zunehmend auf das langfristige Zieljahr 2050 und die bis dahin erforderlichen Zwischenschritte.

Im Januar 2019 legte die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung („Kohlekommission“) ihre im breiten Konsens erstellte Empfehlung für ein **Ende der Kohleverstromung bis zum Jahr 2038** in Verbindung mit einem verstärkten Ausbau Erneuerbarer Energie und Strukturbruchhilfen für die betroffenen Regionen vor. Nach der Sommerpause beschloss die Bundesregierung das Klimapakete. Im weiteren Jahresverlauf folgten bereits **erste Gesetzesinitiativen zur Umsetzung von Kohleausstieg und Klimapakete**.

Auf europäischer Ebene bekannte sich am 11. Dezember 2019 die neu gewählte EU-Kommission mit „The European Green Deal“ zu einer klimaneutralen EU 2050 in Verbindung mit einem umfassenden Maßnahmenpaket, welches im Wesentlichen im Verlauf der Jahre 2020/21 in beschlussfähige Richtlinien münden soll. Beispielhafte Handlungspunkte aus dem Green Deal sind die Prüfung einer Ausweitung des EU-CO₂-Handels auf weitere Sektoren, finanzielle Unterstützung für Kohleausstiegsregionen, das Ziel einer abfallarmen Wirtschaft und nachhaltigen Mobilität. Die EU-Kommission schätzt, dass zur Erreichung der Ziele bis 2030 jährlich zusätzliche Investitionen in Höhe von 260 Mrd. EUR erforderlich sein werden.

Mit Bildung der neuen Sächsischen Staatsregierung am 20. Dezember 2019 werden sich die auf Landesebene zu regelnden Sachverhalte der Energiepolitik an dem ausgehandelten Koalitionsvertrag der drei Regierungspartner orientieren. Für den Bereich der Energiepolitik ist erklärte Absicht, den **Klimaschutz als Staatsziel in die sächsische Verfassung** aufzunehmen, das sächsische Klima- und Energieprogramm zeitnah zu überarbeiten, dabei einen deutlichen Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung vorzusehen sowie eine sächsische Wasserstoffstrategie zu erarbeiten. Im Segment Wasser soll im Jahr 2020 eine Fortschreibung der „Wasserversorgungskonzeption 2030“ erfolgen.

Ausgehend von den politischen Zielen und Vorgaben aller politischen Ebenen zeigen sich folgende Konkretisierungen:

Ein zentraler Punkt der Energiewende ist der bis zum Jahr 2038 umzusetzende Kohleausstieg. Er soll im Kern durch zwei Gesetze geregelt werden, deren Gesetzgebungsverfahren im Jahr 2019 nicht mehr abgeschlossen werden konnten: Das Kohleausstiegsgesetz und das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen. Mit ihnen werden sowohl das Ende der Kohleverstromung verbindlich festgelegt als auch die Strukturhilfen für betroffene Regionen. In Sachsen sind dies die Lausitz und das mitteldeutsche Revier. Die Strukturhilfen dienen der Bewältigung des Strukturwandels und der Sicherung der Beschäftigung. Ein Schwerpunkt ist dabei der Ausbau der Infrastruktur.

Einzelne Punkte des Klimapakets wurden im Verlauf erster Gesetzesbeschlüsse und Vereinbarungen im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat bereits einer Anpassung unterzogen, z. B. die Höhe der CO₂-Bepreisung außerhalb des EU-Emissionshandels. Eckpunkte des Klimapakets sind:

- Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2050
- Bepreisung von CO₂, soweit es nicht bereits dem EU-Emissionshandel unterliegt
- verbesserte Förderung für energetische Gebäudesanierung
- Austauschprämie für Ölheizungen und Einbauverbot ab 2026

- E-Mobilität: Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur auf 1 Mio. Ladepunkte und Zulassung von 7 bis 10 Mio. Elektrofahrzeugen bis 2030
- Beendigung der Kohleverstromung bis 2038
- Ausbau der Erneuerbaren Energie im Stromsektor auf 65 % des Stromverbrauchs bis 2030; Entfall des 52 GW-Ausbaudeckels für Fotovoltaik
- Abbau von Hemmnissen für Sektorkopplung und Speichereinsatz
- Verlängerung der Förderungen nach KWK-Gesetz von 2025 auf 2030
- Erarbeitung einer nationalen Wasserstoffstrategie durch die Bundesregierung

Nachfolgend zu den Eckpunkten (Klimapakete) hat die Bundesregierung am 9. Oktober 2019 den ausführlichen Arbeitsplan zum „Klimaschutzprogramm 2030“ beschlossen und im Dezember 2019 mit der „**Energieeffizienzstrategie 2050**“ ergänzt. Zur Umsetzung des Klimapakets wurden das **Bundesklimaschutzgesetz (KSG)** und das **Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG)** neu geschaffen sowie weitere erste Umsetzungen auf Gesetzes- und Verordnungsebene initiiert. Im KSG werden die Klimaschutzziele und die **Klimaneutralität 2050** gesetzlich verankert und als Zwischenschritt bis 2030 die Verminderung der Treibhausgasemissionen um 55 % gegenüber dem Jahr 1990 festgeschrieben. Das Gesetz regelt verbindlich, wie viel CO₂ jeder Sektor in jedem Jahr ausstoßen darf und gibt damit jährliche Minderungspflichten für die Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfall bis zum Jahr 2030 vor. Ein Überprüfungs- und Nachsteuerungsmechanismus verpflichtet bei Zielverfehlung zur Auflage eines Sofortprogramms mit Maßnahmen, die den jeweiligen Sektor wieder auf den Zielpfad bringen.

Das BEHG legt die Grundlage für den nationalen Emissionshandel. Es werden ab 2021 auch die Emissionen bepreist, die nicht dem EU-Emissionshandel unterliegen. Verpflichtete für den Erwerb der Zertifikate sind die Inverkehrbringer der Brennstoffe. Entsprechend der Einigung im Vermittlungsausschuss soll das Gesetz im Jahr 2020 angepasst werden.

In der das Klimapakete ergänzenden „Energieeffizienzstrategie 2050“ benennt die Bundesregierung das Ziel, den Primärenergieverbrauch (jeweils gegenüber dem Vergleichsjahr 2008) bis 2030 um 30 % und bis 2050 um 50 % zu senken. Als oberstes Prinzip gilt dabei „**Efficiency first!**“. Das bedeutet, Primat hat die Senkung des Energiebedarfs vor dem direkten Einsatz erneuerbarer Energie und vor der Nutzung von erneuerbarem Strom über Sektorkopplung.

Ein weiterer Baustein der Energiewende ist das am 17. Mai 2019 in Kraft getretene **Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsbaus**. Es trifft Regelungen zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Stromtrassen in Höchst- und Hochspannung, Vorgaben zu Entschädigungsfragen und eine ab Oktober 2021 greifende Neuregelung zum Engpassmanagement/Redispatch. Hierbei wird der Umfang, in dem Netzbetreiber zum Zweck der Stromnetzstabilisierung auf Erzeugungsanlagen zugreifen können, erheblich erweitert. Dabei ist aktuell die Kostenanerkennung für die Netzbetreiber nicht geregelt.

Als große Herausforderung für die Ertragskraft und Investitionsfähigkeit der Netze der Medien Erdgas und Strom erweist sich die aktuelle Ausgestaltung der Netzregulierung, insbesondere in Hinsicht auf die momentan zulässige und künftig erwartbare Eigenkapitalverzinsung. Mit Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 9. Juli 2019 wurden die durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) festgelegten Eigenkapitalzinssätze der dritten Regulierungsperiode bestätigt. Nach Meinung der Unternehmen der Branche wird so der zukunftsorientierte Ausbau der Verteilnetze nicht angemessen berücksichtigt. Um die Aufgaben aus der Integration der erneuerbaren Energien meistern zu können, muss nach wie vor erheblich in die Energienetze investiert werden. Gleichzeitig sind die neuen energiepolitischen Ziele wie Elektromobilität und Sektorkopplung oder die Digitalisierung zur Verknüpfung von Verbrauchern und Erzeugern wie auch zwischen den Energieträgern zu stemmen. In das Gasnetz ist bzgl. der Aufnahmefähigkeit von höheren Anteilen an Wasserstoff zu investieren.

Forschung und Entwicklung

Die eigene Zukunft unter den Randbedingungen der Energiewende und der zunehmenden Vernetzung und Digitalisierung zu gestalten, erfordert die proaktive Beschäftigung mit neuen Trends und Marktchancen. Dafür beteiligt sich die ENSO an ausgewählten perspektivreichen Projekten, aus denen Ansätze für neue Dienstleistungen, Effizienzverbesserungen oder eine noch bessere Servicequalität hervorgehen können.

ENSO engagiert sich innerhalb der EVD-Unternehmensgruppe beim EU-Projekt „MAchUP¹“, welches dort durch DREWAG koordiniert wird. In dem europäischen Verbundprojekt entstehen exemplarische Geschäftsmodelle rund um die Schaffung von intelligenteren Städten sowie die Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz, die auch für ENSO in Ostachsen replizierbar sind. Schwerpunkte bilden der Aufbau von Photovoltaikanlagen und Speichern sowie die Nutzung des erzeugten Stroms vor Ort durch Mieterstrommodelle. Durch den Einsatz intelligenter Messtechnik in konkreten Testfällen für unser Smart Meter Gateway werden neue Geschäftsmodelle entwickelt. Im Bereich der Elektromobilität werden modellhaft neue Ladepunkte einschließlich eines intelligenten Zugangs- und Abrechnungssystems errichtet. Netzzurückwirkungen von Schnellladern am Mobilitätspunkt werden untersucht und durch Speicher reduziert. Neue Mobilitätslösungen entstehen für das gewerbliche Personal sowie Mieter der Wohnungswirtschaft. Innerhalb MAchUP werden Grundlagen zur künftig verstärkten Integration fluktuierender erneuerbarer Energien in die Fernwärmeversorgung über Messungen am Wärmespeicher Reick sowie bei der Reduzierung der Vorlauftemperaturen untersucht.

Gemeinsam mit der Deutschen Telekom AG wurde ein Pilotprojekt „5G – basierte Datenerfassung und dezentrale KI-Vorverarbeitung als Basis einer intelligenten Verteilnetzzelle“ (KidZ) initiiert. DREWAG NETZ und ENSO

¹ MAximizing the UPscaling and replication potencial of high level urban transformation strategies

NETZ führen, DREWAG und ENSO begleiten diese Untersuchungen zu Anwendungsfeldern des künftigen Kommunikationsstandards 5G in der Energiebranche. Die Untersuchungen werden von der DREWAG NETZ geleitet und fokussieren sich auf die Identifikation und KI-gestützte Prädiktion von Netzzuständen im Niederspannungsnetz.

Mit dem Projekt SERVING werden in Kooperation mit der TU Dresden und der Hochschule Zittau/Görlitz Flexibilisierungsoptionen für Wärmespeicheranlagen und steuerbare Lasten in der Wasserversorgung untersucht. Die Ausstattung mit moderner Mess- und Steuertechnik erlaubt einen am aktuellen Marktpreis und an der momentanen Netzauslastung orientierten Anlagenbetrieb. Damit werden diese Anlagen für die Kunden attraktiver und gleichzeitig netzdienlicher einsetzbar. Konkret wurden 48 Kundenanlagen mit entsprechender Technik ausgerüstet und in Zusammenarbeit mit den beteiligten Hochschulen die benötigten zentralen Systeme zur Aufnahme der Daten bzw. Abgabe der Steuerbefehle errichtet. Die flexible Ansteuerung einzelner Anlagen wurde im Winter 2018/19 erfolgreich erprobt. Zur weiteren Evaluierung in der Praxis wurde das Projekt bis April 2020 verlängert.

Als begleitende Betrachtung zur Energiewende beteiligte sich ENSO NETZ unter Mitwirkung von ENSO, DREWAG und DREWAG NETZ an der in den Jahren 2018 und 2019 erstellten Studie „Commit to Connect 2050“. Gemeinsam mit ONTRAS und 12 weiteren ostdeutschen Energieversorgern wird das Zielbild eines regenerativen, CO₂-freien, volkswirtschaftlich kostenoptimalen und versorgungssicheren Energieversorgungskonzepts erstellt. Für das Zieljahr 2050 werden die neuen Bundesländer – aufgelöst in 19 Regionen – betrachtet. Den Schwerpunkt der Betrachtung bildet die Zukunft der heutigen Erdgasversorgung. Das Ergebnis zeigt, dass grüne Gase, aktive Sektorkopplung und die Weiternutzung bestehender Infrastruktur wesentliche Bausteine einer kostenoptimierten Umsetzung sind. Für uns bedeutet das, die Gasnetze als Teil einer zukünftigen Infrastruktur fortzuentwickeln.

Mit der Zukunftsoption Wasserstoff beschäftigt sich das Vorhaben „H2-Readiness – Kompendium Wasserstoff in Gasverteilnetzen“. Das Kompendium stellt ein Nachschlagewerk über das mit Quellen abgesicherte, bestehende Wissen zum Einfluss von Wasserstoff in Gasverteilnetzen und auf die Technik angeschlossener Letztverbraucher dar. Der erste Projektteil umfasst das Nachschlagewerk in Form allgemeiner Steckbriefe. Nachgelagert werden im zweiten Projektteil Herstellerklärungen zur Wasserstoffverträglichkeit konkreter Produkte oder Produktgruppen in Form einer Konformitätserklärung erarbeitet und zusammengetragen. Damit wird ein belastbarer Kenntnisstand über die Wasserstoffverträglichkeit der Assets im Gasverteilnetz geschaffen sowie der Handlungsbedarf für Asset-Bestand und Asset-Beschaffung aufgedeckt. Das Projekt wird von der DBI Gas- und Umwelttechnik GmbH ausgeführt. Stellvertretend für die anderen Konzernunternehmen DREWAG, ENSO und ENSO NETZ fungiert die DREWAG NETZ als Projektpartner.

Wirtschaftliches Umfeld

Das Marktumfeld entwickelt sich im Geschäftsjahr weiterhin dynamisch. Prägend waren der anhaltend hohe Wettbewerbsdruck, schwankende Preise für Strom und Erdöl, fallende Preise für Gas und Kohle sowie ein steigender Anteil an erneuerbarer Energieerzeugung im Strommix Deutschlands.

Intensiver Wettbewerb auf dem Strom- und Gasendkundenmarkt. Die hohe Anbietervielfalt im Markt und die damit verbundenen Wahlmöglichkeiten führen zu Preisvorteilen für die Endkunden.² Durch das hohe Gewicht staatlich veranlasster Preisbestandteile am Endkundenpreis für Strom ist dieser nur zu einem geringen Teil der Gestaltung im Wettbewerb zugänglich.

Deutliche Schwankungen bei den Börsenstrompreisen. Seit dem zweiten Quartal 2016 zeigt sich ein steigender Trend beim Preisniveau für Spitzenlast- und Grundlaststrom an der Börse. Im vierten Quartal 2018 fand dieser seinen Höhepunkt. 2019 war durch einen überwiegend fallenden Trend gekennzeichnet. Die Endkundenpreise werden über mehrere Jahre im Voraus am Terminmarkt abgesichert. Je nach Beschaffungsstrategie der Versorger machen sich die veränderlichen Börsenpreise in den Endkundenpreisen der Lieferanten bemerkbar.

Sichtbarer Rückgang der Gaspreise. Die Gaspreise an der Börse stiegen insbesondere im zweiten und dritten Quartal des Jahres 2018 deutlich gegenüber dem Vorjahr. Erst zum Jahresende flachte der Gaspreis wieder etwas ab. In 2019 kam es zu sehr stark schwankenden Gaspreisen. Einem Gaspreisabfall im ersten Halbjahr 2019 standen ein stabiles drittes Quartal und ein starker Anstieg in der ersten Hälfte des vierten Quartals entgegen. Zum Jahresende hin gab der Gaspreis jedoch wieder nach. Nach mehreren Jahren des Rückgangs stiegen für Haushaltskunden die Gaspreise zum 1. April im Bundesvergleich zum Vorjahr erstmalig wieder.³

Verschiebung der Erzeugerstruktur. Die Erneuerbaren Energien lieferten im Jahr 2019 erstmals etwa gleich viel Strom wie Kernenergie, Stein- und Braunkohle zusammen und deckten damit rund 40% der deutschen Bruttostromerzeugung ab. Der Zuwachs ist vor allem auf das gute Wind- und Solarjahr zurückzuführen. Die Bedeutung der konventionellen Erzeugung ist im Jahr 2019 insgesamt deutlich gesunken. Die Anteile der Braun- und Steinkohleverstromung nahmen signifikant ab, auch die Stromerzeugung aus Kernenergie ging geringfügig zurück. Lediglich die Stromerzeugung aus Erdgas konnte einen leichten Zuwachs verbuchen.⁴

² Vgl. Monitoringbericht 2019 der Bundesnetzagentur und des Bundeskartellamtes, S. 6 ff.

³ Vgl. Monitoringbericht 2019 der Bundesnetzagentur und des Bundeskartellamtes, S. 14

⁴ Vgl. Agora Energiewende: Die Energiewende im Stromsektor; Stand der Dinge 2019, S. 17 ff.

Geschäftsverlauf

Geschäftstätigkeit 2019 – Kurzübersicht

Die ENSO zieht für das abgelaufene Geschäftsjahr eine positive Bilanz. Mit EUR 47,7 Mio. liegt der Jahresüberschuss zwar unter dem Vorjahreswert, jedoch über dem Planwert (EUR 44,8 Mio.).

	2019	2018
Umsatzerlöse in TEUR	1.247.755	1.039.088
Ergebnis vor Steuern (EBT) in TEUR	71.804	118.783
Jahresüberschuss in TEUR	47.666	87.780
Investitionen in TEUR	59.403	69.728
Mitarbeiter zum 31. Dezember (inkl. Auszubildende und Vorstand) Anzahl	542	512

Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Plan resultiert zu einem wesentlichen Teil aus einer Steigerung des Rohergebnisses infolge der höheren Vertriebsmarge Strom sowie aus Erträgen für Grundstücksverkäufe/-übertragungen. Ferner wurde das Ergebnis durch die geringere Verlustausgleichsverpflichtung gegenüber der ENSO NETZ positiv beeinflusst.

Errichtung eines Anbaus an das CITY CENTER und Gründung einer Projektgesellschaft

Für die gemeinsame Hauptverwaltung von ENSO und DREWAG ist an das bestehende Gebäude CITY CENTER ein Anbau geplant. Mit den Baugrundarbeiten konnte begonnen werden. Der erweiterte Komplex wird den Mitarbeiter*innen von ENSO und DREWAG sowie ihren wichtigsten Tochtergesellschaften moderne Arbeitsplätze bieten.

Die Bauherrenfunktion für den Anbau nimmt seit dem 1. April 2019 die zu gleichen Teilen von ENSO und DREWAG gehaltene Projektgesellschaft Anbau CITY CENTER Dresden GmbH & Co. KG wahr.

Erfolgreiche Zertifizierung des Umwelt- und Energiemanagementsystems



ENSO betreibt seit dem Jahr 2008 ein Umweltmanagementsystem. Ende des Jahres 2018 wurde es mit dem neuesten internationalen Standard ISO 14001:2015 zertifiziert.

Zusätzlich erfolgte im selben Jahr die Erweiterung und Erst-Zertifizierung im Bereich Energiemanagement nach ISO 50001:2011. Damit werden die Aktivitäten zur ressourcenschonenden Bereitstellung und Nutzung von Energie als bedeutender Umweltaspekt verstärkt in den Fokus gerückt. Als integriertes Umwelt- und Energiemanagement sind die Systeme Bestandteil einer Verbundzertifizierung mit ENSO NETZ, DREWAG und DREWAG NETZ. Mit der Energiemanagement-Zertifizierung wird darüber hinaus die Anforderung des Energiedienstleistungsgesetzes EDL-G zur Durchführung von Energieaudits erfüllt.

ENSO als TOP-Lokalversorger ausgezeichnet



Die ENSO wurde in den Sparten Strom und Gas als „TOP-Lokalversorger 2019“ vom Energieverbraucherportal⁵ ausgezeichnet. An diesem Siegel erkennen Strom- und Gaskunden auf einen Blick ein Energieunternehmen mit: transparenter Preispolitik, Engagement und Investitionen in die eigene Region, einem hohen Stellenwert an Umweltgesichtspunkten und mit einer hohen Servicequalität.

ENSO – Zukunftsorientiertes Personalmanagement

Zum 31. Dezember 2019 beschäftigte ENSO 443 Mitarbeiter (i. Vj. 416) und 96 Auszubildende (i. Vj. 94) sowie 3 Vorstände.

Strategische Ausrichtung der Personalarbeit

Altersbedingt werden bis zum Jahr 2025 zahlreiche Mitarbeiter*innen das Unternehmen verlassen. Voraussetzung zur Bewältigung dieser Herausforderung ist eine zukunftsgerichtete strategische Personalplanung.

ENSO entwickelte die bereichsübergreifende Nachfolgeplanung weiter. Dabei werden die Personalbedarfe für die nächsten fünf Jahre quantitativ sowie qualitativ identifiziert und gezielte Maßnahmen in der Personalbeschaffung und -entwicklung abgeleitet. Insbesondere sollen junge Talente sowie Experten frühzeitig akquiriert und gebunden bzw. gezielt entwickelt werden.

Neben Gleit- und Teilzeit wurde mit dem mobilen Arbeiten ein weiterer Baustein zur Flexibilisierung des Arbeitslebens implementiert. Nach erfolgreicher Pilotphase wurde das Modell des mobilen Arbeitens in der gesamten Unternehmensgruppe ausgerollt. Das ermöglicht unseren Beschäftigten, sowohl anteilig als auch ganztagig außerhalb des Büros arbeiten zu können.

Die Herausforderungen für den Personalbereich bedeuten strukturelle und kapazitive Anpassungen im für ENSO und DREWAG übergreifend arbeitenden Bereich Personal/Organisation. Nunmehr erhalten Themen wie das Gesundheitsmanagement, Führungskräfteentwicklung, Employer Branding und Talentmanagement eine stärkere Ausprägung. Zudem wurde eine Abteilung HR-Grundsätze und strategische Organisationsentwicklung neu definiert, in der die Schwerpunkte Unternehmensorganisation, Changemanagement und Personalcontrolling explizit verortet sind. Hierdurch wird den veränderten Anforderungen, die neue Arbeitswelten mit sich bringen, stärker Rechnung getragen.

Ausbildung

Die ENSO wurde im Jahr 2019 wiederholt von der IHK Industrie- und Handelskammer Dresden als „Ausgezeichneter Ausbildungsbetrieb“ geehrt. Anhaltend hohe Bewerberzahlen für kaufmännische und technisch-gewerbliche Ausbildungsplätze sowie für duale Studiengänge spiegeln dies wider.

Im Oktober 2019 wurde zudem zwischen AVEU⁶ und ver.di für die Unternehmen der EnergieVerbund Dresden – DREWAG, ENSO, DREWAG NETZ, ENSO NETZ und DRECOUNT – der „Tarifvertrag zur Übernahme von Auszubildenden und Dual-Studierenden nach erfolgreichen Berufsausbildungs- und Studienabschlüssen“ geschlossen. Mit diesem Vertrag sollen zum einen Arbeitgeberattraktivität und Bindung an die Unternehmen erhöht und zum anderen die qualitativ

hochwertige Versorgung der Kunden mit sehr gut ausgebildeten Fachkräften gesichert werden.

Zur Berufsorientierung erhalten Schüler*innen beispielsweise bei Schnuppertagen, Schülerpraktika, Tagen der offenen Tür oder Karrieremessen einen realistischen Einblick. Studierende bekommen die Möglichkeit, über Praktika, Abschlussarbeiten, Werkstudententätigkeiten und das individuell gestaltete Traineeprogramm ENSO als Arbeitgeber kennenzulernen.

Employer Branding und Personalmarketing

Die steigende Herausforderung im Recruiting von Fachkräften ist allgegenwärtig – vor allem in hochspezialisierten Berufsgruppen. Deshalb haben ENSO und DREWAG gemeinsam mit der Dresdner Verkehrsbetriebe AG im November 2018 ein unternehmensübergreifendes Projekt gestartet, um mithilfe einer Softwarelösung die Bewerbungsprozesse zu vereinfachen, Kosten zu optimieren und Reaktionszeiten zu verkürzen. Von der Bedarfsermittlung über die Bewerbungseingänge bis hin zur Auswahl und Einstellung der Bewerber*innen wird der Recruiting-Prozess digital unterstützt. Im Verlauf Jahres 2020 soll dieses Bewerbermanagement-Tool implementiert werden.

Personalentwicklung

ENSO orientiert sich an den Weiterbildungsbedarfen der Mitarbeiter*innen sowie Führungskräfte und bietet ein breites Spektrum an Schulungsinhalten und -formaten an. Das Portfolio von fachlichen, methodischen und persönlich-sozialen Themen ist attraktiv gestaltet, damit ein lebenslanges Lernen möglich ist.

Das Thema Digitalisierung hält schrittweise Einzug in den Weiterbildungsbereich. Zukünftig wird somit ein breites Angebotsspektrum von Präsenzveranstaltungen, Blended Learning bis hin zum E-Learning zur Verfügung stehen.

Talente werden im Rahmen des Energieträger-Nachwuchsförderprogramms gezielt in ihrer Entwicklung

begleitet. Dieses Programm wurde im Jahr 2019 mit dem HR Energy Award ausgezeichnet. Führungskräfte werden auf aktuelle Herausforderungen der Arbeitswelt wie Digitalisierung, Kultur- und Wertewandel durch vielfältige thematische Angebote vorbereitet.

Darüber hinaus gehören Schulungen zu aktuellen Datenschutzbestimmungen und IT-Anwendungen, die Weiterführung von Teamentwicklungs- und Einzelmaßnahmen sowie Vertriebstrainings zum umfangreichen Portfolio.

Wirtschaftliche Lage

Ertragslage

Umsatzentwicklung

Die **Umsatzerlöse** sind gegenüber dem Vorjahr um EUR 209 Mio. auf EUR 1.248 Mio. angestiegen (i. Vj. EUR 1.039 Mio.).

Die Erlöse aus Stromlieferungen stiegen mengenbedingt um EUR 184 Mio. auf EUR 790 Mio. (i. Vj. EUR 606 Mio.). Die Erlöse aus Gaslieferungen erhöhten sich mit EUR 291 Mio. (i. Vj. EUR 263 Mio.) mengenbedingt um EUR 28 Mio.

Die übrigen Umsatzerlöse betragen EUR 167 Mio. (i. Vj. EUR 170 Mio.) und resultieren u. a. aus Pächterlösen aus den von ENSO an ENSO NETZ verpachteten Strom- und Gasnetzanlagen, aus Dienstleistungsentgelten von verbundenen Unternehmen und Dritten, aus Datenverarbeitung, aus Erlösen aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen sowie aus Wärmeerlösen.

Absatzentwicklung

Der **Stromabsatz** 2019 liegt bei 9.132 GWh (i. Vj. 6.819 GWh). Ursächlich für diesen Anstieg gegenüber dem Vorjahr sind insbesondere die höheren Lieferungen im Rahmen der Portfoliooptimierung sowie Absatzmengen an Großkunden (insbesondere in fremden Netzgebieten).

⁵ <http://www.energieverbraucherportal.de>

⁶ Arbeitgeberverband energie- und versorgungswirtschaftlicher Unternehmen e. V.

Der Absatz an Kleinkunden liegt im Geschäftsjahr 2019 mit 1.037 GWh (i. Vj. 1.035 GWh) auf Vorjahresniveau. An Großkunden wurden 3.830 GWh (i. Vj. 2.915 GWh) und an Weiterverteiler 1.166 GWh (i. Vj. 882 GWh) abgesetzt. Die Lieferungen an andere Stromhändler im Rahmen der Portfoliooptimierung erhöhten sich um 1.113 GWh auf 3.099 GWh.

Der **Gasabsatz** 2019 liegt bei 11.430 GWh (i. Vj. 9.970 GWh). Ursächlich für die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr sind im Wesentlichen höhere Lieferungen im Rahmen der Portfoliooptimierung sowie Absatzmengen an Weiterverteiler (insbesondere in fremden Netzgebieten).

Der Absatz an Kleinkunden im Geschäftsjahr 2019 in Höhe von 1.905 GWh lag über dem Vorjahreswert von 1.807 GWh. Bei den Großkunden reduzierte sich der Absatz gegenüber dem Vorjahr leicht auf 2.514 GWh (i. Vj. 2.608 GWh). An Weiterverteiler wurden 2.571 GWh (i. Vj. 2.050 GWh) geliefert. Im Rahmen der Portfoliooptimierung an andere Händler wurden 4.440 GWh (i. Vj. 3.505 GWh) Gas abgesetzt.

Entwicklung weiterer wesentlicher Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** betragen EUR 28 Mio. (i. Vj. EUR 56 Mio.). Die Verminderung in Höhe von EUR 28 Mio. resultiert im Wesentlichen aus gegenüber dem Vorjahr geringeren Auflösungsbeträgen für nicht mehr benötigte Rückstellungen.

Der **Materialaufwand** beträgt EUR 1.086 Mio. (i. Vj. EUR 857 Mio.). Ausschlaggebend für den Anstieg sind in erster Linie die mengenbedingt höheren Strom- und Gasbezugsaufwendungen sowie die mengenbedingt höheren Netznutzungsaufwendungen für Strom und Gas.

Der **Personalaufwand** liegt mit EUR 32 Mio. über dem Vorjahreswert (i. Vj. EUR 31 Mio.). Der gestiegene Personalaufwand ist auf eine höhere durchschnittliche Mitarbeiteranzahl und auf Vergütungssteigerungen zurückzuführen.

Die **Abschreibungen** betragen EUR 48 Mio. Aufgrund des unverändert hohen Investitionsvolumens erhöhen sie sich um EUR 1 Mio. gegenüber dem Vorjahr.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** von EUR 35 Mio. (i. Vj. EUR 34 Mio.) sind vor allem aufgrund höherer externer Beratungskosten sowie höherer Forderungsausfälle bzw. Wertberichtigungen auf Forderungen angestiegen.

Das **Finanzergebnis** hat sich aufgrund von geringeren Beteiligungserträgen und höheren Zinsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um ca. EUR 2 Mio. auf EUR -3 Mio. (i. Vj. EUR -1 Mio.) verringert.

Die **Übernahme des Verlustes der ENSO NETZ** aufgrund der Verlustausgleichsverpflichtung aus dem Ergebnisabführungsvertrag wirkt sich 2019 mit lediglich EUR -0,1 Mio. (i. Vj. EUR -2,6 Mio.) auf das Jahresergebnis aus.

Das **Ergebnis nach Steuern** beträgt EUR 48 Mio. (i. Vj. EUR 88 Mio.).

Finanzlage

Investitionen und Instandhaltung

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr war die ENSO erneut ein wichtiger Auftraggeber für die sächsische Wirtschaft. Die Investitions- und Instandhaltungsaufgaben der ENSO werden vorrangig an Auftragnehmer in Sachsen vergeben.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Investitionen i. H. v. EUR 59,4 Mio. (i. Vj. EUR 69,7 Mio.) getätigt.

ENSO investierte nach den Vorgaben der Pächterin ENSO NETZ im Jahr 2019 EUR 31,6 Mio. (i. Vj. EUR 41,9 Mio.) in das Netz und die Anlagen zur Stromversorgung. Die Hauptschwerpunkte der Investitionstätigkeit lagen in der Erweiterung und Erneuerung von 110-kV-Leitungen, Umspannwerken, Mittel- und Niederspannungsleitungen und Umspannstationen sowie in der Errichtung von Kundenanschlüssen.

Die Investitionen in das **Gasnetz** betragen im Geschäftsjahr 2019 nach den Vorgaben der Pächterin ENSO NETZ EUR 9,2 Mio. (i. Vj. EUR 10,0 Mio.). Schwerpunkte waren hierbei die kontinuierliche Erneuerung der Hoch-, Mittel- und Niederdruckgasleitungen sowie die Realisierung von Erweiterungsvorhaben und Kundenanschlüssen.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt lag im weiteren Ausbau der Informationsnetze. Der seit 2015 in Zusammenarbeit mit der desaNet Telekommunikation Sachsen Ost GmbH (kurz: desaNet) und ENSO in verschiedenen ostsächsischen Kommunen vorgenommene eigenwirtschaftliche **Breitbandausbau** mit der Technologie Vectoring ist weitestgehend abgeschlossen. Hiermit können bis zu 50.000 Kunden erreicht werden.

Darüber hinaus hat sich der Unternehmensverbund ENSO, ENSO NETZ und desaNet auch in 2019 an Ausschreibungen für öffentlich geförderte Breitbandprojekte im Netzgebiet beteiligt. Eine Zuschlagserteilung erfolgte in 4 von 9 Clustern im Landkreis Görlitz und darüber hinaus in Dohna, Heidenau und Seifhennersdorf. Hierbei werden für ca. 5.500 Kunden ca. 465 km Trasse gebaut. Weitere Verfahren befinden sich noch im Verhandlungsstadium.

Weiterhin wurde in den Neubau des BHKW am Standort Bautzen sowie in die Informationsverarbeitung und die IT-Infrastruktur investiert.

Die Investitionen des Jahres 2019 waren zum großen Teil fremdfinanziert.

Kapitalflussrechnung

Die Liquidität der ENSO war im Geschäftsjahr 2019 jederzeit gesichert.

Kapitalflussrechnung (in TEUR)	2019	2018
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	58.580	76.041
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-53.295	-67.873
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-7.875	-6.015

Die Abnahme des Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist im Wesentlichen durch das im Vergleich zum Vorjahr geringere Jahresergebnis verursacht.

Infolge von geringeren Investitionen in das Anlagevermögen liegt der Cashflow aus Investitionstätigkeit unter dem Vorjahreswert.

Trotz weiterer Darlehensaufnahmen ist der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit infolge der Dividendenausschüttungen wie im Vorjahr negativ.

Die Effektivverschuldung und die kurzfristige Liquidität haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

		2019	2018	2017
Effektivverschuldung ⁷	Mio. EUR	455	442	454
Kurzfristige Liquidität ⁸	%	38	34	28

Die nicht ausgeschöpften Kreditlinien der ENSO zum 31. Dezember 2019 betragen EUR 34,7 Mio.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2019 auf EUR 1.041 Mio. (i. Vj. EUR 981 Mio.).

Im Anlagevermögen steht einem Investitionsvolumen von EUR 59 Mio. eine Abschreibungssumme von EUR 48 Mio. gegenüber. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 80% (66% ohne Finanzanlagen). Insgesamt ist das Anlagevermögen durch die Investitionstätigkeit um EUR 8 Mio. gestiegen.

Der Anstieg des Umlaufvermögens um EUR 54 Mio. auf EUR 199 Mio. zum 31. Dezember 2019 (i. Vj. EUR 145 Mio.) resultiert im Wesentlichen aus einem EUR 58 Mio. höheren Bestand an Forderungen und sonstigen

⁷ Effektivverschuldung = Fremdkapital-Umlaufvermögen

⁸ Kurzfristige Liquidität = Umlaufvermögen / kurzfristige Verbindlichkeiten

Vermögensgegenständen, vermindert um einen um EUR 2 Mio. niedrigeren Bestand an Vorräten, insbesondere unfertigen Leistungen, und einen um EUR 3 Mio. geringeren Bestand an liquiden Mitteln. Die Erhöhung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände resultiert aus höheren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen vor allem durch gestiegene Forderungen gegen Kleinkunden und Großkunden im Strom- und Gasbereich sowie aus gestiegenen Forderungen gegen verbundene Unternehmen insbesondere aus Forderungen gegen die ENSO NETZ.

Die Passivseite der Bilanz ist im Wesentlichen durch die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (EUR 33 Mio.) sowie stichtagsbedingt der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (EUR 9 Mio.), der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (EUR 23 Mio.) und der Sonstigen Verbindlichkeiten (EUR 10 Mio.) geprägt. Demgegenüber haben sich die Rückstellungen (EUR 10 Mio.) und das bilanzielle Eigenkapital (EUR 6 Mio.) reduziert. Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultiert insbesondere aus der Zunahme der Finanzverbindlichkeiten gegenüber der TWD.

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt EUR 388 Mio.; die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 37%. Das wirtschaftliche Eigenkapital – unter Zurechnung anteiliger Sonderposten und Baukostenzuschüsse gemindert um die geplante Gewinnausschüttung und des Sonderverlustkontos – liegt bei EUR 392 Mio.

Die mittel- und langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten haben am Gesamtkapital einen Anteil von 12%, die kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten von 50%. Damit decken Eigenkapital sowie lang- und mittelfristiges Fremdkapital das Anlagevermögen zu 62%.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung von wesentlichen Bilanzkennzahlen der jüngsten drei Jahre zusammengefasst:

	2019	2018	2017
	%	%	%
Investitionsdeckung (ohne Finanzanlagen) ⁹	89	77	48
Vermögensstruktur ¹⁰	80	84	87
Fremdkapitalquote ¹¹	63	60	62
Bilanzielle Eigenkapitalquote ¹²	37	40	38

Die Geschäftsführung schätzt die wirtschaftliche Lage der ENSO als stabil ein.

Angaben nach § 6b Abs. 7 Satz 4 EnWG

Am 30. Juni 2011 verabschiedete der Deutsche Bundestag die EnWG-Novelle 2011. Um Diskriminierung zu vermeiden, haben vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen jeweils getrennte Konten zu führen und für jede ihrer Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG einen gesonderten Tätigkeitsabschluss aufzustellen. Die Tätigkeitsabschlüsse sind mit dem geprüften Jahresabschluss beim elektronischen Bundesanzeiger zur Veröffentlichung einzureichen.

ENSO führt die folgenden Tätigkeiten im Sinne des § 6b EnWG durch:

- Elektrizitätsverteilung
- Gasverteilung
- andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors
- andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors
- andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

⁹ Investitionsdeckung = Abschreibung immaterielles Vermögen und Sachanlagevermögen/Investitionen ins immaterielle Vermögen und Sachanlagevermögen

¹⁰ Vermögensstruktur = Anlagevermögen/Bilanzsumme

¹¹ Fremdkapitalquote = Fremdkapital/Bilanzsumme

¹² Bilanzielle Eigenkapitalquote = bilanzielles Eigenkapital/Bilanzsumme

Mit ihren Tätigkeitsabschlüssen 2019 erfüllt die ENSO die Berichtspflicht nach § 6b der EnWG-Novelle 2011. In der internen Rechnungslegung führt die ENSO gemäß § 6b EnWG jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung, für andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie für andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Für Elektrizitäts- und Gasverteilung wird darüber hinaus eine Bilanz sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung erstellt.

Gemessen am Gesamtumsatz der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors von EUR 791 Mio. weist der Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung im Berichtsjahr einen vergleichsweise geringen Umsatz von EUR 63 Mio. aus. Auch der Tätigkeitsbereich Gasverteilung ist mit einem Umsatz im Berichtsjahr von EUR 27 Mio. gemessen am Gesamtumsatz der anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors von EUR 294 Mio. von geringer Bedeutung. Die Ergebnisse der Tätigkeiten Elektrizitäts- und Gasverteilung der ENSO werden von Erträgen aus der Verpachtung ihrer Strom- und Gasnetze an die ENSO NETZ bestimmt. Den sonstigen betrieblichen Erträgen aus der Weiterverrechnung der Konzessionsabgabe von der ENSO NETZ stehen entsprechende bezogene Leistungen gegenüber. Die Elektrizitätsverteilung weist für das Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von EUR 23 Mio. (i. Vj. EUR 31 Mio.) aus. Der Tätigkeitsbereich Gasverteilung erzielte im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von EUR 10 Mio. (i. Vj. EUR 10 Mio.).

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 betrug die Bilanzsumme des Tätigkeitsbereichs Elektrizitätsverteilung EUR 377 Mio. (i. Vj. EUR 375 Mio.). Sie macht 77% (i. Vj. 80%) der Bilanzsumme des Elektrizitätssektors aus. Das Sachanlagevermögen erhöhte sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahrs um EUR 4 Mio. auf EUR 374 Mio. Das Eigenkapital der Elektrizitätsverteilung beträgt EUR 254 Mio. (i. Vj. EUR 249 Mio.). Die Bilanzsumme der Tätigkeit Gasverteilung steuert mit EUR 196 Mio. (i. Vj. EUR 198 Mio.) einen Anteil von 83% (i. Vj. 83%) zur Bilanzsumme des Gassektors bei. Auf das Sachanlagevermögen (EUR 195 Mio.) entfallen

99% der Bilanzsumme. In der Gasverteilung entfallen EUR 122 Mio. auf das Eigenkapital (i. Vj. EUR 120 Mio.).

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die folgenden Leistungsindikatoren geben einen Überblick über den Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Das „Ergebnis vor Steuern“ ist der für die interne Unternehmenssteuerung verwendete bedeutsamste Leistungsindikator. Im Berichtsjahr liegt das erwirtschaftete Ergebnis vor Steuern bei EUR 72 Mio. (i. Vj. EUR 119 Mio.; Plan EUR 62,4 Mio.).

Nachfolgende Kennzahlen verdeutlichen die Entwicklung von wichtigen Renditekennzahlen in den vergangenen drei Jahren:

	2019	2018	2017
	%	%	%
Eigenkapitalrendite ¹³	12	22	16
Gesamtkapitalrendite ¹⁴	5	9	6

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren misst die ENSO regelmäßig die Kundenzu- und -abgänge bei den Medien Strom und Gas. Von besonderer Bedeutung ist dabei der prozentuale Marktanteil. Dieser beträgt zum 31. Dezember 2019 für SLP-Kunden im Medium Strom 81,3% und im Gas 75,5%. Aufgrund des Wettbewerbsdrucks und der hohen Anbietervielfalt im Markt wird für das Jahr 2020 von leicht rückläufigen Marktanteilen ausgegangen. Der geplante Marktanteil für 2020 beträgt für Strom 80,6% und für Gas 74,7%.

¹³ Eigenkapitalrendite = Jahresergebnis/bilanzielles Eigenkapital

¹⁴ Gesamtkapitalrendite = (Jahresergebnis + Fremdkapitalzinsen) / Bilanzsumme

Erklärung zur Zielgröße für den Frauenanteil in den Führungsebenen

Mit Inkrafttreten des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst vom 24. April 2015 sind gemäß §§ 76 Abs. 4 und 111 Abs. 5 AktG sowie § 25 Abs. 1 EG-AktG mitbestimmte Aktiengesellschaften verpflichtet, für den Frauenanteil im Aufsichtsrat, im Vorstand sowie den ersten beiden Führungsebenen nach dem Vorstand Zielgrößen festzulegen.

Für ENSO wurden folgende Frauenanteile beschlossen, die bis zum 30. Juni 2022 erreicht werden sollten:

- Vorstand: 30 %
- erste Führungsebene (Bereichsleiter): 30 %
- zweite Führungsebene (Abteilungsleiter): 30 %
- Aufsichtsrat: 30 %

Im Vorstandsbereich wurde die Zielgröße zum 31. Dezember 2019 erreicht.

Bei den Bereichsleitern der ENSO sank der Anteil an Frauen zum Abschlussstichtag infolge von Umstrukturierungsmaßnahmen auf 13 %. Innerhalb der zweiten Führungsebene beträgt der Frauenanteil bei den Abteilungsleitern 23 %. Aufgrund der geringen Fluktuation in den ersten beiden Führungsebenen können die selbstgestellten Zielgrößen erst mittelfristig erreicht werden.

Im Aufsichtsrat waren zum 31. Dezember 2019 zwei Frauen (entspricht 11 %) vertreten. Nach der Einrichtung eines paritätisch mitbestimmten Aufsichtsrates mit insgesamt 20 Sitzen werden dem Aufsichtsrat ab Februar 2020 vier Frauen angehören (entspricht 20 %).

Prognosebericht

Voraussichtliche Ergebnisentwicklung

Laut im November 2019 bestätigtem Wirtschaftsplan plante ENSO für das Jahr 2020 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von EUR 60 Mio. und würde damit unter dem

Ergebnis von 2019 liegen. Ergebnismindernd wirkten dabei ein Anstieg der Abschreibungen und Projektaufwendungen aufgrund der geplanten Investitionstätigkeit sowie steigender Personalaufwand.

Es wurde demnach von folgender voraussichtlicher Absatzentwicklung für das Jahr 2020 ausgegangen:

- ein leichter Anstieg der Gaslieferungen im Vergleich zum Vorjahr
- Stromlieferungen unter denen des Vorjahres sowie
- insgesamt leicht über dem Vorjahresniveau liegende Umsatzerlöse.

Weiterhin hängt die voraussichtliche Ergebnisentwicklung der ENSO wesentlich von den energiewirtschaftlichen und politischen Regelungen und Rahmenbedingungen ab.

Geplante Investitionen

Der Investitionsplan der ENSO beinhaltet für das Jahr 2020 Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von EUR 153,5 Mio. Damit liegt das geplante Investitionsvolumen über dem Niveau von 2019.

Besondere Schwerpunkte sind:

- Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen im Netzbereich
- Ausbau von Breitbandinfrastruktur
- Investitionen in die Informationsverarbeitung
- Erneuerung und Erweiterung der Informationsnetze
- Errichtung von Fotovoltaikanlagen
- Neubau des BHKW am Standort Bautzen Ost
- Investitionen in Finanzanlagen.

Auswirkungen der Corona-Pandemie

Die zuvor ausgeführten Prognosen wurden vor Ausbruch der Corona-Pandemie erstellt und basierten auf bisherigen Rahmenbedingungen. Der sich weltweit ausbreitende neuartige Coronavirus (2019-n-CoV) wird auch Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung der ENSO haben.

Betroffen ist einerseits der Absatz von Strom und Gas, andererseits müssen die bereits beschafften Mengen an Strom und Gas wieder am Markt verkauft werden. Dies erfolgt teilweise unter dem Einstandspreis.

Vor dem Hintergrund der aktuell schwer vorhersehbaren wirtschaftlichen Folgen für Unternehmen und Verbraucher sind eine belastbare Prognose und eine vollumfängliche Bewertung der Auswirkungen nicht möglich. Wir gehen allerdings zum heutigen Zeitpunkt davon aus, dass sich die geplanten Umsatzerlöse und das geplante Ergebnis reduzieren werden.

Die ENSO und ihre Tochtergesellschaften sind aufgrund ihrer besonderen Verantwortung und Aufgabe als Energieversorger so aufgestellt, dass sie die sichere Versorgung ihrer Kunden und Marktpartner gewährleisten werden.

Risiko- und Chancenbericht

Risikobericht

Organisation des Risikomanagements

Ziel des Risikomanagements der ENSO ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Dazu erfasst der Risikomanagementprozess die potenziellen Abweichungen von der geplanten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für den dargelegten Planungszeitraum. Abweichungen von dieser Planung werden als Risiken und Chancen erfasst. Der Betrachtungsschwerpunkt im Risikomanagement liegt auf dem mittelfristigen Planungszeitraum. Hinzu kommen Risiken und Chancen über diesen Zeitraum hinaus, wenn sie von besonderer Bedeutung sind.

Der Risikomanagementprozess umfasst als wesentliche Bestandteile die Identifikation, Analyse mit Bewertung, Frühwarnung, Steuerung und Dokumentation mit Berichterstattung. Zur Umsetzung dieses Prozesses folgt das Risikomanagement der ENSO sowohl einem zentralen als auch einem dezentralen Ansatz. Während das zentrale Risikomanagement insbesondere

für einheitliche Prozesse und Methoden sowie für die Berichterstattung zuständig ist, werden durch dezentral angesiedelte Risikobeauftragte fachspezifische aktuelle Informationen ausgewertet. Das zentrale Risikomanagement übernimmt in Umsetzung der Funktionstrennung auch permanente Überwachungsaufgaben für markt-nahe Strukturen im Sinne der MaRisk¹⁵.

Generelle Festlegungen zum Risikomanagement sind in allgemeingültigen Richtlinien geregelt. Für markt-nahe Strukturen existiert eine spezifische Untersetzung der allgemeinen Regelungen. Aktuelle Fragen und Sachverhalte dieser Strukturen werden jährlich mehrfach in einem Risikoausschuss behandelt. Dieser ist interdisziplinär besetzt.

Der vorstehend beschriebene Risikomanagementprozess ist ein kontinuierlicher Prozess, welcher jährlich mit einer Risiko- und Chancenbestandsaufnahme beginnt. Die dort aufgenommenen Sachverhalte bilden die Basis für eine quartalsweise Berichterstattung. Zu diesen Berichtsterminen werden die betrachteten Sachverhalte aktualisiert und um neu hinzugekommene ergänzt. Da Risiken häufig grundsätzlich abschätzbar, aber dennoch zufällig sind, werden für diese Fälle Monte-Carlo-basierte Modelle verwendet, die mithilfe einer Simulationssoftware unterstützt werden. Damit sind sowohl für Risiken als auch für Chancen etablierte klassische Value-at-Risk-Aussagen möglich. Sind Sachverhalte aus objektiven Gründen nicht quantifizierbar, werden sie verbal in die Berichte aufgenommen.

Bei Bedarf erfolgt unabhängig von diesem Berichtsraster eine zusätzliche aktuelle Beurteilung von Sachverhalten nach dem beschriebenen Risikomanagementprozess.

ENSO NETZ und DRECOUNT sind direkt in das Risikomanagementsystem eingebunden.

Die folgenden Themenbereiche sind nach absteigender Bedeutung für das Unternehmen sortiert.

¹⁵ MaRisk: Mindestanforderungen an das Risikomanagement

Preis- und Marktrisiken

ENSO deckt den Bedarf ihrer Kunden im Wesentlichen über Zukäufe am Markt ab. Potenzielle Abweichungen vom geplanten Mengenabsatz durch konjunkturelle Einflüsse, Wettbewerb und Wettereinflüsse führen in Verbindung mit schwankenden Marktpreisen zu Risiken im Bereich Energiehandel.

Der Mengenabsatz im Industriekundensegment ist von der zukünftigen konjunkturellen Entwicklung abhängig. Weicht der Konjunkturverlauf zum Beispiel negativ von den in der Planung zugrunde gelegten Prämissen ab, besteht für nicht abgesetzte Mengen ein Wiedervermarktungsrisiko aufgrund ungünstigerer Preiskonstellationen am Markt sowie das Risiko reduzierter Vertriebsmargen.

Die Verschärfung des Wettbewerbs birgt das Risiko von Kundenverlusten. Die dadurch nicht abgesetzten Mengen unterliegen wie im Falle des Konjunkturrisikos einem Wiedervermarktungsrisiko sowie dem Risiko reduzierter Vertriebsmargen. Durch eine stärker strukturierte Produktentwicklung und Optimierung der internen Kostenstruktur steuert ENSO diesem Risiko entgegen.

Sparten- und teilportfoliospezifisch können sowohl nicht als auch zusätzlich abgesetzte Mengen durch Abweichung des sich einstellenden Wetters gegenüber dem langjährigen Mittel entstehen. Hierdurch anfallende Differenzmengen werden kurzfristig an Spotmärkten gekauft oder verkauft. Durch den Unterschied zwischen den realisierten Preisen bei der Eindeckung der von Kunden benötigten Menge und den Preisen am Spotmarkt entstehen Risiken. Diese werden teilweise über Risikozuschläge gedeckt.

Zur Risikobegrenzung wurden zahlreiche Maßnahmen getroffen. Strom und Erdgas beschafft ENSO zeitlich und strukturell differenziert. Zur Abdeckung individuell abgeschlossener Verträge größerer Kunden erfolgt die Beschaffung zwecks Risikobegrenzung unmittelbar nach Vertragsschluss (back to back). Die Kontrolle der Energiehandelsgeschäfte ist zur Wahrung einer strikten Funktionstrennung in einer vom Handelsbe-

reich unabhängigen Struktur angesiedelt. Dort wird für den Strom- und den Gashandel eine regelmäßige Überwachung und Bewertung der offenen Positionen in Verbindung mit vorgegebenen Risikolimits vorgenommen. Limits gelten sowohl je Handelspartner als auch je Produktportfolio. Die entsprechenden Vorgaben sind in Risikohandbüchern festgelegt und unterliegen einer jährlichen Überprüfung. Für neue Energiehandelsgeschäfte existiert ein Produktfreigabeprozess mit Beteiligung des Risikomanagements.

Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen durch den Ausfall von Kontrahenten und damit verbundener Nichterfüllung vertraglicher Vereinbarungen. ENSO hat sowohl für Ausfälle von Kunden im Vertrieb als auch für Ausfälle von Handelspartnern in der Energiebeschaffung risikobegrenzende Maßnahmen festgelegt.

Kunden des Vertriebes unterliegen einem Ratingprozess mit darauf aufbauenden Festlegungen zur Zahlungsausfallprävention. Ferner existieren Regelungen zum Forderungsmanagement.

Bei Ausfall eines Handelspartners in der Energiebeschaffung besteht das Risiko eines finanziell ungünstigeren Ersatzgeschäftes und des Ausfalls von Forderungen. Daher unterliegen die Handelspartner ebenfalls einem Ratingprozess, der mit mengen- und wertlimitierten Handelsfreigaben verbunden ist. Vertragsgrundlage sind EFET¹⁶- oder Rahmenverträge mit Vereinbarungen zur Lieferung von Sicherheitsleistungen bei Bonitätsverschlechterungen. Bonität und Positionen von Handelspartnern werden vom zentralen Risikomanagement überwacht.

ENSO arbeitet kontinuierlich an der Verbesserung dieser Prozesse, da diesem Thema eine hohe Bedeutung beigemessen wird.

¹⁶ EFET: European Federation of Energy Traders

Finanzrisiken

ENSO ist durch Zinsschwankungen Finanzrisiken ausgesetzt.

Zinszahlungen für Fremdkapital aufgrund von Investitionen können durch Schwankungen des Marktes über den geplanten Aufwendungen liegen. Die Planwerte leiten sich aus den bestehenden und neu aufzunehmenden Finanzverbindlichkeiten anhand von geplanten Zinssätzen ab. Die eigentliche Finanzierung erfolgt zu gegebener Zeit zum dann vorherrschenden Zinsniveau. Da dieses nicht dem geplanten Zinsniveau entsprechen muss, besteht ein Zinsänderungsrisiko. Zur Risikobegrenzung beobachtet ENSO permanent das Zinsumfeld.

ENSO hat freie Mittel in einen Spezial-Fonds angelegt, welcher in festverzinsliche Wertpapiere oder Bankguthaben investiert ist. Aufgrund der in den vergangenen Jahren stark gesunkenen Zinsen konnten Kursgewinne, deren Ausschüttung für die Jahre 2020 ff. geplant ist, generiert werden. Zwischenzeitlich wieder steigende Zinsen können diese Kursgewinne aufzehren oder sogar zu temporären Kursverlusten führen. Die Überwachung erfolgt bei ENSO unter Beteiligung des Risikomanagements mit entsprechendem Reporting. Aktuelle Entwicklungen führen zu Anpassungen der Anlagerichtlinien.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken bestehen in erster Linie durch unvorhergesehenen Finanzbedarf oder durch Marktversagen. Diesen Risiken wird durch eine regelmäßig aktualisierte Liquiditätsplanung begegnet. Im Ergebnis werden durch die ENSO Kreditlinien über den geplanten Bedarf hinaus bei verschiedensten Kreditinstituten vorgehalten. Darüber hinaus ist im TWD-Konzern ein Cash-Pooling implementiert, das es erlaubt, auf zusätzliche Finanzierungsquellen zurück zu greifen. Im Falle der außerplanmäßigen Nutzung der Kreditlinien käme es zu zusätzlichen Zinsaufwendungen.

Politische, rechtliche und regulatorische Risiken

Das Geschäft der Versorgungsunternehmen ist und wird auch künftig maßgeblich durch die politischen Rahmenbedingungen bestimmt. Für ENSO und die zugehörigen Tochterunternehmen sind besonders die Vorgaben zur Ausgestaltung des Wettbewerbs und zum Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Rolle der Verteilnetze im zukünftigen Energiekonzept von Bedeutung. Mit den politischen Vorgaben wird die Rentabilität und Risikobehaftung von Geschäftsaktivitäten beeinflusst. Diese Vorgaben haben erheblichen Einfluss auf die zukünftige Marktposition der ENSO.

Ändert der Gesetzgeber die Vergütungen für EEG-Anlagen, können Investitionen der ENSO in Windenergie-, Biogas- oder Photovoltaikanlagen betroffen sein.

Regulatorische Risiken können ENSO insbesondere über ihre 100%ige Tochter ENSO NETZ treffen. Verschiedene regulatorische Verfahren zu den jährlichen Erlösbergrenzen der dritten Regulierungsperiode sind noch nicht abgeschlossen. Die Festlegungen der Regulierungsbehörden können gegebenenfalls zu einer Veränderung der Einnahmensituation gegenüber der Planung führen. In der vierten Regulierungsperiode kann die der BNetzA zugesprochene weitreichende Gestaltungsfreiheit bei der Methodenwahl zur Festlegung der Eigenkapital-Verzinsung in Verbindung mit dem geringen Marktzinsniveau zu noch weiteren Absenkungen des Verzinsungsanspruchs mit deutlich negativen Auswirkungen auf die Investitions- und Finanzkraft der Branche führen. Das Ausgangsniveau und der Effizienzwert sind ebenfalls noch offen.

Operative Risiken

Operative Risiken entstehen aus der Komplexität der Prozesse in Energieversorgungsunternehmen sowie aus fehlenden Kontrollen an wichtigen Punkten der Prozessketten. ENSO wirkt diesem Risiko durch zahlreiche implementierte Kontrollen entgegen.

Es ist anzunehmen, dass Cyber-Angriffe in der Zukunft an Bedeutung gewinnen werden. Eine stärkere Betonung eines ganzheitlichen Ansatzes im Sinne technischer und organisatorischer Maßnahmen soll diesem Risiko entgegen wirken.

Aufgrund aktueller demographischer Entwicklungstendenzen wird dem Risiko des Personaleinsatzes in Schlüsselpositionen eine hohe Bedeutung beigemessen.

Im Rahmen der Investitionen sind zahlreiche Bauprojekte geplant. Aufgrund von geänderten Marktgegebenheiten kann es zu ungeplanten Kostensteigerungen und Unwägbarkeiten im Bauablauf kommen.

Beteiligungs- und Investitionsrisiken

Risikokomponenten von Beteiligungsrisiken sind der Wertverlust, der Ausfall ausgereicher Kredite, der Ausfall oder die Reduzierung eingeplanter Ausschüttungen oder im Einzelfall die Inanspruchnahme gewährter Haftungsgarantien.

ENSO unterliegt mit ihrer Beteiligung an der Biomethan Zittau GmbH durch mehrere unsichere Einflussgrößen dem Risiko eines schwankenden Jahresertrages. Das Risiko bewegt sich aufgrund der Größe der Beteiligungen auf einem überschaubaren Niveau. Jahresergebnis und Beteiligungsansatz sind aber mit Unsicherheit belastet.

Ähnlich gelagerte Risiken ergeben sich aus Windenergieanlagen, bei denen sich in windschwachen Jahren standortabhängig ein Minderertrag gegenüber der Planung einstellen kann. Setzen sich schlechte Windjahre fort, kann eine Wertberichtigung erforderlich werden. Mögliche Anlagenschäden an den Windkraftanlagen sind über Wartungsverträge oder Versicherungen abgedeckt.

Durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der ENSO NETZ kann das Ergebnis der ENSO zusätzlich belastet werden. ENSO NETZ ist in den Risikomanagementprozess der ENSO integriert. Dadurch ist ein umfassendes Management der Risiken dieser Beteiligung gewährleistet.

Sonstige Risiken

Insbesondere die 100%ige Tochter ENSO NETZ ist Risiken aus Umwelteinflüssen ausgeliefert. Unter Umwelteinflüssen werden wetterbedingte Extremsituationen wie Hochwasser, Sturm, Orkan, Gewitter oder Eislasten verstanden, welche mit ihren Auswirkungen hohe Schäden an technischen Anlagen und flächendeckende Versorgungsausfälle verursachen können. Zur Beseitigung der dadurch entstehenden Schäden ist mit hohen Aufwendungen zu rechnen. Zum Hochwasserschutz sind von ENSO zahlreiche Maßnahmen zur Schadensbegrenzung umgesetzt worden.

Risiken aufgrund technischer Schäden betreffen hauptsächlich die Netze. Zur Begrenzung der Schäden sind vertragliche, technische und organisatorische Maßnahmen umgesetzt.

Lokale und globale Krisen, verursacht z. B. durch Epidemien, Anschläge oder Naturkatastrophen, können den Geschäftsablauf erheblich beeinflussen. Für existenzielle Kernprozesse zur Versorgung der Kunden mit Energie sind Notfallpläne hinterlegt, z. B. ein dreistufiger Pandemie- Vorsorge- und Maßnahmenplan. Sämtliche Regelungen werden durch das Krisenmanagement koordiniert.

Chancenbericht

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden auch Chancen als potenzielle Ertrags- oder Vermögensverbesserungen gegenüber den Planwerten erfasst und bewertet.

Chancen bestehen überwiegend bei Absatz und Beschaffung von Strom und Gas sowie in einer reduzierten Inanspruchnahme von bilanzierten Risikovorsorgen.

Kommt es durch neue Entscheidungen des Gesetzgebers oder der Regulierungsbehörden zu einer Verbesserung des rechtlichen und regulatorischen Rahmens im Vergleich zur Planung wirken sie positiv auf das Ergebnis.

Weitere Chancen bestehen bei der Entwicklung neuer marktkonformer Energiedienstleistungen, in der Gebäudeklimatisierung, im Contracting, bei Mess- und Abrechnungsdienstleistungen sowie bei der Fortführung von Investitionen und Eigenprojektentwicklungen in erneuerbare Energien und Komplementärtechnologien. Der Ausbau von Produkten auf Basis smarter Technologien und die Sicherung der Stromnetzstabilität erfordern die intensive Beteiligung der Verteilnetzbetreiber. Die im Vergleich zu anderen Energieträgern niedrigen Gaspreise verbessern die Möglichkeiten zur Verdichtung des Anschlussgrades von Kunden an das Erdgasnetz mit der Chance, die Netzeffizienz langfristig zu erhöhen. Das kann bei ENSO NETZ zu erhöhter Wertschöpfung führen.

Mit einer kontinuierlichen Prüfung neuer Geschäftsansätze und deren Umsetzung, der Wahrnehmung von sich ergebenden Chancen in Veränderungsprozessen und der permanenten Verbesserung von Arbeitsabläufen sichert ENSO ihre Wettbewerbsposition. Die transparenten und serviceorientierten Geschäftsmodelle werden durch eine hohe Kundenzufriedenheit bestätigt. Die immer engere Zusammenarbeit innerhalb der EVD wird Projekte, Ressourcen und Ideen noch stärker miteinander vernetzen.

Das mehrfach ausgezeichnete Niveau der Ausbildungsleistungen der ENSO wird sich in der Qualität und Leistungsfähigkeit des nachwachsenden Mitarbeiterstamms ausdrücken.

Risiken aus der Corona-Pandemie

Die Szenarien verschiedener Wirtschaftsinstitute zeigen für das Jahr 2020 einen in Höhe und Dauer noch ungewissen Wirtschaftsabschwung. ENSO aktualisiert auf Basis der bekannten Informationen permanent die Absatzprognosen und berücksichtigt diese bei der Bewirtschaftung der Portfolien, um Risiken zu minimieren. Zur Reduktion von Kreditrisiken wurden ebenfalls zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Es werden gegebenenfalls entstehende Liquiditätsrisiken auch in diesem Zusammenhang permanent

bewertet und Maßnahmen zur Abminderung des Risikos geprüft.

Gesamtaussage

Die unternehmerischen Bedingungen im Umfeld der Energiebranche haben sich im Vergleich zu früheren Geschäftsjahren weiter verschärft. Die Unsicherheiten – gerade hinsichtlich energiepolitischer Entscheidungen – sind merklich größer geworden und die Planungssicherheit hat abgenommen. Der Wettbewerbsdruck ist anhaltend hoch.

Auch weiterhin muss die Energiebranche mit tiefgreifenden Veränderungen, instabilen Rahmenbedingungen und volatilen Energiemärkten rechnen. Die zukünftige Geschäftstätigkeit der ENSO ist demzufolge mit Risiken behaftet.

Vorteilhaft ist, dass die ENSO durch ihre thematisch breite Aufstellung, die diversifizierte Kundenstruktur und die umgesetzten Maßnahmen zur Risikobegrenzung über ein vielfältig zusammengesetztes Chancen- und Risikoprofil verfügt.

Als aktuell größte Herausforderungen sind die Einschätzung und die Bewältigung der belastenden Auswirkungen der Corona-Pandemie zu nennen.

Der Vorstand sieht nach derzeitiger Einschätzung keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zur Absicherung von Preisrisiken im Strom- und Gasvertrieb und der Strom- und Gasbeschaffung werden durch ENSO Commodity-Termingeschäfte eingesetzt. Grundlage für die Erfassung und Bewertung der Commodity-Positionen sowie zur Messung und Überwachung von Commodity-Risiken sind interne Regelungssysteme und Risikohandbücher, die regelmäßig im Rahmen des

internen Kontrollsystems auf Aktualität geprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden. Die Commodity-Positionen werden in einem geeigneten EDV-System erfasst und mit aktuellen Marktparametern bewertet. Dabei stehen sowohl Einzelgeschäfte als auch Kundengruppenportfolios im Fokus.

Bericht nach § 312 AktG über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand hat einen Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen nach § 312 Aktiengesetz für das Geschäftsjahr 2019 erstellt und mit folgender Schlussbemerkung versehen:

„Wir erklären, dass nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, die ENSO Energie Sachsen Ost AG bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt wurde.“

Dresden, 31. März 2020

Der Vorstand



Dr. Frank Brinkmann Ursula Gefrerer Lars Seiffert

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2019

Aktiva	31.12.2019		31.12.2018		Passiva	31.12.2019		31.12.2018	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR		EUR	EUR	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Gezeichnetes Kapital		105.221.170,00		105.221
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	11.556.012,72		12.373		II. Kapitalrücklage		67.353.721,60		67.354
2. Geleistete Anzahlungen	1.134.850,07	12.690.862,79	1.254	13.627	III. Gewinnrücklagen				
II. Sachanlagen					1. Gesetzliche Rücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG	88.464.962,50		88.465	
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	81.358.428,15		84.882		2. Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	2.101.433,89		2.133	
2. Technische Anlagen und Maschinen	562.877.868,24		559.786		3. Andere Gewinnrücklagen	27.697.207,21	118.263.603,60	27.666	118.264
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.657.387,26		19.888		IV. Bilanzgewinn		96.714.078,05		102.428
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	7.718.942,60	670.612.626,25	1.841	666.397			387.552.573,25		393.267
III. Finanzanlagen					B. Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	38.293.444,95		33.279		Investitionszuschüsse		8.240.224,66		7.635
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.240.000,00		1.240		C. Baukostenzuschüsse		68.330.049,42		68.403
3. Beteiligungen	489.753,34		490		D. Sonderposten für kostenlos zugeteilte Emissionsrechte		0,00		141
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	100.000,00		0		E. Rückstellungen				
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	111.060.873,52	151.184.071,81	111.061	146.070	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		14.349.503,96		14.164
		834.487.560,85		826.094	2. Steuerrückstellungen		7.917.910,92		17.678
B. Umlaufvermögen					3. Sonstige Rückstellungen		64.903.415,65		65.146
I. Vorräte							87.170.830,53		96.988
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00		657		F. Verbindlichkeiten				
2. Unfertige Leistungen	662.446,32		2.308		1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		192.508.088,89		159.200
3. Waren	15.674,36	678.120,68	10	2.975	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		517.800,70		278
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		66.524.116,58		57.272
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	143.991.949,36		115.688		4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		197.792.140,60		175.253
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	42.985.117,28		10.033		5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		487,90		0
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	41.080,33		63		6. Sonstige Verbindlichkeiten – davon aus Steuern EUR 32.105.766,28 (i. Vj. TEUR 22.280) –		32.240.289,41		22.397
4. Sonstige Vermögensgegenstände	7.231.661,29	194.249.808,26	10.100	135.884			489.582.924,08		414.400
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		3.719.867,70		6.310					
		198.647.796,64		145.169					
C. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung		2.101.433,89		2.133					
D. Rechnungsabgrenzungsposten		5.639.810,56		7.438					
		1.040.876.601,94		980.834			1.040.876.601,94		980.834

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2019

	2019		2018
	EUR	EUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		1.354.043.363,47	1.124.471
abzüglich Stromsteuer		85.013.200,00	65.319
abzüglich Energiesteuer		21.275.100,00	20.064
		1.247.755.063,47	1.039.088
2. Erhöhung (i. Vj. Verminderung) des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen		374.327,52	3.662
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		243.839,52	394
4. Sonstige betriebliche Erträge		27.561.510,65	55.717
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	795.215.196,22		609.824
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	290.674.739,86	1.085.889.936,08	246.692
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	25.942.556,84		25.131
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung – davon für Altersversorgung EUR 1.137.319,02 (i. Vj. TEUR 1.393) –	5.773.860,21	31.716.417,05	5.845
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		48.055.755,48	47.440
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		35.320.775,34	33.825
9. Erträge aus Beteiligungen		59.305,28	781
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens – davon aus verbundenen Unternehmen EUR 31.000,00 (i. Vj. TEUR 0) –		69.134,70	80
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge – davon aus verbundenen Unternehmen EUR 74.725,06 (i. Vj. TEUR 35) –		391.733,62	149
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen – davon an verbundene Unternehmen EUR 273.051,54 (i. Vj. TEUR 345) – – davon aus der Aufzinsung EUR 766.084,94 (i. Vj. TEUR 892) –		3.535.203,09	2.380
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme		132.894,56	2.627
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		23.374.153,27	30.379
15. Ergebnis nach Steuern		48.429.779,89	88.404
16. Sonstige Steuern		763.593,96	624
17. Jahresüberschuss		47.666.185,93	87.780
18. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		49.047.892,12	14.648
19. Bilanzgewinn		96.714.078,05	102.428

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

A. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die ENSO Energie Sachsen Ost AG (kurz: „ENSO“), mit Sitz in Dresden, ist im Handelsregister des Amtsgerichts Dresden unter der Nummer HRB 965 eingetragen.

Der Jahresabschluss der ENSO wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB sowie den einschlägigen ergänzenden Vorschriften des AktG, des DMBilG und des EnWG aufgestellt. Es gelten die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften.

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte nach dem Gesamtkostenverfahren.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungsansätze und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten worden.

Die Bewertung der vor dem 1. Juli 1990 angeschafften Vermögensgegenstände erfolgte mit den aus der DM-Eröffnungsbilanz fortgeführten Werten, die nach § 7 Abs. 1 DMBilG als Anschaffungs- und Herstellungskosten gelten, soweit nicht Berichtigungen nach § 36 DMBilG erforderlich waren.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** des Anlagevermögens sind zu Anschaffungskosten bilanziert und werden entsprechend ihrer Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich Abschreibungen angesetzt.

In die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagegegenstände sind neben den direkt zurechenbaren Kosten auch anteilige Gemeinkosten einbezogen.

Den Abschreibungen liegen die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern zugrunde.

Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen werden – soweit steuerlich zulässig – für die aus der DM-Eröffnungsbilanz noch vorhandenen Sachanlagen nach der degressiven Methode berechnet. Auf die lineare Abschreibungsmethode wird übergegangen, sobald diese zu höheren Abschreibungsbeträgen führt. Die Zugänge ab dem Geschäftsjahr 2008 werden linear abgeschrieben. Die Abschreibungen werden für den Monat der Anschaffung bzw. der Herstellung und die nachfolgenden Monate des Wirtschaftsjahres zum Abzug gebracht.

Geringwertige Anlagengüter bis zu einem Netto-Einzelwert von EUR 800,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben, die Abgangsbuchung erfolgt mit der Verschrottung, dem Verkauf oder dem sonstigen Ausscheiden aus dem Anlagevermögen.

Die **Finanzanlagen** sind zu Anschaffungskosten, teilweise abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen, angesetzt.

Die **Vorräte** sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bilanziert. Die unentgeltlich erworbenen Emissionsrechte wurden mit dem Zeitwert zum Zuteilungszeitpunkt unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips erfasst.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Erkennbare Risiken sind durch angemessene Einzel- und Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

Der Energieverbrauch von Kleinkunden wird im rollierenden Abrechnungsverfahren ermittelt. Für die Ermittlung zum Bilanzstichtag erfolgt deshalb eine kundenindividuelle Schätzung.

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** werden zum Nennwert bewertet.

Unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit die Aufwendungen für einen nachfolgenden Zeitraum bestimmt sind.

Das **Eigenkapital** ist zum Nennbetrag angesetzt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie sonstige Personalrückstellungen sind durch versicherungsmathematische Gutachten mittels der Anwartschaftsbarwertmethode (Projected Unit Credit Method), gemäß IDW RS HFA 3 bzw. der Barwertmethode ermittelt worden. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richttafeln „2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet.

Die **übrigen Rückstellungen** sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Für den notwendigen Rückbau von Anlagen sind in den Vorjahren Rückstellungen (TEUR 3.386) nach § 249 Abs. 2 HGB a.F. gebildet wurden. Diese werden unter Bezugnahme auf das Beibehaltungswahlrecht nach Art. 67 Abs. 3 EGHGB fortgeführt. Rückstellungen mit einer Rest-

laufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

C. Angaben zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist diesem Anhang als Anlage beigefügt.

1.1 Angaben zum Anteilsbesitz

An nachstehenden Unternehmen besitzt die ENSO unmittelbar Anteile:

Firma, Sitz	Kapitalanteil der ENSO	Eigenkapital der Gesellschaft zum 31.12.2019	Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-) 2019
	%	TEUR	TEUR
ENSO NETZ GmbH, Dresden	100,00	23.909	0 ¹
desaNet Telekommunikation Sachsen Ost GmbH, Dresden	100,00	9.143	1.137
GEWA Gesellschaft für Wasser und Abwasser mbH, Dresden	100,00	780 ²	-5 ²
systematics NETWORK SERVICES GmbH, Dresden	100,00	1.128	133
DRECOUNT GmbH, Dresden	50,00	5.721 ³	578 ³
Biomethan Zittau GmbH, Zittau	50,00	2.197 ²	-225 ²
Windpark Streumen GmbH, Dresden	50,00	7.287 ³	186 ³
Projektgesellschaft Anbau CITY CENTER Dresden GmbH & Co. KG, Dresden	50,00	8.279	-39
Projektgesellschaft Anbau CITY CENTER Dresden Verwaltungs GmbH, Dresden	50,00	26	1
Technische Dienste Altenberg GmbH, Altenberg	49,00	857 ⁴	35 ⁴
Wärmeversorgung Weigsdorf-Köblitz GmbH, Cunewalde	40,00	236 ²	65 ²
Info-Kabel GmbH Betreiber von Rundfunk-Kabelanlagen, Bischofswerda	25,00	697 ²	110 ²

¹ Aufgrund des Bestehens eines Gewinnabführungsvertrages ist das Jahresergebnis Null.

² Jahresabschluss 2019 liegt noch nicht vor – Eigenkapital und Ergebnis 2018.

³ vorläufige Zahlen

⁴ Geschäftsjahr 1. Juni 2018 bis 31. Mai 2019

1.2 Ausleihungen an verbundenen Unternehmen

Im Jahr 2018 hat sich die ENSO an der Windpark Streumen GmbH beteiligt und dieser ein Darlehen in Höhe von TEUR 1.240 gewährt. Dieses Darlehen hat eine Endfälligkeit zum 30. Dezember 2027.

1.3 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Jahr 2019 hat die ENSO der Wärmeversorgung Weigsdorf-Köblitz GmbH ein Darlehen in Höhe von TEUR 100 gewährt. Das Darlehen wird in jährlichen Raten in Höhe von TEUR 12,5, erstmals zum 30. Dezember 2020, bis zum 30. Dezember 2027 getilgt.

1.4 Wertpapiere des Anlagevermögens

In den Wertpapieren des Anlagevermögens sind Anteile an Spezialfonds enthalten.

Die in den Vorjahren aus der Innenfinanzierung heraus erwirtschaftete freie Liquidität hat die ENSO in Wertpapieren angelegt. Diese finanziellen Mittel decken die von der ENSO zu leistende betriebliche Altersversorgung sowie die aus bestehenden Altersteilzeitverpflich-

tungen zu erbringenden Verpflichtungen ab. Darüber hinaus werden diese liquiden Mittel – nach der dem Aufsichtsrat vorliegenden Mittelfristplanung – vollständig zur Abdeckung von Ersatzinvestitionen verwendet.

Die Gesellschaft hält 100%ige Anteile an nachfolgendem inländischen Investmentvermögen:

	Buchwert der Anteile	Marktwert	Ausschüttung im Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR	TEUR
ESAG INKA	111.061	130.428	38

Es bestehen keine Beschränkungen der täglichen Rückgabemöglichkeiten.

2. Vorräte

Die Vorräte bestehen überwiegend aus unfertigen Leistungen.

Die im Vorjahr ausgewiesenen Zertifikate für Emissionsrechte wurden im Geschäftsjahr 2019 veräußert.

3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2019		31.12.2018	
	insgesamt	Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	insgesamt	Restlaufzeit von mehr als einem Jahr
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	143.992	0	115.688	0
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	42.985	0	10.033	0
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	41	0	63	0
4. Sonstige Vermögensgegenstände	7.232	0	10.100	0
	194.250	0	135.884	0

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist die Verbrauchsabgrenzung für nicht abgelesene Energielieferungen an Kleinkunden in Höhe von TEUR 149.885 (i. Vj. TEUR 147.516) zuzüglich Strom- und Energiesteuer von TEUR 14.536 (i. Vj. TEUR 14.588) und abzüglich erhaltener Abschlagszahlungen in Höhe von TEUR 130.984 (i. Vj. TEUR 130.147) enthalten.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren aus einem Saldo von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 18.346; i. Vj. TEUR 12.433), sonstigen Vermögensgegenständen aus Finanzverkehr (TEUR 51.080; i. Vj. TEUR 3.187), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 26.308; i. Vj. TEUR 5.587) sowie Verbindlichkeiten aus Verlustausgleich gegenüber der ENSO NETZ (TEUR 133).

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 41; i. Vj. TEUR 63).

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen noch nicht verrechenbare Vorsteuer (TEUR 5.571) und hinterlegte Sicherheitsleistungen für die Teilnahme am Strom- und Gashandel (TEUR 918).

4. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung

Die Abschreibung des Sonderverlustkontos erfolgte aufgrund der Inanspruchnahme von in der DM-Eröffnungsbilanz gebildeten Rückstellungen.

5. Latente Steuern

Die ENSO hat latente Steuern auf Unterschiedsbeträge zwischen der Steuer- und Handelsbilanz berechnet. Für die Berechnung wurde für die Körperschaftsteuer ein Steuersatz von 15% und für den Solidaritätszuschlag von 5,5% auf die Körperschaftsteuer berücksichtigt. Bei der Gewerbesteuer wurden eine Gewerbesteuermesszahl von 3,5% und ein durchschnittlicher Hebesatz von 410% verwendet.

Die Unterschiedsbeträge zwischen Steuer- und Handelsbilanz resultieren im Wesentlichen aus folgenden Sachverhalten:

Latente Steueransprüche auf Differenzen	31.12.2019	31.12.2018
	TEUR	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	20
Sachanlagevermögen	-3.407	-3.517
Finanzanlagen	5.972	5.567
Vorräte	17	55
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.269	900
Sonderverlustkonto	2	3
Baukostenzuschüsse	1.595	1.339
Rücklage § 6b EStG	-261	-287
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.419	1.281
Sonstige Rückstellungen	5.579	5.714
Verbindlichkeiten	-2	0

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert. Das Ansatzwahlrecht für aktive latente Steuern in Höhe von TEUR 12.058 wurde nicht ausgeübt.

6. Eigenkapital

Das Grundkapital der ENSO von TEUR 105.221 ist eingeteilt in 2.053.096 Stückaktien, die nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden können.

Im Bilanzgewinn von TEUR 96.714 ist in Höhe von TEUR 49.048 der Gewinnvortrag enthalten.

7. Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen

Der Posten enthält überwiegend von den Straßenbauverwaltungen – für geforderte Veränderungen in Leitungsnetzen – geleistete Investitionszuschüsse.

Der Sonderposten wird entsprechend den Abschreibungen auf die bezuschussten Anlagegüter aufgelöst und der Auflösungsbetrag mit den Abschreibungen verrechnet. Die Auflösung für das laufende Jahr beträgt TEUR 496.

8. Baukostenzuschüsse

Die bis zum Geschäftsjahr 2002 erhaltenen Baukostenzuschüsse werden über einen Zeitraum von 20 Jahren aufgelöst.

Die Zugänge ab dem Geschäftsjahr 2003 werden entsprechend den Abschreibungen auf die bezuschussten Anlagegüter aufgelöst.

Die ab dem Geschäftsjahr 2007 ursprünglich von der ENSO NETZ vereinnahmten Baukostenzuschüsse für Investitionsmaßnahmen wurden entsprechend einem im Geschäftsjahr 2011 abgeschlossenen Vertrag durch die Gesellschaft von der ENSO NETZ übernommen. Sie werden entsprechend der Restnutzungsdauer der bezuschussten Wirtschaftsgüter ertragswirksam aufgelöst.

Die Auflösung der erhaltenen Baukostenzuschüsse erfolgt zugunsten der Umsatzerlöse.

9. Rückstellungen

9.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Rückstellungen für Pensionen wurden unter Berücksichtigung nachfolgender Annahmen ermittelt:

- Rechnungszinssatz p. a.: 2,79% (Stand 31. Oktober 2019)
- Rententrend p. a.: 0,00% bei den Zusatzrenten
1,00% bei der Zusage eines Vorstandsmitgliedes
2,00% bei den sonstigen Renten
- Fluktuationsrate: 0,00%

Die Berechnung der Rückstellung für Überbrückungsgeldverpflichtungen erfolgte mit den versicherungsmathematischen Annahmen:

- Rechnungszinssatz p. a.: 2,02% (Stand 31. Oktober 2019)
- Gehaltstrend p. a.: 3,00% (zum 1. August 2020)
2,30% (ab 2021)
- Fluktuationsrate: 0,00%.

Entsprechend § 246 Abs. 2 HGB wurden die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen (TEUR 14.415) in Höhe von TEUR 130 nicht in der Bilanz ausgewiesen, sondern mit dem Deckungsvermögen aus Rückdeckungsversicherungen verrechnet. Die Rückstellungen für Pensionen betragen somit TEUR 14.285. Die Anschaffungskosten entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der Rückdeckungsversicherungen zum Bilanzstichtag. Im Finanzergebnis erfolgte die Saldierung der Zinserträge (TEUR 4) aus dem Deckungsvermögen mit dem Zinsaufwand (TEUR 407) aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen wurden statt mit einem Durchschnittszinssatz auf Basis der letzten sieben Jahre mit einem Durchschnittszinssatz auf Basis der letzten zehn Jahre abgezinst. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt TEUR 1.270 (i. Vj. TEUR 1.449) und wird im operativen Ergebnis ausgewiesen. Für diesen Unterschiedsbetrag gilt gemäß § 253 Abs. 6 HGB eine Ausschüttungssperre.

9.2 Steuerrückstellungen

Steuerrückstellungen wurden für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie Gewerbesteuer für das laufende Geschäftsjahr gebildet.

Weiterhin wurden aufgrund der Steuererklärung für das Geschäftsjahr 2018 für Ertragsteuern Steuerrückstellungen erfasst.

9.3 Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen bestehen insbesondere für ausstehende Rechnungen, Konzessionsabgaben, Drohverluste, Risiken aus Insolvenzanfechtungen, Abbruchkosten im Fernwärmebereich, Abrechnungskosten für Strom- und Gaslieferungen an Kleinkunden, Archivierungskosten, Altlasten, Betriebsprüfungsrisiken, Verpflichtungen zur Zahlung für Betriebsjubiläen, Alterszeit und Sozialplanmaßnahmen sowie für Erfolgs- und Leistungszuwendungen.

Bei den Rückstellungen für die Kosten der Altlastensanierung wurde die im Erwerbvertrag vom 26. Juni 1991 von der Treuhandanstalt zugesicherte 90%ige

Beteiligung an den Aufwendungen für Altlastensanierung in die Bewertung einbezogen.

Die Rückstellungen für Sozialplanmaßnahmen wurden mit einem Durchschnittzinssatz auf Basis der letzten zehn Jahre von 2,79 % p. a. (Stand 31. Oktober 2019) abgezinst. Es wurde eine Erhöhung der Ausgleichsrente von 1 % p. a. unterstellt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt bei Verwendung des Durchschnittzinssatz auf Basis der letzten sieben Jahre TEUR 478 (i. Vj. TEUR 548) und wird im operativen Ergebnis ausgewiesen. Für diesen Unterschiedsbetrag gilt gemäß § 253 Abs. 6 HGB eine Ausschüttungssperre.

10. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten	Gesamt- betrag	31.12.2019			Gesamt- betrag	31.12.2018		
		Restlaufzeit				Restlaufzeit		
		bis zu einem Jahr	von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren		bis zu einem Jahr	von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	192.508	116.508	13.500	62.500	159.200	56.700	52.500	50.000
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	518	518	0	0	278	278	0	0
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	66.524	66.524	0	0	57.272	57.272	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	197.792	197.792	0	0	175.253	175.253	0	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1	1	0	0	0	0	0	0
6. Sonstige Verbindlichkeiten	32.240	32.240	0	0	22.397	22.397	0	0
davon aus Steuern	(32.106)	(32.106)	(0)	(0)	(22.280)	(22.280)	(0)	(0)
	489.583	413.583	13.500	62.500	414.400	311.900	52.500	50.000

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten den Saldo aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 1.289; i. Vj. TEUR 2.803), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 5.680; i. Vj. TEUR 32.487) und sonstigen Verbindlichkeiten aus dem Finanzverkehr (TEUR 193.401; i. Vj. TEUR 142.942). Weiterhin wurden im Vorjahr in diesem Bilanzposten die sonstigen Verbindlichkeiten aus Verlustausgleich (TEUR 2.627) gegenüber der ENSO NETZ ausgewiesen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus abzuführender Strom-, Energie- und Umsatzsteuer.

11. Haftungsverhältnisse, sonstige finanzielle Verpflichtungen und außerbilanzielle Geschäfte

Ein Teil des Grundvermögens ist mit Sicherungshypotheken in Höhe von insgesamt USD 33 Mio. belastet. Mögliche finanzielle Verpflichtungen aus zwei damit im Zusammenhang stehenden Anleihen aus den Jahren 1925 und 1926 sind nicht bekannt.

Ein Haftungsrisiko wegen Altlasten kann für Verdachtsflächen, die sich nicht mehr im Eigentum der ENSO befinden (ehemalige Gaswerksstandorte), nicht ausgeschlossen werden. Es sind jedoch derzeit keine Ansprüche hierfür bekannt. Für die bekannten Ansprüche wurden Rückstellungen gebildet.

Die ENSO hat für einen Kredit an die Biomethan Zittau GmbH (Verbundenes Unternehmen) eine Patronatserklärung über 50 % der Verbindlichkeiten abgegeben. Zum Stichtag 31. Dezember 2019 valutiert der Kredit mit EUR 2,4 Mio. Die ENSO geht davon aus, dass aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Biomethan Zittau GmbH derzeit keine Inanspruchnahme erwartet wird.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen der ENSO bestehen aufgrund abgeschlossener Commodity-Termingeschäfte im Strombereich in Höhe von EUR 485 Mio. für die Jahre 2020 bis 2023.

Weiterhin hat die ENSO Abnahmeverpflichtungen aus Gasbezugsverträgen sowie aus fest abgeschlossenen Verträgen für die Jahre 2020 bis 2025 in Höhe von EUR 318 Mio.

Die ENSO hat mit der DRECOUNT GmbH (Verbundenes Unternehmen) einen Rahmenvertrag Kundenservice abgeschlossen. Dieser Vertrag ist zum 1. Oktober 2014 in Kraft getreten und gilt bis 31. Dezember 2019. Der Vertrag wurde nicht gekündigt und verlängert sich somit um weitere zwei Jahre Laufzeit. Für die Leistungserbringung zahlt die ENSO ein jährliches Dienstleistungsentgelt in Höhe von EUR 10,1 Mio.

Es besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der ENSO NETZ (Verbundenes Unternehmen). Damit verpflichtet sich die ENSO entsprechend § 302 AktG jeden entstehenden Jahresfehlbetrag der ENSO NETZ auszugleichen.

Die ENSO verpachtet gemäß zweier Verträge vom 24. April 2007 ihr Elektrizitäts- und Erdgasverteilernetz an die ENSO NETZ. Die Verträge traten zum 1. Januar 2007 in Kraft und galten bis 31. Dezember 2011. Die Verträge verlängern sich um jeweils fünf Jahre, sofern sie nicht innerhalb von zwölf Monaten zum Jahresende schriftlich gekündigt werden. Die Verträge enden, ohne dass es einer Kündigung bedarf, wenn die ENSO als Gesellschafterin der ENSO NETZ ausscheidet. Bei Beendigung der Pachtverträge hat die ENSO NETZ die Pachtgegenstände herauszugeben.

Das Bestellobligo aus erteilten Investitions- und Instandhaltungsaufträgen beträgt EUR 5,4 Mio.

12. Derivative Finanzinstrumente und Bewertungseinheiten

Zur Absicherung von geplanten Absatzgeschäften werden Commodity-Termingeschäfte abgeschlossen. Diese dienen zur Sicherung von Schwankungen künftiger Zahlungsströme aus geplanten Absatz- und Beschaffungsgeschäften. Die Absatzgeschäfte sowie die physische Beschaffung für Strom und Gas werden

nach dem IDW RS ÖFA 3 bilanziert. Diese Bücher werden mittels einheitlichem Risikomanagementsystem gesteuert. Zur Bewertung der geplanten Absatz- und Beschaffungsgeschäfte werden die Marktpreise von anerkannten Quellen (EEX) verwendet. Die Marktwerte dieser Commodity-Termingeschäfte betragen zum Abschlussstichtag TEUR 403.998 (Strom) bzw. TEUR 222.423 (Gas). Aus der Deckungsbeitragsrechnung der Bücher ergibt sich zum Stichtag eine Drohverlustrückstellung in Höhe von TEUR 11.019, die entsprechend bilanziell abgebildet wurde.

Eigenhandelsgeschäfte sind in einem Buch zusammengefasst und werden nach § 254 HGB in einer Bewertungseinheit bilanziert. Das Nominalvolumen dieser Commodity-Termingeschäfte wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Commodity-Termingeschäften zugrunde liegen. Die beizulegenden Zeitwerte (= innerer Wert = Gewinn) ergeben sich aus anerkannten Bewertungsmethoden unter Berücksichtigung von Börsenkursen.

Commodity-Termingeschäfte Strom	Menge	Beizulegender Zeitwert
	MWh	TEUR
Käufe	456.648	-2.292
Verkäufe	456.648	2.430

Commodity-Termingeschäfte Gas	Menge	Beizulegender Zeitwert
	MWh	TEUR
Käufe	533.949	-3.231
Verkäufe	533.949	3.488

Commodity-Termingeschäfte (Kauf und Verkauf von Strom und Gas), die nicht zur Abdeckung des eigenen physischen Bedarfs dienen, werden mit einem Nominalvolumen von TEUR 42.116 (Strom) bzw. TEUR 21.530 (Gas) mittels Festbewertung („Einfrierungsmethode“) zu Micro-Bewertungseinheiten zusammengefasst. Dabei ist jedes Einzelgeschäft durch ein zeit- und volumengleiches Gegengeschäft abgesichert. Die Wirksam-

keit der Sicherungsbeziehung ist durch die Identität aller wesentlichen Bewertungsparameter zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft sichergestellt. Die Gegengeschäfte werden unmittelbar nach Abschluss des Basisgeschäfts getätigt. Positive und negative Wertänderungen gleichen sich in den Jahren 2020 bis 2022 (Strom) bzw. 2020 (Gas) weitgehend aus.

„Sleeve-Geschäfte“ mit einem Nominalvolumen von TEUR 89.549 sind aus der Bewertungseinheit ausgeschlossen. Bei diesen Geschäften handelt es sich um zeitgleich abgeschlossene Kauf- und Verkaufsgeschäfte für den Zeitraum 2020 bis 2022, welche frist- und mengenleich abgeschlossen werden. Hieraus entstehen keine Marktpreisrisiken sowie keine Ergebnisse und auch keine zu bilanzierenden Beträge.

Die Höhe der mit den Micro-Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken beträgt bei den Eigenhandelsgeschäften Strom TEUR 2.502 und bei den Eigenhandelsgeschäften Gas TEUR 3.231.

Darüber hinaus wurden auch Future-Kontrakte zur Preisabsicherung von Stromgeschäften abgeschlossen. Der beizulegende negative Zeitwert der Future-Geschäfte beträgt zum Stichtag TEUR -18. Dieser ergibt sich aus der Differenz der Summe der Nominalwerte der einzelnen Positionen (TEUR 1.655) und der Bewertung dieser zu Marktpreisen zum Abschlussstichtag (TEUR 1.637).

D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

	2019	2018
	TEUR	TEUR
Stromlieferungen an		
Verteilerwerke	50.459	29.190
Großkunden	378.347	272.753
Kleinkunden	227.703	226.748
Handel	100.285	56.141
EEG-Lieferung	33.007	21.125
KWK-Lieferung	376	494
	790.177	606.451
Erdgaslieferungen an		
Verteilerwerke	58.359	41.531
Großkunden	67.990	68.423
Kleinkunden	86.278	82.142
Handel	78.381	70.727
	291.008	262.823
Wärme	4.053	4.232
Sonstige Lieferungen und Leistungen		
Verpachtung Netze	84.224	88.606
Dienstleistungen/ Betriebsführungen	26.148	25.580
Datenverarbeitung	14.477	13.416
Auflösung von Zuschüssen	5.537	6.242
Vermietung und Verpachtung	5.529	5.469
Forderungsbeitreibung	846	816
Sonstige	25.756	25.453
	162.517	165.582
	1.247.755	1.039.088

Die Umsatzerlöse wurden überwiegend im Inland erzielt.

In den Erlösen aus Stromlieferungen sind TEUR 1.803 und aus Wärmelieferungen sind TEUR 40 periodenfremde Umsatzerlöse enthalten. Umsatzkorrekturen, die das Vorjahr betreffen, haben die

Erlöse aus Gaslieferungen im Saldo um TEUR 303 gemindert. Darüber hinaus beinhalten die Umsatzerlöse aus sonstigen Lieferungen und Leistungen einen periodenfremden Ertrag in Höhe von TEUR 85.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Ausgewiesen werden nachfolgende Erträge:

	2019	2018
	TEUR	TEUR
Periodengleiche Erträge		
Erträge aus der Weiterberechnung Konzessionsabgaben	18.657	18.873
Übrige	1.769	2.416
	20.426	21.289
Periodenfremde Erträge		
Erträge aus der Auflösung und Verbrauch von Rückstellungen	3.867	32.281
Schadenersatz- und Versicherungsleistungen	691	0
Erträge aus der Herabsetzung der Wertberichtigung auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	216	639
Buchgewinne aus Anlagenabgängen	1.864	391
Weiterberechnung Konzessionsabgaben für Vorjahre	142	287
Sonstige periodenfremde Erträge	356	830
	7.136	34.428
	27.562	55.717

3. Materialaufwand

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden durch einen periodenfremden Anteil vor allem für Strom- und Gasbezug in Höhe von TEUR 2.536 erhöht. Die bezogenen Leistungen werden ebenfalls durch periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 901, insbesondere für die Netznutzung, erhöht.

4. Personalaufwand

Im Personalaufwand sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 51 enthalten. Darüber hinaus beinhaltet der Personalaufwand auch Aufwendungen für Altersteilzeit.

5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Abschreibungen werden um den Auflösungsbetrag der Investitionszuschüsse (TEUR 496) gemindert.

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen:

	2019	2018
	TEUR	TEUR
Periodengleiche Aufwendungen		
Wartungsaufwendungen, Objektschutz und sonstige Fremdleistungen	3.423	3.811
Dienstleistungen im Rahmen von Datenverarbeitungsprozessen	6.030	5.322
Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten	4.690	3.167
Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	3.092	2.882
Aufwendungen für Personalkostenverrechnungen	1.271	2.676
Sonstige Personalkosten	1.491	2.032
Büro- und Kommunikationsaufwendungen	2.072	2.002
Forderungsausfälle	3.259	1.812
Aufwendungen für Mieten, Pachten und Leasing	650	679
Versicherungsaufwand	351	364
Gebühren und Beiträge	372	334
Übrige	4.625	3.248
	31.326	28.329
Periodenfremde Aufwendungen		
Veränderung der Rückstellungen	1.107	4.789
Buchverluste aus Anlagenabgängen	369	644
Aufwendungen aus der Erhöhung der Wertberichtigung auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.596	20
Abschreibung Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung nach § 17 Abs. 4 DMBiG	32	14
Sonstige periodenfremde Aufwendungen	891	29
	3.995	5.496
	35.321	33.825

7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die Zinserträge enthalten Zinsen aus Steuererstattungen für Vorjahre (TEUR 137).

8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsaufwendungen umfassen auch die Verzinsung von Steuernachzahlungen für Vorjahre (TEUR 1.347) und Aufwendungen aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen gemäß § 253 Abs. 2 HGB (TEUR 766, i. Vj. TEUR 892).

9. Aufwendungen aus Verlustübernahme

Der Aufwand aus Verlustübernahme resultiert aus dem Gewinnabführungsvertrag mit der ENSO NETZ.

10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Sie betreffen überwiegend das Berichtsjahr. In Höhe von TEUR 1.661 sind periodenfremde Ertragsteuern, im Wesentlichen aufgrund der Steuererklärungen für die Jahre 2010 und 2011, enthalten.

11. Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern erhöhen sich um periodenfremde Steuernachzahlungen (TEUR 63), welche aus Pauschalsteuer und Umsatzsteuer resultieren.

E. Sonstige Angaben

1. Nachtragsbericht

Der sich nach dem Stichtag 31. Dezember 2019 weltweit ausbreitende neuartige Coronavirus (2019-n-CoV) wird auch Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung der ENSO in den Folgejahren haben. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird dadurch im Jahr 2020 wesentlich beeinflusst werden. Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht.

Weitere Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem 31. Dezember 2019 nicht eingetreten.

2. Angaben über die Zuordnungsregeln einschließlich Abschreibungsmethoden gemäß § 6b Abs. 3 Satz 7 EnWG

Die ENSO ist im Sinne von § 3 Nr. 38 EnWG ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen und erstellt deshalb Tätigkeitsabschlüsse für die Elektrizitäts- und Gasverteilung.

Bei der Erfassung der Geschäftsvorfälle werden im Wesentlichen getrennte Konten genutzt. Als Kontierungsobjekte dienen zusätzlich Kostenstellen und Profitcenter. In den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen erfolgt im Regelfall eine direkte Zuordnung auf die einzelnen Tätigkeiten. Die direkte Zuordnung erfolgt bei den Posten des Anlagevermögens, der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und den Sonderposten. Dabei wird in Einzelfällen auch eine Einzelpostenanalyse durchgeführt.

Soweit eine direkte Zuordnung der Geschäftsvorfälle zu den genannten Tätigkeiten nicht möglich ist, werden Schlüssel für eine sachgerechte Zuordnung der Sachverhalte verwendet. Die Steuer-, Personal- und Umsatzschlüssel wurden bei der Zuordnung der sonstigen Vermögensgegenstände, Steuerrückstellungen, Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und sonstigen Personalarückstellungen sowie sonstigen Verbindlichkeiten verwendet. Bei der Zuordnung und bei der Wahl der verwendeten Schlüssel wurde das Stetigkeitsgebot beachtet. Wesentliche Änderungen im Vergleich zum Vorjahr fanden nicht statt.

Abweichend von der bisherigen Verfahrensweise erfolgt ab 2019 der Ausweis der Beteiligung an der ENSO NETZ nicht mehr im Finanzanlagevermögen der Elektrizitäts- und Gasverteilung. Diese Änderung der Bilanz resultiert folgerichtig aus der Nichtanerkennung des Beteiligungsansatzes durch die Regulierungsbehörde.

Die Vorjahresvergleichszahlen wurden entsprechend angepasst.

Aufgrund der Harmonisierung der Tätigkeitsabschlüsse im Unternehmensverbund DREWAG und ENSO erfolgt ab 2019 für die Zuordnung des Eigenkapitals die Verwendung eines Kapitalbedarfsschlüssels. Da dieser Schlüssel die Zuordnung des Eigenkapitals in den Vorjahren nicht beeinflusst, erfolgt keine Anpassung.

3. Angaben über Geschäfte mit verbundenen Unternehmen

Die ENSO hat im Geschäftsjahr 2019 aufgrund folgender wesentlicher Verträge Geschäfte im Sinne der Vorschrift des § 6b Abs. 2 EnWG durchgeführt:

- Gewinnabführungsvertrag mit der ENSO NETZ (Aufwand: TEUR 133)
- Pachtvertrag (Ertrag: TEUR 84.224), Dienstleistungsrahmenvertrag (Ertrag: TEUR 19.467, Aufwand: TEUR 3.945) mit der ENSO NETZ
- Werk-/Dienstleistungsvertrag (Investitionen: TEUR 40.688) mit der ENSO NETZ
- Rahmenvertrag Kundenservice mit DRECOUNT GmbH, Dresden (Aufwand: TEUR 9.490)

4. Ergebniseinfluss steuerlicher Wertansätze

Das Jahresergebnis hat sich aufgrund von steuerrechtlichen Sonderabschreibungen nach § 4 FördG, die in früheren Geschäftsjahren vorgenommen wurden, und der Anwendung der degressiven Abschreibungsmethode für Zugangsjahre bis 2007 verbessert. Durch die Fortführung der niedrigeren Wertansätze im Anlagevermögen ergibt sich im Vergleich zur Vornahme handelsrechtlicher Abschreibungen ein Mehrergebnis in Höhe von EUR 2,7 Mio.

In den kommenden Jahren wird sich dieser Effekt der verminderten Abschreibungen, gegebenenfalls verbunden mit einem Steueraufwand zu den jeweils gültigen Steuersätzen, fortsetzen.

5. Prüfungs- und Beratungsgebühren

Das für das Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt für Abschlussprüfungsleistungen TEUR 67.

6. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

	2019	2018
Mitarbeiter Hauptverwaltung	417	404
Mitarbeiter Regionalbereiche	11	12
	428	416

7. Vorstand

Dr. Frank Brinkmann,

Diplom-Betriebswirt, Dortmund
Vorstandsvorsitzender und Sprecher des Vorstandes

Ursula Gefreder,

Diplom-Kauffrau, Radebeul
Finanzvorstand

Lars Seiffert,

Dresden
Personalvorstand

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird unter Verweis auf die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Frühere Mitglieder des Vorstands erhielten TEUR 400. Es bestehen Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands in Höhe von TEUR 7.757.

8. Aktionäre

	Stückaktien
EnergieVerbund Dresden GmbH, Dresden	1.477.075
KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost, Neustadt i. Sa.	523.307
Sonstige kommunale Anteilseigner	52.714
	2.053.096

9. Aufsichtsrat

9.1 Vertreter der Anteilseigner

Dirk Hilbert,

Aufsichtsratsvorsitzender,
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden,
Dresden

Mike Ruckh,

2. Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden,
Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Sebnitz,
Sebnitz

Thomas Blümel (bis 14. Januar 2020),

Geschäftsführer, Dresden

Dr. Georg Böhme-Korn (bis 14. Januar 2020),

Pensionär, Dresden

Wolf Hagen Braun (ab 22. Januar 2020),

Geschäftsführer, Dresden

Dr. Wolfgang Deppe (ab 14. Januar 2020),

Arzt und Diplom-Biologe, Dresden

Gottfried Ecke (bis 14. Januar 2020),

Pensionär, Dresden

Norbert Engemaier (bis 2. Juli 2019),

Dozent TU Dresden, Dresden

Katrin Fischer,

Geschäftsführerin der KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost, Dresden

Frank Hannig (ab 22. Januar 2020),

Rechtsanwalt, Dresden

Tilo Kießling (bis 14. Januar 2020),

Geschäftsführer, Dresden

Peter Krüger,

Finanzwirt und Geschäftsführer der BBW, Dresden

Johannes Lichdi (bis 14. Januar 2020),

Rechtsanwalt, Dresden

Tanja Schewe (ab 22. Januar 2020),

Tierärztin, Dresden

André Schollbach,

Rechtsanwalt, Dresden

Frank Schöning (bis 14. Januar 2020,

ab 22. Januar 2020),
Bürgermeister der Gemeinde Kreischa, Kreischa

Hendrik Stalman-Fischer (ab 2. Juli 2019,

bis 14. Januar 2020),
Verkehringenieur/Projektsteuerer, Dresden

9.2 Vertreter der Arbeitnehmer

Katrin Behrens (ab 6. Februar 2020),

Gewerkschaftssekretärin, Magdeburg

Torsten Berndt (bis 14. Januar 2020,

ab 22. Januar 2020),
1. Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden,
Betriebsratsvorsitzender ENSO Energie Sachsen
Ost AG, Pirna

Birgit Freund (bis 14. Januar 2020,

ab 6. Februar 2020),
Dipl.-Journalistin, ENSO Energie Sachsen Ost AG,
Radebeul

Michael Großmann (bis 14. Januar 2020,

ab 6. Februar 2020),
Industriemeister Elektrotechnik (IHK) ENSO NETZ
GmbH, Lausnitz/Höckendorf

Daniel Herold (ab 22. Januar 2020),

Geschäftsführer ver.di Bezirk Sachsen-West-Ost-
Süd, Dresden

André Lemke (ab 22. Januar 2020),
Abteilungsleiter Netzwirtschaft und Regulierungs-
management DREWAG NETZ GmbH, Dresden

Alexander Schwolow (bis 14. Januar 2020,
ab 6. Februar 2020),
Dipl.-Wirtschaftsinformatiker ENSO Energie
Sachsen Ost AG, Dresden

Jonas Senftleben (ab 22. Januar 2020),
Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Sachsen-West-
Ost-Süd, Dresden

Frank Wünsche (bis 14. Januar 2020,
ab 22. Januar 2020),
Betriebsrat ENSO NETZ GmbH, Schmölln-Putzkau

Frank Ziller (bis 14. Januar 2020,
ab 22. Januar 2020),
Betriebsratsvorsitzender ENSO NETZ GmbH,
Dresden

Die Bezüge des Aufsichtsrats betragen TEUR 64.

10. Konzernabschluss

Die Technische Werke Dresden GmbH, Dresden, bezieht
als Mutterunternehmen, das den Konzernabschluss für
den größten Kreis von Unternehmen entsprechend den
Regelungen des HGB aufstellt, die ENSO befreiend in
ihren Konzernabschluss ein. Er wird im elektronischen
Bundesanzeiger veröffentlicht.

11. Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, aus
dem Bilanzgewinn von EUR 96.714.078,05 einen Betrag
von EUR 47.015.898,40 auszuschütten und den ver-
bleibenden Betrag von EUR 49.698.179,65 auf neue
Rechnung vorzutragen.

Dresden, 31. März 2020

Der Vorstand



Dr. Frank Brinkmann Ursula Gefreerer Lars Seiffert

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS IM GESCHÄFTSJAHR 2019

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte	
	01.01.2019	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	31.12.2019	01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Zuschrei- bungen	31.12.2019	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	45.918.484,26	2.214.873,39	901.752,48	804.006,86	48.231.103,27	33.545.852,51	3.933.244,90	804.006,86	0,00	36.675.090,55	11.556.012,72	12.373
2. Geleistete Anzahlungen	1.254.529,78	782.072,77	-901.752,48	0,00	1.134.850,07	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.134.850,07	1.255
	47.173.014,04	2.996.946,16	0,00	804.006,86	49.365.953,34	33.545.852,51	3.933.244,90	804.006,86	0,00	36.675.090,55	12.690.862,79	13.627
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	127.482.282,21	834.965,85	22.432,35	3.372.307,44	124.967.372,97	42.600.248,68	2.410.377,22	1.401.681,08	0,00	43.608.944,82	81.358.428,15	84.882
2. Technische Anlagen und Maschinen												
a) Erzeugungsanlagen	44.186.735,54	1.346.093,61	197.439,26	9.059.296,60	36.670.971,81	19.728.266,43	1.842.182,26	9.044.766,57	0,00	12.525.682,12	24.145.289,69	24.458
b) Verteilungsanlagen	1.372.432.399,37	39.180.695,35	10.329,48	4.936.117,79	1.406.687.306,41	837.104.851,39	35.323.657,88	4.472.455,78	1.325,63	867.954.727,86	538.732.578,55	535.328
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	58.011.075,03	3.741.133,51	75.128,55	1.879.079,58	59.948.257,51	38.122.929,71	5.041.928,08	1.873.987,54	0,00	41.290.870,25	18.657.387,26	19.888
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.840.618,83	6.188.360,14	-305.329,64	4.706,73	7.718.942,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.718.942,60	1.841
	1.603.953.110,98	51.291.248,46	0,00	19.251.508,14	1.635.992.851,30	937.556.296,21	44.618.145,44	16.792.890,97	1.325,63	965.380.225,05	670.612.626,25	666.397
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	33.585.863,95	5.014.356,13	0,00	0,00	38.600.220,08	306.775,13	0,00	0,00	0,00	306.775,13	38.293.444,95	33.279
2. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	1.240.000,00	0,00	0,00	0,00	1.240.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.240.000,00	1.240
3. Beteiligungen	489.753,34	0,00	0,00	0,00	489.753,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	489.753,34	490
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	100.000,00	0,00	0,00	100.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100.000,00	0
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	111.060.873,52	0,00	0,00	0,00	111.060.873,52	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	111.060.873,52	111.061
	146.376.490,81	5.114.356,13	0,00	0,00	151.490.846,94	306.775,13	0,00	0,00	0,00	306.775,13	151.184.071,81	146.071
	1.797.502.615,83	59.402.550,75	0,00	20.055.515,00	1.836.849.651,58	971.408.923,85	48.551.390,34	17.596.897,83	1.325,63	1.002.362.090,73	834.487.560,85	826.094

Anlage 7

Wirtschaftsplan 2019 der Forstbetriebsgemeinschaft „Oberlausitz“ w. V.

Quelle: Wirtschaftsplan 2019
(Beschluss der Mitgliederversammlung 17/2018 vom 14.11.2018)

Haushaltsplanung - FBG 2019				
Einnahmen	2019	2018	2017	2016
Holzvermarktungsgebühren	45000	42000	40000	33000
Vermittlungsprovisionen	50000	63000	51000	55000
sonstige Dienstleistungen	2000	2000	2000	1500
Zinsen	0	100	200	200
Fördermittel	12500	12000	0	0
	109500	119100	93200	89700
Ausgaben	2019	2018	2017	2016
Personalkosten	75000	78500	75000	62500
Versicherungen	4500	4000	4500	3500
Telefon, Net	1000	1000	1000	1000
Steuerbüro	6000	5000	4000	4000
Wirtschaftsprüfung	2500	2500	2000	2000
Zertifizierung	0	0	0	0
Bürobedarf	3000	2500	2000	1600
Miete Büro	4300	4300	4300	4300
Fahrtkosten	6000	6000	4500	3000
Lehrgänge	1000	1000	500	500
Repräsentation	1000	1000	500	500
Abschreibungen	6500	5000	4500	4500
Werbung	2500	2500	500	500
Gerichtskosten	500	500	500	500
Verbrauchsmittel	2000	2000	1000	500
Sonstiges	1000	1000	1000	500
	116800	116800	105800	89400
geplantes Ergebnis	-7300	2300	-12600	300
tatsächliches Ergebnis		ca. 50000	7200	12500

Erfolgsplan nach SächsEigBV für die Wirtschaftsjahre 2014-2019 der
Forstbetriebsgemeinschaft Oberlausitz w. V. Hauptstraße 19 02733
Cunewalde

<u>Gewinn- und Verlustrechnung</u>		Rechnungs-ergebnis	Rechnungs- ergebnis	Rechnungs-ergebnis	Rechnungs-ergebnis	Rechnungs-ergebnis	Rechnungs-ergebnis
		€	€	€	€	€	€
		2014	2015	2016	2017	2018	2019
1.	Umsatzerlöse	94.621,91 €	652.741,01 €	1.363.868,98 €	914.129,08 €	1.200.000,00 €	
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen						
3.	andere aktivierten Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	8.096,43 €	4.601,80 €	4.044,36 €	2.685,50 €	5.000,00 €	
		102.718,34 €	657.342,81 €	1.367.913,34 €	916.814,58 €	1.205.000,00 €	- €
5.	Materialaufwand						
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	- 2,66 €	546.255,20 €	1.218.065,44 €	665.518,06 €		
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen			18.073,88 €	126.968,88 €		
6.	Personalaufwand	70.288,03 €	70.288,03 €	78.500,00 €	68.124,70 €	75.000,00 €	
		70.285,37 €	616.543,23 €	1.314.639,32 €	860.611,64 €	75.000,00 €	- €
7.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.601,12 €	4.978,15 €	4.383,00 €	3.985,00 €	5.000,00 €	
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen (Rest)	24.233,81 €	25.527,72 €	50.283,50 €	44.762,61 €	55.000,00 €	
		28.834,93 €	30.505,87 €	54.666,50 €	48.747,61 €	60.000,00 €	- €
9.	Erträge aus Beteiligungen						
10.	Erträge aus Wertpapieren						
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	277,46 €	121,16 €	37,02 €	4,39 €	30,00 €	
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen						
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
14.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.875,53 €	10.001,24 €	12.684,68 €	7.459,82 €	50.000,00 €	

Erfolgsplan nach SächsEigBV für die Wirtschaftsjahre 2014-2019 der
Forstbetriebsgemeinschaft Oberlausitz w. V. Hauptstraße 19 02733
Cunewalde

<u>Gewinn- und Verlustrechnung</u>		Rechnungs-ergebnis	Rechnungs- ergebnis	Rechnungs-ergebnis	Rechnungs-ergebnis	Rechnungs-ergebnis	Rechnungs-ergebnis
		€	€	€	€	€	€
		2014	2015	2016	2017	2018	2019
15.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
16.	Aufwendungen aus Verlustübernahmen						
17.	Ausserordentliche Erträge (Gewinnvortrag)	48.704,40 €	52.311,93 €	64.728,61 €	71.920,43 €		
18.	Ausserordentliche Aufwendungen						
19.	ausserordentliches Ergebnis	52.579,93 €	62.313,17 €	77.413,29 €	79.380,25 €	50.000,00 €	- €
20.	Steuern von Einkommen und vom Ertrag						
21.	Sonstige Steuern	268,00 €	268,00 €	268,00 €	268,00 €	268,00 €	
22.	Aufwand aus Gewinnabführung						
23.	Aufwand aus Ausgleichzahlungen						
24.	Jahresgewinn/- Verlust	52.311,93 €	62.045,17 €	77.145,29 €	79.112,25 €	49.732,00 €	- €

Stellenplan der FBG Oberlausitz 2019

	laufendes Wirtschaftsjahr 2018	laufendes Wirtschaftsjahr 2019
	Betriebszweige	Betriebszweige
Geschäftsführer	1	1
Beschäftigte *	0,75	0,75
Gesamt	1,75	1,75

* Wenn Betriebszweige vorhanden sind, soll nach Betriebszweigen gegliedert werden.

Vermögensplan nach SächsEigBV für das Wirtschaftsjahr 2019 der
Forstbetriebsgemeinschaft Oberlausitz w. V. Hauptstraße 19
02733 Cunewalde

Finanzierungsmittel (Einnahmen)							
lfd. Nr.	Bezeichnung	Rechnungs- ergebnis	lfd. Wirtschafts- jahr voraus. IST	kommendes Wirtschafts-jahr	1. folgendes Planjahr	2. folgendes Planjahr	3. folgendes Planjahr
1.		€	€	€	€	€	€
		2017	2018	2019	2020	2021	2022
2.	Zuführung zum Stammkapital (Kapitaleinlagen)	210,00 €	210,00 €	210,00 €	210,00 €	210,00 €	210,00 €
3.	Zuführung zu Rücklagen abzügl Entnahmen						
4.	Zuführung zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen						
5.	Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil abzüglich Entnahmen						
6.	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nummer 6)	3.985,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €
7.	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse						
8.	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Position C der Passivseite "Ertragszuschüsse"						
9.	Rückflüsse aus gewährten Darlehen						
	Kredite						
	a) von der Gemeinde						
10.	b) von Dritten						
11.	Jahresgewinn (Jahresergebnis)	7.191,82 €	49.732,00 €	2.300,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €
12.	Erübrigte Mittel aus Vorjahren (Kapit.einl.+Gewinn+Abschreibung)	124.271,82 €	135.658,64 €	190.600,64 €	198.110,64 €	205.820,64 €	213.530,64 €
	Finanzierungsmittel insgesamt	135.658,64 €	190.600,64 €	198.110,64 €	205.820,64 €	213.530,64 €	221.240,64 €

Wirtschaftsplan 2019

1. Holzvermarktung

Vorjahr

12.000 Fm	Industrie- und Brennholz	16.000 Fm	Industrie- und Brennholz
23.000 Fm	Abschnitte	26.000 Fm	Abschnitte
<hr/>		<hr/>	
35.000 Fm	inkl. PWB	42.000 Fm	inkl. PWB

2. sonstige Dienstleistungen

- * Ausschreibung, Organisation und Abrechnung von Unternehmerleistungen im Holzeinschlag
- * Vermittlung von Unternehmerleistungen (Einschlag, Transport)
- * Eigenhandel (An- und Verkauf) bzw. Selbstwerbung, insbesondere bei Nichtmitgliedern
- * Waldpflegeverträge, jährl. Beitrag zw. 25 und 30€/ ha

3. Mitgliederwerbung

Ziel ist ein Flächenzuwachs über alle interessierten Waldbesitzer.

Mehrerlöse sollen aus der Mobilisierung von Holzmenen neuer Mitglieder, sowie durch Selbstwerbung bzw. Eigenhandel bei Nichtmitgliedern erzielt werden.

Anlage 8

**Jahresabschluss 2019 der Forstbetriebsgemeinschaft „Oberlausitz“ w. V.
(Auszüge)**

Quelle: Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019
und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2019 der
Forstbetriebsgemeinschaft „Oberlausitz“ w. V.

Bilanz zum 31. Dezember 2019

Forstbetriebsgemeinschaft Oberlausitz w.V., Hauptstraße 19, 02733 Cunewalde

	Geschäftsjahr 2019		Vorjahr 2018	
	EUR	EUR	EUR	EUR
AKTIVA				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. anteilig erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1,00	1,00	1,00	
II. Sachanlagen				
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.599,00	27.363,00		
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. geleistete Anzahlungen	120.000,00	0,00		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	364.186,50	174.014,44		
2. sonstige Vermögensgegenstände	64.073,11	37.602,55		
* davon gegen Gesellschafter (GJ 70,00 / VJ 70,00)				
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks				
	340.399,80	566.805,94		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
	1.611,24	1.664,49		
Summe A K T I V A	912.870,65	807.451,42		
PASSIVA				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital				
	32.049,03	30.179,03		
II. Gewinnrücklagen				
1. andere Gewinnrücklagen	100.961,58	7.191,82		
III. Gewinnvortrag	174.162,37	174.162,37		
IV. Jahresüberschuss	<u>136.005,92</u>	<u>93.769,76</u>		
B. Rückstellungen				
1. sonstige Rückstellungen	154.557,62	8.970,55		
C. Verbindlichkeiten				
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr (GJ 0,00 / VJ 36.270,00)	0,00	36.270,00		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr (GJ 287.926,11 / VJ 455.711,80)	287.926,11	455.711,80		
3. sonstige Verbindlichkeiten				
- davon gegenüber Gesellschaftern (GJ 70,00 / VJ 0,00)	25.208,02	1.196,09		
- davon aus Steuern (GJ 24.679,34 / VJ 976,48)				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr (GJ 25.208,02 / VJ 1.196,09)				
Summe P A S S I V A	912.870,65	807.451,42		

	Geschäftsjahr 2019		Vorjahr 2018
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		1.933.513,60	1.399.776,27
2. sonstige betriebliche Erträge		53.752,20	8.899,78
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	975.898,04		868.097,27
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>740.608,26</u>	1.716.506,30	312.664,17
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	74.212,26		73.384,36
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>19.451,19</u>	93.663,45	18.334,90
- davon für Altersversorgung (GJ 1.784,26 / VJ 1.752,00)			
5. Abschreibungen			
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		5.955,96	5.378,92
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		32.915,07	36.722,41
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>-0,90</u>	<u>-0,74</u>
8. Ergebnis nach Steuern		138.225,92	94.094,76
9. sonstige Steuern		220,00	325,00
10. Jahresüberschuss		<u>138.005,92</u>	<u>93.769,76</u>

Anlagenpiegel zum 31. Dezember 2019

Forstbetriebgemeinschaft Oberlausitz w.V., Hauptstraße 19, 02733 Cunewalde

	Anschaffungs- Herstellungskosten 01.01.2019 EUR	Zugänge (davon Zinsen für Fremdkapital) EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Anschaffungs- Herstellungskosten 31.12.2019 EUR	kumulierte Abschreibungen 01.01.2019 EUR	Abschreibungen Geschäftsjahr EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	kumulierte Abschreibungen 31.12.2019 EUR	Zuschreibungen Geschäftsjahr EUR	Buchwert 31.12.2019 EUR
A. Anlagevermögen												
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werken	3.400,00	0,00	0,00	0,00	3.400,00	3.399,00	0,00	0,00	0,00	3.399,00	0,00	1,00
Zwischensumme	3.400,00	0,00	0,00	0,00	3.400,00	3.399,00	0,00	0,00	0,00	3.399,00	0,00	1,00
II. Sachanlagen												
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	37.181,35	1.191,96	0,00	0,00	38.373,31	9.818,35	5.955,96	0,00	0,00	15.774,31	0,00	22.599,00
Zwischensumme	37.181,35	1.191,96	0,00	0,00	38.373,31	9.818,35	5.955,96	0,00	0,00	15.774,31	0,00	22.599,00
Summe Anlagevermögen	40.581,35	1.191,96	0,00	0,00	41.773,31	13.217,35	5.955,96	0,00	0,00	19.173,31	0,00	22.600,00

Lagebericht der FBG Oberlausitz im Berichtsjahr 2019

1. Wirtschafts-/Tätigkeitsbericht (Darstellung des Geschäftsverlaufes im Berichtsjahr)

Das Wirtschaftsjahr 2019 startete geprägt durch die Schadereignisse, insbesondere die katastrophale Entwicklung des Borkenkäfers in Verbindung mit Hitze und extremer Trockenheit. Zu Jahresbeginn sind hier bereits ca. 30.000fm unaufbereitetes Kalamitätsholz aus dem vergangenen Jahr überhängig. Im Jahresverlauf, bedingt durch Dürre und Borkenkäferentwicklung, kamen noch einmal ähnliche Schadholzmengen im Bereich der FBG hinzu. Somit lag allein der Holzanfall an Zwangsnutzungen mit über 70.000fm deutlich über den geplanten Holzverkäufen.

In diesem sehr schwierigen Marktumfeld konnten alle Sortimente in Rahmenverträge eingebunden werden, die den Absatz der einzelnen Sortimente meist bis Jahresende abgesichert haben. So konnte der Holzzufluss der Mitgliedsbetriebe fast komplett am Markt platziert werden und der Abfluss erfolgte weitgehend zeitnah. Der überregionale Absatz wurde durch weiter fallende Preise und ein Überangebot an Holzmenge nahezu unmöglich, es konnten nur wenige Kontaktmengen platziert werden. Die Zusammenstellung und Bedienung der Ganzzüge wurde auf Grund unverhältnismäßiger Transportkosten eingestellt. Im Jahresverlauf trübte sich das Marktumfeld weiter deutlich ein. Dies war auf ein steigendes Überangebot an allen Holzsortimenten am Markt zurückzuführen. Hierdurch kamen sowohl der Preis als auch die Liefermöglichkeiten weiter unter Druck.

Die FBG Oberlausitz hat im Berichtsjahr insgesamt über 96.000fm Holz für ihre Mitglieder vermarktet. Der Anteil des Stammholzes betrug dabei 70 %. Hiervon wurden etwa 3.000 fm für Nichtmitglieder an Kunden übergeben werden. Der Anteil an Nichtmitgliedergeschäft ist damit um über 50% gefallen.

Es ist gelungen, die dem Wirtschaftsplan zu Grunde liegende Menge von 45.000fm mehr als zu verdoppeln. Dies ist in einem sich ständig drastisch verschlechternden Holzmarkt eine beachtliche Leistung. Hierfür wurden alle marktgängigen Absatzmöglichkeiten zumindest getestet und wenn für sinnvoll erachtet, weiter ausgebaut.

Der Umsatz betrug 3,45 Mio EUR.

Im Sägeholzbereich (einschließlich Palette) wurde ein Durchschnittserlös von 41,00 EUR/fm (brutto) erzielt. Der Bereich Industrieholz bewegt sich bei 22,00 EUR/fm.

Die Lieferbeziehungen mit den Kunden der FBG Oberlausitz wurden weitgehend weitergeführt und vor allem im Nahbereich weiter ausgebaut. Im Fernbereich konnten nur teilweise wenige Kontaktmengen platziert werden, da die anteilig unverhältnismäßigen Transportpreise Lieferungen für unsere Kunden unwirtschaftlich machten.

Im Berichtsjahr sind 25 Neuzugänge bei den Mitgliedern mit 157,7 ha Wald zu verzeichnen. Im Rahmen der Schadholzaufarbeitung kamen sehr viele Neuzugänge vor allem durch ebenfalls betroffene Nachbarwaldbesitzer.

Aufgrund geringer Zinsen blieben die liquiden Mittel auf den Tagesgeldkonten.

Das Geschäftsjahr 2019 wurde mit einem Ergebnis von etwa 138.005,92 EUR abgeschlossen. Dies liegt deutlich über den Planungen. Maßgeblich hierfür ist das Gesamtvolumen der Holzvermarktung (mehr als doppelte Planungsmenge im Verkauf) mit der entsprechenden

Honorierung der Kunden (Provisionszahlungen). Kostenseitig wurden alle wesentlichen Planungen umgesetzt. Alle Kennziffern des Vereins sind in der vorliegenden Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Zum Ende des Berichtsjahres wurden mit allen wichtigen Geschäftspartnern Anschlussverträge für das nächste Geschäftsjahr verhandelt. Im Bereich Industrieholz konnten geplante Mengen in einem Jahresvertrag gebunden werden. Die Preisabschläge entsprechen dem Marktumfeld. Eine Kostendeckung in diesem Sortiment wird auf den überwiegenden Flächen aber nicht mehr möglich sein. Die Absatzsituation im Bereich Sägeholz gestaltet sich zunehmend kompliziert. Hier konnten nur begrenzte Mengen für das I. HJ gebunden werden. Mögliche Verkaufsoptionen könnten u.U. zusätzliche Mengen am Markt platzieren. Damit die Aufbereitung der Schadholzmengen weiter voran kommt, werden voraussichtlich auch größere Mengen auf dem Stock verkauft und durch die Unternehmen entsprechend in Selbstwerbung verarbeitet und vermarktet. Ziel ist hierbei möglichst eine Kostendeckung.

Wichtige überregionale Abnehmer sind marktbedingt weggefallen oder haben ihre Abnahmemengen erheblich reduziert. Dies führt zu einer schwierigen Planbarkeit und einen enormen Aufwand an ständigen Verhandlungen zu Lieferkontingenten und Preisen. Mit einer weiteren Anspannung am Holzmarkt werden die Bemühungen hier enorm steigen.

2. Chancen – und Risikobericht

Als Marktteilnehmer unterliegt die FBG wie alle anderen den Schwankungen, getragen von Angebot und Nachfrage sowie den globalen Rahmenbedingungen.

Unter den Vorzeichen stagnierender wirtschaftlicher Entwicklungen und einem deutlichen Überangebot am derzeitigen Holzmarkt sind die Holzpreise im Wirtschaftsjahr 2019 markant zurückgegangen. Auch sind die ständig neuen zusätzlichen Schadholzmengen kaum noch vom Markt aufzunehmen. Regional sind Schadholzmengen z.T. schon nicht mehr vermarktbar (Harz). Diese Entwicklung wird sich weiter beschleunigen, sieht man die laufenden Temperatur- und Niederschlagsentwicklungen. So ist hier keinerlei Entspannung in Sicht.

Die Nachfrage am Industrieholzmarkt hat sich deutlich eingetrübt. So kommen zunehmend überliegende Sägeholzmengen als Industrieholz zur Vermarktung. Dies wird die Preise weiter nach unten drücken. Es ist mit einem defizitären Sortiment zu rechnen.

Entspannung am Holzmarkt ist derzeit nicht abzusehen. Vielmehr überwiegt die Sorge, dass durch die neuerlichen Schadereignisse (Borkenkäfer) der Markt weiter unter Druck gerät. Hinzu kommen die drastischen wirtschaftlichen Einschnitte und Lieferausfälle Corona - bedingt. Die Folgen sind derzeit noch nicht abschätzbar. Es ist aber zu erwarten, dass sich die wirtschaftlichen Probleme seitens der Abnehmer zeitversetzt in den entsprechenden Lieferketten durchziehen.

Trotz des schwierigen Marktumfeldes konnte ein weiteres Wachstum in der Mitgliederzahl, der Fläche und damit auch der Vermarktungsmenge ermöglicht werden. Um weiterhin eine hohe Arbeitsqualität zu gewährleisten, ist in diesem Zusammenhang eine personelle Erweiterung zu prüfen.

Zusammenfassend sehen wir im Rahmen deutlicher negativer Holzmarktentwicklungen die Arbeitsfähigkeit der FBG aber als abgesichert.

3. Prognosebericht (Ausblick für das kommende Geschäftsjahr)

Im ungünstigen Marktumfeld konnten zum Jahreswechsel Holzmen gen in allen Sortimenten unter Vertrag genommen werden. Eine Bindung für das Gesamtjahr ist allerdings derzeit nur teilweise möglich und spiegelt die Situation am Markt auch für alle anderen Teilnehmer wieder. Dadurch ist der Holzabsatz für das erste Halbjahr weitgehend abgesichert. Auch ist ein gewisser Rahmen für das II.HJ sichtbar. Ständige Verhandlungen mit allen Kunden sind derzeit trotzdem notwendig, um auch für das zweite Halbjahr den gesamten Holzanfall vertraglich zu binden. Die Zusammenarbeit mit mehreren Abnehmern zum Zwecke der Risikominimierung steht dabei weiter im Fokus, leider sind die überregionalen Absatzmöglichkeiten derzeit kaum möglich.

Für das kommende Geschäftsjahr wird im Sägeholzbereich mit weiter fallenden Preisen gerechnet. Damit sind diese in weniger als einem Jahr um mehr als die Hälfte gefallen und Gewinne für die Mitgliedsbetriebe in diesem Bereich kaum noch möglich.

Im Industrieholzbereich sind ähnliche Entwicklungen erkennbar. Hier werden wir mittelfristig in den defizitären Bereich weiterarbeiten, soweit forstschutzmäßig notwendig.

Der Umsatz wird unter diesen Rahmenbedingungen weiter nach unten gehen. Die Vermarktungsmenge wird sich voraussichtlich nochmal erhöhen, sollte es der Markt hergeben. Die Vermarktungsmenge wird damit in 2020 auf über 100.000fm steigen. Hierfür sind derzeit viele Verhandlungen am Laufen, um alle Möglichkeiten der Vermarktung auszuloten. Derzeit sind weitere Lagermöglichkeiten für Holzmen gen in Vorbereitung, die nicht am Markt absetzbar sein könnten.

Im rückläufigen Marktumfeld wird auf Grund der sehr hohen Vermarktungsmengen mit einem positiven Jahresergebnis, etwa auf Vorjahresniveau, gerechnet.

Vor dem Hintergrund weitgehender Konzentrationsprozesse auf der Abnehmerseite ist die weitere Entwicklung der FBG Oberlausitz von besonderer Bedeutung. Derzeit steht die Holzvermarktung für die Mitgliedsbetriebe im Vordergrund. Untergeordnete Aufgaben können z.Z. nicht komplett abgedeckt werden. In diesem Zusammenhang wird die interne Diskussion um personelle Erweiterung konstruktiv weitergeführt.

Cunewalde, 17.07.2020



Anlage 9

Haushaltssatzung

des AZV Löbau-Nord für das Geschäftsjahr 2019

(Beschluss 10/2018 der Verbandsversammlung vom 09.10.2018)

1. Haushaltssatzung des AZV Löbau-Nord für das Wirtschaftsjahr 2019

Aufgrund § 58 Abs. 2 Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in Verbindung mit § 16 Sächsische Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO), in der jeweils geltenden Fassung, hat die Verbandsversammlung des AZV Löbau-Nord in der Sitzung am 09.10.2018 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben des AZV voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie die eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird

im Erfolgsplan mit dem

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	3.445 T€
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	3.405 T€
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von	40 T€

Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 T€
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0 T€
außerordentliches Ergebnis von	0 T€
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag von	40 T€

im Liquiditätsplan mit dem

Mittelzufluss und Abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	448 T€
Mittelzufluss und Abfluss aus Investitionstätigkeit	-4.538 T€
Mittelzufluss und Abfluss aus Finanzierungstätigkeit	3.885 T€
Finanzmittelbestand am Ende der Periode von festgesetzt.	2.104 T€

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf festgesetzt.	2.478 T€
---	----------

§ 3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird auf festgesetzt.	0 T€
--	------

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.

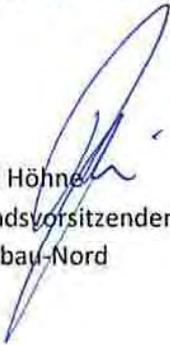
681 T€

§ 5

Umlagen gemäß § 20 der Verbandssatzungen werden nicht erhoben.

Löbau, ausgefertigt am 05.12.2018

Roland Höhne
Verbandsvorsitzender des
AZV Löbau-Nord



Siegel des AZV Löbau-Nord

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Aufgrund von § 58 Abs. 1 SächsKomZG (Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit) in Verbindung mit § 74 der SächsGemO (Sächsische Gemeindeordnung) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Löbau-Nord in ihrer Sitzung am 09.10.2018 mit Beschluss-Nr.: 10/2018 die Haushaltssatzung für das Geschäftsjahr 2019 mit 8 Ja-Stimmen, von insgesamt 10 möglichen und davon 8 anwesenden, beschlossen.

Die Haushaltssatzung 2019 mit dem dazugehörigen Wirtschaftsplan des Abwasserzweckverbandes Löbau-Nord wurde dem Kommunal- und Rechtsamt des Landkreises Görlitz mit Datum vom 22.10.2018 vorgelegt.

Mit Bescheid des Landratsamtes Görlitz vom 27.11..2018 wurde mitgeteilt, dass das Rechtssetzungsverfahren keine Mängel aufweist, die zur Nichtigkeit der Beschlussfassung führen würden. Der in der Haushaltssatzung des Abwasserzweckverbandes Löbau-Nord festgesetzte Gesamtbetrag der Kreditaufnahme i.H.v. 2.478.000,00 € wurde in dieser Höhe genehmigt.

Die Auslage der vorstehenden Haushaltssatzung 2019 mit dem dazugehörigen Wirtschaftsplan erfolgt nach dieser Veröffentlichung in der Zeit vom 07.01.2019 bis 15.01.2019 in der Geschäftsstelle des AZV Löbau-Nord, bei der Stadtwerke Löbau GmbH, Georgewitzer Straße 54 in 02708 Löbau. Die Einsichtnahme ist zu den Öffnungszeiten Montag und Donnerstag von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr, Dienstag von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr und Freitag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr möglich.

Hinweis

Geltendmachung von Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und die Rechtsfolgen gemäß folgendem Wortlautes der Sätze 1 bis 3 des § 4 Absatz 4. Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Verfahrens- und Formvorschriften

„Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zu Stande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn:

- 1) die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
- 2) Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
- 3) der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
- 4) vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die

Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.“

Löbau, am 05.12.2018



Roland Höhne
Verbandsvorsitzender des
AZV Löbau-Nord



Siegel des AZV Löbau-Nord

Anlage 10

Jahresabschluss 2019 des AZV Löbau-Nord (Auszüge)

Quelle: Bericht über die Prüfung des Lageberichts und des Jahresabschlusses
für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019
des Abwasserzweckverband Löbau-Nord

**ABWASSERZWECKVERBAND LÖBAU-NORD,
LÖBAU**

LAGEBERICHT 2019

I. Unternehmensgrundlagen

Das Einzugsgebiet des Abwasserzweckverbandes AZV Löbau-Nord (AZV – LN) umfasst 18 Ortsteile der großen Kreisstadt Löbau und zwei Ortsteile der Gemeinde Rosenbach. Die Abwasserentsorgung wird auf einer Fläche von ca. 90 km² für 16.128 Einwohner realisiert, 15.539 werden dabei zentral (Kanalanschluss) entsorgt.

Zur Realisierung der übertragenen Aufgaben betreibt der AZV „Löbau–Nord“ 43 Pumpstationen, fünf Kläranlagen, zwei Regenrückhaltebauwerke, acht Mischwasserbauwerke und 220 km Kanalnetz.

Im Verbandsgebiet des AZV Löbau-Nord werden derzeit 261 private Abwasseranlagen (dezentrale Entsorgung) betrieben, davon zum Zeitpunkt der Berichterstellung 244 nach dem Stand der Technik.

Die Gebühren und Beitragserhebung erfolgt auf Grundlage des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes. Im derzeitigen Gebührenzeitraum (2016 – 2020) werden Kostenüberdeckungen aus dem vorangegangenen Zeitraum berücksichtigt.

Der AZV Löbau-Nord betreibt seine Anlagen kostendeckend, so dass in den vergangenen Jahren keine Betriebskostenzuschüsse durch die Mitgliedsgemeinden erhoben werden mussten.

Die ihm übertragenen Aufgaben erfüllt der AZV Löbau-Nord auf Grundlage von § 4 der Zweckverbandssatzung in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 28. September 2011. Der Zweckverband erbringt gegenüber Dritten keine Leistungen, welche nicht unmittelbar zur Aufgabenerfüllung der ihm übertragenen Abwasserbeseitigungspflicht nach § 50 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) zuzuordnen sind.

Der Abwasserzweckverband hat die Geschäfts- und Betriebsführung auf Grundlage von § 4 Abs. 7 der Zweckverbandssatzung auf die Große Kreisstadt Löbau übertragen. Die Große Kreisstadt Löbau bedient sich zu der ihr übertragenen Aufgabenerfüllung der Stadtwerke Löbau GmbH, deren Eigentümer sie zu 100 % ist.

II. Wirtschaftsbericht

A. Geschäftsverlauf

Der Abwasserzweckverband Löbau-Nord schließt das Wirtschaftsjahr 2019 mit einem Jahresgewinn von TEUR 106 ab. Dieser soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Der Jahresumsatz betrug TEUR 2.904.

Im Jahr 2019 betragen die Gesamtinvestitionen TEUR 1.222. Sie wurden durch die eigene Ertragskraft des Verbandes, durch Zuschüsse und eine Darlehensaufnahme finanziert.

Das Anlagevermögen beträgt 93,3 % (Vj.: 94,3 %) der Bilanzsumme. Die Anlagen stehen mit 61,4 % der ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten (Vj.: 62,8 %) zu Buche.

Die planmäßige Tilgung der langfristigen Fremddarlehen belief sich im Wirtschaftsjahr 2019 auf TEUR 479. Die Regelabschreibungen betragen im Jahr 2019 TEUR 1.383.

Die Liquidität des Verbandes war während des gesamten Jahres gewährleistet.

Die derzeitigen Abwassergebühren gelten gemäß Abwassersatzung (AbwS) vom 30. September 2015, gültig ab 1. Januar 2016 und der 1. Änderungssatzung vom 11. Oktober 2017, gültig ab 1. Januar 2018 für den Kalkulationszeitraum 2016 bis 2020 wie folgt:

Für die Teilleistung Schmutzwasserentsorgung gemäß § 44 AbwS beträgt die Abwassermengengebühr für Abwasser, das in das öffentliche Kanalnetz eingeleitet wird, EUR 2,25 je Kubikmeter Abwasser.

Grundgebühren werden für die Teilleistung Schmutzwasserentsorgung für Grundstücke, die an öffentliche Abwasseranlagen angeschlossen sind sowie für Grundstücke, auf denen das gesamte anfallende Abwasser in einer vom Zweckverband genehmigten abflusslosen Grube gesammelt wird, berechnet:

In Abhängigkeit von der Zählergröße:	EUR/Monat
Qn 2,5	5,52
Qn 6	27,61
Qn 10	44,17
DN 50	138,04
DN 80	198,78
DN 100	303,69

Für die Teilleistung Niederschlagswasserentsorgung gemäß § 47 AbwS beträgt die Gebühr für Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet wird, EUR 0,32 je Quadratmeter versiegelte Grundstücksfläche.

Für die Teilleistung Entsorgung von abflusslosen Sammelgruben beträgt die Gebühr EUR 24,18 je Kubikmeter Abwasser, EUR 2,38 je Meter Schlauchlänge und EUR 17,85 Zulage für Schlauchlängen von mehr als 15 Metern.

Für die Teilleistung Entsorgung von Fäkalgruben (ausschließlich Trockenklosett) beträgt die Gebühr EUR 35,14 pro Kubikmeter Abwasser, EUR 2,38 je Meter Schlauchlänge und EUR 17,85 Zulage für Schlauchlängen von mehr als 15 Metern.

Für die Teilleistung Entsorgung von Kleinkläranlagen beträgt die Gebühr EUR 35,14 pro Kubikmeter Abwasser (Klärschlamm), EUR 2,38 je Meter Schlauchlänge und EUR 17,85 Zulage für Schlauchlängen von mehr als 15 Metern. Im Falle des § 49 Abs. 3 S.2 AbwS für das Überlaufwasser aus Kleinkläranlagen beträgt die Gebühr EUR 0,73 je Kubikmeter Schmutzwasser.

Für Teilleistungen der Einleitung von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen, die gemäß § 48 Abs. 3 S. 1 AbwS nicht an ein Klärwerk angeschlossen sind, beträgt die Gebühr EUR 0,73 je Kubikmeter Abwasser.

B. Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des AZV Löbau-Nord stieg im Wirtschaftsjahr 2019 um TEUR 275 und beträgt TEUR 43.147. Das Eigenkapital erhöht sich durch die Zugänge der Abwasseranschlussbeiträge und der Straßenentwässerungsbeiträge saldiert mit der

Wertberichtigung der zinslos gestundeten Beiträge für landwirtschaftlich genutzte Flächen innerhalb der Kapitalrücklage sowie das Jahresergebnis und beträgt TEUR 20.738.

Die Kennzahlen der Vermögensstruktur im Jahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

Kennzahl	2019	2018
Anlagenquote	93,3 %	94,3 %
Eigenkapitalquote	48,1 %	47,5 %
Fremdkapitalquote	21,4 %	21,0 %

Finanzlage

Die liquiden Mittel betragen TEUR 2.678. Der Abfluss liquider Mittel für Investitionen belief sich dabei auf TEUR 1.222.

Die Kennzahlen der Finanzierungsstruktur im Jahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

Kennzahl	2019	2018
Anlagendeckung durch bilanzielles Eigenkapital	51,5 %	50,4 %
Liquidität 1. Grades	128,7 %	208,1 %
Cash Flow	TEUR 621	TEUR 281

Ertragslage

Im Wirtschaftsjahr 2019 stiegen die Umsatzerlöse auf TEUR 2.904. Das Rohergebnis des Unternehmens beträgt TEUR 1.692 und stieg gegenüber dem Vorjahr um TEUR 170.

Die Kennzahlen der Ertragslage im Jahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

Kennzahl	2019	2018
Umsatzrentabilität	3,7 %	-1,7 %
Eigenkapitalrentabilität	0,5 %	-0,2 %
Gesamtkapitalrentabilität	0,5 %	0,2 %

III. Prognosen, Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

A. Vorschau für das Wirtschaftsjahr 2020

Der Erfolgsplan 2020 weist Erträge in Höhe von TEUR 3.442, Aufwendungen in Höhe von TEUR 3.495 und somit einen Jahresverlust von ./ TEUR 53 aus.

Nach dem Vermögensplan 2020 sind Investitionen von TEUR 3.765 geplant.

Der Finanzbedarf für die Investitionen und die Kredittilgung soll über die eigene Finanzkraft des Unternehmens und Zuschüsse sowie eine Darlehensaufnahme gedeckt werden.

B. Prognosen, Chancen und Risiken

Der AZV Löbau-Nord plant sein Abwasserbeseitigungskonzept und das darin enthaltene Mischwasserbeseitigungskonzept bis zum Jahr 2021 vollständig umzusetzen. Das bedeutet, dass der Stand der Technik (SdT) der Mischwassereinleitungen innerhalb des Verbandsgebietes abschließend im Jahr 2021 erreicht werden soll.

Anlagen, welche die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer erreicht haben, werden im Rahmen des geplanten Investitionsprogramms systematisch ersetzt.

Langfristige finanzielle Risiken ergeben sich für die Abwasserbeseitigung weiterhin aus der demographischen Entwicklung im Versorgungsgebiet und der damit verbundenen Problematik der fixen Kosten der Abwasserentsorgung. Ein weiteres Risiko, welches das Problem der fixen Kosten mittelfristig verstärkt, ist die derzeitige von einem weiteren Preisanstieg gekennzeichnete Entwicklung der Aufwendungen für Investitionen, Ersatzinvestitionen. Auch im Bereich des Zukaufs von Dienstleistungen, welche durch den AZV Löbau-Nord außerhalb der Betriebs- und Geschäftsführung beschafft werden müssen, ergeben sich aufgrund der derzeitigen Angebotslage (Oligopole) Kostensteigerungen, die zu wirtschaftlichen Belastungen führen können.

Darüber hinaus sind die gesetzlichen Anforderungen an die Klärschlamm Entsorgung in Deutschland mit dem Inkrafttreten der neuen Düngemittelverordnung verschärft worden und könnten zukünftig wesentlich höhere Entsorgungskosten verursachen. Derzeit arbeitet der

AZV Löbau-Nord an einer Studie zur Klärschlammbehandlung für seine Verbandkläranlage, mit der Chance den Entsorgungsweg langfristig kosteneffizient und sicher zu gestalten.

Der Abwasserzweckverband ist in seiner Geschäftstätigkeit verschiedenen branchenspezifischen Unternehmensrisiken ausgesetzt. Die Stadtwerke Löbau GmbH hat in ihrer Funktion als Geschäftsführer ein Risikofrüherkennungssystem geschaffen. Die Regelungen zum Risikomanagement sind in einem „Handbuch Risikomanagement für die Stadtwerke Löbau GmbH und den Abwasserzweckverband Löbau Nord“ dokumentiert. Das eingerichtete Risikomanagementsystem ist darauf ausgerichtet, Entwicklungen, die den Fortbestand des Zweckverbandes gefährden, frühzeitig zu erkennen. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur werden Risiken bewertet, analysiert und dokumentiert, die Risikoüberwachung erfolgt in einem zyklischen Prozess.

Mit der weltweiten Ausbreitung des neuartigen Coronavirus wurden die dadurch in Verbindung stehenden Risiken durch die Geschäftsführung berücksichtigt. Es wurden unverzüglich Maßnahmen ergriffen, um die Risiken weitestgehend zu minimieren. Im Rahmen des Risikomonitorings erfolgt die regelmäßige Neubewertung und ggf. Anpassung des Risikos.

Insgesamt lässt die Einschätzung der Risikolage die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Wirtschaftsjahr keine den Fortbestand des Zweckverbandes gefährdenden oder dessen Entwicklung wesentlich beeinträchtigende Risiken bestanden und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für den mittelfristigen Zeitraum nicht erkennbar sind.

Löbau, am 29. Juni 2020

Abwasserzweckverband Löbau-Nord


gez. Roland Höhne
Verbandsvorsitzender

ABWASSERZWECKVERBAND LÖBAU-NORD, LÖBAU

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2019

AKTIVA

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Nutzungsrechte	69.055,69	69.897,41
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Betriebs- und anderen Bauten	41.986,15	44.076,15
2. Abwasserreinigungsanlagen	1.651.935,00	1.936.285,00
3. Abwassersammelanlagen	38.263.924,00	38.081.516,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	99.805,00	130.620,00
5. Anlagen im Bau	120.948,43	146.922,33
	<u>40.178.598,58</u>	<u>40.339.419,48</u>
	40.247.654,27	40.409.316,89
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	16.485,71	15.703,76
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	198.033,64	234.752,38
2. Forderungen gegen Verbandsmitglieder	6.563,50	19.308,55
3. Sonstige Vermögensgegenstände	0,01	186,12
	204.597,15	254.247,05
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.678.414,63	2.193.173,76
	<u>2.899.497,49</u>	<u>2.463.124,57</u>
	<u>43.147.151,76</u>	<u>42.872.441,46</u>

PASSIVA

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Allgemeine Rücklage	5.962.361,97	5.962.361,97
II. Kapitalrücklage	11.691.790,90	11.424.912,59
III. Gewinnvortrag	2.977.762,42	3.022.840,15
IV. Jahresergebnis	105.928,43	-45.077,73
	<u>20.737.843,72</u>	<u>20.365.036,98</u>
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE	13.113.411,00	13.474.140,00
C. EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE	60.790,00	46.018,00
D. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	1.243.204,80	1.250.152,81
E. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.359.593,00	6.721.809,41
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	151.580,17	63.682,34
3. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern	34.424,02	55.267,12
4. Sonstige Verbindlichkeiten	446.305,05	896.334,80
	<u>7.991.902,24</u>	<u>7.737.093,67</u>
	<u>43.147.151,76</u>	<u>42.872.441,46</u>

ABWASSERZWECKVERBAND LÖBAU-NORD, LÖBAU
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2019

	2019 EUR	2018 EUR
1. Umsatzerlöse	2.904.081,55	2.658.969,60
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>544.144,93</u>	<u>540.687,17</u>
	3.448.226,48	3.199.656,77
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-32.281,23	-34.766,06
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-1.724.179,44</u>	<u>-1.642.467,67</u>
	-1.756.460,67	-1.677.233,73
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.383.408,42	-1.353.787,16
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-92.743,16	-84.950,85
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.453,28	2.608,10
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-115.139,08</u>	<u>-131.370,86</u>
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: EUR 26.392,00 (Vorjahr: EUR 15.282,00)		
8. Ergebnis nach Steuern	<u>105.928,43</u>	<u>-45.077,73</u>
9. Jahresergebnis	<u><u>105.928,43</u></u>	<u><u>-45.077,73</u></u>

**ABWASSERZWECKVERBAND LÖBAU-NORD,
LÖBAU**

**ANHANG
FÜR DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2019
EINSCHLIEßLICH DER
ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS**

Anhang für das Wirtschaftsjahr 2019

I. Angaben zur Form und Darstellung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht des AZV Löbau-Nord mit Sitz in Löbau wurden gemäß § 58 Abs. 1 SächsKomZG i. V. m. § 31 und den §§ 11 – 15 SächsEigBVO nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Das Gliederungsschema der Bilanz wurde nach § 265 Abs. 5 HGB um die Forderungen gegen Verbandsmitglieder und Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern erweitert. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung kam das Gesamtkostenverfahren zur Anwendung.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter der Prämisse der Unternehmensfortführung.

Die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz ebenso wie die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzubringenden Vermerke wurden im Interesse einer besseren Klarheit im Anhang aufgeführt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** wurden zu den Anschaffungskosten bilanziert. Es werden Nutzungsrechte an Grundstücken ausgewiesen; sie werden nicht abgeschrieben.

Das **Sachanlagevermögen** wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, ermittelt anhand der voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern, bewertet. In die Ermittlung der Herstellungskosten werden nur die handelsrechtlich vorgeschriebenen Gemeinkosten einbezogen. Für die planmäßigen Abschreibungen wurde ausschließlich die lineare Methode angewandt.

Die **Vorräte** sind zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungswerten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet. Erkennbare Ausfallrisiken sind durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Ausfallrisiko wurde durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen.

Die **flüssigen Mittel** wurden zum Nominalwert angesetzt.

Der **Kapitalrücklage** wurden entsprechend der Änderung der SächsEigBVO vom 31. Dezember 2011 die den Kunden berechneten Abwasseranschlussbeiträge sowie Straßenentwässerungsbeiträge zugeführt.

In dem **Sonderposten für Investitionszuschüsse** zum Anlagevermögen werden Fördermittel der öffentlichen Hand passiviert. Sie werden entsprechend der Nutzungsdauern der bezuschussten Anlagen ertragswirksam aufgelöst. Im Zugangsjahr erfolgt die halbe Auflösung. Weiterhin erfolgt unter diesem Sonderposten der Ausweis der verrechneten Abwasserabgabe.

Als **empfangene Ertragszuschüsse** werden Erstattungen aus Hausanschlusskosten dargestellt. Diese werden entsprechend der Nutzungsdauer der Anlagen aufgelöst.

Die **sonstigen Rückstellungen** sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Darüber hinaus werden langfristige Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Wirtschaftsjahre abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

III. Erläuterung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

A. Angaben zu Posten der Bilanz

Die Entwicklung des **Anlagevermögens** geht aus dem beiliegendem Anlagenspiegel hervor.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** beinhalten hauptsächlich Forderungen aus Abwasserbescheiden. Dem allgemeinen Ausfallrisiko wurde durch die Bildung einer Pauschalwertberichtigung von 3 % des um Einzelwertberichtigungen bereinigten Forderungsbestandes Rechnung getragen.

Die **Forderungen gegen Verbandsmitglieder** betragen EUR 6.563,50 und resultieren ausschließlich aus Lieferungen und Leistungen.

Die **Allgemeine Rücklage** beträgt TEUR 5.962.

Die auf die Mitglieder entfallenden Anteile stellen sich wie folgt dar:

	<u>Anteil</u>
Stadt Löbau	93,33 %
Gemeinde Rosenbach	6,67 %.

Mit Beschluss 03/2019 der Verbandsversammlung vom 29. Oktober 2019 wurde der Jahresverlust 2018 auf neue Rechnung vorgetragen.

Es bestehen die folgenden **sonstigen Rückstellungen**:

	Stand 01.01.2019	Zuführung	Ab-/Auf- zinsung	Inanspruch- nahme/ Umglie- derung	Auf- lösung	Stand 31.12.2019
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Kostenüber- deckung	971	76	26	0	0	1.073
Abwasser- abgabe	161	53	0	50	1	163
Nachsorge- verpflichtung	111	0	0	110	1	0
Jahresab- schlusskosten	7	7	0	7	0	7
	1.250	136	26	167	2	1.243

Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten
(Klammerangaben betreffen das Vorjahr):

	Gesamtbetrag 31.12.2019	Davon mit einer Restlaufzeit			gegenüber Verbands- mitgliedern
		bis zu einem Jahr	über einem Jahr	über fünf Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.359.593,00 (6.721.809,41)	1.448.491,30 (478.722,63)	5.911.101,70 (6.243.086,78)	4.583.161,38 (4.915.146,46)	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	151.580,17 (63.682,34)	151.580,17 (62.943,35)	0,00 (738,99)	0,00 (0,00)	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmit- gliedern	34.424,02 (55.267,12)	34.424,02 (55.267,12)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	34.424,02
Sonstige Verbindlichkeiten	446.305,05 (896.334,80)	446.305,05 (456.747,80)	0,00 (439.587,00)	0,00 (0,00)	0,00
Gesamt	7.991.902,24 (7.737.093,67)	2.080.800,54 (1.053.680,90)	5.911.101,70 (6.683.412,77)	4.583.161,38 (4.915.146,46)	34.424,02

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern** resultieren ausschließlich aus Lieferungen und Leistungen.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten hauptsächlich Verbindlichkeiten aus der Kostenüberdeckung der Gebührenkalkulation sowie noch nicht verrechnete Abschlagszahlungen von Kunden aus der Jahresverbrauchsabrechnung der Schmutzwassergebühren.

Es bestehen keine Besicherungen der Verbindlichkeiten durch Bürgschaften, Pfandrechte oder sonstige Sicherheiten.

B. Angaben zu den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Umsatzerlöse** gliedern sich wie folgt auf:

	<u>TEUR</u>
Abwasserentsorgung	1.830
Niederschlagswasserentsorgung	366
Fäkalentsorgung	35
Kleineinleiterabgaben	1
Straßenentwässerungsbetriebskosten	208
Inanspruchnahme der Verbindlichkeit für Gebührenaussgleich	453
Einstellung Rückstellung für Kostenüberdeckungen 2019	-76
Weiterberechnung von Straßenentwässerungskostenanteilen	83
Sonstige Umsatzerlöse	4
	<u>2.904</u>

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** umfassen u. a. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Fördermittel (TEUR 430) und Auflösung der verrechneten Abwasserabgabe (TEUR 90) sowie periodenfremde Erträge (TEUR 6), aufgrund der Korrektur der Zinsabgrenzung aus 2018.

Bei den Aufwendungen für **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** handelt es sich hauptsächlich um Direktmaterial in Form von Instandhaltungsmaterial und Ersatzteilen.

Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** betreffen vorwiegend die technische Betriebsführung (TEUR 1.020) und die Geschäftsführung (TEUR 234) durch die Stadtwerke Löbau GmbH, Aufwendungen für Instandhaltung (TEUR 409) sowie die Verbrauchsabrechnung Schmutzwasser (TEUR 38) durch die Stadtwerke Löbau GmbH und die SOWAG.

Die **Abschreibungen** beinhalten planmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 1.383.

In den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind im Wesentlichen die Abwasserabgabe (TEUR 53), Rechts-, Gerichts- und Notarkosten (TEUR 7) Wirtschaftsberatungs- und Prüfungskosten (TEUR 7), nichtproduktive Fremdleistungen (TEUR 7) sowie periodenfremde Aufwendungen (TEUR 1) enthalten.

Die **Zinsaufwendungen** enthalten die planmäßigen Aufwendungen für den Kapitaldienst.

IV. Sonstige Angaben

A. Angaben zu den Organen

Verbandsvorsitzender des AZV Löbau-Nord ist Herr Roland Höhne, Bürgermeister der Gemeinde Rosenbach, stellvertretender Verbandsvorsitzender ist Herr Dietmar Buchholz, Oberbürgermeister der Stadt Löbau.

Der Verwaltungsrat wird gebildet durch Herrn Roland Höhne und Herrn Dietmar Buchholz.

Die Verbandsversammlung setzte sich in 2019 wie folgt zusammen:

Roland Höhne	Bürgermeister der Gemeinde Rosenbach
Dietmar Buchholz	Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Löbau
Hartmut Nahrstedt	Diplom-Agraringenieur Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau
Mercedes Krumpolt	Ärztin Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau ab 5. Juli 2019
Heiko Neumann	Optiker Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau ab 5. Juli 2019
Robert Haupt	Bäcker Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau ab 5. Juli 2019

Heiner Putzmann	Ruhestand Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau ab 5. Juli 2019
Conny Müller-Schmitz	Krankenschwester Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau bis 4. Juli 2019
Dr. Gottfried Sterzel	Arzt Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau bis 4. Juli 2019
Andreas Förster	Angestellter Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau bis 4. Juli 2019
Rita Heinrich	Diplom Agraringenieur / Verwaltungsfachwirt Stadtrat der Großen Kreisstadt Löbau bis 4. Juli 2019
Thomas Rublack	Diplom-Kaufmann Gemeinderat der Gemeinde Rosenbach ab 21. August 2019
Matthias König	Straßenbauer Gemeinderat der Gemeinde Rosenbach ab 21. August 2019
Lars Grolms	Wirtschaftsinformatiker Gemeinderat der Gemeinde Rosenbach ab 21. August 2019
Dietmar Plociennik	Diplom-Philosoph Gemeinderat der Gemeinde Rosenbach bis 20. August 2019
Matthias König	Polier Gemeinderat der Gemeinde Rosenbach bis 20. August 2019
Florian Schneider	Steuerberater Gemeinderat der Gemeinde Rosenbach bis 20. August 2019

An den Verbandsvorsitzenden, dessen Stellvertreter und die Verbandsräte wurden Aufwandsentschädigungen in Höhe von EUR 3.580,00 gezahlt.

B. Durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer

Der AZV Löbau-Nord beschäftigte im Berichtszeitraum kein eigenes Personal.

C. Sonstige Finanzielle Verhältnisse

Die Verpflichtungen aus Bestellobligo belaufen sich auf TEUR 661.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Betriebsführungs- und weiteren Dienstleistungsverträgen bestehen in Höhe von ca. TEUR 1.350 p. a.

D. Sonstige Angaben

Vom **Abschlussprüfer** wurde für das Wirtschaftsjahr ein Gesamthonorar von TEUR 7 berechnet und aufwandswirksam verbucht. Das Gesamthonorar gliedert sich wie folgt:

Für Jahresabschlussprüfungsleistungen	TEUR 7
---------------------------------------	--------

Die weltweite Ausbreitung des neuartigen Coronavirus in 2020 wird Einfluss auf das Zahlungsverhalten der Gebührensuldner haben und zukünftig Forderungsausfälle mit sich bringen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres eingetreten und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, haben sich nicht ergeben.

Der im Berichtsjahr erzielte Jahresgewinn von TEUR 106 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Löbau, den 29. Juni 2020

Abwasserzweckverband Löbau-Nord

gez. Roland Höhne

Verbandsvorsitzender

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS IM WIRTSCHAFTSJAHR 2019

	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN				KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN				NETTOBUCHWERTE		
	1. Jan. 2019 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	31. Dez. 2019 EUR	1. Jan. 2019 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31. Dez. 2019 EUR	31. Dez. 2019 EUR	31. Dez. 2018 EUR
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE											
Entgeltlich erworbene Nutzungsrechte	75.056,91	598,28	0,00	0,00	75.655,19	5.159,50	1.440,00	0,00	6.599,50	69.055,69	69.897,41
SACHANLAGEN											
Grundstücke mit Betriebs- und anderen Bauten	59.517,95	91,90	0,00	0,00	59.609,85	15.441,80	2.181,90	0,00	17.623,70	41.986,15	44.076,15
Abwasserreinigungsanlagen	8.760.022,84	10.944,92	0,00	9.375,01	8.761.592,75	6.823.737,84	295.294,92	9.375,01	7.109.657,75	1.651.935,00	1.936.285,00
Abwassersammlungsanlagen	54.801.832,23	1.120.302,67	115.781,93	15.021,55	56.022.895,28	16.720.316,23	1.053.676,60	15.021,55	17.758.971,28	38.263.924,00	38.081.516,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	535.293,78	0,00	0,00	0,00	535.293,78	404.673,78	30.815,00	0,00	435.488,78	99.805,00	130.620,00
Anlagen im Bau	146.922,33	89.808,03	-115.781,93	0,00	120.948,43	0,00	0,00	0,00	0,00	120.948,43	146.922,33
	<u>64.303.589,13</u>	<u>1.221.147,52</u>	<u>0,00</u>	<u>24.396,56</u>	<u>65.500.340,09</u>	<u>23.964.169,65</u>	<u>1.381.968,42</u>	<u>24.396,56</u>	<u>25.321.741,51</u>	<u>40.178.598,58</u>	<u>40.339.419,48</u>
	<u>64.378.646,04</u>	<u>1.221.745,80</u>	<u>0,00</u>	<u>24.396,56</u>	<u>65.575.995,28</u>	<u>23.969.329,15</u>	<u>1.383.408,42</u>	<u>24.396,56</u>	<u>25.328.341,01</u>	<u>40.247.654,27</u>	<u>40.409.316,89</u>

Anlage 11

Haushaltssatzung 2019

Abwasserzweckverband Löbau-Süd

(Beschluss 11/2018 der Verbandsversammlung am 27.11.2018)

Haushaltssatzung 2019

Abwasserzweckverband "Löbau-Süd"

(Fassung vom 17.10.2018)

Paragraph 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

im Erfolgsplan		
Erlöse und Kosten von je		1915,2 T€
davon:		
	Erlöse und Erträge	1915,2 T€
	Aufwendungen	1787,7 T€
	Überschuss (+)/Fehlbetrag (-)	127,5 T€
im Liquiditätsplan		
einen Mittelzu-(+)/-abfluss(-) von		594,0 T€
davon aus:		
	laufender Geschäftstätigkeit	421,1 T€
	Investitionstätigkeit	-748,6 T€
	Finanzierungstätigkeit	921,5 T€
und dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von		614,8 T€
und dem Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen) von		0,0 T€

Paragraph 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird festgesetzt auf 250,0 T€

Paragraph 3

Es werden keine Umlagen erhoben.

Beschlossen in der Verbandsversammlung mit Beschluss Nr. 11/2018

am 27.11.2018

Zittau, den 15. FEB. 2019

Verbandsvorsitzender



Anlage 12

Zuarbeit zu Beteiligungsbericht

und

Beteiligungsbericht 2019 des AZV Löbau-Süd

Zuarbeit zu
Beteiligungsbericht

hinsichtlich des

Zweckverband: AZV Löbau-Süd

Jahresabschluss: 2019

Datum: 25. August 2020



Petruttis
Verbandsvorsitzender

Bezeichnung:	Abwasserzweckverband „Löbau-Süd“
Rechtsform:	Körperschaft öffentlichen Rechts
Sitz/ Anschrift:	Äußere Weberstraße 43 02763 Zittau
Gründungsjahr:	1992 (Sicherheitsneugründung 1999)
Unternehmenszweck:	Aufgabenträger der öffentlichen Abwasserentsorgung in den Mitgliedsgemeinden
Stammkapital:	in der Satzung nicht festgelegt

Organe des Zweckverbandes

Zusammensetzung der Verbandsversammlung:

für die Gem. Schönbach	Herr Uwe Petrutis (Verbandsvorsitzender) Bürgermeister der Gemeinde Schönbach
für die Gem. Kottmar	Herr Michael Görke Bürgermeister der Gemeinde Kottmar
für die Gemeinde Lawalde	Frau Nadja Kneschke Bürgermeisterin der Gemeinde Lawalde
für die Gem. Dürrhennersdorf	Herr Albrecht Gubsch (stv. Verbandsvorsitzender) Bürgermeister der Gemeinde Dürrhennersdorf
für die Gem. Großschweidnitz	Herr Jons Anders Bürgermeister der Gemeinde Großschweidnitz
für die Stadt Löbau	Herr Dietmar Buchholz Oberbürgermeister der Stadt Löbau
vertreten durch	Herr Albrecht Gubsch , Bauamt der Stadt

Zusammensetzung des Verbandsausschusses

Den Verbandsausschuss bilden die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen bzw. der Oberbürgermeister der Mitgliedsgemeinden.

Zusammensetzung der Geschäftsführung

Der AZV hat die Geschäftsführung an die SOWAG mbH beauftragt.

Abschlussprüfer

bis 2002	WIBERA Wirtschaftsberatung AG
2003 bis 2006	WIKOM AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
2007 bis 2016	BRV AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
ab 2017	ETL AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer

Der AZV beschäftigt kein Personal.

Verbandsmitglieder und deren Anteile:

<u>Mitgliedsgemeinde</u>	<u>Einwohner per 30.06.2019</u>	<u>Anteil am ZV in %</u>
Dürrhennersdorf	981	11,24
Großschweidnitz	1.274	14,60
Stadt Löbau, OT Großdehsa	340	3,90
Kottmar	3.211	36,80
Lawalde	1.835	21,03
Schönbach	1.085	12,43
Summe	8.726	100,00

Finanzbeziehungen zwischen dem Zweckverband und seinen Mitgliedsgemeinden**- Gewinnabführungen an die Gemeinden:**

Aus der Nachkalkulation der Gebühren für den Zeitraum 2011 – 2015 wurde im Jahr 2015 eine Ausschüttung in Höhe von T€ 60 an die Mitgliedsgemeinden beschlossen. Die Auszahlung erfolgte im Februar 2016 wie folgt:

<u>Mitgliedsgemeinde</u>	<u>Anteil an Ausschüttung EK- Verzinsung 2011 - 2015</u> in €
Dürrhennersdorf	6.587,69
Großschweidnitz	8.858,18
Stadt Löbau, OT Großdehsa	2.263,90
Lawalde	12.523,86
Kottmar	22.231,00
Schönbach	7.535,37
Summe	60.000,00

Aus der Nachkalkulation der Gebühren für das Jahr 2016 wurde im Jahr 2017 eine Ausschüttung in Höhe von T€ 37,7 an die Mitgliedsgemeinden beschlossen. Die Auszahlung erfolgte im Oktober 2017 wie folgt:

<u>Mitgliedsgemeinde</u>	<u>Anteil an Ausschüttung EK- Verzinsung 2016</u> in €
Dürrhennersdorf	4.166,34
Großschweidnitz	5.570,31
Stadt Löbau, OT Großdehsa	1.424,67
Lawalde	7.935,10
Kottmar	13.911,27
Schönbach	4.692,31
Summe	37.700,00

Aus der Nachkalkulation der Gebühren für das Jahr 2017 wurde im Jahr 2018 eine Ausschüttung in Höhe von T€ 47,1 an die Mitgliedsgemeinden beschlossen. Die Auszahlung erfolgte im Oktober 2018 wie folgt:

<u>Mitgliedsgemeinde</u>	<u>Anteil an Ausschüttung EK- Verzinsung 2017</u> in €
Dürrhennersdorf	5.196,95
Großschweidnitz	6.823,64
Stadt Löbau, OT Großdehsa	1.822,10
Lawalde	9.908,01
Kottmar	17.391,83
Schönbach	5.957,48
Summe	47.100,00

Aus der Nachkalkulation der Gebühren für das Jahr 2018 wurde im Jahr 2019 eine Ausschüttung in Höhe von T€ 56,9 an die Mitgliedsgemeinden beschlossen. Die Auszahlung erfolgte im Dezember 2019 wie folgt:

<u>Mitgliedsgemeinde</u>	<u>Anteil an Ausschüttung EK- Verzinsung 2018</u> in €
Dürrhennersdorf	6.327,96
Großschweidnitz	8.424,37
Stadt Löbau, OT Großdehsa	2.186,73
Lawalde	11.927,00
Kottmar	20.873,87
Schönbach	7.160,07
Summe	56.900,00

- **Verlustabdeckungen** durch die Gemeinden:

Es wurden Betriebskostenumlagen gemäß folgender Aufstellung erhoben:

<u>Mitgliedsgemeinde</u>	<u>Umlage 2002</u> in €	<u>Umlage 2003</u> in €	<u>Umlage 2004</u> in €
Dürrhennersdorf	20.286,38	20.554,12	247.033,83
Großschweidnitz	23.867,27	23.969,07	286.504,26
Stadt Löbau, OT Großdehsa	7.113,82	7.007,09	84.439,23
Lawalde	35.233,40	35.148,20	424.748,95
Niedercunnersdorf	28.583,17	28.350,52	345.415,35
Obercunnersdorf	37.247,65	37.065,08	440.851,31
Schönbach	22.668,31	22.905,93	276.293,00
Summe	175.000,00	175.000,01	2.105.285,93

Die Umlage 2004 wird in Raten von 2004 bis 2013 erhoben. 2013 beschloss die Verbandsversammlung eine Verlängerung der Ratenzahlung bis ins Jahr 2022.

In den Geschäftsjahren 2005 bis 2019 wurden keine Umlagen erhoben.

Im Jahr 2008 beschloss der Zweckverband im Rahmen der Gewinnverwendung des Vorjahres, die Umlagen um T€ 50 zu senken.

Diese Senkung der Umlage verteilte sich auf die Mitgliedsgemeinden wie folgt:

<u>Mitgliedsgemeinde</u>	<u>Umlage 2004</u> in €	<u>Senkung Umlage 2008</u> in €
Dürrhennersdorf	247.033,83	-5.866,99
Großschweidnitz	286.504,26	-6.804,40
Stadt Löbau, OT Großdehsa	84.439,23	-2.005,41
Lawalde	424.748,95	-10.087,68
Niedercunnersdorf	345.415,35	-8.203,53
Obercunnersdorf	440.851,31	-10.470,10
Schönbach	276.293,00	-6.561,88
Summe	2.105.285,93	-50.000,00

- Sonstige Zuschüsse von den Gemeinden: keine
- Von den Gemeinden übernommene Bürgschaften oder Gewährleistungen: keine

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2019

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Grundlagen des Unternehmens

Der Abwasserzweckverband „Löbau-Süd“ wurde 1991 als Teilverband und im Juli 1993 als Vollverband gegründet. Am 30. April 1999 erfolgte die Sicherheitsneugründung des Abwasserzweckverbandes. Ihm gehörten im Berichtszeitraum die Gemeinden Kottmar mit den Ortsteilen Kottmarsdorf, Niedercunnersdorf, Obercunnersdorf und Ottenhain, Großschweidnitz, Schönbach, Dürrhennersdorf, Lawalde sowie die Stadt Löbau mit dem OT Großdehsa an.

Der Abwasserzweckverband beauftragte die Süd-Oberlausitzer Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgesellschaft mbH (SOWAG), deren Mitgesellschafter er seit 1997 ist, mit der Durchführung der technischen und kaufmännischen Betriebsführung seiner Abwasseranlagen. Der Abwasserzweckverband beschäftigt kein eigenes Personal.

Der Abwasserzweckverband „Löbau-Süd“ wendet die Vorschriften des Sächsischen Eigenbetriebsrechts an.

Im Jahr 1993 war eine Generalentwässerungsplanung für den Abwasserzweckverband erstellt worden. Auf dieser Grundlage wurde im Jahr 2001 ein Abwasserbeseitigungskonzept entwickelt, das in den Jahren 2006, 2008, 2010 und 2013 aktualisiert wurde.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen für die Geschäftsentwicklung

Überblick Markt, Branche, Konjunktur

Die Abwasserentsorgung ist eine Aufgabe der kommunalen Daseinsfürsorge. Mit der Bildung der SOWAG mbH als kommunale Eigengesellschaft sichern der AZV und weitere regionale Aufgabenträger der Wasserver- und Abwasserentsorgung die effiziente Aufgabenerfüllung durch Nutzung sinnvoller Synergien. Gleichzeitig üben sie die vollständige Kontrolle über die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung aus.

Die Abwasserentsorgung wird durch Anschluss- und Benutzungszwang geregelt. Eine Deregulierung des Marktes ist derzeit nicht vorgesehen.

Das Geschäft des AZV ist insgesamt wenig von der Konjunktur beeinflusst. Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung im Entsorgungsgebiet stellt jedoch eine besondere Herausforderung im Hinblick auf den wirtschaftlichen Betrieb der Entsorgungsanlagen dar.

Politische Rahmenbedingungen

EU-Ziele:

Wasser ist wesentlich für das Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen sowie für die Wirtschaft. Der Schutz und die Bewirtschaftung von Gewässern sind staatenübergreifende Aufgaben.

Wesentliche Grundlage der Abwasserentsorgung ist die EU-Richtlinie zur Behandlung kommunalen Abwassers. Sie hat den Schutz der Umwelt in der Europäischen Union (EU) vor den schädlichen Wirkungen (z. B. Eutrophierung) durch kommunales Abwasser zum Ziel. Dazu legt sie EU-weite Regeln für das Sammeln, Behandeln und Ableiten von Abwasser fest.

Schwerpunkte dieser EU-Richtlinie sind unter anderem die Regelung der geordneten Abwasserentsorgung und/oder einer weitergehenden Behandlung entsprechend der Siedlungsstruktur, die Anforderungen an die Wartung von Abwasserbehandlungsanlagen, den Schutz der Gewässer vor Verschmutzung durch die Eingrenzung von Regenüberläufen und Grundsätze zur Entsorgung und Wiederverwendung von Klärschlamm.

Deutschland:

Die EU-Vorgaben werden in Deutschland durch das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes, die Abwasser- und die Klärschlammverordnung sowie die Indirekteinleiterverordnung präzisiert. Zudem gilt in Sachsen das Sächsische Wassergesetz und die Sächsische Kommunalabwasserverordnung.

2.2. Geschäftsverlauf und Lage des AZV

a) Ertragslage

Der Zweckverband erzielte im Jahr 2019 ein positives Betriebsergebnis. Der AZV verzeichnete nahezu stabile Einleitmengen. Auch insgesamt sanken die Umsatzerlöse aus der Abwasserentsorgung zum Vorjahr nur im geringen Maß. Ebenfalls etwas geringer als im Vorjahr waren die sonstigen betrieblichen Erträge. Die Kosten blieben gegenüber dem Vorjahr weitgehend konstant. Dies führte zu einem Jahresüberschuss, der mit T€ 161 etwas geringer ist als im Vorjahr (T€ 212).

b) Finanzlage

Im Wirtschaftsjahr 2019 wurden durch den AZV keine Darlehen aufgenommen. Kredite in Höhe von T€ 438 wurden getilgt. Der Verband war jederzeit in der Lage, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Der Barmittelbestand des AZV hat sich im Geschäftsjahr 2019 jedoch durch die Investitionen und die Tilgungsleistungen verringert und beträgt zum 31.12.2019 T€ 262 (i.Vj. T€ 994).

c) Vermögenslage

Das Eigenkapital des Zweckverbandes erhöhte sich im Jahr 2019 um T€ 127. Die Erhöhung entstand zum einen durch den Jahresüberschuss in Höhe von T€ 161 sowie zum anderen durch die Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage aus im Jahr 2019 vereinnahmten Abwasserbeiträgen (T€ 22). Dem gegenüber steht ein Abgang an Eigenkapital in Höhe von T€ 57 für die Ausschüttung von Überschüssen aus der Eigenkapitalverzinsung basierend auf der Nachkalkulation für das Geschäftsjahr 2018.

Das Eigenkapital beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2019 T€ 13.165 (i.Vj. T€ 13.038). Die Eigenkapitalquote erhöhte sich leicht und beträgt 42,4 % (im Vorjahr 40,9 %).

Der Abwasserzweckverband investierte im Jahr 2019 T€ 855. Wichtigste Investitionsmaßnahmen waren die Kanalnetzerweiterungen in Kottmarsdorf, Nebennetz (T€ 246) und Schönbach, Neudorfstraße (T€ 274). Zudem wurde die Sanierung des Abwasserpumpwerkes Großdehlsa, Wiesenstraße beendet (T€ 170).

Anlagen im Bau bestehen zum 31. Dezember 2019 in Höhe von T€ 293 und betreffen die Kanalauswechslung Schönbach, Neudorfstraße (T€ 274) sowie die Rechenanlage auf der Kläranlage Großschweidnitz (T€ 19).

Das Anlagevermögen ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben. Abschreibungen in Höhe von T€ 852 und Anlagenabgängen von T€ 2 standen Investitionen in Höhe von T€ 855 gegenüber.

Im Wirtschaftsjahr 2019 befanden sich das Grundstück Großdehlsa, Flurstück 8, bebaut mit dem Pumpwerk Großdehlsa, in Großschweidnitz die Flurstücke 220, 221 (zentrale Kläranlage) und 192/1 (Abwasserpumpwerk), in Lawalde das Flurstück 915/1 (Abwasserpumpwerk) sowie in Lawalde, Streitfeld das Flurstück 72/1 (Abwasserpumpwerk) im Besitz des Abwasserzweckverbandes. Im Berichtszeitraum wurden keine Grundstücke erworben oder veräußert.

Auf der Passivseite sanken die Ertragszuschüsse aus Fördermitteln um T€ 413. Auflösungen in Höhe von T€ 415 standen Zugänge aus dem Erhalt von Fördermitteln in Höhe von T€ 2 gegenüber. Der Sonderposten aus der Verrechnung der Abwasserabgabe erhöhte sich im Jahr 2019. Durch Verrechnungsbescheide für die Baumaßnahmen Schönbach Neudorfstraße 1. BA und Lawalde, OT Streitfeld wurden dem Sonderposten T€ 26 zugeführt. Dagegen stand eine Auflösung in Höhe von T€ 16.

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	01.01.2019	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	31.12.2019
	€	€	€	€	€
Rückstellungsspiegel					
Jahresabschluss	19.368,00	19.125,59	242,41	19.446,80	19.446,80
Abwasserabgabe	55.101,55	29.782,30	1.415,45	21.000,00	44.903,80
Rechts- und Prozessrisiken	2.940,00	240,00	2.700,00	0,00	0,00
Gebührenüberdeckung	276.349,00	138.780,00	-1.211,00	0,00	138.780,00
	353.758,55	187.927,89	3.146,86	40.446,80	203.130,60

2.3. Finanzielle Leistungsindikatoren

Umsatzentwicklung

Der AZV erhob im Jahr 2019 Gebühren für die Abwasserentsorgung in Höhe von T€ 1.217 (im Vorjahr T€ 1.237). Für die Fäkalien-/Abwasserentsorgung wurden im Jahr 2019 T€ 35 (im Vorjahr T€ 36) für die Entsorgung der Mengen und T€ 20 (im Vorjahr T€ 21) für die gemäß Gebührensatzung fällige Grundgebühr vom Zweckverband erhoben.

Die Umsätze sanken damit gegenüber dem Vorjahr leicht. Ursache ist vor allem die seit dem Jahr 2019 nicht mehr vorhandene Einleitung von Sickerwasser aus der Deponie Ravon. Zudem sank der allgemeine Trinkwasserbedarf 2019 gegenüber dem sehr trockenen und niederschlagsarmen Jahr 2018. Teilweise ausgeglichen wurde letzteres durch Neuanschlüsse an das Kanalnetz.

Gesunken sind ebenfalls die sonstigen betrieblichen Erträge (T€ -23) und die Zinserträge des AZV (T€ -3 T€). Gründe sind geringere Erträge aus der Auflösung der Sonderposten durch das Auslaufen von Abschreibungszeiträumen geförderter Baumaßnahmen, geringere Erträge aus weiterberechneten Prozesskosten sowie das geringere Abzinsungsvolumen der Rückstellung für die Gebührenüberdeckung des vorangegangenen Kalkulationszeitraumes.

Entwicklung der Aufwendungen und des Betriebsergebnisses

Die Kosten für bezogene Leistungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um T€ 12. Es fielen geringere Abschreibungen (T€ -8) und geringere sonstige betriebliche Aufwendungen (T€ -4) an.

Der Jahresüberschuss im Jahr 2019 ist mit T€ 161 etwas geringer als im Vorjahr (T€ 212).

2.4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Seiner hoheitlichen Aufgabe der Abwasserentsorgungspflicht ist der Abwasserzweckverband „Löbau-Süd“ im Wirtschaftsjahr 2019 vollumfänglich nachgekommen. Im Jahr 2019 wurden circa 260 Tm³ (Vj. 267 Tm³) Abwasser von Kunden aus dem Verbandsgebiet entsorgt. Weitere 3 Tm³ (Vj. 3 Tm³) Abwasser wurden vom benachbarten Abwasserzweckverband „Obere Spree“ übernommen und entsorgt.

Im Jahr 2019 betrieb der Zweckverband drei Kläranlagen (Kläranlage Großschweidnitz – Kapazität 10.000 EGW, Kläranlage Dürrhennersdorf - Kapazität 53 EGW und Kläranlage Lawalde – Kapazität 65 EGW). Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung betrug für die Kläranlage in Großschweidnitz 86% (im Vorjahr 81%).³

Das für die Kläranlage Großschweidnitz eingeführte Umweltmanagementsystem nach DIN EN 14001 wurde im Jahr 2017 rezertifiziert. Bei den im Wirtschaftsjahr 2019 durchgeführten vier behördlichen Kontrollen ergaben sich keine Beanstandungen. Der niedriger erklärte Überwachungswert für den Parameter CSB (60 mg/l) konnte sicher eingehalten werden.³

Das Kanalnetz hatte zum Ende des Wirtschaftsjahres eine Gesamtlänge von 90 Kilometern (unverändert zum Vorjahr). Der Zweckverband betrieb ausschließlich Schmutzwasserkanäle.

2.5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein.

Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung ist konstant.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Wir konnten im Berichtsjahr bei nahezu allen Lieferverbindlichkeiten durch kurzfristige Zahlungen Skontoabzüge realisieren.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel und kurzfristige Vermögenswerte gedeckt.

3. Prognosebericht

Im Dezember 2003 wurde der AZV durch die Rechtsaufsicht per Bescheid aufgefordert, die Deckung der Verlustviträge aus den vorangegangenen Jahren auszugleichen. Bis 31. Dezember 2000 beliefen sich die Verlustviträge auf T€ 2.177. Mit der Rechtsaufsicht wurde ein Kompromiss dahingehend vereinbart, dass im Jahr 2004 die Umlagen von den Mitgliedsgemeinden in Höhe von T€ 2.105 erhoben, jedoch über einen Zeitraum von 10 Jahren gestundet werden. Die entsprechenden Beschlüsse fasste die Versammlung am 27. April 2004. Im Jahr 2008 wurden die Umlagen um 50 T€ gesenkt. Im Jahr 2010 hat der AZV entschieden, die Umlagen bis in das Jahr 2017 zu stunden. Die zu zahlenden Raten für die Jahre ab 2010 wurden halbiert.

Ab dem Jahr 2013 wurden die Stundungsraten erneut halbiert. Die Umlagenzahlung wird nun bis zum Jahr 2022 andauern. Per 31.12.2019 sind Umlagen in Höhe von T€ 180 gestundet.

Die im Jahr 2017 novellierte Klärschlammverordnung schreibt eine Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm vor. Dies ist für alle Kläranlagen > 50.000 Einwohnerwerte ab dem Jahr 2032 umzusetzen. Davon ist der AZV daher nicht sofort betroffen, weil seine Kläranlage eine deutlich geringere Größe hat.

Der AZV hat die Klärschlammentsorgung für die Jahre bis 2030 vertraglich abgesichert.

Der AZV hat im Jahr 2015 seine Gebührenkalkulation fortgeschrieben. Die Gebühren wurden für den Kalkulationszeitraum 2016 – 2020 in der bisherigen Höhe bestätigt. Die Gebührenüberdeckung des vergangenen Kalkulationszeitraumes wird im aktuellen künftigen Kalkulationszeitraum ausgeglichen. Damit einher geht die Auflösung der bereits erläuterten Rückstellung. Im Jahr 2020 wird die Neukalkulation der Gebühren für die zentrale Entsorgung erfolgen.

Der Zweckverband hat für die Jahre 2020 und 2021 positive Jahresergebnisse (2020: T€ 120; 2021: T€ 88) geplant.

4. Chancen- und Risikobericht

Aus dem Betrieb der Abwasseranlagen und hier vor allem der Kläranlage ergeben sich für den AZV Umweltrisiken, die betragsmäßig nicht näher beziffert werden können. Durch die Möglichkeit von akut auftretenden technischen Störungen besteht die Gefahr, dass behördliche Grenzwerte überschritten werden.

Zur Feststellung von Störungen und damit zur Verminderung des Risikos führt die Betriebsführerin neben einer umfassenden Anlagenüberwachung im Rahmen des Umweltmanagementsystems auch eigene Kontrollmessungen durch.

Mit Beginn der Corona-Pandemie Anfang März 2020 wurde beim Betriebsführer des AZV ein Notfallkonzept erstellt, das vor allem der Sicherung des Betriebes und der Verfügbarkeit der Mitarbeiter diene. So wurden Bereitschaftsregelungen getroffen, die im Falle von Erkrankungen und angeordneten Quarantänen den Betrieb der Anlagen abgesichert hätten. Im Bereich der Verwaltung wurde mit der Einrichtung von Telearbeitsplätzen ein ähnlicher Ansatz verfolgt. Zu keinem Zeitpunkt kam es zum Ausfall von Anlagen oder Systemen. Zeitweilige Engpässe bei der Klärschlammverbrennung konnten durch Zwischenlagerung auf dem Kläranlagengelände überbrückt werden.

Der AZV erwartet infolge der Pandemie keine gravierenden wirtschaftlichen Auswirkungen. Die Kennzahlen lassen aktuell einen gleichbleibenden Umsatz erwarten.

Das wesentliche Risiko der zukünftigen Entwicklung ist in der rückläufigen Menge an zu entsorgendem Abwasser und den damit verbundenen geringeren Umsatzerlösen zu sehen. Durch weitere Neuanschlüsse an das Kanalnetz konnte dies in den letzten Jahren ausgeglichen werden. Der anhaltende Bevölkerungsrückgang führt jedoch zwangsläufig zu geringeren Abwassermengen. Diesem Fakt wird durch ein sehr restriktives, auf den möglichst effizienten Betrieb der Abwasseranlagen ausgerichtete Kostenmanagement im AZV Rechnung getragen.

Kennzahlen der Unternehmensentwicklung

Kennziffer	2010	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Plan 2019*	2019
Eigenkapital in T€	11.038	11.740	12.128	11.971	12.276	12.865	13.039		13.165
Bilanzsumme in T€	33.818	33.213	32.804	32.517	32.224	32.202	31.914		31.076
Eigenkapitalquote in %	32,6	35,3	37,0	36,4	38,1	40,0	40,9		42,4
Summe Fremdkapital und Rückstellungen in T€	5.050	4.507	4.060	4.588	4.112	3.817	3.738		3.178
Fremdverschuldungsgrad in %	14,9	38,4	33,5	38,3	33,5	29,7	28,7		24,1
Anlagenintensität in %	92,9	93,8	94,3	93,7	95,1	93,9	94,2		96,9
Anlagendeckungsgrad in %	106,3	105,2	104,6	105,7	104,0	105,4	105,4		103,2
Investitionen in T€	574	538	476	467	744	468	691	996	855
Cash flow in T€	423	467	451	557	531	341	440	421	468
Investitionsdeckung in %	73,7	86,8	94,7	119,3	71,4	72,9	63,7	42,3	54,7
Effektivverschuldung in T€	3.456	2.942	2.799	2.502	2.608	2.063	2.058		2.411

Kennziffer	2010	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Plan 2019*	2019
Flüssige Mittel in T€	629	852	703	1.006	653	1.000	994	832	262
Summe kurzfristige Verbindlichkeiten (Laufzeit geringer als ein Jahr)	551	574	616	530	568	633	573		602
Liquidität 1. Grades in %	114,2	148,4	114,1	189,8	115,0	158,0	173,5		43,5
Verhältnis flüssiger Mittel zu kurzfristigen Verbindlichkeiten									
Summe Umlaufvermögen in T€	2.392	2.059	1.834	2.086	1.566	1.934	1.815		976
Liquidität (Liquidität 3. Grades) in %	434,1	358,7	297,7	393,6	275,7	305,5	316,8		162,1
Verhältnis von Umlaufvermögen zu kurzfristigen Verbindlichkeiten									
Anzahl Mitarbeiter									
Anzahl Mitarbeiter bei der SOWAG	5,78	5,66	5,88	5,64	5,79	6,07	5,71	5,95	5,74
Umsatzerlöse in T€	1.297	1.321	1.218	1.300	1.434	1.443	1.458	1.473	1.424
Personalintensität in %	23,0	23,0	25,8	24,1	23,2	24,0	24,4	23,9	24,6
Verhältnis der Personalaufwendungen zu Umsatzerlösen									
Produktivität in T€	224,4	233,4	207,2	230,4	247,7	237,7	255,3	247,6	248,2
Umsätze je Mitarbeiter									
Jahresergebnis in T€**	137	178	160	- 425 (ohne RS) 269	258	194	212	130	161

Kennziffer	2010	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Plan 2019*	2019
Eigenkapitalrentabilität in % Verhältnis des Jahresüberschusses oder – fehlbetrages zum Eigenkapital	1,24	1,52	1,32	-3,55 (ohne RS) 2,25	2,10	1,51	1,62		1,22
Gesamtkapitalrentabilität in % = (Jahresüberschuss+ Zinsaufwand) im Verhältnis zum Gesamtkapital	0,72	0,67	0,56	-1,23 (ohne RS) 0,88	0,88	0,65	0,70		0,54

* soweit Kennziffern im Plan enthalten sind

Beteiligungsbericht

Zweckverband: **AZV „Löbau-Süd“**

Jahresabschluss: **2019**

Datum: 25. August 2020
Vorlage in der VVS: 29. September 2020



Petruttis
Verbandsvorsitzender

1. Übersicht der Beteiligungen

Beteiligung an:	Südoberlausitzer Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgesellschaft (SOWAG)	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Gründung:	01. Dezember 1993	
Sitz/ Anschrift:	Zittau / 02763 Zittau, Äußere Weberstraße 43	
Handelsregistereintragung:	Amtsgericht Dresden HRB 9794	
Unternehmenszweck:	Betrieb und Unterhaltung von Anlagen der Wasserver- und Abwasserentsorgung als Versorger bzw. im Rahmen der Aufgabenübertragung als Betriebsführer	
Beteiligungen:	keine	
Stammkapital:	7.700,00 €	
Anteil des Verbandes:	1 %	
weitere Gesellschafter:	Zweckverband „Oberlausitz Wasserversorgung“	96 %
	Stadt Ebersbach-Neugersdorf	1 %
	Abwasserzweckverband „Untere Mandau“	1 %
	Gemeinde Dürrhennersdorf	1 %

2. Finanzbeziehungen zwischen dem AZV „Löbau-Süd“ und seiner Beteiligung

- Bürgschaften

keine

- Gesellschafterdarlehen

Im Jahr 2019 wurden keine Gesellschafterdarlehen ausgereicht.

- Gewinnabführungen der SOWAG mbH an den AZV „Löbau-Süd“

aus dem Jahresergebnis 2004-2019

keine

3. Angaben zu Unternehmen, an denen eine Beteiligung besteht

SOWAG mbH

Zusammensetzung des Aufsichtsrates:

Zweckverband „Oberlausitz
Wasserversorgung“

Herr Gunter Lange (Vorsitzender)
als gewählter Vertreter des ZV, Pensionär
(bis zum 31.12.2019)

Herr Roland Höhne
Bürgermeister der Gemeinde Rosenbach

Herr Willem Riecke
Bürgermeister der Stadt Herrnhut

Herr Markus Hallmann, Bürgermeister der
Gemeinde Mittelherwigsdorf

Frau Sylvia Hölzl, Bürgermeisterin der
Gemeinde Oppach

Herr Markus Weise
Bürgermeister der Stadt Bernstadt
(ab 01.01.2020)

Stadt Ebersbach-Neugersdorf

Frau Verena Hergenröder
Bürgermeisterin

Abwasserzweckverband „Untere Mandau“

Herr Andreas Förster
Bürgermeister der Gemeinde Olbersdorf
und Vorsitzender des Zweckverbandes

Abwasserzweckverband „Löbau-Süd“

Herr Uwe Petrutis
Bürgermeister der Gemeinde Schönbach
und Vorsitzender des Zweckverbandes

Gemeinde Dürrhennersdorf

Herr Albrecht Gubsch (Stellvertreter)
Bürgermeister der Gemeinde Dürrhennersdorf
(Vorsitzender ab 01.01.2020)

Zusammensetzung der Geschäftsführung

Herr Michael Kuba
Frau Heike Neumann

Prokura

Frau Andrea Patzsch

Abschlussprüfer

bis 2002	WIBERA Wirtschaftsberatung AG
2003 bis 2006	WIKOM AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
2007 bis 2016	BRV AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
ab 2017	ETL AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer

Im Berichtszeitraum waren durchschnittlich 93 Arbeitnehmer (Angabe ohne Geschäftsführer und Auszubildende) beschäftigt; davon waren 52 Arbeiter und 41 Angestellte.

Kennziffer	2005	2010	2014	2015	2016	2017	2018	Plan 2019	2019
Produktivität in T€ Umsätze, und aktivierte Eigenleistungen je Mitarbeiter (VbE)	113,0	121,7	138,9	142,2	155,8	153,5	161,9	153,8	157,7
Umsatzerlöse in T€	13.103	12.414	12.158	12.290	13.566	13.535	13.888	13.767	13.606
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in T€*	384	252	323	267					
Jahresergebnis in T€	118	-132	246	-1.777 (ohne RS) 328	1.038	990	194	60	26
Eigenkapitalrentabilität in %	0,45	-0,47	0,82	-6,31 (ohne RS) 1,16	3,55	3,28	0,64		0,085
Gesamtkapitalrendite in %	2,49	1,38	1,08	-3,53 (ohne RS) 0,78	2,27	2,30	0,80		0,38

* ab 2016 infolge BIRUG kein Ausweis dieses Postens mehr möglich

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Grundlagen des Unternehmens

Die Süd-Oberlausitzer Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgesellschaft mbH (SOWAG) war im Geschäftsjahr 2019 gemäß abgeschlossenem Versorgungsvertrag und Ausgliederungsvertrag mit dem Zweckverband „Oberlausitz Wasserversorgung“ in dessen Mitgliedsgemeinden für die Wasserversorgung von ca. 76.000¹ Einwohnern (im Vorjahr 77.000) verantwortlich.

Des Weiteren führte die SOWAG im Geschäftsjahr 2019 auf der Grundlage entsprechender Verträge die Betriebsführung sowie den Gebühreneinzug auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung für 7 Zweckverbände, 8 Gemeinden, einen Eigenbetrieb sowie die Stadtwerke Zittau GmbH durch.

Auf der Grundlage der geschlossenen Verträge mit dem Zweckverband „Oberlausitz Wasserversorgung“ ist die SOWAG für die Versorgung im Verbandsgebiet verantwortlich. Die Kundenverhältnisse basieren dabei auf den allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) und entsprechenden ergänzenden Bedingungen.

Bei der Erfüllung der Wasserversorgungsaufgabe und der Betriebsführungsverträge hat die SOWAG auch im Jahr 2019 ihre hohe Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Dabei stellt die demografische Entwicklung in der Südoberlausitz eine besondere Herausforderung dar.

Zudem wurden die Betriebsführungsverträge mit den Abwasserzweckverbänden und Gemeinden in hoher Qualität erfüllt. Die SOWAG verfügt über ein zertifiziertes integriertes Qualitäts-, Umwelt- und Energie-Management-System nach ISO 9001/ISO 14001/ISO 50001 welches für die Bereiche Qualität und Umwelt im Jahr 2017 zum sechsten Mal rezertifiziert wurde. Das Energiemanagementsystem wurde im Jahr 2019 zum zweiten Mal rezertifiziert.

Im Berichtszeitraum wurden 24 Fassungsanlagen und 17 Wasseraufbereitungsanlagen betrieben, die über 40 Zwischenpumpwerke bzw. Druckerhöhungsstationen, 53 Hoch- und Tiefbehälter mit 21.029 m³ Inhalt und 1.032 km Versorgungsnetz die Wasserversorgung gewährleisteten.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen für die Geschäftsentwicklung

Überblick Markt, Branche, Konjunktur

Die Wasserver- und Abwasserentsorgung sind Aufgaben der kommunalen Daseinsfürsorge. Mit der Bildung einer kommunalen Eigengesellschaft sichern die Aufgabenträger die effiziente Aufgabenerfüllung durch Nutzung sinnvoller Synergien. Gleichzeitig üben sie die vollständige Kontrolle über die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung aus.

Wasserver- und Abwasserentsorgung sind durch Anschluss- und Benutzungszwang geregelt. Eine Deregulierung der Märkte ist derzeit nicht vorgesehen.

Das Geschäft des Unternehmens ist insgesamt wenig von der Konjunktur beeinflusst. Die Bevölkerungsentwicklung im Versorgungsgebiet stellt jedoch eine besondere Herausforderung im Hinblick auf den wirtschaftlichen Betrieb der Ver- und Entsorgungsanlagen dar.

Politische Rahmenbedingungen

EU-Ziele:

Wasser ist wesentlich für das Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen sowie für die Wirtschaft. Der Schutz und die Bewirtschaftung von Gewässern sind staatenübergreifende Aufgaben. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) gibt einen rechtlichen Rahmen für die Reinhaltung und Reinigung von Wasser in der EU und die Sicherstellung seiner langfristigen und nachhaltigen Nutzung vor.

Wasser ist keine Handelsware, sondern ein Allgemeingut sowie eine begrenzte Ressource, die geschützt und auf sowohl qualitativ als auch quantitativ nachhaltige Weise genutzt werden muss.

Mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie wird ein Rahmen für den Schutz der Binnenoberflächengewässer, der Übergangsgewässer, der Küstengewässer und des Grundwassers geschaffen.

Die Richtlinie über den Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung enthält spezifische Kriterien für die Beurteilung eines guten chemischen Zustands, für die Ermittlung signifikanter und anhaltend steigender Trends sowie für die Festlegung der Ausgangspunkte für die Trendumkehr. In der Trinkwasserrichtlinie werden wesentliche Qualitätsnormen für Wasser festgelegt, das für den menschlichen Gebrauch bestimmt ist. Von den Mitgliedstaaten wird gefordert, die Qualität des für den menschlichen Gebrauch bestimmten Wassers regelmäßig zu überwachen.

Deutschland:

Die EU-Vorgaben werden in Deutschland durch das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes und die Trinkwasser- sowie die Abwasserverordnung präzisiert. Zudem gilt das Sächsische Wassergesetz. Besondere Bedeutung hat dabei der Grundwasserschutz, insbesondere die Begrenzung des Eintrages von Schadstoffen unter anderem aus der Landwirtschaft.

2.2. Geschäftsverlauf und Lage der SOWAG

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse blieben im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich. Umsatzrückgänge waren bei der Trinkwasserversorgung zu verzeichnen. Die hohen Umsätze, die im Jahr 2018 infolge der langanhaltenden Trockenheit in den Sommermonaten zu verzeichnen waren, konnten im Jahr 2019 nicht erreicht werden. Dagegen erzielte das Unternehmen eine Umsatzsteigerung bei den Betriebsführungen.

In den Aufwandspositionen gab kaum signifikante Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Der Personalaufwand stieg um 95 T€ und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 55 T€. Alle anderen Aufwandsarten blieben zum Vorjahr nahezu gleich.

Der Jahresüberschuss beträgt T€ 26 (Vorjahr T€ 194) und ist damit geringer als im Jahr 2018.

b) Finanzlage

Der Bestand an Darlehen stieg im Geschäftsjahr 2019 etwas an (T€ 16.135; Vorjahr T€ 15.551). Der Erhöhung des Darlehensbestandes durch Darlehen in Höhe von 1.430 T€ stehen Tilgungen in Höhe von 846 T€ gegenüber.

Der Barmittelbestand ist nahezu konstant geblieben und beträgt zum 31.12.2019 T€ 240 (Vorjahr T€ 305).

Die SOWAG war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen im Jahr 2019 nachzukommen.

c) Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2019 stieg das Eigenkapital durch den Jahresüberschuss (26 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 58,2 % (im Vorjahr 58,4 %). Der Rückgang der Eigenkapitalquote resultiert aus dem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die SOWAG investierte im Geschäftsjahr T€ 3.128, Schwerpunkt der Investitionsmaßnahmen waren Rohrnetzerweiterungen und Rohrauswechslungen (einschließlich Hausanschlüsse) in einem Wertumfang von T€ 1.986. Dabei war die Maßnahme zum Austausch der Verbindungsleitung zwischen Kottmarsdorf und Obercunnersdorf mit T€ 920 am wertintensivsten. Wichtige Investitionsmaßnahmen waren zudem der Abschluss der Sanierung des Wasserwerkes Ebersbach-Klunst (T€ 319) und der Ersatzneubau der Druckerhöhungsstation Herwigsdorf, Schäferei (T€ 123).

Bei den beweglichen Vermögensgegenständen wurden vier Fahrzeuge (T€ 134) angeschafft.

Das Anlagevermögen ist im Vergleich zum Vorjahr um T€ 394 gestiegen. Dabei stehen den Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von T€ 3.128 und Zuschreibungen in Höhe von T€ 80 Abgänge in Höhe von T€ 9 sowie Abschreibungen in Höhe von T€ 2.805 gegenüber.

Der Bestand der Anlagen im Bau zum 31. Dezember 2019 (T€ 607) betrifft mehrere Rohrauswechslungen und Pumpwerke. Neben der begonnenen Rohrauswechslung im Neubaugebiet Olbersdorf zur Umsetzung des Sanierungskonzeptes (T€ 344)² sind es vor allem Planungsleistungen für kommende Investitionen.

2.3. Finanzielle Leistungsindikatoren

Umsatzentwicklung

Die Umsätze in der Trinkwasserversorgung sanken gegenüber dem Vorjahr deutlich. Grund war die langanhaltende Trockenheit in den Sommermonaten des Vorjahres 2018. Dadurch stieg der allgemeine Wasserbedarf der Bevölkerung. Hinzu kam der zusätzliche Bedarf an Brauchwassermengen, die in Jahren mit normalen Niederschlagswassermengen von den Abnehmern substituiert werden. Ein solcher Sondereinfluss bestand im Jahr 2019 nicht. Hinzu kommt der allgemeine Trend des sinkenden Trinkwasserbedarfs infolge der Bevölkerungsentwicklung. Die verkauften Mengen sanken gegenüber dem Vorjahr um 3,6%.

Der geringere Umsatz in der Trinkwasserversorgung wurde durch höhere Umsätze bei der Betriebsführung kompensiert.

Entwicklung der Aufwendungen und des Betriebsergebnisses

Die Aufwendungen blieben in nahezu allen Kostenpositionen stabil. In den Positionen Personalaufwand und sonstiger betrieblicher Aufwand waren leichte Kostensteigerungen zu verzeichnen.

Das Betriebsergebnis sank durch die Kostenentwicklung in geringem Umfang. Auch im letzten verbleibenden Jahr des Kalkulationszeitraumes der aktuellen Entgelte ist mit einem niedrigeren Betriebsergebnis zu rechnen.

2.4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Qualität des Trinkwassers ist als sehr gut zu bezeichnen. 100% der gesetzlich geforderten Trinkwasseranalysen wurden durchgeführt. Im Bereich der chemischen Parameter entsprechen 99,9% der Analysen der Trinkwasserverordnung. Bei den bakteriologischen Untersuchungen sind es 98,5%. Im August 2017 traten wiederholt Trübungsprobleme im Versorgungsgebiet Kottmarsdorf, Obercunnersdorf, Strahwalde und Herrnhut aus. Als Ursache wurden eine korrodierende, ungeschützte Hauptversorgungsleitung und unregelmäßige Fließzustände im Netz, u.a. durch Stagnation ermittelt. Die Auswechslung bzw. Sanierung der ungeschützten Leitung, um dieses Qualitätsproblem zu beseitigen, wurde im Jahr 2019 abschließend erledigt. Damit gibt es in diesem Bereich keine Qualitätsprobleme mehr.

Im Jahr 2019 wurden 12,4 Kilometer Versorgungsleitungen ausgewechselt.

Durch die Fernablesung der Betriebswasserzähler wurde die Verfügbarkeit der Daten deutlich verbessert. Dadurch kann wesentlich schneller auf Abweichungen vom Normalbetrieb, z. B. Rohrschäden, reagiert werden. Ein wichtiges Ergebnis dieser Bemühungen war die Senkung der Wasserverluste von 12,5 % im Jahr 2010 auf 7,5 % im Jahr 2016. In den Jahren 2018 war der Wasserverlust mit 9,8 % wieder etwas höher und stieg im Jahr 2019 sogar weiter auf 11,3 %. Dies ist vor allem auf das bereits beschriebene Problem im Bereich Obercunnersdorf-Kottmarsdorf zurückzuführen, das erheblichen zusätzlichen Spülaufwand erforderte. Auch für die Inbetriebnahme der neuen Leitung wurde nochmals ein sehr hoher Aufwand dafür betrieben.

Im Jahr 2019 betrug die gesamte geförderte Trinkwassermenge 3.702 Tm³ (Vorjahr 3.836 Tm³). Davon wurden 3.408 Tm³ (Vorjahr 2.731 Tm³) aus eigenen Förderanlagen erzeugt und 294 Tm³ (Vorjahr 1.105 Tm³) von Dritten bezogen. Der Trinkwasserbezug erfolgt vor allem vom ZV Fernwasserversorgung Sdier, den Stadtwerken Zittau GmbH und der Stadtwerke Löbau GmbH.

Der Fremdbezug von Trinkwasser sank vor allem infolge der Fertigstellung der Sanierung des Wasserwerkes Ebersbach Klunz. Das Wasserwerk wurde im Jahr 2019 wieder ganzjährig betrieben.

Zum 31. Dezember 2019 hatte die SOWAG 102 Mitarbeiter, davon drei Auszubildende sowie zwei Geschäftsführer. Zum Stichtag bestanden drei Altersteilzeitverträge in der Freizeitphase des Blockmodells und ein Altersteilzeitvertrag in der Arbeitsphase des Blockmodells.

2.5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein.

Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung ist konstant.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Wir konnten im Berichtsjahr nicht bei allen Lieferverbindlichkeiten durch kurzfristige Zahlungen Skontoabzüge realisieren.

Durch die sehr hohen Investitionen im Jahr 2018, die vor allem aufgrund der Baupreisentwicklung teilweise auch deutlich über den Kostenberechnungen und Planungen lagen, war die Liquidität zum Jahreswechsel 2018 zu 2019 deutlich geringer als in den Planberechnungen. Auch wenn im Jahr 2019 die Budgets sehr genau eingehalten wurden, ist die Liquiditätssituation des Unternehmens gerade ausgeglichen.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel und kurzfristige Vermögenswerte unter Berücksichtigung der vorhandenen Kontokorrentlinien gedeckt. Auch im Jahr 2020 werden Darlehensaufnahmen notwendig sein, um die Investitionsverpflichtungen finanzieren zu können.

3. Prognosebericht

Bei der Nachkalkulation der Jahre 2011-2015 wurde eine Entgeltüberdeckung in Höhe von 2.104 T€ für den Kalkulationszeitraum festgestellt. Dieser Betrag wurde in den Kalkulationszeitraum 2016-2020 vorgetragen und im Jahresabschluss 2015 einer Rückstellung zugeführt. Bei der Bildung der Rückstellung wurde eine Abzinsung gemäß §253 Absatz 2 HGB für sonstige Rückstellungen berücksichtigt. Die Auflösung der Rückstellung erfolgt in den Jahren 2016-2020 mit je einem Fünftel. Sie hat per 31.12.2019 einen Stand von T€ 421.

Im Jahr 2020 wird eine neue Entgeltkalkulation erstellt, in der die Entgelte für die Trinkwasserversorgung bis zum Jahr 2025 festgelegt werden. Infolge der vergangenen und zukünftig zu erwartenden Entwicklung der Tiefbaupreise und auch der Personalkosten wird mit einer Anhebung der Entgelte ab dem Jahr 2021 gerechnet.

Die Betriebsführungsverträge für den Zweckverband „Untere Mandau“ und den Eigenbetrieb Abwasser „Spreequellen“ haben eine Laufzeit bis zum 31.12.2021. Der Vertrag mit dem AZV „Untere Mandau“ ist seit dem Jahr 2012 um die kaufmännische Betriebsführung und seit dem Jahr 2013 um die Geschäftsführung erweitert worden. Seit dem Jahr 2013 besteht mit den Stadtwerken Zittau ein Betriebsführungsvertrag für den Betrieb der Wassergewinnungs- und –aufbereitungsanlagen. Dieser hat eine Laufzeit von 10 Jahren, mithin bis zum 31.12.2022. Der Betriebsführungsvertrag mit dem AZV „Obere Mandau“ wurde im Jahr 2015 um weitere 5 Jahre verlängert. Der Zweckverband Oberlausitz Wasserversorgung verlängerte den Versorgungsvertrag im Jahr 2014 um weitere 10 Jahre ab dem 01. Januar 2016. Er gilt mithin nunmehr bis zum Jahr 2025.

Zu Beginn des Jahres 2018 wurde der Betriebsführungsvertrag mit dem AZV „Löbau-Süd“ neu abgeschlossen. Er hat nun eine Laufzeit bis zum 31.12.2022.

4. Chancen- und Risikobericht

Im Jahr 2002 wurde ein Risikofrüherkennungssystem eingeführt. Eine entsprechende Verfahrensanweisung wurde im Rahmen des Qualitäts- und Umwelt-Management-Systems in Kraft gesetzt. Diese regelt auch die kontinuierliche Überarbeitung des Systems. Im Jahr 2018 erfolgte die letzte umfassende Überarbeitung des Risikokatalogs.

Aus der demografischen Entwicklung in der Region ergibt sich ein Risiko der künftigen Entwicklung der SOWAG. Der anhaltende Bevölkerungsrückgang führt zwangsläufig zu geringeren Absatzmengen. Das Risiko wird durch die Preispolitik mit einer stärkeren Tendenz zur Stabilisierung der Grundpreise für die nächsten Jahre deutlich minimiert.

Benchmarking ist seit vielen Jahren ein fester Bestandteil des Verbesserungsprozesses im Unternehmen. 2019 hatte das Unternehmen bereits zum dritten Mal an einem landesweiten Benchmarkingprojekt „Kennzahlen der Wasserversorgung in Sachsen“ teilgenommen. Trotz ungünstiger Strukturbedingungen liegen die Aufwandskennzahlen häufig im mittleren oder unteren Bereich der Teilnehmer, was positiv zu bewerten ist.

Mit Beginn der Corona-Pandemie Anfang März 2020 wurde im Unternehmen ein Notfallkonzept erstellt, das vor allem der Sicherung des Betriebes und der Verfügbarkeit der Mitarbeiter diene. So wurden Bereitschaftsregelungen getroffen, die im Falle von Erkrankungen und angeordneten Quarantänen den Betrieb der Anlagen abgesichert hätten. Im Bereich der Verwaltung wurde mit der Einrichtung von Telearbeitsplätzen ein ähnlicher Ansatz verfolgt. Zu keinem Zeitpunkt kam es zum Ausfall von Anlagen oder Systemen.

Das Unternehmen erwartet infolge der Pandemie keine gravierenden wirtschaftlichen Auswirkungen. Die Kennzahlen lassen aktuell einen gleichbleibenden Umsatz erwarten.

Künftige Entwicklungschancen sieht das Unternehmen insbesondere in der Gewinnung neuer Aufträge im Bereich der Abwasserentsorgung, u.a. sollen die Dienstleistungen im Bereich der dezentralen Abwasserentsorgung ausgebaut werden. Die SOWAG rechnet entsprechend der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2020 mit einem leicht negativen Jahresergebnis. Im Jahr 2021 wird infolge der zu erwartenden Entgeltsteigerung wieder ein deutlich positives Jahresergebnis erwartet.

Anlage 13

Haushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2019

ZV Fernwasserversorgung Sdier

Quelle: Bekanntmachung des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“
der Haushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2019 vom 14.01.2019
(Sächsisches Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 05, 31.01.2019)

Bekanntmachung des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“ der Haushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2019

Vom 14. Januar 2019

Aufgrund von § 58 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 196), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2017 (SächsGVBl. S. 626) geändert worden ist, in Verbindung mit § 16 Absatz 1 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung vom 16. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 941) und § 74 der Sächsische Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62) hat die Zweckverbandsversammlung am 30. November 2018 folgende Haushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2019 beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt mit

1.	den Erträgen von	3.023 T€	
	den Aufwendungen von	2.931 T€	
	dem Jahresgewinn von	92 T€	
	aus dem Erfolgsplan		
2.	dem Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	2.669 T€	
	dem Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	927 T€	
	dem Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	0 T€	
	dem Mittelzufluss aus Investitionstätigkeit	0 T€	
	dem Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	1.770 T€	
	dem Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit	0 T€	
	dem Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit	0 T€	
	aus dem Liquiditätsplan		

§ 2

dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) 0 T€

§ 3

dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 0 T€

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite ist festgesetzt auf 102 T€

§ 5

Sonstige Festlegungen:

Eine Betriebskostenumlage wird nicht festgesetzt.

Eine Investitionsumlage wird nicht festgesetzt.

Die Bekanntmachung erfolgt aufgrund des § 76 der Sächsischen Gemeindeordnung unter dem Hinweis, dass der Haushaltsplan in der Zeit

vom 4. Februar 2019 bis zum 12. Februar 2019

zur kostenlosen Einsichtnahme durch jedermann in den Räumen der Verwaltung des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“, Wasserwerkstraße 33, 02694 Großdubrau, OT Sdier in der Zeit von 6:30 bis 15:15 Uhr öffentlich ausliegt.

Bautzen, den 14. Januar 2019

Wolf
Verbandsvorsitzender

Anlage 14

Jahresabschluss 2019 des ZV „Fernwasserversorgung Sdier“ (Auszüge)

Quelle: Bericht Zweckverband Fernwasserversorgung Sdier
Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 und des
Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2019

Anlage 1

Zweckverband Fernwasserversorgung Sclier

Bilanz zum 31.12.2019

Aktivseite	Euro	Euro	Stand 31.12.2019 Euro	Stand 31.12.2018 TEuro	Passivseite Stand 31.12.2018 TEuro
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Software, Lizenzen	18.842,29			26	10.377.389,21
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäftsb-, Betriebs- und anderen Bauten	2.744.086,25		2.508		3.300.000,00
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	175.346,50		175		
3. Gewinnungs- und Bezugsanlagen	2.426.489,70		2.635		
4. Verlegetanlagen	4.744.245,36		4.542		
5. Maschinen und maschinelle Anlagen	168.834,06		213		
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	57.226,05		79		
7. Anlagen im Bau	59.344,79	10.375.883,51	187 (10.339)		
			10.394.425,80		
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte					
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		23.702,06		25	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	55.309,13				
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 Euro)					
2. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 Euro)	88.265,78				
		143.574,91			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		3.912.561,35			
		4.079.836,32	3.778 (3.883)		
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
		4.159,90	4		
			14.478.423,02		
			14.478.423,02		14.252

Anlage 2**Zweckverband Fernwasserversorgung Sdier****Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2019
(01.01. - 31.12.2019)**

	Euro	Euro	Euro	2018 TEuro
1. Umsatzerlöse		3.059.964,41		2.772
2. Sonstige betriebliche Erträge		<u>20.884,06</u>		20
3. Materialaufwand			3.080.848,47	(2.792)
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	96.050,59			109
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>944.149,32</u>			1.051
4. Personalaufwand		1.040.199,91		(1.160)
a) Löhne und Gehälter	630.001,22			589
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: 23.383,76 Euro)	147.330,23			136
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		<u>777.331,45</u>		(22) (725)
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>195.955,01</u>		161
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		60,00	2.799.466,95	(2.841)
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: 0,00 Euro)		6.807,20		14
9. Ergebnis nach Steuern			<u>- 6.747,20</u>	(-) (11)
10. Sonstige Steuern			<u>274.634,32</u>	<u>(- 38)</u>
11. Jahresgewinn			<u>- 58.625,10</u>	<u>- 44</u>
			<u>333.259,42</u>	<u>6</u>
Nachrichtlich:				
Behandlung des Jahresgewinns				
Der Jahresgewinn wird auf neue Rechnung vorgetragen.			333.259,42	6

Anhang 2019

1 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) in der Fassung vom 16. Dezember 2013 zuletzt geändert am 10. Dezember 2018 und unter Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt.

Der Sitz des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“ ist die Stadt Bautzen.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind mit Ausnahme der im Anhang beschriebenen Sachverhalte gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten worden.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten - vermindert um planmäßige Abschreibungen - bilanziert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten mit dem Netto-Rechnungspreis zuzüglich Nebenkosten für Fracht u. ä. abzüglich Rabatte und Skonti - vermindert um planmäßige Abschreibungen - angesetzt. Die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die Abschreibungen auf Zugänge im Wirtschaftsjahr erfolgen zeitanteilig.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Anschaffungswert von 800 Euro werden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Die Vorräte wurden nach dem Niederstwertprinzip bewertet.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten bilanziert.

Die flüssigen Mittel und der aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind zu Nennwerten angesetzt.

Das Eigenkapital ist zum Nennwert bilanziert.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen wird über die Nutzungsdauer der begünstigten Wirtschaftsgüter aufgelöst.

Anlage 3/Blatt 2

Der Wertansatz der Rückstellungen trägt allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung.

Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

3 Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung der in der Bilanz gezeigten Anlageposten sind im Anlagenspiegel (Blatt 9) dargestellt.

Umlaufvermögen

In der Position „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ sind insbesondere offene Forderungen aus der Lieferung von Trinkwasser, speziell aus dem Mengenpreis des Abrechnungszeitraumes Dezember 2019, enthalten.

Die Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ weist im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche, Forderungen aus Zinserträgen und Vorsteuerbeträge, die im Folgejahr abziehbar sind, aus.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgewiesen werden Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Eigenkapital

Das Stammkapital entspricht dem satzungsgemäß festgelegten Stammkapital. Dieses beträgt unverändert 3.300 TEuro.

Der Jahresgewinn des Vorjahres (6 TEuro) wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Anlage 3/Blatt 3

Sonderposten für Investitionszuschüsse

Die durch die Sächsische AufbauBank gewährten Zuschüsse für die Erneuerung der Wärmeversorgung der Gebäude im Wasserwerk Sdier sowie die Sanierung der Wasserfassung Spreewiese werden für die aktivierten Anlagen entsprechend der Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst. Die Auflösung im Geschäftsjahr beträgt 5 TEuro.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen decken Risiken aus ungewissen Verbindlichkeiten. Sie betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (56 TEuro), die noch festzusetzende Wasserentnahmeabgabe 2019 (59 TEuro), die entstehenden Jahresabschlusskosten (15 TEuro) sowie die Rückstellung für Urlaub und Überstunden (13 TEuro).

Verbindlichkeiten

	Gesamtbetrag	Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	> 1 Jahr	
	in Euro (Vorjahr)	in Euro (Vorjahr)	in Euro (Vorjahr)	davon > 5 Jahre in Euro (Vorjahr)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	72.953,34 (99.316,07)	72.953,34 (99.316,07)	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	17.678,94 (20.217,78)	17.678,94 (20.217,78)	-	-
Summe	90.632,28	90.632,28	-	-
Vorjahr	(119.533,85)	(119.533,85)	-	-

4 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse und sonstige Erträge

Im Wirtschaftsjahr 2019 betragen die Umsatzerlöse 3.060 TEuro. Diese setzen sich aus Erlösen aus der Wasserabgabe an die Verbandsmitglieder bzw. deren Weiterverteilern (3.035 TEuro) sowie sonstigen Erlösen (25 TEuro) - hauptsächlich Erlöse aus Vermietung - zusammen.

Die sonstigen Erträge in Höhe von 21 TEuro enthalten u. a. Erträge aus der Weiterberechnung von Reparaturen (10 TEuro), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Sonderposten (10 TEuro) sowie empfangene Versicherungsentschädigungen (1 TEuro).

Materialaufwand

Im Wesentlichen werden die Kosten des Strombezuges (484 TEuro) sowie Instandhaltungsaufwendungen (226 TEuro), sonstige bezogene Leistungen (197 TEuro) und das Wasserentnahmeentgelt (59 TEuro) gezeigt.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die wesentlichsten Posten der sonstigen Aufwendungen sind die Buchführungs-, Prüfungs- und Beratungskosten (92 TEuro), Aufwendungen aus Versicherungen (26 TEuro), Ausgleichszahlungen für Beeinträchtigungen gemeindlicher Belange in den Trinkwasserschutzzonen (22 TEuro) und Aus- und Fortbildungskosten (10 TEuro).

Sonstige Steuern

Der Ertragssaldo der sonstigen Steuern ist auf die Erstattung der Stromsteuer für das Jahr 2018 zurückzuführen. Des Weiteren sind die Grundsteuer und die KFZ-Steuer enthalten.

5 Ergänzende Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige Verpflichtungen

Es bestehen keine Haftungsverhältnisse, Pfandrechte oder sonstige Sicherheiten. Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen in geringem Umfang aus Miet- und Leasingverträgen sowie aus Wartungsverträgen.

Mitarbeiter

Im Wirtschaftsjahr waren durchschnittlich 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Anlage 3/Blatt 6

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen:

Folgende wesentliche Geschäfte wurden mit nahestehenden Unternehmen getätigt:

Unternehmen	Jahresvolumen in TEuro
<u>Leistungen erbracht an:</u>	
Energie- und Wasserwerke Bautzen GmbH	1.498
Lieferung von Wasser	
Kreiswerke Bautzen Wasserversorgung GmbH	1.174
davon Lieferung von Wasser	1.155
Weitere wesentliche Umsätze wurden aus dem Mietvertrag mit der Kreiswerke Bautzen Wasserversorgung GmbH sowie sonstigen erbrachten Leistungen realisiert.	19
Stadtwerke Löbau GmbH	214
Lieferung von Wasser	
Süd-Oberlausitzer Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgesellschaft mbH	167
Lieferung von Wasser	
<u>Leistungen erbracht durch:</u>	
Energie- und Wasserwerke Bautzen GmbH	519
im Wesentlichen: Lieferung von Strom	484
Beteiligungs- und Betriebsgesellschaft Bautzen mbH	71
Vertrag über kaufmännische Betriebsführung, Bereitstellung der kaufmännischen Software sowie Erbringung von technischen Dienstleistungen	

Anlage 3/Blatt 7

Abschlussprüfer

Das nach § 285 Nr. 17 HGB anzugebende Abschlussprüferhonorar setzt sich wie folgt zusammen:

a) Abschlussprüfungsleistungen	10 TEuro
b) Andere Bestätigungsschreiben	-
c) Steuerberatungsleistungen	1 TEuro
d) Sonstige Leistungen	1 TEuro
Gesamt	12 TEuro

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender:	Herr Norbert Wolf	Bürgermeister
	Vertretung:	
	Herr Alexander Ahrens	Oberbürgermeister
Mitglieder:	Herr Norbert Wolf	Bürgermeister
	Herr Alexander Ahrens	Oberbürgermeister
	Herr Vinzenz Baberschke	Bürgermeister
	Herr Albrecht Gubsch	Bürgermeister
	Herr Dietmar Buchholz	Oberbürgermeister
	Herr Willem Riecke	Bürgermeister
	Herr Hans Golombek (bis Juli 2019)	Pensionär
	Herr Frank Richter (ab Juli 2019)	Stadtrat
	Herr Andreas Rentsch (bis August 2019)	Jurist und Stadtrat
	Herr Dr. Dirk Lübke (ab August 2019)	Stadtrat

Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhielten 2019 laut Aufwandsentschädigungssatzung 3 TEuro.

Geschäftsführung:

Geschäftsführer war 2019 Herr Dipl.-Ing. (FH) Volker Bartko.

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Anlage 3/Blatt 8

Nachtragsbericht

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem 31. Dezember 2019 nicht eingetreten.

Ergebnisverwendung

Das Wirtschaftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresgewinn in Höhe von 333 TEuro ab. Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Bautzen, 11. März 2020



Norbert Wolf

Verbandsvorsitzender

Zweckverband Fernwasserversorgung Sdier

Anlagenpiegel zum 31.12.2019

	Stand		Anschaffungs- und Herstellungskosten		Stand		Abschreibungen		Restbuchwerte		Kennzahlen		
	01.01.2019	Euro	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2019	01.01.2019	Abschreibungen des Wirtschaftsjahres	Angesammelte Abschreibungen auf Abgänge	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2018	Durchschnittlicher Abschreibungs- satz %	Rest- buch- wert %
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Software/Rechte u. Lizenzen	271 344,14		-	-	-	271 344,14	244 952,95	7 546,90	-	252 501,85	26 391,19	2,8	6,9
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäftsbetriebs- und anderen Baulen	6 591 480,03	338 662,81	4 266,70	89 477,13	89 477,13	7 015 365,27	4 063 285,26	192 268,46	4 266,70	4 271 267,02	2 508 224,77	2,9 ¹⁾	34,6 ¹⁾
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Baulen	175 346,50	-	-	-	-	175 346,50	-	-	-	-	175 346,50	-	100,0
3. Gewinnungs- und Bezugsanlagen	7 381 987,49	5 957,91	59 674,41	14 443,50	14 443,50	7 342 714,49	4 747 093,24	228 805,96	59 674,41	4 916 224,79	2 634 894,25	3,1	33,0
4. Verteilungsanlagen													
- Speicheranlagen	1 648 332,54	-	-	-	-	1 648 332,54	1 155 335,19	28 709,26	-	1 184 044,47	492 997,35	1,7	28,2
- Leitungsnetz und Hausanschlüsse	13 193 292,06	367 967,24	-	82 971,20	82 971,20	13 644 220,56	9 202 539,64	245 477,52	-	9 448 017,16	3 990 742,42	1,8	30,8
- Messeinrichtungen	224 729,87	39 570,31	12 992,62	-	-	251 307,56	166 633,40	13 912,89	12 992,62	167 553,67	58 096,47	5,5	33,3
5. Maschinen und maschinelle Anlagen	1 738 391,61	-	-	-	-	1 738 391,61	1 525 188,61	44 368,14	-	1 569 556,75	213 203,00	2,6	9,7
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	352 860,06	3 422,46	5 364,79	-	-	350 917,73	274 187,04	24 889,43	5 364,79	293 691,68	78 693,02	6,6 ²⁾	16,3
7. Anlagen im Bau	186 891,89	59 344,79	-	-	-	59 344,79	-	-	-	-	186 891,89	-	100,0
Sachanlagen gesamt	31 493 312,05	814 925,52	82 298,52	186 891,89	-	32 225 939,05	21 164 222,38	778 431,68	82 298,52	21 850 355,54	10 339 089,67	2,5 ¹⁾	30,8 ¹⁾
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen													
31 764 656,19	814 925,52	82 298,52	-	-	-	32 497 283,19	21 399 175,33	785 980,58	82 298,52	22 102 657,39	10 365 480,88	2,5 ¹⁾	30,6 ¹⁾
III. Finanzanlagen													
Konto 900	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Finanzanlagen gesamt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Anlagevermögen	31 764 656,19	814 925,52	82 298,52	-	-	32 497 283,19	21 399 175,33	785 980,58	82 298,52	22 102 657,39	10 365 480,88		

1) ohne Grund und Boden

2) ohne geringwertige Wirtschaftsgüter (1.706,82 €)

Lagebericht 2019

1 Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäftsverlauf

Das Wasserwerk Sdier gewährleistet seit 1964 in großen Teilen der Region die Trinkwasserversorgung. Der Zweckverband „Fernwasserversorgung Sdier“ ist durch die Veröffentlichung seiner Satzung im August 1995 öffentlich-rechtlich wirksam entstanden. Verbandsmitglieder sind neben den Städten Bautzen und Löbau die Zweckverbände „Wasserversorgung Landkreis Bautzen“ sowie „Oberlausitz Wasserversorgung“.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“ liegt in der Gewinnung, Aufbereitung und Lieferung von Trinkwasser. Der Zweckverband „Fernwasserversorgung Sdier“ sichert die Wasserversorgung der Verbandsmitglieder in ausreichender Qualität und Quantität. Damit verbunden ist die Realisierung umfangreicher Investitions- und Instandhaltungsprogramme zum Ausbau und zur Unterhaltung des Wasserwerkes sowie des ausgedehnten Fernwassernetzes.

Aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus bedient sich der Zweckverband „Fernwasserversorgung Sdier“ eines kaufmännischen Dienstleisters, der Beteiligungs- und Betriebsgesellschaft Bautzen mbH.

Die zum 1. Januar 2013 in Kraft getretene Nachfolgeregelung zur Beantragung des Spitzenausgleichs nach dem Energie- und Stromsteuergesetz verpflichtete den Zweckverband „Fernwasserversorgung Sdier“ zur schrittweisen Einführung eines Energiemanagementsystems ab dem Wirtschaftsjahr 2013.

Das Energiemanagementsystem des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“ wurde, mit Urkunde vom 8. November 2015, durch den TÜV Süd zertifiziert und durch Überwachungsaudits regelmäßig einer Prüfung unterzogen. Im Wirtschaftsjahr 2019 erfolgte das zweite Überwachungsaudit der zweiten Zertifizierungsperiode und wird weiter aktiv gelebt.

Zur Beantragung des Spitzenausgleichs werden entsprechend der Spitzenausgleich-Effizienzsystemverordnung (SpaEfV) die notwendigen Nachweise dem Hauptzollamt übergeben.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden zahlreiche Wasserwerksführungen mit Schülern, Auszubildenden und Studenten durchgeführt. Anlässlich des „Tag des Wassers“ konnten sich interessierte Bürger, zum Tag der offenen Tür am 23. März 2019, einen anschaulichen Überblick über die Trinkwasseraufbereitung im Wasserwerk Sdier verschaffen.

Im Wirtschaftsjahr 2019 wird ein Jahresgewinn i. H. v. 333 TEuro ausgewiesen (Vorjahr: Jahresgewinn i. H. v. 6 TEuro).

Wasserlieferungen

Die Wasserlieferungen bewegen sich, mit Ausnahme des erhöhten Bedarfes im Wirtschaftsjahr 2018, auf einem relativ gleichbleibenden Niveau. In der Zukunft könnten vereinzelt länger anhaltende Trockenperioden zu einem temporären Mehrbedarf an Trinkwasser aus Sdier führen.

Produktion

Im Berichtszeitraum sind wieder erhebliche Schwankungen in der Kapazitätsauslastung der Trinkwasseraufbereitung zu verzeichnen. Als Tag mit der höchsten Kapazitätsauslastung wurde der 25. Juli 2019 mit 83 % und als Tag der niedrigsten Auslastung der 21. März 2019 mit 44 % registriert.

Die maximale Jahreskapazität beträgt 6.570 Tm³. Die geförderte Rohwassermenge liegt im Berichtszeitraum bei 3.950 Tm³ (Vorjahr: 4.930 Tm³).

Baugeschehen

Wesentliche Investitions- und Instandhaltungsschwerpunkte im Wirtschaftsjahr 2019 sind folgende Maßnahmen:

– Planung und Sanierung / Erneuerung Fernwasserleitung Kronförstchen-Salzenforst

Das Vorhaben wurde am 16. März 2018 öffentlich ausgeschrieben. Es wurden vier Angebote eingereicht. Der günstigste Bieter lag mit 891 TEuro netto 46 % über der Kostenberechnung. Daraufhin entschloss sich die Geschäftsleitung, auf die Umverlegung der Anschlussstelle Bautzen-Gesundbrunnen an die B 96 vorerst zu verzichten. Die Versorgungssicherheit ist auch ohne diese Leistungsposition gewährleistet. Dadurch reduzierte sich der Bauumfang aus dem günstigsten Angebot auf eine Nettobausumme von 564 TEuro. Die Beauftragung erfolgte nach dem Bietergespräch am 6. Juni 2018. Die Fertigstellung war zum Ende des Wirtschaftsjahres 2018 geplant, konnte aber witterungsbedingt und aus Gründen der verzögerten Wiederinbetriebnahme der Fernwasserleitung DN 800, erst zum 27. Mai 2019 erfolgen. Die notwendigen Planungsleistungen mit Bauüberwachung einschließlich Vermessungsleistungen beliefen sich auf 64 TEuro und die Entschädigungen für Flurschäden auf insgesamt 4 TEuro. Das Vorhaben wurde per 1. Juni 2019 mit einem Gesamtanlagewert von 615 TEuro aktiviert.

– Röhrenabsetzbecken – Dachkonstruktion

Die Umsetzung des Projektes wurde in den Wirtschaftsplan 2018 eingestellt. Nach öffentlicher Ausschreibung des Vorhabens am 15. Juni 2018 und Prüfung des Submissionsergebnisses durch das Planungsbüro erfolgte am

Anlage 4/Blatt 5

– Trennung und Rückbau der Ableitung DN 500 Richtung Bautzen und Anbindung an den Bestand

Nach Abschluss der beauftragten Planungsleistungen wurde die Baumaßnahme beschränkt öffentlich ausgeschrieben. Im Ergebnis der Submission vom 4. Juli 2019 wurde die Leistung im Wert von 55 TEuro beauftragt und mit der Bauabnahme am 19. Dezember 2019, im Wert von 56 TEuro abgeschlossen.

– Fassadensanierung Werkstattgebäude

Nach Erstellung der Planungsleistungen durch ein Architekturbüro wurde die Maßnahme öffentlich ausgeschrieben und die Bauleistung in Höhe von 53 TEuro am 16. Dezember 2019 beauftragt. Die Arbeiten sollen im Rahmen der unterlassenen Instandhaltung bis zum 31. März 2020 abgeschlossen werden.

Alle weiteren Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen wurden planmäßig umgesetzt.

Personal- und Sozialbereich

Zum Ende des Wirtschaftsjahres 2019 waren 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zweckverband „Fernwasserversorgung Sdier“ beschäftigt. Davon sind vier Mitarbeiter in Teilzeit angestellt.

Das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trägt maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“ bei. Aus diesem Grund wird kontinuierlich in ein breit angelegtes Aus- und Weiterbildungsprogramm investiert, um die anspruchsvollen Aufgaben erfüllen zu können.

Umweltschutz

Gemäß der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Schutzbestimmungen und Ausgleichszahlungen für erhöhte Aufwendungen in der Land- und Forstwirtschaft in Wasserschutzgebieten (SächsSchAVO) vom 1. November 2010 und der Rechtsverordnung zur Neufestsetzung der Trinkwasserschutzzone für die Wasserfassung Spreewiese vom 14. Februar 2010, hat der Zweckverband „Fernwasserversorgung Sdier“ im Berichtsjahr eine Ausgleichszahlung geleistet.

2 Ertragslage

Im Berichtszeitraum werden in den Umsatzerlösen neben den Erlösen aus der Wasserlieferung auch sonstige Erlöse - hauptsächlich Mieterlöse - abgebildet.

Die Umsatzerlöse aus der Wasserlieferung setzen sich wie folgt zusammen:

Umsatz nach:	2018 TEuro	2019 TEuro	Abweichung TEuro
- Grundpreis	1.760	2.400	+640
- Mengenpreis	1.019	620	-399
- Messpreis	15	15	0
- Mehr-/Mindermenge	<u>-48</u>	<u>0</u>	<u>+48</u>
	2.746	3.035	289

Den Umsatzerlösen aus der Wasserlieferung liegt eine Wasserabnahmemenge von 3.810 Tm³ zugrunde (Vorjahr: 4.757 Tm³). Die Umsatzsteigerung in Höhe von 289 TEuro ist auf die neue Preisstruktur zurückzuführen.

Der Materialaufwand fällt im Wirtschaftsjahr um 120 TEuro geringer aus als im Vorjahr. Dies resultiert hauptsächlich aus der Abnahme von Strombezugskosten.

Die Abschreibungen des Wirtschaftsjahres betragen 786 TEuro.

Der Ertragssaldo in den sonstigen Steuern in Höhe von 59 TEuro ergibt sich aus der Erstattung der Stromsteuer für das Jahr 2018 sowie den geleisteten Zahlungen für Grundsteuer und die KFZ-Steuer.

Prognose-Ist-Vergleich

Dem geplanten Jahresgewinn von 92 TEuro steht ein Jahresgewinn von 333 TEuro gegenüber. Die Planabweichung ist zum einen auf höhere Umsätze von 42 TEuro durch eine erhöhte Wasserabnahmemenge von 265 Tm³ gegenüber der Bezugsanmeldung zurückzuführen. Zum anderen sind geringere Personalaufwendungen in Höhe von 46 TEuro aufgrund von krankheits- und kündigungsbedingten Ausfällen zu verzeichnen. Weitere Planabweichungen ergaben sich bei den sonstigen Steuern durch die Stromsteuererstattung für das Jahr 2018 in Höhe von 70 TEuro sowie bei den nicht in geplanter Höhe eingetretenen Abschreibungen mit einer Abweichung in Höhe von 54 TEuro, aufgrund der Verschiebung von Investitionsvorhaben in das Wirtschaftsjahr 2020.

Anlage 4/Blatt 7

3 Finanzlage

Die zur Analyse der Finanzlage des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“ für das Wirtschaftsjahr 2019 erstellte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Diese Darstellung entspricht den Empfehlungen des Deutschen Standardisierungsrates (DSR). Als Saldo der Kapitalflussrechnung ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes, der die flüssigen Mittel enthält.

	2019	2018
	TEuro	TEuro
Mittelzu-/abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	957	767
Mittelzu-/abfluss aus Investitionstätigkeit	- 815	- 326
Mittelzu-/abfluss aus Finanzierungstätigkeit	-7	-939
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	+135	-498
Finanzmittelbestand per 31. Dezember	3.913	3.778

4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2019 auf 14.478 TEuro und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 226 TEuro erhöht.

Das Eigenkapital erhöht sich um den Jahresgewinn. Die Eigenkapitalquote beträgt 98,1 %.

Die Stichtagsliquidität hat sich gegenüber dem Vorjahr mit 3.778 TEuro um 135 TEuro auf 3.913 TEuro erhöht. Der hohe Bestand an liquiden Mitteln gewährleistet eine ganzjährige Zahlungsfähigkeit.

Die Anlagen im Bau haben sich hauptsächlich durch die Fertigstellung von im Vorjahr begonnenen Investitionsmaßnahmen, z. B. Erneuerung Fernwasserleitung Kronförstchen-Salzenforst, von 187 TEuro auf 59 TEuro verringert.

Außerdem werden sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 88 TEuro sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 55 TEuro ausgewiesen.

5 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Bei den finanziellen Leistungsindikatoren liegt unser Fokus insbesondere auf einem auskömmlichen Wasserpreis und einem ausgeglichenen Jahresergebnis. Die Entwicklung während des Jahres überwachen wir, indem wir den Planwerten des Erfolgsplanes die quartalsmäßigen Istwerte gegenüberstellen.

Zu den nicht finanziellen Leistungsindikatoren zählen wir eine geringe Mitarbeiterfluktuation und daraus resultierend eine hohe Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiter.

6 Chancen- und Risikobericht

Im Zuge der geschäftlichen Aktivitäten ist der Zweckverband „Fernwasserversorgung Sdier“ einer Reihe von allgemeinen sowie branchenspezifischen Risiken ausgesetzt. Das Erkennen, die angemessene Bewertung und die Begrenzung nicht vermeidbarer Risiken sind wesentliche Voraussetzungen für die nachhaltige Sicherung des Geschäftserfolges des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“. Daher wird diesen Risiken durch ein umfassendes, in die Aufbau- und Ablauforganisation integriertes Risikomanagementsystem begegnet. Wesentliche Bestandteile dieses Systems sind der Planungs- und Controllingprozess, Dienstanweisungen, verschiedene Berichtssysteme sowie eine regelmäßige Risikoberichterstattung.

Die Identifikation und Dokumentation der Risiken erfolgt systematisch. Regelmäßig werden die Risiken hinsichtlich der Bewertung der Schadenshöhe, ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und der Beurteilung möglicher Gegenmaßnahmen eingeschätzt, überarbeitet und aktualisiert.

Für den Zweckverband „Fernwasserversorgung Sdier“ bestehen im Wesentlichen folgende Risiken:

Operative Risiken

Risiken, die sich auf die Verbandsgeschäfte auswirken, sind derzeit nicht erkennbar.

Externe Risiken

Risiken, die sich auf die Verbandsgeschäfte auswirken, sind derzeit nicht erkennbar.

Chancen

Neben Risiken bestehen im Rahmen der geschäftlichen Aktivitäten des Zweckverbandes „Fernwasserversorgung Sdier“ auch Chancen. Hierzu gehören insbesondere Chancen im Ausbau weiterer Kooperationen mit anderen Wasserversorgungsunternehmen.

7 Prognosebericht

Basierend auf den mittelfristig angemeldeten Abnahmemengen der Unternehmen von den Verbandsmitgliedern wird ab dem Wirtschaftsjahr 2020 von einer gleichbleibenden Wasserabnahme ausgegangen.

Anlage 4/Blatt 9

Für das Wirtschaftsjahr 2020 wurden durch die Versorgungsunternehmen eine Wasserabnahme in Höhe von 3.745 Tm³ gemeldet.

Der beschlossene Wirtschaftsplan für 2020 weist bei geplanten Erträgen von 3.047 TEuro und Aufwendungen von 3.152 TEuro einen Jahresverlust von 105 TEuro aus.

Durch eine Anpassung der Wasserpreiskalkulation und der daraus resultierenden neuen Preisstruktur ab dem Wirtschaftsjahr 2019 wird der zu erwartenden sinkenden Wasserabnahme entgegengewirkt, um die Liquidität des Zweckverbandes weiterhin zu sichern.

Der Zweckverband hat sich damit auf die fortschreitenden Veränderungen in der Arbeitswelt eingestellt und beginnt im Jahr 2020 mit der Einarbeitung von Fachpersonal, um die mittelfristig eintretenden Renteneintritte mehrerer Mitarbeiter zu kompensieren. Auch zukünftig wird großen Wert auf den Ausbildungsstand der Mitarbeiter gelegt, welcher durch regelmäßige Weiterbildungen den zukünftigen Anforderungen vorausschauend angepasst wird.

In den nächsten zwei Jahren sind vor allem Investitionen zur Energieoptimierung und zu dem Erhalt wasser technischer Anlagen und Systemen geplant.

In welchem Umfang sich die derzeit durchgeführten Maßnahmen der Regierungen auf Bundes- und Länderebene zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus auf die Gesamtwirtschaft auswirken, kann derzeit nicht eingeschätzt werden. Allerdings ist damit zu rechnen, dass die Maßnahmen wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen werden.

Bautzen, 11. März 2020



Norbert Wolf
Verbandsvorsitzender

Anlage 15

Haushaltssatzung

**des ZV Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden – SKSD
für das Wirtschaftsjahr 2019**

Quelle: Sächsisches Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 48, 29.11.2018

Haushaltssatzung des Zweckverbandes Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden – SKSD für das Wirtschaftsjahr 2019

Vom 8. November 2018

Gemäß § 58 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 196), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2017 (SächsGVBl. S. 626) geändert worden ist, in Verbindung mit §§ 12 und 14 der Verbandssatzung, den §§ 16 bis 21 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 941), die zuletzt durch die Verordnung vom 21. August 2018 (SächsGVBl. S. 593) geändert worden ist, und § 76 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62) hat die Versammlung des Zweckverbandes Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden am 20. September 2018 die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 wird wie folgt festgesetzt:

im Erfolgsplan

Erträge in Höhe von	1 631 733 Euro
Aufwendungen in Höhe von	1 631 733 Euro

im Liquiditätsplan

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	230 474 Euro
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 40 000 Euro
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0 Euro

Dresden, den 8. November 2018

Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden – SKSD

Lemm

Verbandsvorsitzender

§ 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird festgesetzt auf

100 000 Euro.

§ 5

Die Gesamthöhe der Mitgliederumlage wird festgesetzt auf

199 380 Euro.

Die Haushaltssatzung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 47 Absatz 2 und § 5 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Anlage 16

**Beteiligungsbericht 2019
des ZV Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden**



ZUARBEIT ZUM BETEILIGUNGSBERICHT 2019

**SÄCHSISCHES KOMMUNALES
STUDIENINSTITUT DRESDEN**

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht des Sächsischen Kommunalen Studieninstitutes Dresden 2019	3
1. Wirtschaftliche Verhältnisse	3
2. Vermögens- und Finanzlage	4
3. Ertragslage	4
4. Kennzahlen	4
Jahresrückblick 2019: Schwerpunkte der Arbeit des SKSD	
A. Gremienarbeit auf Landes- und Bundesebene	5
B. Publikationen	6
C. Geschäftstätigkeit	6
D. Service	7
E. Zweckverband	7
Beteiligungsübersicht	
A. Allgemeine Angaben	8
B. Aufgaben und Zweck	8
C. Rechtsform	8
D. Mitglieder und Organe	8
Anlagen	
Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Beteiligungsübersicht	

Abkürzungsverzeichnis

A I	Angestelltenlehrgang I
A II	Angestelltenlehrgang II
DbU	Dienstbegleitende Unterweisung
VFA	Verwaltungsfachangestellte
VFW	Verwaltungsfachwirte
KfB	Kaufmann/-frau für Büromanagement
AdA	Ausbildung der Ausbilder
QuadaF	Qualifizierung der ausbildenden Fachkräfte
KommBB	Kommunale/r Bilanzbuchhalter/-in
BBiG	Berufsbildungsgesetz
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement

Lagebericht des Sächsischen Kommunalen Studieninstitutes Dresden 2019

1. Wirtschaftliche Verhältnisse

1.1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 des Zweckverbandes Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden wurde durch die Verbandsversammlung am 20.09.2018 beschlossen. Die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde erfolgte am 01.11.2018. Die Haushaltssatzung wurde am 29.11.2018 öffentlich bekannt gemacht und lag mit dem Wirtschaftsplan vom 10.12.-18.12.2018 aus.

1.2 Jahresabschluss

Die Rechtsgrundlagen für den Jahresabschluss finden sich in den §§ 24 bis 31 Sächsische Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO). Darüber hinaus finden für den Jahresabschluss die allgemeinen Vorschriften, die Ansatzvorschriften, die Vorschriften über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertungsvorschriften und die Vorschriften über den Anhang für den Jahresabschluss im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB) Anwendung.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2019 wurde aus den geführten Büchern entwickelt.

Der Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden führt das Rechnungswesen mit der Software DATEV kommunal pro nach den Grundsätzen der doppelten kaufmännischen Buchführung.

Die Bilanz ist in Kontoform aufgestellt und gemäß § 266 HGB gegliedert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt und gemäß § 275 HGB gegliedert.

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände wurden mit dem Modul Anlagenbuchhaltung der Software DATEV kommunal pro geführt. Den Abschreibungen lagen die Anschaffungs- und Herstellungskosten zugrunde. Es kann ausschließlich die lineare Abschreibungsmethode Anwendung finden.

2. Vermögens- und Finanzlage

Aktivseite	31.12.2018 in TEUR	31.12.2019 in TEUR
Anlagevermögen	69,7	104,6
Umlaufvermögen	1.005,3	1.206,0
Rechnungsabgrenzungsposten	2,0	0,6
	1.077,0	1.311,2

Passivseite	31.12.2018 in TEUR	31.12.2019 in TEUR
Eigenkapital	351,2	402,7
Rückstellungen	51,9	53,8
Verbindlichkeiten	64,4	99,2
Rechnungsabgrenzungsposten	609,5	755,5
	1.077,0	1.311,2

Der erzielte **Jahresüberschuss** von 51,5 TEUR soll auf die laufende Rechnung vorgetragen werden.

3.	Ertragslage	31.12.2018 in TEUR	31.12.2019 in TEUR
	Umsatzerlöse	1.439,4	1.520,6
	sonstige betriebliche Erträge	190,1	199,4
	<i>Ordentliche Erträge</i>	<i>1.629,5</i>	<i>1.720,0</i>
	Materialaufwand	604,3	626,5
	Personalaufwand	688,1	724,5
	Abschreibungen	16,2	35,9
	sonstige betriebliche Aufwendungen	278,6	284,3
	sonstige Zinsen	1,8	2,6
	<i>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</i>	<i>44,1</i>	<i>51,5</i>
	Jahresüberschuss	44,1	51,5

Die Entgelte bilden die Haupteinnahmequelle des Institutes.

4.	Kennzahlen	31.12.2018	31.12.2019
	Vermögens- und Kapitalstruktur		
	Eigenkapitalanteil	32,6 %	30,7 %
	Verhältnis Eigenkapital zur Bilanzsumme, der Wert sollte über 20 % liegen		
	Finanz- und Liquiditätsstruktur		
	Anlagendeckung II	503,9 %	385,1 %
	Verhältnis Eigenkapital und langfristigen Fremdkapital zum Anlagevermögen, der Wert sollte über 100 % liegen		
	Liquidität 2. Grades	136,5 %	132,8 %
	Verhältnis flüssige Mittel und Forderungen zum kurzfristigen Fremdkapital, der Wert sollte über 100 % liegen		

Jahresbericht 2019: Schwerpunkte der Arbeit des SKSD

A. Gremienarbeit auf Landes- und Bundesebene

1. **Vertretung der Interessen der Mitglieder des Zweckverbandes** in verwaltenden und durchführenden **Prüfungsausschüssen für gemeinsame Aufgaben Sachsen:**
 - **Verwaltungsfachwirt/-in,**
 - Ausbildung der **Ausbilder (AdA)** und Qualifizierung der ausbild. Fachkräfte (QuadaF)
 - **Verwaltungsfachangestellte/r,**
 - **Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement** – stellvertretender Vorsitz.
2. **Vorsitz im Berufsbildungsausschuss Sachsen (Arbeitgebervertretung):** Vertretung der Interessen der Kommunen bei Gestaltung von Lehrplänen und Prüfungsordnungen nach BBiG
3. **Leitung und Geschäftsführung des Bundesverbandes der Verwaltungsschulen und Studieninstitute (BVSI):** Bundesweite Bündelung von Fachfragen kommunaler Aus- und Fortbildung, Schwerpunkte 2019: Digitalisierung der Lehrgänge, Möglichkeiten und Grenzen der Vereinheitlichung von Inhalten
4. **Leitung und Geschäftsführung des KGSt-Arbeitskreises Kommunale Fortbildung:** fachlicher Austausch zu aktuellen Themen, Benchmarking
5. **AG „Zukunft der Ausbildung“ des Bundesverbandes (BVSI)/Tagung des BVSI**
Schwerpunkte 2019:
 1. Initiative/Anregung zur Neuordnung des Ausbildungsberufes „Verwaltungsfachangestellte/r“ – „Weimarer EntschlieÙung“ des BVSI vom November 2019
 2. weitere zentrale Themen:
 - alternative Prüfungsmodelle,
 - Entwicklungen im Bereich E-Learning,
 - elektronische Gesetzestexte,
 - fachspezifische Zusatzausbildungen (z. B. Kommunale Ordnungsdienste)
 - Evaluation des 2014 eingeführten Berufsbildes des Kaufmanns/der Kauffrau für Büromanagement: Kooperation mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung
 3. Fortführung der Implementierung des Kompetenzrahmenplanes zur Schaffung bundesweit einheitlicher Standards für die AII-/VFW-Fortbildung als eine wesentliche Voraussetzung für die zukünftige Eingruppierung der Fortbildungsabschlüsse in DQR 6 (vergleichbar Bachelor), Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene sowie den zuständigen Stellen für die DQR-Akkreditierung

B. SKSD-Publikationen

1. **Sächsische Lehrbriefe** in Zusammenarbeit mit dem Kommunal- und Schul-Verlag; bundesweiter Vertrieb durch den Verlag mit ISBN-Nummer; Adaption verschiedener länderspezifischer Lehrbriefe durch Bildungseinrichtungen anderer Bundesländer
 - **Neuaufgabe 2019: Personalwesen**
 - Weichenstellung für die Entwicklung eines **neuen Lehrbriefes Einführung in das Recht/Methodik der Fallbearbeitung**
2. Weiterentwicklung der **verbindlichen Gesetzessammlung „Gesetzbuch24.de** – Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement Sachsen“; in Zusammenarbeit mit dem Boorberg-Verlag und in Abstimmung mit der Landesdirektion Sachsen
3. **VSV Sachsen: Vertretung** der kommunalen Interessen in der Redaktionsgruppe
4. diverse Publikationen in der Fachpresse

C. Geschäftstätigkeit

- Auszubildende und Fortbildungsteilnehmer des SKSD erreichten wieder gute Prüfungsergebnisse und gehörten **mehrfach zu den Besten** im sachsenweiten Vergleich.
- Folgende Aus- und Fortbildungslehrgänge wurden erfolgreich durchgeführt:
 - Dienstbegleitende Unterweisungen der Verwaltungsfachangestellten und Kaufleute für Büromanagement
 - Angestelltenlehrgang 0 – Kompaktlehrgang für Quereinsteiger/-innen
 - Angestelltenlehrgänge I zum/zur Kommunalfachangestellten (SKSD)
 - Vorbereitungslehrgänge auf die externe Teilnahme an der Verwaltungsfachangestelltenprüfung nach BBiG
 - Angestelltenlehrgänge II zum/zur Verwaltungsfachwirt/-in (Diplom SKSD) / Vorbereitungslehrgänge auf die Verwaltungsfachwirtprüfung nach BBiG
 - Zertifikatslehrgänge zum/zur Fachwirt/-in Bauverwaltung (SKSD)
 - Fortbildung zum/zur Kommunalen Bilanzbuchhalter/-in nach BBiG
- Die seit Oktober 2018 geltende Abschlussbezeichnung „**Verwaltungsfachwirt (Diplom SKSD)/Verwaltungsfachwirt/-in (Diplom SKSD)**“ ist ein Erfolg. Die Erfahrung belegt, dass durch die **Reform die Einordnung der Fortbildungsabschlüsse** für Absolventen und Arbeitgeber **deutlich verbessert** wurde.

Investitionen erforderlich:

- Ausstattung und Anpassung von Unterrichtstechnik, Einführung einer Lernplattform sowie weiterer Angebote

I Ausbildung

1. Drei Eignungstests organisiert (Vermessungstechniker, Verwaltungsfachangestellte und Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste)
2. Überarbeitung/Anpassung der **Modelle der Dienstbegleitenden Unterweisung der Verwaltungsfachangestellten (VFA) und Kaufleute für Büromanagement (KfB)** aufgrund der durch Kultus geplanten Reform der Berufsschulzeiten;
436 Auszubildende nahmen an den Dienstbegleitenden Unterweisungen in den Ausbildungsberufen Verwaltungsfachangestellte/r und Kaufleute für Büromanagement in Dresden und Görlitz teil (1. bis 3. Ausbildungsjahr)

II Fortbildung

1. Serviceleistungen für Beschäftigte der Kommunen: **Ausbau der Aus- und Fortbildungsberatung**, Prüfung der Voraussetzung einer Zulassung zu den Fortbildungsprüfungen
2. **255 Fortbildungsteilnehmende** besuchten die dezentral in Bautzen, Dresden, Görlitz und Meißen durchgeführten Lehrveranstaltungen
3. **Bachelor- und Master-Studiengänge** als weiterführende Angebote nach dem erfolgreichen Abschluss der Angestelltenlehrgänge II zum/zur Verwaltungsfachwirt/-in (Diplom SKSD)

4. **Angestelltenprüfungen I und II**

- 2 Sitzungen des Prüfungsausschusses SKSD
- 21 A II- Prüfungsteilnehmer/-innen (Prüfungsabschluss), davon schlossen 18 Teilnehmende die Prüfung erfolgreich ab, davon 4 mit dem Prädikat gut

5. **Abschluss Zertifikatslehrgang zum/zur Fachwirt/-in Bauverwaltung (SKSD)**

18 der 19 Teilnehmenden des 2 Zertifikatslehrganges zum/zur Fachwirt/-in Bauverwaltung schlossen den Lehrgang erfolgreich mit einer Hausarbeit zu einem Thema der Bau-, Planungs- und Umweltverwaltung ab

6. **Zentrale Zeugnisfeier des SKSD**

Die Absolventen und Absolventinnen der Angestelltenlehrgänge und des Zertifikatslehrganges zum/zur Fachwirt/-in Bauverwaltung (SKSD) erhielten ihre Zeugnisse bzw. Zertifikate in einer Feierstunde in Dresden, in deren die Leistungen und der Einsatz der Teilnehmenden gewürdigt wurden.

III Weiterbildung

1. Alle Seminarbereiche wurden sehr gut nachgefragt und es konnten wieder mehr Anmeldungen als zum Vorjahr verzeichnet werden.
2. Weiterer Ausbau der Digitalisierung.
3. **Monatliche Evaluierung** aller relevanten Kennzahlen
4. **Auswertung der Evaluationsbögen** und schnelle Reaktion auf Änderungsanregungen

D. Service

1. SKSD-Infotag im Januar
2. Intensive telefonische Kundenbetreuung (insbesondere Fragen in Bezug auf Personalentwicklung)
3. Vorortgespräche: Individuelle Beratung und Betreuung
4. Informationsveranstaltungen zu den Fortbildungslehrgängen sowie
5. Durchführung von Ausbildertreffen

E. Zweckverband

1. Der **Jahresabschluss 2019** wurde **nach § 18 SächsEigBG** durch LISKA Treuhand GmbH geprüft und der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.
2. Der Jahresabschluss 2019 wurde **nach § 105 SächsGemO** durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Meißen geprüft.
3. **Gremiensitzungen 2019**
Verbandsversammlung 19. September 2019
Verwaltungsrat 18. Juni 2019
Prüfungsausschuss 18. März und 9. Oktober 2019
4. **Die Beitritte von 3 neuen Mitgliedern zum Zweckverband** wurden vorbereitet und zum 1. Januar 2020 wirksam (Landkreise Görlitz und Nordsachsen sowie Stadt Stolpen).

Beteiligungsübersicht

A. Allgemeine Angaben

Anschrift	Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden An der Kreuzkirche 6 01067 Dresden
Telefon	0351 43835-12
Telefax	0351 43835-13
E-Mail	post@sksd.de
URL	www.sksd.de

B. Aufgaben und Zweck

Dem Sächsischen Kommunalen Studieninstitut Dresden obliegt die Aus- und Fortbildung vor allem der Beschäftigten der Verbandsmitglieder einschließlich der Abnahme der Prüfungen sowie die Vertretung der Kommunen in Fachgremien der Aus- und Weiterbildung.

Das SKSD unterstützt die Verwaltungen in Landkreisen, Gemeinden, Zweckverbänden, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen und privaten Rechts in Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung durch Beratung in personalwirtschaftlicher Hinsicht sowie durch Konzeption und Durchführung von Bildungsveranstaltungen.

Das SKSD konzipiert entsprechend den jeweils aktuellen Entwicklungen für die Kommunen entsprechende Personalentwicklungs- und Schulungsangebote. Es werden permanent neue Themen und Arbeitsformen zur Erweiterung des Angebotsspektrums entwickelt.

C. Rechtsform

Das Sächsische Kommunale Studieninstitut Dresden ist als Zweckverband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und nimmt seine Aufgaben in Selbstverwaltung wahr. Sitz des Zweckverbandes ist Dresden.

D. Mitglieder und Organe

Organe des Zweckverbandes Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden sind

- **Verbandsversammlung**
- **Verbandsvorsitzende**
- **Verwaltungsrat**

Verbandsversammlung

Jedes Mitglied des Zweckverbandes hat eine Stimme, Mitglieder mit mehr als 100 Beschäftigten haben zwei Stimmen, mit mehr als 200 Beschäftigten drei Stimmen, mit mehr als 500 Beschäftigten haben fünf Stimmen, mit mehr als 1.000 Beschäftigten zehn und mehr als 5.000 Beschäftigten zwanzig Stimmen.

Mitglieder des Zweckverbandes zum 31.12.2019 sind die

Landkreise	Bautzen, Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Städte	Altenberg, Bautzen, Brandis, Coswig, Landeshauptstadt Dresden, Görlitz, Großenhain, Großröhrsdorf, Heidenau, Hoyerswerda, Kamenz, Löbau, Lommatzsch, Neustadt in Sachsen, Niesky, Nossen, Radeberg, Radeburg, Rothenburg/O.L., Seiffhennersdorf, Weißwasser
Gemeinden	Arnsdorf, Bobritzsch-Hilbersdorf, Dürrröhrsdorf-Dittersbach, Großpostwitz, Halsbrücke, Klipphausen, Markersdorf, Mittelherwigsdorf, Riet-schen, Wachau
Verwaltungs- verbände	Am Klosterwasser Weißer Schöps/Neiße Abwasserzweckverband Weißer Schöps Kommunaler Versorgungsverband Sachsen
Verbandsvorsitzender 1. Stellv. Vorsitzender 2. Stellv. Vorsitzender	Gerhard Lemm, Oberbürgermeister Stadt Radeberg Dr. Peter Lames, Beigeordneter, Landeshauptstadt Dresden Peter Mühle, Bürgermeister, Stadt Neustadt in Sachsen
Verwaltungsrat	Vorsitzender: Gerhard Lemm, Oberbürgermeister Stadt Radeberg Mitglieder: Roland Dantz, Oberbürgermeister, Stadt Kamenz Marion Franz, Beigeordnete, Stadt Heidenau Dr. Peter Lames, Beigeordneter, Landeshauptstadt Dresden Peter Mühle, Bürgermeister, Stadt Neustadt in Sachsen Frank Neupold, Oberbürgermeister, Stadt Coswig Stefan Schneider, Bürgermeister, Stadt Großröhrsdorf
Geschäftsführerin Stv. Geschäftsführerin	Gesine Wilke Dr. Brigitte Bader

BILANZ

**Sächsisches Kommunales
Studieninstitut Dresden
Dresden**

zum

31. Dezember 2019

AKTIVA

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR		EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Kapitalrücklage		169.734,48	169.734,48
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		62.186,00	49.200,00	II. Gewinnvortrag		181.493,01	137.413,40
II. Sachanlagen				III. Jahresüberschuss		51.469,35	44.079,61
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		42.377,00	20.491,00	B. Rückstellungen			
B. Umlaufvermögen				1. sonstige Rückstellungen		53.811,80	51.817,08
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				C. Verbindlichkeiten			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	44.799,64		53.092,03	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	98.887,87		64.409,06
2. sonstige Vermögensgegenstände - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 125,00 (EUR 125,00)	<u>14.366,37</u>	59.166,01	14.341,22	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 98.887,87 (EUR 64.409,06)			
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		1.146.861,98	937.873,15	2. sonstige Verbindlichkeiten	<u>297,00</u>	99.184,87	0,00
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 297,00 (EUR 0,00)			
				D. Rechnungsabgrenzungsposten		755.491,35	609.509,59
Übertrag		<u>1.310.590,99</u>	<u>1.074.997,40</u>	Übertrag		<u>1.311.184,86</u>	<u>1.076.963,22</u>

BILANZ

Sächsisches Kommunales
Studieninstitut Dresden
Dresden

zum

31. Dezember 2019

AKTIVA

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR		EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag		1.310.590,99	1.074.997,40	Übertrag		1.311.184,86	1.076.963,22
C. Rechnungsabgrenzungsposten		593,87	1.965,82				
		<u>1.311.184,86</u>	<u>1.076.963,22</u>			<u>1.311.184,86</u>	<u>1.076.963,22</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2019 bis 31.12.2019

Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden Dresden

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		<u>1.520.626,44</u>	<u>1.439.395,51</u>
2. Gesamtleistung		1.520.626,44	1.439.395,51
3. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	29,15		450,06
b) übrige sonstige betriebliche Erträge	<u>199.380,00</u>	199.409,15	189.613,43
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen		626.504,31	604.215,12
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	598.672,24		568.389,04
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung EUR 20.844,58 (EUR 19.532,73)	<u>125.850,44</u>	724.522,68	119.755,35
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		35.905,02	16.167,38
7. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Raumkosten	125.142,40		130.425,47
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	8.700,31		8.464,21
c) Reparaturen und Instandhaltungen	31.986,34		28.526,62
d) Werbe- und Reisekosten	32.140,63		25.840,85
e) verschiedene betriebliche Kosten	80.581,11		84.112,86
f) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	15,00		232,00
Übertrag	<u>278.565,79-</u>	<u>333.103,58</u>	<u>43.330,10</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2019 bis 31.12.2019

**Sächsisches Kommunales
Studieninstitut Dresden
Dresden**

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag	278.565,79-	333.103,58	43.330,10
g) Verluste aus Wertminderungen oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufver- mögens und Einstellungen in die Wertberichtigung zu Forderungen	3.848,53		780,14
h) übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>1.837,41</u>	284.251,73	229,31
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		<u>2.617,50</u>	<u>1.758,96</u>
9. Ergebnis nach Steuern		51.469,35	44.079,61
		<u> </u>	<u> </u>
10. Jahresüberschuss		51.469,35	44.079,61
		<u> </u>	<u> </u>